

Rolf Apel / Horst Klein (HG)

## Kleine Geschichte des Geschichtsvereins

Arbeitsberichte des Vorstandes, Beiträge und Dokumente zur Erinnerung  
1994 - 2004



Mathäus Merian, Stadt Strausberck 1650

**Rolf Apel / Horst Klein (HG)**

## **Kleine Geschichte des Geschichtsvereins**

**Arbeitsberichte des Vorstandes, Beiträge und Dokumente zur Erinnerung  
1994 - 2004**

**Strausberger Studien zur Geschichte ; 34  
Strausberg 2004**

**Rolf Apel / Horst Klein (HG)**

**Kleine Geschichte des Geschichtsvereins.**

Arbeitsberichte des Vorstandes, Beiträge und Dokumente zur Erinnerung 1994 – 2004, hrsg. von Rolf Apel / Horst Klein i. A. d. Vorstandes d. Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V., erw. u. verb. Ausgabe, 1. CD-ROM Strausberg 2004, 219 S. (Strausberger Studien zur Geschichte ; 34)  
Copyright C by Hrsg.

---

Herausgeber:	Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V.
Titelblattgestaltung:	Christina Lehmann
Logo-Gestaltung:	Rolf Erlemann

---

***„Die Weltgeschichte muß von Zeit zu Zeit umgeschrieben werden.  
Eine solche Nothwendigkeit entsteht, aber nicht etwa daher, weil viel  
Geschehenes nachentdeckt worden, sondern weil neue Ansichten  
gegeben werden, weil der Genosse einer fortschreitenden Zeit auf  
Standpunkte geführt wird, von welchen sich das Vergangene  
auf eine neue Weise überschauen und beurteilen läßt.“***

***Johann Wolfgang Goethe***

## Inhalt:

I. Vorwort	8
II. Vorstandsmitglieder	9
III. Mitglieder	10
IV. Arbeitsberichte des Vorstandes	11
V. Abschlussbericht 1994 – 2004	32
VI. Horst Klein: Ein Resümee zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung (Thesen)	36
- 110 Jahre organisierte Arbeiterbewegung. 1887 – 1997 Sozialdemokraten in Strausberg	36
- Zur Geschichte der KPD-Ortsgruppe Strausberg 1920 – 1946	45
VII. Anlagen:	
1. Forschungsbegleitende Veranstaltungen des Geschichtsvereins von 1995 bis 2002	53
2. Ausgewählte Berichte über Projekte, Veranstaltungen und Strausberger Straßennamen	57
- Reinhard Schliebs: Geschichte wird ideologiefrei erforscht. SPD-nahe Interessengemeinschaft gegründet	57
- Ralf Freitag: Erstes Seminar zur Geschichte der Strausberger SPD ...	57
- Reinhard Schliebs: Tag der Befreiung und zugleich der Niederlage. Hochkarätiges SPD-Forum zum 8. Mai	59
- Reinhard Schliebs: Die Vision bleibt, aber: mühsame Reformprozesse statt Revolution	61
- Heinz Pocher: Schwierigkeiten im Umgang mit dem Sozialismus-Begriff	62
- Heinz Pocher: Kolonialisierung der DDR ...	63
- Rolf Apel: Seminar über sozialdemokratische Politik in Strausberg	65
- Ralf Freitag: Geteilte Meinung zur geeinten Linken Befragung zum SPD-Bild in Strausberg	66
- Rolf Apel: Seminar zur SED-Gründung vor 50 Jahren Zwangsvereinigung hindert heutige Zusammenarbeit	67
- Horst Klein: Eigentlich sollte eine neue Partei entstehen. KPD/SPD-Vereinigung im Oberbarnim	69
- Horst Hemberger/Horst Klein: SED-Gründung – von Anbeginn eine historische Fehlkonstruktion	71
- Rolf Apel: Sollen wir uns auf Marx zurückbesinnen. Nachbetrachtungen zu einem Seminar	72
- Rolf Apel: Russische Revolution auf dem Prüfstand der Geschichte ...	74
- Rolf Apel: Das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Seminar zur Oktoberrevolution	75
- Rolf Apel/Horst Klein: Der Rote Oktober – ein künstlerisch gefärbtes Geschichtsbild	77
- Rolf Apel: Die Grundfrage: Demokratie oder Diktatur ...	79
- Rolf Apel: Bebel in Strausberg	81

- Siegfried Wagner: Aufrufe im Rias waren Auslöser, nicht Ursache ...	83
- Rolf Apel: Seminar zum 17. Juni 1953	84
- Jens Sell: Große Zustimmung für Paduch-Aufsätze	85
- Rolf Apel: Die NVA ein Sonderfall in der deutschen Militärgeschichte	86
- Jens Sell: Garnionsgeschichte: Strausberg von 1933 bis 1945	89
- Jens Sell: Einzigartiges Geschichtsprojekt ...	90
- Rolf Apel: Historische Studie zur Stadt- und Garnionsgeschichte vorgestellt ... 1945 – 1990	91
- Horst Klein: Historikerfrage: Gehört Peter Göring zum Erbe oder zur Tradition?	92
- Rolf Apel/Horst Klein: Eine Diskussionsveranstaltung mit tragischem Ausgang ...	94
- Rolf Apel: Wirtschaftsdemokratie – eine Alternative zum herrschenden Marktradikalismus	96
- Reinhard Schliebs: 1.Mai Aktion gegen Krieg IG beschließt offenen Brief	102
- Offener Brief der IG an den Parteivorstand der SPD	103
- Rolf Apel: Nie abfinden mit: Kriege sind wieder führbar!	104
- Rolf Apel: kein Anlass zum Jubeln – kein Grund zum Vergessen! Werkstattgespräch zur Geschichte der Strausberger Kommunisten	108
- Rolf Apel: So eine Rosa hatten wir noch nicht gekannt	111
- Rolf Apel: „Wer hat uns verraten?“ Legenden und Verdrehungen. Kritische Fragestellungen zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ...	113
- Rolf Apel: Was „linke Folklore“ nicht einsehen möchte...	117
- Rolf Apel: Über den schwierigen Umgang mit dem Begriff „Verrat“ und „Verräter“	119
- Ingrid Oehme: Aufschlussreiche Exkursion durch 110-jährige Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg	127
- Erfolgreiche Ausstellung 110 Jahre SPD in Strausberg	128
- Jens Sell: 110 Jahre SPD-Ortsverein Strausberg. Stolpe ruft zu mehr Dialog und Zusammenarbeit auf	130
- Rolf Apel: Werkstattgespräch bestätigte, Sozialdemokraten waren prägend für die Strausberger Arbeiterbewegung	131
- Rolf Apel/Horst Klein: Karl Marx und die christliche Ethik oder „Christentum ist Weltrevolution?“	133
- Rolf Apel: Diskussionsveranstaltung beleuchtet kritisch das Verhältnis von SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg	135
- Rolf Apel: Eine kritische Bilanz der Einheit	137
- Jens Sell: Streitbare Thesen im Klub am See	138
- Horst Klein: Am Ende der Wege zum Sozialismus oder das Aus der Utopie? (Thesen)	139
- Rolf Apel: Trotz alledem, mit Utopien ins nächste Jahrhundert	144

- Rolf Apel: Sozialdemokratische Tradition und Zukunftsgestaltung in Strausberg ...	147
- Jens Sell/Rolf Apel: Differenziertes Bild von Grotewohl Diskussionsreihe „Straßennamen erzählen Geschichte ...	152
- Horst Klein: Otto Grotewohl – seine Wandlung zum Stalinisten 1884 – 1964	153
- Rolf Apel: Ausstellung und Seminar zu Friedrich Ebert	155
- Horst Klein: Friedrich Ebert - vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten	156
- Horst Klein: Peter Göring – ein Schicksal im „Kalten Krieg“ mahnt zur humanistischen Besinnung	159
- Horst Klein: Karl Liebknecht – ein Strausberger Straßename erinnert an den Kampf gegen Militarismus und Krieg	162
- Horst Klein: Rosa Luxemburg – linkssozialistisches Erbe	164
- Horst Klein: Josef Zettler – ein Strausberger Straßename erinnert an einen aufrichtigen Kämpfer gegen den Faschismus	167
- Rolf Apel: Straßennamen erzählen Geschichte. Philipp Müller – sein Leben und Tod im „Kalten Krieg“	168
- Horst Klein: Heinrich Rau – ein Leben gegen den Faschismus und im Widerspruch zu den sozialistischen Idealen	171
- Horst Klein: Hans Beimler – im spanischen Bürgerkrieg gefallen	173
- Horst Klein: Arthur Becker – im Kampf gegen den Faschismus	175
- Horst Klein: Rudolf Egelhofer – ein Strausberger Straßename	176
- Horst Klein: Ernst Menger – ein Straßename in Vorstadt	181
- Horst Klein: Carl Friedrich Lehnert – Kapitän zur See ...	182
- Horst Klein: Bruno H. Bürgel – Astronom und Volksschriftsteller..	184
- Horst Klein: Otto Langenbach – erster Bürgermeister nach 1945	186
- Horst Klein: Gutachten für SVV zum Antrag der CDU-Fraktion...	189
- Horst Klein: Einblicke in die Genesis und Grausamkeit des Stalinismus (Rezension)	192
- Horst Klein: Eine Herausforderung, mit den ideologischen Facetten des Parteikommunismus zu brechen (Rezension)	194
- Horst Klein: Irrwege auf der Suche nach einer revolutionären Politik (Rezension)	197
- Horst Klein: Lüge des Kommunismus und Choreografie des Schreckens (Rezension)	199
- Horst Klein: Ein Epilog über die Geschichtlichkeit von Begriffen. Antikommunismus einst und heute	201
3. Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“	204
4. Satzung des Vereins	210
5. Foto des letzten Vorstandes und des Ehrenmitgliedes	218

## I. Vorwort

In zehnjähriger Arbeit konnte der Geschichtsverein einen beachtlichen Beitrag für die Aufarbeitung und öffentliche Vorstellung der Stadtgeschichte von Mitte des 19. bis Beginn des 21. Jahrhunderts einbringen. Die politische Geschichte, insbesondere die der Arbeiterbewegung, war bedingt durch ideologische Vorgaben der SED über Jahrzehnte dem Primat politischer Interessen unterworfen. Besonders betroffen von ideologischen Klischees waren die Geschichte der hiesigen SPD und der KPD. Unser Anliegen bestand daher vor allem darin, die Geschichte der Arbeiterbewegung aus ihrer ideologischen Verzerrung zu befreien und sie für die Ausarbeitung einer in sich geschlossenen Geschichte der Stadt Strausberg einzubringen. Mit dem wissenschaftlichen Vorhaben war naturgemäß ein großer Aufwand von Recherchen, Kommunikation und Organisation erforderlich.

Die Mitgliederversammlung und der Vorstand haben sich regelmäßig konstruktiv und in kameradschaftlichem Einvernehmen mit den jeweiligen Aufgaben befasst und diese selbstbewusst gelöst. Die hier wiedergegebenen Berichte des Vorstandes und die ausgewählten Beiträge über unsere Veranstaltungen, die Dokumente und Kurzbiografien aus dem Projekt „Straßennamen erzählen Geschichte“, können in ihrem Kontext selbst als eine *kleine Geschichte des Geschichtsvereins* angesehen werden. Die Arbeitsberichte vermitteln mit dem nun gewonnenen zeitlichen Abstand einen Einblick in die Details der Vorstandsarbeit und in die beeindruckenden Ergebnisse im entsprechenden Zeitabschnitt. Im Interesse der Bewahrung der Originalität haben wir diese Berichte auch in der hier angebotenen Zusammenfassung nicht bearbeitet. Hieraus ergeben sich natürlich unterschiedliche Formen der Darstellung und geringe Wiederholungen, die wir für den Zweck der Erinnerung für unerheblich ansehen und für die wir um Verständnis bitten. Mit unserer biografischen Forschung zu Straßennamen konnten wir wie mit allen Arbeiten den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisstand reflektieren bzw. eigenständig einbringen. Weitere Kurzbiografien sind in den Publikationen zur Geschichte der hiesigen SPD und KPD enthalten.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die von Dr. Rolf Apel publizierten Beiträge über unsere Diskussionsveranstaltungen zu neueren Forschungsergebnissen. Mit seiner journalistischen Arbeit hat er uns sehr wesentlich geholfen, die überwiegend sehr komplizierten Probleme der Geschichte der Arbeiterbewegung in die öffentliche politische Diskussion und Bildung einzubringen. Anlässlich seines 70. Geburtstages möchten wir mit der Herausgabe dieser Studie auch seine verdienstvolle Arbeit mit einem Dank würdigen.

Inzwischen haben wir die bereits vergriffene „Kleine Geschichte ...“ auch in wesentlich erweiterter Darstellung unserer Arbeit auf CD-ROM übertragen und so einem größeren Kreis von Interessenten zugänglich machen können.

Wir bedanken uns bei allen geschichtsinteressierten BürgerInnen für ihre Aufmerksamkeit, die sie uns und unseren Publikationen im vergangenen Jahrzehnt zukommen ließen.

Strausberg, Dezember 2004

Dr. sc. Horst Klein  
Vorsitzender

Dr. Peter Gerold  
Stellvertreter



## II. Vorstandsmitglieder:

Vorsitzender	Dr. sc. Horst Klein	9.12.1994 - 9.12.2004
Stellvertreter	Dr. Peter Gerold.	9.12.1994 - 9.12.2004
Buchführung	Barbara Westphal	9.12.1994 - 4.12.1996
	Erhard Mathias	4.12.1996 - 4.12.1997
	Brigitte Matte	4.12.1997 - 9.12.2004

### Beisitzer:

Prof. Dr. Horst Hemberger	4.12.1996 - 5.12.1997
Waltraud Hemberger	5.12.1998 - 9.12.2004
Dr. Martin Bock	4.12.1996 - 14.9.2000
Dr. Rolf Apel	2.12.2000 - 9.12.2004.
Rosemarie Nitzschke	2.12.2000 - 9.12.2004.

### Kassenprüfer

Volker Heiermann	9.12.1994 – 9.12.2004
------------------	-----------------------

### III. Mitglieder:

1. Apel, Rolf, Dr. phil.	2000 - 2004
2. Barthel, Rolf, Dr. phil.	1994 - 1998
3. Brinksmeier, Dankwart, Diplomtheologe	1996 - 2004
4. Bock, Martin, Dr. theol.	1996 - 2000
5. Boger, Torsten, Dipl. Kulturwissenschaftler	1999 - 2004
6. Gerold, Peter, Dr. oec.	1994 - 2004
7. Heiermann, Volker, Jurist	1995 - 2004
8. Hemberger, Horst Prof. em. Dr. habil.	1996 - 1997
9. Hemberger, Waltraud, Kauffrau	1998 - 2004
10. Henniger, Heinfried, Diplomphilosoph	1994 - 2004
11. Klein, Horst, Dr. sc. phil.	1994 - 2004
12. Krüger, Klaus-Dietrich, Dr.-Ing., MdL	1990 - 1999
13. Leuschner, Rolf, Dr. phil.	1994 - 1996
14. Mathias, Erhard, Dipl.-Ing.	1994 - 2000
15. Matte, Brigitte, Sekretärin	1995 - 2004
16. Markus, Wolfgang, Prof. Dr. sc. phil.	1994 - 1996
17. Müller, Werner, Dr. phil.	1995 - 2003
18. Müller, Claus-Christian	1997 - 1998
19. Nitschke, Rosemarie, Diplomlehrerin	1999 - 2004
20. Reinking, Hans-Jürgen, Diplomlehrer, Landrat	1994 - 2001
21. Schliebs, Reinhard, Dipl.-Ing.	1994 - 1999
22. Schmitz, Jürgen, Elektromeister, Bürgermeister a. D.	1995 - 2004
23. Steinert, Barbara, Staatsanw.-angestellte	1999 - 2004
24. Syckor, Hans-Joachim, Diplomlehrer	1994 - 2004
25. Otto, Johannes, Dipl.-Ing.	1996 - 2004
26. Vilmar, Fritz, Prof. Dr.	1996 - 2004

### Ehrenmitglied

Weitzel, Else, Finanzkauffrau	1995 - 2004
-------------------------------	-------------

## **IV. Arbeitsberichte des Vorstandes**

**1994 - 1996**

### **Bericht über die Arbeit des Vorstandes, gegeben in der Jahreshauptversammlung am 4. Dezember 1996**

1. Seit der Gründung der „Interessengemeinschaft Geschichte“ am 9. Dezember 1994 konnte im Verein eine umfassende und qualitativ solide Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Der Vorstand orientierte sich von Anbeginn auf die in der Satzung festgelegten Hauptrichtungen der Vereinsarbeit und auf eine möglichst breite Einbeziehung der Vereinsmitglieder in den laufenden Arbeitsprozess. Die Grundlage der konkreten wissenschaftlichen Arbeit bildeten die vom Vorstand bestätigten Dokumente: 1. Das Forschungsprogramm zur Erarbeitung einer umfassenden Darstellung der 110-jährigen Geschichte des Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Strausberg und 2. das Programm für die Durchführung soziologischer Untersuchungen zur Reflexion von SPD - Geschichte und aktueller sozialdemokratischer Politik im Denken ausgewählter Bevölkerungsgruppen der Stadt Strausberg. Auf der Grundlage dieser Dokumente erfolgte die allen Mitgliedern vorliegende Arbeitsplanung für die Jahre 1995 und 1996. Mit Zufriedenheit können wir feststellen, dass alle in der laufenden Arbeitsplanung vorgesehenen Aufgaben erfüllt werden konnten. Zeitliche Korrekturen ergaben sich in Hinblick auf die Ausarbeitung der Manuskripte für die Studie zur „Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg 1887 - 1990“. Mit dem Einstieg in die Archivarbeit und in die notwendigen Recherchen auf dem Wege der Zeitzeugen und Bürgerbefragung wurde erkennbar, dass eine sehr viel gründlichere und umfassende Arbeit notwendig ist als wir zuvor vermuteten. Mit einem „Umschreiben“ bereits vorliegender Arbeiten zur Strausberger Geschichte war nichts zu machen. Indessen waren und sind sie natürlich eine wichtige Voraussetzung für die weitere Forschung und für den anzustrebenden Erkenntniszuwachs. 110 Jahre Regionalgeschichte waren und sind im Weiteren mit der gebotenen wissenschaftlichen Gründlichkeit neu zu hinterfragen. Da sich die Materiallage im Landeshauptarchiv und Stadtarchiv / Heimatmuseum für unser Anliegen als unzureichend erwies, mussten arbeitsintensivere Wege der Forschung beschritten werden. Wir orientierten uns zunächst auf die Erforschung der Biographien der Strausberger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und im weiteren auf eine möglichst vollständige Auswertung der Strausberger Zeitung. Drei sozialdemokratische Zeitzeugen aus den Jahren 1945/46 (Hemberger, Matte, Wunsch) konnten in die unmittelbare Arbeit eingebunden werden. Ohne ihre aufgeschlossene und sehr engagierte Mitwirkung wären die uns heute vorliegenden Arbeitsergebnisse nicht denkbar. Die Sachlage führt zu der Schlussfolgerung: Aufgrund fehlender Archivmaterialien ist Geschichtsarbeit ohne Zeitzeugen kaum möglich, und sie einzubeziehen ist eine Frage der Zeit. Aus all diesen Gründen mussten wir die zurückliegenden zwei Jahre für Recherchen nutzen, die derzeit und im Rahmen unseres Programms vorerst im Wesentlichen abgeschlossen werden müssen. Das heißt, in den nächsten Wochen/Monaten kann Schritt für Schritt mit der weiteren Ausarbeitung einer Chronik, eines Ausstellungskonzepts, der Ausstellungsbegleitbroschüre (Katalog) und der Studie zur Geschichte des Ortsvereins begonnen werden.

2. Ungeachtet der skizzierten Schwierigkeiten ist es uns von Anbeginn gelungen, die laufende Forschungsarbeit mit einer zweifellos populären Öffentlichkeitsarbeit zu

verbinden. Sehr deutlich kam das in der Arbeit der Arbeitsgruppe „Sozialreport“ (W. Markus, W. Müller, E. Mathias) zur Geltung. Die Befragung der Bürger war überwiegend mit einem entsprechenden Bürgergespräch (Gruppen und Expertengespräch) verbunden. Der vorgelegte „Report“, den wir dem Bürgermeister, den beteiligten Parteien und der Presse übergeben haben, war nicht nur interessant, sondern auch Gegenstand des 5. Seminars zur Entwicklung der Strausberger SPD 1990/96. Schließlich erwies er sich anregend auch für den Denkprozess im SPD-Ortsverein. Leider reichte unsere Kraft nicht aus, um die begonnene Untersuchung weiterzuführen, so wie das für Ende 1996 vorgesehen war. Hier sind weitergehende Überlegungen und Schritte der Arbeitsgruppe „Sozialreport“ gefragt.

Als eine wichtige und die Arbeit stimulierende Position erwies sich im Weiteren die Teilnahme des Vereins an der Ausstellung „Der lebendige Ortsverein“ während des Mannheimer Parteitages der SPD im November 1995. Die Entscheidung für die Teilnahme drängte uns einerseits zu schnellen Arbeitsergebnissen und andererseits gab uns der Parteitag ein solides Feld für das Studium von Erfahrungen anderer Vereine/Arbeitsgemeinschaften auf dem Gebiet der Geschichtsarbeit. Erfahrungen und die Resonanz unserer Ausstellung bestätigten nicht nur unser Konzept, sondern gaben wertvolle Anregungen für die weitere konzeptionelle und praktische Arbeit. Anerkennung fand die methodische Vielfalt unserer Projektarbeit, die Kombination von (biographischer) Forschung, Seminarreihe, publizistischer Arbeit, Videodokumentation und Computeranimation. Auch die gewählte Konstruktion und Verbindung von Geschichtsverein e.V. und Ortsverein erwies sich als einmalig. Indessen wurden auch Schwierigkeiten erkennbar, die sich aus dem als zu eng an den SPD Ortsvereins angebundenen Vereinsnamen und der zugleich beanspruchten Parteienabhängigkeit ergaben. Die von der Mitgliederversammlung im Dezember 1995 beschlossene Namens- /Satzungsänderung des Vereins hat sich in der Folgezeit als richtig und nützlich erwiesen, auch wenn sie nicht von allen Mitgliedern akzeptiert wurde. Ohne diese Korrektur hätten wir wahrscheinlich die Vereinsarbeit einstellen müssen.

3. Wir haben uns mit der Seminarreihe zu ausgewählten Fragen der Geschichte einen geachteten Platz in der geistigen und politischen Landschaft Strausbergs erarbeitet. Themen und Referenten fanden Zuspruch. Es hat sich inzwischen eine relativ interessierte und für die theoretische Diskussion kreative Klientel herausgebildet. Über eine noch bessere methodische Gestaltung der Seminare sollten wir nachdenken und entsprechende Ideen einbringen. Die Paarung von Referenten aus den Parteien SPD und PDS erwies sich als sehr sinnvoll, und sie signalisiert auch öffentlich unsere Parteienunabhängigkeit. Die Lebensfrage für die Entwicklung der Vereinsarbeit war und ist die Parteienunabhängigkeit des Geschichtsvereins. Erst mit der im Dezember 1995 beschlossenen Satzungsänderung waren die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung und mit der Friedrich-Ebert-Stiftung gegeben. Im Weiteren ist zu bedenken, dass der SPD-Parteivorstand die in der Satzung ausgewiesene „SPD-Nähe“ nicht bestätigen möchte. Mit einem Schreiben vom 29.10.1996 wurden wir nochmals aufgefordert, die Satzung zu ändern. Der Vorstand legt der Mitgliederversammlung nahe, einer entsprechenden Satzungsänderung zuzustimmen.

4. Unsere Vereinsfreunde Reinhard Schliebs und Rolf Apel haben eine wertvolle Öffentlichkeitsarbeit geleistet, für die wir sehr dankbar sind. Wir können auch von guten Arbeitsbeziehungen zur Redaktion der MOZ, BAB und Neue Strausberger Zeitung sprechen. Im Weiteren haben Artikel und Aufsätze von Vereinsmitgliedern

(Hemberger, Klein, Matte) zu brisanten Fragen der SED und SPD Geschichte Aufmerksamkeit gefunden und Forschungsergebnisse vorgestellt. Auch die von uns konzeptionell mit vorbereitete und vom ORB am 2. April 1996 gesendete Dokumentation zur SED-Gründung (Klartext) war eine wichtige Position der Arbeit in diesem Jahr.

5. Wir konnten mit den Arbeitsergebnissen auch die Anerkennung seitens des Kulturausschusses der Stadt finden. In einem Werkstattgespräch beim Vorsitzenden ließen sich die Ausschussmitglieder Kartmann und Winkelmann das Forschungskonzept und die Projektarbeit vorstellen. Sie würdigten unseren Beitrag für die weitere Erforschung der Stadtgeschichte und engagierten sich für eine sofortige finanzielle Förderung des Projekts zur SPD-Geschichte durch die Stadtverwaltung. Im August 1996 bekamen wir einen Zuwendungsbescheid von 1000,-DM. Im September 1996 konnten wir mit der Stadtverwaltung, vertreten durch den Bürgermeister, eine Vereinbarung unterzeichnen, mit der die gegenseitigen Leistungen fixiert sind. In der Vereinbarung heißt es u.a.: "Die Stadt anerkennt den gemeinnützigen und kulturpolitischen Wert der im Verein geleisteten wissenschaftlichen und parteienabhängigen Projektarbeit. Sie fördert 1996 und 1997 das Projekt zur Erforschung und öffentlichen Vorstellung der Geschichte des SPD-Ortsvereins 1887 - 1997. Damit wird erstmalig eine Traditionslinie der Strausberger Arbeiterbewegung erschlossen, die in früheren Jahrzehnten maßgeblich die demokratische und kulturelle Entwicklung der Stadt beeinflusst hat". Vorbehaltlich der Haushaltsentscheidung können wir mit einer finanziellen Förderung in Höhe von 5000,- DM im nächsten Jahr rechnen. Diese Summe benötigen wir für die Vorbereitung der im Oktober/November vorgesehenen Ausstellung im Heimatmuseum. Unsererseits sind wir die Verpflichtung eingegangen, solide wissenschaftliche Arbeitsergebnisse der Stadt vorzulegen und kostenlos zu übergeben. Dazu gehört die Originalfassung der sieben Teile (Ordner) umfassenden Chronik und Dokumentation zur Geschichte der Strausberger SPD (Negativkosten ca. 300.000,- DM) und je ein Exemplar unserer Schriftenreihe Strausberger Studien zur Geschichte. Wir möchten hier anmerken, dass die Übergabe der Chronik und Dokumentation mit den Originalfotos an das Heimatmuseum auch dem Willen der vielen Bürger entspricht, die uns Bilder und Dokumente aus ihrem Privatbesitz zur Verfügung stellten. Unsere Schriftenreihe, aus der bereits Band 4 vorliegt (Anlage), wird ebenfalls von der Stadtverwaltung und der Sparkasse Märkisch Oderland gefördert. Dabei geht es vor allem um die nicht geringen Vervielfältigungskosten.

Wir haben mit der Stadtverwaltung vereinbart, Urheber- und verwertungsrechtliche Interessen sowie die Aufgaben des Datenschutzes im nächsten Jahr zu klären und zu regeln. Die Chronik und Dokumentation ist eine außergewöhnliche Personendatensammlung, die den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen unterliegt. In dieser Frage haben wir noch einen wichtigen Klärungsbedarf. Das trifft auch für den Umgang mit Kopien aus dem Landeshauptarchiv zu, die gesetzlich geregelt nur für den in Potsdam registrierten Nutzer/Empfänger bestimmt sind und an Dritte nicht weitergegeben werden dürfen.

Als Zeichen der sehr guten Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und der zu würdigenden Vertrauensschiene zwischen Verwaltung und Geschichtsverein möchten wir die zeitweilige Übergabe der aufgefundenen „Wellnitz-Akte“ durch den Bürgermeister an den Vereinsvorsitzenden werten. Die 66 Seiten umfassende Akte, die aus dem persönlichen Nachlass von Arthur Wellnitz (1945/46 Schriftführer im SPD-Ortsverein) stammt und die durch viele Hände ging, bevor sie im Rathaus gefunden

wurde, beinhaltet u. a. die für die Forschung so wertvolle Mitgliederliste des SPD-Ortsvereins vom 1.02.1946, aus der wir 213 Namen entnehmen konnten.

6. Wir haben zu keinem Zeitpunkt unserer Arbeit das besondere Interesse der SPD an den Ergebnissen unserer Projektarbeit außer Acht gelassen. Soweit es sich um die Geschichte des SPD-Ortsvereins handelt, haben wir diese stets im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 110-jährigen Parteijubiläum gesehen und den Ortsverein regelmäßig über Arbeitsergebnisse informiert. Dem Ortsvereinsvorsitzenden stand es frei, an den Beratungen des Vorstandes teilzunehmen.

Mit unserer Arbeit leisten wir einen Beitrag für die weitere Erforschung und Darstellung der Stadt- und Parteiengeschichte, und wir würdigen so auch das Leben und Wirken der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in der Vergangenheit maßgeblich die Entwicklung der Stadtgeschichte beeinflusst haben. Wir wissen natürlich auch, dass unsere Projektarbeit ganz objektiv ein Stück Pionierarbeit für die Erforschung der SPD-Geschichte in den neuen Bundesländern ist. Leider haben wir in der Brandenburger SPD noch keine Partner gefunden.

Auf Einladung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD hatte der Vereinsvorsitzende die Möglichkeit, auf einer Tagung am 11./12. Oktober 1996, die sich mit der Erforschung der Geschichte der ostdeutschen Arbeiterbewegung befasste, unsere Vereins- und Projektarbeit vorzustellen. Sein Bericht, der schriftlich vorliegt, fand große Resonanz. Die Tagungsteilnehmer charakterisierten unsere Arbeit als „Strausberger Modell“, das eine Art Orientierung für die Geschichtsarbeit in den neuen Bundesländern sein sollte. Der Vorsitzende unterbreitete der Kommission den Vorschlag, im Oktober/November 1997 eine Tagung in Strausberg durchzuführen und so die Erfahrungen unmittelbar vor Ort aufzunehmen. Die Tagung der Kommission könnte auch mit der Teilnahme am Workshop des Geschichtsvereins und mit dem Besuch der Ausstellung verbunden werden. Der Vorschlag wird derzeit von der Historischen Kommission der SPD geprüft.

7. Der Geschichtsverein hat in den vergangenen zwei Jahren und vor allem im laufenden Jahr sein wissenschaftliches Profil erweitern können. Neben der hier skizzierten Entwicklung der Projektarbeit zur Geschichte der SPD konnten weitere Projekte aufgenommen werden. So hat Martin Bock das Projekt „Religionsgemeinschaften als Nischen politisch Andersdenkender in Strausberg 1945 - 1989“ übernommen. Mit dieser Arbeit sind ebenfalls umfangreiche Recherchen verbunden. Bis zum Herbst nächsten Jahres wird er eine Studie erarbeiten und seine Forschungsergebnisse in einem Workshop vorstellen. Natürlich wollen wir dazu auch Vertreter der Religionsgemeinschaften einladen. In diesem Zusammenhang sehen wir auch die im Arbeitsplan vorgesehene Diskussion über das Verhältnis von Marx'schem Humanismus und christlicher Ethik.

Wir möchten auch darüber informieren, dass wir als Geschichtsverein im August 1996 alles Notwendige getan haben, um die bislang in Privatbesitz befindliche Zeitung „Strausberger Nachrichten“ in das Stadtarchiv zu überführen. Bei dieser Aufgabe waren Brigitte Matte und Rolf Barthel, der auch die vertraglichen Fragen und die Überführung klärte, sehr engagiert. Damit sind die notwendigen Voraussetzungen für die Sicherung und wissenschaftliche Auswertung dieses außerordentlich wichtigen Kulturgutes der Stadt gegeben. Inzwischen konnten wir mit der Zeitung arbeiten und wichtige Lücken in der Forschungsarbeit schließen.

Im Weiteren haben wir ein Konzept für eine AB-Maßnahme zur „Sicherung von gefährdeten Schriftgutbeständen für die sozialgeschichtliche Forschung zu Ober- und Niederbarnim und für die Ausarbeitung der Strausberger Stadtgeschichte“ erarbeitet und in Kooperation mit „pro Futura e. V.“ (Gemeinnütziger Verein für Sozialprojekte) beim Arbeitsamt eingereicht. Der Bürgermeister gab uns die entsprechende Bescheinigung, dass gerade dieses Projekt sehr wichtig ist. Das Arbeitsamt signalisierte Zustimmung, nun warten wir auf den Bescheid. Bei diesem Vorhaben geht es vor allem um die Herstellung einer Sicherungskopie der „Strausberger Nachrichten“ und um eine erste Auswertung des Materials im Rahmen unserer Forschungsarbeit. Wie sehr die alten Zeitungen, die es überwiegend nur einmal gibt, in ihrer Substanz vom Zerfall bedroht sind, ist allgemein bekannt. Das trifft auch für die „Strausberger Zeitung“ zu. Es ist auch nicht zu übersehen, dass wir mit ABM-Projekten wenigstens zeitweilig Arbeitsplätze schaffen. Über weitere Projekte ist nachzudenken, beispielsweise im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Jubiläum „285 Jahre Garnisonsstadt Strausberg“ im Jahre 1999.

8. Ein Leitgedanke unserer Arbeit ist, dass geschichtswissenschaftliche Arbeit, vor allem wenn es um Regionalgeschichte geht, möglichst unmittelbar praktisch bzw. wirksam werden sollte. Auch dazu nur ein paar Beispiele:

Im Mai haben wir beim Obersten Militärstaatsanwalt in Moskau die Rehabilitierung des völlig unschuldig beim russischen KGB denunzierten Sozialdemokraten Arthur Wellnitz, der dann im Februar 1948 im Lager Sachsenhausen verstarb, beantragt. Der Antrag wurde von einem Freund unserer Arbeit in Moskau übergeben.

In der biographischen Arbeit konnten wir das Leben und Wirken des langjährigen SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Karl Werner und seiner sozialdemokratischen Ehefrau aufhellen. Er führte den Ortsverein von 1919 bis 1946. Er brachte auch die größten Bedenken gegen die SED-Gründung in Strausberg ein, und er zog sich wie andere alte SPD-Mitglieder dann aus dem politischen Leben zurück. Auf unsere Empfehlung hat der Ortsverein das Grab beider Sozialdemokraten gekauft und in Pflege übernommen. Wir empfehlen dem SPD-Ortsverein, sich im nächsten Jahr ausführlich mit dem derzeitigen Stand der biographischen Forschung zu befassen und sich so mehr und mehr mit seinen geschichtlichen Wurzeln vertraut zu machen.

Zur praktischen Seite gehört auch, dass Aufgrund unserer Empfehlung die Stadtverwaltung das Grab des ersten sozialdemokratischen Bürgermeisters Paul Fischer gekauft und in Pflege übernommen hat. Es ist vorgesehen, dass die Strausberger Stadtverordneten anlässlich seines 60. Todestages im Juli 1997 das Leben und kommunalpolitische Wirken Paul Fischers gedenken und würdigen. Dass Jürgen Schmitz diese Aufgabe bereits zu Beginn dieses Jahres persönlich in die Hand genommen hat, versteht sich von selbst.

9. Inzwischen können wir auf ein in sich geschlossenes und sehr umfangreiches Archiv der 110-jährigen Geschichte der Strausberger SPD und auf eine eigene Schriftenreihe verweisen. Dazu gehören:

1. Eine „Chronik und Dokumentation 1887 - 1997“ in sieben Teilen (Aktenordner). Teil 7 (1997) wird bis Ende 1997 fertig gestellt.
2. Eine Chrestomathie zum Wirken der SPD im Kreis Oberbarnim aus dem Oberbarnimer Kreisblatt 1900 bis 1932, hrsg. vom Oderlandmuseum und der Interessen-

gemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung. Diese Arbeit konnte bereits dem Heimatmuseum Strausberg und dem Oderlandmuseum Bad Freienwalde sowie dem Stadtarchiv und dem Ortsverein Strausberg übergeben werden.

3. Eine Chrestomathie zur Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg aus der „Strausberger Zeitung“ 1898 - 1933 mit einem Anhang aus den „Strausberger Nachrichten“. Die ca. 500 Seiten umfassende Arbeit wird dann gebunden dem Ortsverein sowie dem Heimatmuseum übergeben.
4. Eine Chrestomathie zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung aus der Strausberger Zeitung 1998 - 1933 in fünf Bänden (mit einem Registerband), 1200 Seiten.
5. Eine Chrestomathie „Faschismus in Strausberg“ aus der Strausberger Zeitung 1929 - 1933.
6. Eine Akte aus dem persönlichen Nachlass von Arthur Wellnitz
7. Eine Dokumentation mit dem Titel „SPD im Blickfeld der Presse am Beispiel des Ortsvereins Strausberg 1989 - 1996“. Diese Materialsammlung ist für eine Diplomarbeit an der FU-Berlin vorgesehen. Arbeitsthema: Entwicklung der SPD in Ostdeutschland nach 1989 - dargestellt am Beispiel des Ortsvereins Strausberg (wiss. Betreuung: Fritz Vilmar).
8. Einen Report über die Reflexion von aktueller sozialdemokratischer Politik und von SPD-Geschichte im Denken ausgewählter Bevölkerungsgruppen der Stadt Strausberg.

Im vor uns liegenden Jahr sind neben den bereits genannten Arbeiten weitere sehr anspruchsvolle Aufgaben zu lösen:

- Die o.g. Chrestomathien sind für die weitere Ausarbeitung der Geschichte des SPD Ortsvereins auszuwerten. Recherchen zu einigen Biographien sind fortzusetzen. So sind wir erst kürzlich in den Strausberger Nachrichten auf Richard Hauschildt (Beigeordneter des Bürgermeisters P. Fischer) und auf Otto Zimmermann (Stadtverordneter) aufmerksam geworden. Beide gehörten zu den 1933 in Oranienburg inhaftierten Sozialdemokraten.
- Bis Januar 97 ist das Ausstellungskonzept zu erarbeiten und im Verein sowie mit den zuständigen Kollegen der Stadtverwaltung zu beraten.
- Mit dem Ausstellungskonzept ist natürlich auch eine Ausstellungsbegleitbroschüre verbunden, die bis April 97 für den Druck vorliegen soll.
- Schließlich haben wir auch eine wissenschaftliche Studie zur Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg im Programm, die bis Oktober 97 ebenfalls vorliegen soll.
- Videofilmmaterial ist zu verarbeiten und eine Computeranimation zu erarbeiten.
- Viel Kraft und Zeit ist erforderlich, um die Ausstellung vorzubereiten und sie dann fachlich mit Führungen zu besetzen. Wir sollten über zwei Monate diese Aufgabe fest in der Hand haben und möglichst auch viele Schulklassen und Bürger durch die Ausstellung führen.



- Mitglieder des Ortsvereins arbeiten derzeit auch relativ selbständig an einem Projekt „Erinnerungen“ an die Wiedergründung des SPD-Ortsvereins im Januar 1990“.

Die Arbeiten werden insgesamt in die für Oktober/November 1997 vorgesehene Ausstellung eingehen und letztlich für die weitere Geschichtsforschung nutzbar sein. Für all die zu lösenden Aufgaben sind die finanziellen Grundlagen abzuklären.

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren viel geleistet, doch große Aufgaben stehen vor uns. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Mehrzahl unserer Vereinsmitglieder nur ideell mitarbeiten kann, weil sie berufstätig oder in anderen bzw. in leitenden Funktionen tätig sind. Der Verein zählt derzeit 20 Mitglieder und ein Ehrenmitglied. Ein Mitglied (R. Leuschner) lässt seine Mitgliedschaft ruhen. Das ist ein Status, der in der Satzung nicht vorgesehen ist.

Der Vorstand erwies sich in der zurückliegenden Zeit als arbeitsfähig und konnte in einer kollegialen Atmosphäre die Vereinsarbeit leiten.

Die Hauptarbeit liegt auch in unserem Verein auf den Schultern weniger Mitglieder. Wir orientieren auch deshalb auf eine Erweiterung des Vorstandes auf fünf Mitglieder. Der Vorstand sollte im Sinne der Parteienunabhängigkeit die sozialpolitische Struktur des Vereins reflektieren. Packen wir gemeinsam die Aufgaben an in der Gewissheit, sie mit solider Qualität und termingemäß zu lösen.

## 1997

Die von der ordentlichen Mitgliederversammlung am 4. Dezember 1996 bestätigten Aufgaben des Geschichtsvereins für das Jahr 1997 konnten dank der sehr guten Unterstützung durch das Schul-, Kultur- und Sportamt der Stadtverwaltung erfüllt werden.

**Schwerpunkte unserer Arbeit waren:** 1. Die Erarbeitung und Herausgabe der „Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg 1887 - 1990 - Chronik - Texte - Illustrationen“, Weiterführung der Chronik und Dokumentation in 8 Teilen (wiss. Archiv) sowie die Vorbereitung der Ausstellung zum 110-jährigen Gründungsjubiläum des SPD-Ortsvereins und deren Eröffnung am 01. Oktober 1997 im Heimatmuseum, 2. Abschluss des Projekts „Religionsgemeinschaften als Nischen politisch Andersdenkender in Strausberg 1945-1989“, 3. Vorbereitung und Beginn des ABM-Projekts zur Sicherung gefährdeten Schriftgutes der Stadt (Strausberger Nachrichten), 4. Herausgabe der Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“, 5. Geschichtsseminare und Diskussionsveranstaltungen und 6. publizistische Öffentlichkeitsarbeit zur Vorstellung von Forschungsergebnissen.

### **Ergebnisse:**

- 1. Auflage der „Geschichte des Ortsvereins der SPD 1887 - 1990 / Chronik - Texte - Illustrationen“ (200 S.) erschien im Januar 1997 mit 60 Exemplaren, die zweite erweiterte und verbesserte Auflage (262 S.) erschien im Mai 1997 mit 119 Exemplaren und die dritte Auflage (280 S.) in Form der Ausstellungsbegleitbroschüre im September 1997 mit 500 Exemplaren. Druck- und Buchbindekosten für die Ausstellungsbegleitbroschüre wurden von der Landeszentrale für politische Bildung

übernommen (ca. 9.950,-DM). Davon wurden bisher verkauft: 1. Auflage 30 Exemplare zu a) 20 DM (30 Freixemplare), 2. Auflage 18 Exemplare zu a) 20 DM (23 Freixemplare, 78 Bestand), 3. Auflage 58 Exemplare zu a) 20 DM (51 Freixemplare, 391 Bestand). Chronik und Dokumentation zur Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg in 8 Teilen (wiss. Archiv mit ca. 4000 Seiten) konnte fertiggestellt und der Stadtverwaltung übergeben werden. Sie wird bis 31.12.1997 fortlaufend in den Teilen 2 und 8 ergänzt bzw. aktualisiert. Ein Duplikat dieser Dokumentation wurde dem Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn zum Kauf (950,-DM) angeboten.

- Die Ausstellung „1887 - 1997 SPD-Ortsverein Strausberg - eine demokratische Traditionslinie der Arbeiterbewegung“ wurde am 01. Oktober 1997 eröffnet. Neben den Ausstellungstafeln wurden in Eigenleistungen von Vereinsfreunden eingebracht: „Ehrenband der Strausberger Sozialdemokratie“, gestiftet von Brigitte Matte, sowie eine Computeranimation zur Geschichtsarbeit von Dr. Peter Gerold. Restauration der hinteren Seite der Reichsbannerfahne durch Brigitte Matte. Bis 10.11.1997 gab es 159 Besucher, davon 17 Jugendliche, 5 Gruppenführungen.
- Am 1.04.1997 begann mit 2 ABM-Mitarbeitern (Renate Ulrich, Johannes Otto) die Arbeit zur „Sicherung von gefährdetem Schriftgut der Stadt“ (Strausberger Nachrichten). Bis 15.11.97 konnten 6 Jahrgänge (1930-1935) reproduziert, eingebunden und der Stadtverwaltung übergeben werden. Ebenso Chrestomathien aus den „Strausberger Nachrichten“ zu den Themen Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung (7 Bände), zur Geschichte der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Strausberg (5 Bände), zur Geschichte der Strausberger Sparkasse (1 Band), zur Geschichte des Faschismus in Strausberg (10 Bände). In Abhängigkeit von der Finanzlage sind weitere Themen vorgesehen, wie z.B. zum kommunalpolitischen Leben in Strausberg, zur Entwicklung der Strausberger Handwerksbetriebe, zur Geschichte der Garnisonstadt Strausberg sowie zu den Themen Wirtschaft und Kultur. Die Auflagenhöhe ist auf 5 Exemplare begrenzt. Lediglich die Chrestomathie zur Geschichte der Strausberger Sparkasse wird auf Bitte von Herrn Harms in 10 Exemplaren produziert. Kopierpapier wird von der Sparkasse gesponsert. Für die 5 Expl. gilt folgender Verteiler: je 1 Expl. Museum, Stadtarchiv, Bibliothek der Bundeswehr (AIK), Adressat ( z.B. Kirche, Sparkasse), Geschichtsverein. Die Sachkosten für das ABM-Projekt werden in diesem Jahr aus Vereinsmitteln sichergestellt. Das Projekt wurde 1997 von der Firma Binder & Karl mit 400,- DM für Toner, Hans-Jürgen Mader 1000,- DM gesponsert. Vom Verein wurden eingesetzt: Kopierpapier A3/ 30.500 Blatt, A4/ 45.000 Blatt, das sind insgesamt mehr als 30 Kisten Kopierpapier. Klebestifte für 70,-DM. Im kommenden Jahr sind weitere Sponsoren zu gewinnen. Die Stadtverwaltung/ Kulturamt wird sich auch 1997 an den Sachkosten beteiligen. Mit einer Verlängerung der ABM für das Jahr 1998 kann gerechnet werden. Sozialer Träger der ABM ist die Steremat-Beschäftigungsgesellschaft (pro Futura e. V).
- Bis 15.11.97 sind in der Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ zu verschiedenen Themen insgesamt 37 Bände erschienen und den o. g. Einrichtungen kostenlos übergeben worden.
- Mit der Herausgabe der Studie „SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg. Dokumente des antireligiösen Alltagsgeschäfts einer SED-Kreisleitung“, Autor Dr. Martin Bock, und dem Werkstattgespräch am 22.11.1997 konnte das Projekt vorge-

stellt und abgeschlossen werden. Die Studie wurde in einer Auflage von 170 Exemplaren auf Kosten des Vereins und mit technischer Unterstützung des SOWI gedruckt. Sie wird zum Preis von 7 DM angeboten. Inzwischen konnten 20 Studien verkauft werden.

- Die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Potsdam konnte auch 1997 produktiv und in solidarischer Atmosphäre weitergeführt werden. Die Seminare (9 - 11) zu den Themen „80 Jahre Oktoberrevolution. Legende - Geschichte - Wirklichkeit“, „110 Jahre politisch organisierte Arbeiterbewegung - Sozialdemokraten in Strausberg“ und „SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg - Versuche einer Annäherung an das Thema“ fanden große Resonanz und erfüllten die vorgesehene Zielsetzung. Ein ebenso interessanter Diskussionsabend (Mitgliederversammlung im Januar) war dem Thema „Zu den geistigen Quellen des demokratischen Sozialismus: Marx und christliche Ethik - Konsens oder Widerspruch“ gewidmet.
- In Vorbereitung und im Ergebnis der genannten Geschichtsseminare/veranstaltungen sowie in Hinblick auf die gesamte Vereinsarbeit gab es regelmäßig relativ ausführliche und gut platzierte Presseinformationen und Berichte in der MOZ und BAB. In den monatlichen Ausgaben der Neuen Strausberger Zeitung erschien die Reihe „Biographien Strausberger SPD- Stadtverordneter“. Besonders aussagekräftig und theoretisch fundiert waren die Artikel von Dr. Rolf Apel und Reinhard Schliebs. Der „Vorwärts“ informierte zweimal kurz über die Arbeit unserer Interessengemeinschaft. Aus Anlass des 75. Geburtstages von Franz Wunsch veröffentlichte Prof. Hemberger in der MOZ-Ausgabe Bad Freienwalde am 24. März einen Artikel mit Foto „Franz Wunsch, ein Sozialdemokrat von Kindesbeinen an“. Dr. Klein veröffentlichte Aufsätze zur russischen Oktoberrevolution 1917 in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, Heft 4/1996, im Buch „Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?“ Berlin 1997. Im Weiteren gab er zu diesem Thema ein Interview in der BAB 45/97. In der gleichen Ausgabe erschien ein Artikel von Dr. Rolf Apel und Dr. Horst Klein „Der rote Oktober - ein künstlerisch verfärbtes Geschichtsbild“.
- Die in unserer Schriftenreihe für 1997 vorgesehene Studie 8 „Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg“, Autoren: Dr. Rolf Barthel und Dr. Horst Klein, konnte im Rahmen der laufenden Projektarbeit nicht geschrieben werden. Eine umfassende Darstellung der Strausberger SPD-Geschichte erfordert weitere Forschungsarbeit zum geistigen und politischen Umfeld der hiesigen SPD, insbesondere zur Arbeit von Betriebsräten, Gewerkschaften und dem Arbeitersport sowie zur KPD-Ortsgruppe. In Hinblick auf die Ortsgruppe der KPD haben Waltraud und Horst Hemberger mit Recherchen und mit der Materialsammlung begonnen. Der Vorstand unterstützt die Auffassung der genannten Autoren, dass mit der vorliegenden Ausstellungsbegleitbroschüre und mit der Ausstellung das ursprüngliche Projektanliegen erfüllt sei.

## 1998

Die von der Mitgliederversammlung am 4. Dezember 1997 bestätigten Aufgaben des Geschichtsvereins für das Jahr 1998 konnten dank der sehr guten Unterstützung durch das Schul-, Kultur- und Sportamt der Stadtverwaltung und der guten Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Potsdam, erfüllt werden. Da wir in diesem Jahr mit der lt. Satzung durchzuführenden Vorstandswahl für die zurückliegenden zwei Jahre zu berichten haben, bitten wir, den allen Mitgliedern vorliegenden Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres noch einmal einzusehen

**Schwerpunkte unserer Arbeit waren:** 1. Die Sonderausstellung „1887 - 1997 SPD-Ortsverein Strausberg - eine demokratische Traditionslinie der Arbeiterbewegung“, Werbung, Führungen und Werkstattgespräche im Museum, 2. Vorstellung und Diskussion von neuen Forschungsergebnissen zu brisanten Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung in Form von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, 3. Durchführung eines wissenschaftlichen Ehrenkolloquiums anlässlich des 70. Geburtstages des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Prof. Dr. Horst Hemberger zum Thema „Wirtschaftsdemokratie - eine Alternative zum herrschenden Marktradikalismus?“, 4. Fortführung des ABM-Projekts zur Sicherung von gefährdetem Schriftgut der Stadt, 5. Recherchen zur Geschichte der KPD-Ortsgruppe Strausberg, 6. Mitarbeit am städtischen Projekt „285 Jahre Garnisonstadt Strausberg“, 7. Herausgabe der Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ und 8. publizistische Öffentlichkeitsarbeit zur Vorstellung der Vereinsarbeit.

### **Ergebnisse:**

- Die Sonderausstellung zur 110-jährigen Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg konnte bis 31. März 1998 im Museum gezeigt werden. Sie fand in der Öffentlichkeit eine gute Resonanz. Mehr als 400 Besucher kamen in die Ausstellung, überwiegend in Gruppen und mit dem Wunsch auf Führung und Diskussion, darunter u.a. auch der Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe, die stellvertretenden Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Linken der Slowakei, Sozialdemokraten der Partnerstadt Frankenthal, Minister Steffen Reiche und vom Bundesvorstand der PDS Prof. Michael Schumann. Hervorzuheben ist, dass es bei allen Besuchern eine hohe Wertschätzung für die an Dokumenten, Fakten und Biographien orientierte Geschichtsforschung gab. Ein parteiübergreifender Grundgedanke war, „dass SPD-Geschichte aus ihrer Verfälschung zurückgeholt und den Strausberger Sozialdemokraten ihre Identität wiedergegeben wurde“. Kritisch ist anzumerken, dass es uns nicht gelungen ist, die Strausberger Pädagogen und Jugendlichen für Gruppenbesuche zu gewinnen. Dr. Barthel, der seine frühere Darstellung der politischen Geschichte Strausbergs in der Ausstellung nicht bestätigt sah, erklärte seinen Austritt aus dem Geschichtsverein. Von den 500 Ausstellungsbegleitbroschüren konnten 76 Exemplare verkauft, 88 Exemplare unentgeltlich an gemeinnützig wirkende Einrichtungen und Personen überreicht werden. Ein Exemplar (Duplikat) der achteiligen Chronik und Dokumentation zur Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg von 1887 - 1997 wurde dem Sozialen Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn unentgeltlich für die weitere Parteilorschung übergeben. Das Original dieser Dokumentation wurde vertragsgemäß der Stadtverwaltung (Heimatmuseum) übergeben.

- Im vergangenen Jahr fanden drei öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit insgesamt ca. 150 Teilnehmern zu folgenden Themen statt: 1. „... wohl doch keine Alternative?“ 80 Jahre nach Gründung der KPD, 2. August Bebel in Strausberg, 3. „Wer hat uns verraten...?“ Legenden - Verdrehungen - Vorurteile. Agitation und Propaganda zur Geschichte der SPD und ihr realer Hintergrund. In den vergangenen 4 Jahren fanden insgesamt 16 öffentliche Diskussionsveranstaltungen statt, davon 8 gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und 1 mit Unterstützung des Landesbüros für politische Bildung.
- Das vom Vorstand zusätzlich in den Arbeitsplan 1998 aufgenommene wissenschaftliche Ehrenkolloquium für das verstorbene Vorstandsmitglied Prof. em. Dr. habil. Horst Hemberger zum Thema „Wirtschaftsdemokratie - eine Alternative zum herrschenden Marktradikalismus?“ ist für den 5. Dezember 1998, 10.00 - 16.00 Uhr im Klub am See vorbereitet. Es sind 40 TeilnehmerInnen schriftlich eingeladen. Mitglieder des Vereins, die keine Einladung erhalten haben, können bei vorliegendem Interesse ihre Teilnahme dem Vorstand (Brigitte Matte, Tel.: 22401) mitteilen. Es ist beabsichtigt, die schriftlich eingereichten Beiträge und Statements in einem Band unserer Schriftenreihe zu veröffentlichen.
- Die ABM für das Projekt „Sicherung von gefährdetem Schriftgut der Stadt“ (Strausberger Nachrichten) konnte auch in diesem Jahr mit sehr guten Arbeitsergebnissen fortgeführt werden. Derzeit konnten die reproduzierten Jahrgänge der Zeitung von 1930 - 1941 und 1905 - 1909 gebunden dem Museum übergeben werden. Wir bemühen uns mit Unterstützung des 2. Beigeordneten und in Zusammenarbeit mit dem Träger der ABM, der STEREMAT - Beschäftigungsgesellschaft, um eine weitere Verlängerung der Maßnahme mit den derzeitigen Mitarbeitern. Mit dem Träger der ABM konnte eine sehr produktive und vielseitige Zusammenarbeit entwickelt werden.
- In Fortsetzung der Forschung zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung wurde bereits im vergangenen Jahr mit Recherchen zur Geschichte der Strausberger KPD begonnen, um so auch in der Projektarbeit zur SPD-Geschichte gebliebene Lücken zu schließen und ein möglichst objektives Gesamtbild zu gewinnen. Es ist beabsichtigt, das Material bis Ende 1999 in einer Dokumentation zu erfassen und später ebenfalls der Stadt (Museum) zu übergeben. Eine weitere Ausstellung zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung im Jahre 2000 sollte im Museum vorgesehen werden.
- Der Verein unterstützt das in Verantwortung des Schul-, Kultur- und Sportamtes laufende Projekt „285 Jahre Garnisonstadt Strausberg“. Zu diesem Anliegen wurde eine militärwissenschaftliche Studie „Aufsätze zur Geschichte der Nationalen Volksarmee. Die Nachrichten- und Flugsicherungstruppen 1956 - 1990“, Autor Dr. Walter Paduch, in unserer Schriftenreihe herausgegeben. Die erste Auflage in Höhe von 110 Exemplaren ist vergriffen. Im Rahmen des städtischen Projekts ist eine gemeinsame Veranstaltung zur Vorstellung der Studie vorgesehen. Darüber hinaus werden vom Vorsitzenden 2 in Trägerschaft der Steremat-Beschäftigungsgesellschaft laufende Projekte zur Geschichte der Garnisonstadt 1930 - 1945 und 1945 - 1990 wissenschaftlich betreut.
- Im Rahmen der seit Herbst 1996 vom Verein herausgegebene Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ konnten inzwischen 83 Broschüren, vor-

wiegend Chrestomathien zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, zur Geschichte des kommunalpolitischen Lebens in Strausberg, zur Geschichte der Religionen und Kirchen in Strausberg, zur Geschichte des Faschismus in Strausberg, zur Geschichte der Sparkasse Strausbergs und zur Geschichte der Garnisonstadt Strausberg herausgegeben werden. Die Chrestomathien sind eine wichtige Forschungsgrundlage für bereits laufende Projekte. Besondere Aufmerksamkeit fanden die thematischen Studien zur Geschichte des SPD-Ortsvereins (Horst Klein), SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg. Dokumente des Alltagsgeschäfts einer SED-Kreisleitung (Martin Bock), Strausbergs heißer Juni. Versuch einer Begebenheitsanalyse von den Tagen um den 17. Juni 1953 in Strausberg und Umgebung (Reiner Schwarze) sowie die bereits angeführte Studie von Walter Paduch zur Geschichte der NVA.

- In den vergangenen Jahren konnte eine gute und umfangreiche publizistische Öffentlichkeitsarbeit entwickelt werden. Die Sonderausstellung im Museum, die Schriftenreihe und vor allem die Qualität der zahlreichen und regelmäßig in verschiedenen Publikationen veröffentlichten Artikel über Probleme der Vereinsarbeit haben wesentlich dazu beigetragen, Arbeitsergebnisse, geschichtswissenschaftliche Positionen des Vereins zu schwierigen und strittigen Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung öffentlich zu machen, so u. a. im „Vorwärts“ 3/98, in der Schrift des SPD-Landesverbandes Brandenburg „Geschichte in Geschichten. 130 Jahre Sozialdemokratie in Brandenburg 1868 - 1998“ sowie mit Beiträgen in der „Märkischen Oderzeitung“, der „Neuen Strausberger Zeitung“, dem „BAB LokalAnzeiger“ und „DISPUT“. Reinhard Schliebs sicherte mit Beiträgen in der MOZ und Dr. Rolf Apel mit Beiträgen in der BAB und DISPUT die Präsenz unseres Vereins.
- Der Verein hat derzeit 17 Mitglieder. Waltraud Hemberger wurde vom Vorstand, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Mitgliederversammlung, als Mitglied aufgenommen und in die Vorstandsarbeit für das KPD-Projekt einbezogen.

## 1999 bis 2000

Die von der Mitgliederversammlung für den oben genannten Zeitraum bestätigten Aufgaben des Vereins konnten in guter Qualität und fristgemäß erfüllt werden. Besonders vorteilhaft für die Arbeit des Vereins war und ist die produktive Zusammenarbeit mit dem Schul-, Kultur- und Sportamt der Stadtverwaltung sowie mit dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung. In diesem Jahr konnten auch Arbeitsbeziehungen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgenommen und so die Durchführung eines wissenschaftlichen Kolloquiums ermöglicht werden.

**Schwerpunkte unserer Arbeit waren:** 1. Recherchen zur Geschichte der KPD-Ortsgruppe in Strausberg und Erarbeitung einer Dokumentation für die weitere Forschung und Geschichtsschreibung, 2. Öffentliche Diskussionsveranstaltung zur Vorstellung von Forschungsergebnissen zu brisanten Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung sowie die Durchführung eines wissenschaftlichen Kolloquiums „Zur Kriegsfrage in der Geschichte der sozialistischen Bewegung...“, 3. die Mitwirkung am städtischen Projekt „285 Jahre Garnisonstadt“, 4. die Fortführung des ABM-Projekts zur Sicherung von gefährdetem Schriftgut der Stadt, 5. Die Herausgabe der Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ und 6. publizistische Öffentlichkeitsarbeit zur Vorstellung der Vereinsarbeit und Beteiligung an Geschichtsdiskussionen.

## Ergebnisse:

- Die 1997 begonnenen und 1999 und 2000 umsichtig weitergeführten Recherchen zur Geschichte der KPD-Ortsgruppe Strausberg haben die Erarbeitung einer relativ umfangreichen Dokumentation ermöglicht. Bis Jahresende wird ein Thesenpapier erarbeitet und für Januar 2001 eine Präsentation (ca. 10 Bildtafeln mit Chronik, Biografien und Dokumenten) für ein Werkstattgespräch vorbereitet. Mit den vorliegenden Dokumenten und Informationen kann das Bild zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung bereichert werden. Mit dem Ergebnis dieser Projektarbeit und mit dem Abschluss der Reproduktion der Zeitung „Strausberger Nachrichten“ (25 Bände Chrestomathien zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung) sind nun auch weitere Schritte in der Forschung zur Geschichte des SPD-Ortsvereins möglich. Es ist vorgesehen, die vorliegende Chronik entsprechend zu ergänzen und bis in den Zeitraum 2000 zu erweitern und in unserer Schriftenreihe vorzustellen. Ergebnisse unserer biografischen Forschung konnten in das „Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert“ eingebracht werden. Gemäß den Auswahlkriterien betrifft dies die Biografien von Herrmann Arndt, Richard Hauschildt, Georg Kurtze und Arthur Wellnitz. Eine weitere Sonderausstellung zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung (SPD und KPD) sollte für 2002 vorgesehen werden.
- Im Berichtszeitraum wurden drei wissenschaftliche Veranstaltungen mit insgesamt ca. 250 Teilnehmern durchgeführt, davon zwei Diskussionsveranstaltungen gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Themen: „Legenden – Verdrehungen – Vorurteile: Agitation und Propaganda zur Geschichte der SPD und ihr realer Hintergrund: Die Weimarer Republik – Ursachen ihres Scheiterns 1933?“ und „Am Ende der ‚Dritten Wege‘ zum Sozialismus oder das Aus der Utopie?“ sowie ein Kolloquium gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Zur Kriegsfrage in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Der Krieg auf dem Balkan 1999 und die alternative Sicht“. Für diese Veranstaltungen, die eine hohe öffentliche Resonanz fanden, konnten namhafte Wissenschaftler als Referenten gewonnen werden, so u. a. Prof. Siegfried Heimann (Berlin), Prof. Fritz Vilmar (Berlin), Prof. Detlev Albers (Bremen), Prof. Heinz Niemann (Berlin), Prof. Gerhard Stuby (Bremen), Prof. Wolfgang Scheler (Dresden), Dr. Uli Schöler (Bonn), Prof. Klaus Kinner (Leipzig). Aus unserem Verein waren vor allem Dr. Martin Bock, Dr. Peter Gerold und Dr. Horst Klein als Referenten bzw. Moderatoren eingebunden. Bemerkenswert ist, dass zunehmend Teilnehmer aus dem Umland Berlins und nicht mehr ausschließlich aus Strausberg kommen. 50 Prozent der Teilnehmer (vorwiegend Wissenschaftler) am Kolloquium kamen aus Berlin, Potsdam und anderen Orten der Bundesrepublik.
- Aufmerksamkeit fanden ebenso die öffentlichen Mitgliederversammlungen des Vereins. Zu nennen sind vor allem die kurzfristig einberufene Versammlung zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien im April 99 und die Versammlung zur Vorbereitung des Kolloquiums im April 00. Beiden Versammlungen lagen Thesenpapiere vor, die von Vereinsmitgliedern und Gästen beraten wurden und Zustimmung fanden. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Vereinsmitglieder und der außergewöhnlich hohen politischen Veranstaltungsdichte in Strausberg, hat der Vorstand von weiteren Mitgliederversammlungen Abstand genommen.
- Der Vorstand unterstützte das städtische Projekt „285 Jahre Garnisonstadt“ mit konzeptionellen Vorschlägen und mit der wissenschaftlichen Betreuung von ABM-Projekten, die den Zeitraum 1933-1945 und 1945-1990 zum Gegenstand haben.

In unserer Schriftenreihe erschienen drei Studien (Autoren: Dr. Walter Paduch, Hans-Jürgen Lellmann und Kurt Schornsheim) zu militärwissenschaftlichen bzw. militärpolitischen Themen. Die Studien waren Gegenstand öffentlicher Diskussionsveranstaltungen, die in Verantwortung des Schul-, Kultur- und Sportamtes der Stadtverwaltung stattfanden. Bis Anfang Januar 01 wird eine Neufassung der Studie von Hans-Jürgen Lellmann „Zur Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt 1933 bis 1945“ und erstmalig auch eine von Dr. Detlef Lucker verfasste Studie zur Geschichte der Garnisonstadt 1945 bis 1990 vorliegen. Damit wird ein wichtiger Beitrag für die noch ausstehende Erarbeitung einer in sich geschlossenen Stadtgeschichte geleistet. Träger der ABM-Projekte ist die STEREMAT Beschäftigungsgesellschaft mbH, mit der wir seit 1996 eine sehr fruchtbringende gemeinsame Zusammenarbeit pflegen.

- In diesem Zusammenhang verdient das ABM-Projekt „Sicherung von gefährdetem Schriftgut der Stadt“ (Reproduktion der Zeitung „Strausberger Nachrichten“ von 1905-1941, verbunden mit der Erarbeitung von Chrestomathien zu 16 Teilbereichen) besondere Wertschätzung. Mit diesem Projekt konnte einmalig vorhandenes und im Privatbesitz befindliches Forschungsmaterial für die stadthistorische Arbeit gesichert und erschlossen werden. Die Reproduktion der Zeitung konnte inzwischen abgeschlossen und die Bände gebunden dem Museum übergeben werden. Das Projekt (Sachkosten) wurde von der Sparkasse Märkisch-Oderland, der Wohnungsbaugesellschaft mbH und der Stadtverwaltung gefördert. Der Stadtverordnete Hans-Jürgen Mader spendete 1000,00 DM aus persönlichem Einkommen. Die für die zwei ABM-Personalstellen benötigten Mittel des Arbeitsamtes betragen über den Zeitraum von drei Jahren ca. 240.000 DM. Es kann buchhalterisch davon ausgegangen werden, dass wir mit diesem Projekt der Stadt einen Sachwert von ca. 300.000 DM zugeführt haben. Dazu gehören 137 Chrestomathien (5 Exemplare je Thema, außer Geschichte der Sparkasse mit jeweils 10 Exemplaren) sowie 14 thematische Studien in einer Auflagenhöhe 20 - 800, die in den öffentlichen Bibliotheken der Stadt (Museum, Verwaltungsarchiv, Stadtbibliothek Müncheberger Straße, Militärbibliothek) eingesehen und genutzt werden. Der evangelischen Kirchengemeinde Strausbergs wurden 13 Bände Chrestomathien zur Geschichte der Kirchen und Religionen in Strausberg unentgeltlich übergeben. 31 Bände haben die Geschichte der Garnisonstadt zum Gegenstand. Erstmals liegen 23 Bände zur Geschichte des Faschismus in Strausberg vor. Da es sich hier um Originaltexte handelt, werden diese Chrestomathien ausschließlich für die wissenschaftliche Forschung angeboten.
- Die Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ ist inzwischen zu einem unentbehrlichen Publikationsorgan der Stadt geworden, das der Geschichtsverein herausgibt. Die thematischen Studien werden von der Behindertenwerkstatt zu einem kulanten Preis gebunden und in der Stadtinformation zum Kauf angeboten. Darüber hinaus konnten wir wie in den Jahren zuvor eine umfangreiche publizistische Arbeit in die verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften einbringen, so in die MOZ, BAB-LokalAnzeiger, DISPUT und Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (BzG). In diesem Zusammenhang haben wir Dr. Rolf Apel für seine stets hilfreiche Presse- und Fotoarbeit zu danken.
- Der Verein hat derzeit 17 Mitglieder. Dr. Klaus-Dietrich Krüger ist im vergangenen Jahr ausgetreten, um sich der SPD-Geschichte in Neuenhagen zu widmen. Inzwischen ist er Mitautor einer Broschüre zur 100jährigen Geschichte seines Orts-



vereins. Dr. Martin Bock erklärte im September 00 seinen Austritt aus dem Geschichtsverein.

#### **Probleme:**

- Der Geschichtsverein benötigt neue Mitglieder bzw. Freunde, die bereit sind, unter dem Dach des Vereins eigenständig Projekte zu übernehmen oder sich an der Projektarbeit zu beteiligen. Darüber hinaus suchen wir akademisch qualifizierte Bürger – möglichst Sozialwissenschaftler -, gern auch sogenannte Spätaussiedler, die sich mit unserem Anliegen anfreunden wollen.
- Für die Aufarbeitung der örtlichen DDR-Geschichte wären die Erschließung des Aktenbestandes der früheren Blockparteien (CDU, LDP, DBD und NDPD) sowie die Aufnahme entsprechender Projekte notwendig.

## **2001**

In der Mitgliederversammlung am 27. November 2001 gab der Vorstand nachfolgenden Bericht: Auch in diesem Jahr hat der Geschichtsverein wieder seine vielfältigen und oftmals sehr schwierigen Aufgaben erfüllen können. Zu diesen gehört **erstens** der erfolgreiche Abschluss des ABM-Projekts „Sicherung von gefährdetem Schriftgut der Stadt Strausberg“. Nunmehr liegt die für die stadtgeschichtliche Forschung unverzichtbare Reproduktion der Zeitung „Strausberger Nachrichten“ (1905 – 1941) im Museum zur Nutzung bereit. Dazu gehören die in unserer Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ herausgegebenen Chrestomathien (mehr als 150 Bände in je 5 Exemplaren), die in den städtischen Bibliotheken (Verwaltungsarchiv, Heimatmuseum, Stadtbibliothek, Militärbibliothek) vorliegen. Ein Satz (13 Bände) der Chrestomathien zur Geschichte der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Strausberg konnte ebenso unentgeltlich der evangelischen Kirchengemeinde übergeben werden. Mit der unentgeltlichen Übergabe des Schriftgutes konnte der Stadt Forschungsmaterial/Kulturgut mit einem geschätzten Sachwert in Höhe von 300.000 DM übergeben werden. Hervorzuheben ist, dass diese Projektarbeit auch für die Durchführung des städtischen Projekts „285 Jahre Garnisonstadt Strausberg“ unverzichtbar war. Im Ergebnis unseres mehrjährigen Engagements und der wissenschaftlichen Leitung des Projekts zur Geschichte unserer Garnisonstadt liegen nunmehr 4 umfangreiche Arbeiten vor, die wir hier noch einmal in Erinnerung bringen: 1. Kurt Schornsheim: DIE FÜSILIERE DER SECHZIGER IN STRAUSBERG 1860 – 1868, 2. Hans-Jürgen Lellmann: Zur Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt 1933 bis 1945 – unter Berücksichtigung der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie und der militärisch orientierten Vereine, Verbände und Organisationen / Texte – Chronik – Dokumente, 3. Walter Paduch: Aufsätze zur Geschichte der Nationalen Volksarmee / Nachrichten und Flugsicherungstruppen 1956 – 1990, 4. Detlev Lucker: Strausberg 1945 bis 1990 / Skizze und Dokumente zur Geschichte einer Garnisonstadt. Die genannten Arbeiten fanden auch auf Grund der Information und Dokumentation der AIK der Bundeswehr internationale Verbreitung. Nach Ansicht des Standortältesten Brigadegeneral Karl-Heinz Hagemann, mit dem wir gemeinsam diese Arbeiten öffentlich vorstellten, gebe es in Deutschland wohl kaum eine Stadt mit einer so gründlichen Geschichtsarbeit und schon gar nicht zur örtlichen Militärgeschichte. Die Arbeiten seien in besonderem Maße sehr hilfreich für die Ausgestaltung des Verhältnisses Bürgerschaft und Bundeswehr in Strausberg.

**Zweitens** die öffentliche Vorstellung der dreijährigen Forschungsarbeit zur Geschichte der Strausberger KPD von 1920 - 1946. Das Projekt ist ein wichtiger Beitrag für die kritische Vorstellung des hiesigen Parteikommunismus und für die Auseinan-

dersetzung mit der entsprechenden DDR-Geschichtsschreibung. Das dazu am 24. Januar durchgeführte Werkstattgespräch mit Berliner Kommunismusforschern und mehr als 30 geladenen Teilnehmern sowie die in der Zeit vom 24.01. – 8.3. im Museum gezeigte Ausstellung „Keine Anlass zum Jubeln – kein Grund zum Vergessen“, die auch von der hiesigen PDS in ihren Geschäftsräumen über mehrere Monate präsentiert wurde, haben in der Öffentlichkeit große Resonanz gefunden. In diesem Zusammenhang fanden weitere Werkstattgespräche statt, so u.a. auch mit dem SPD-Ortsverein.

**Drittens** fanden mehrere Diskussionsveranstaltungen/Seminare zu brisanten Themen der Zeitgeschichte statt: Gemeinsam mit dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung am 21. Februar zur Biografie Otto Grotewohls (Grotewohl: ein Sozialist zwischen den Fronten) und am 21. März mit dem Buchautor Hans Misselwitz „Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewusstsein der Ostdeutschen“ Der Autor war Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung und ist derzeit Leiter des Parteibüros von Wolfgang Thierse. Zu den Ergebnisformen der genannten Projekte und des Projekts „Straßennamen erzählen Geschichte“ gehören auch die von Horst Klein in der „Neuen Strausberger Zeitung“ vorgestellten Kurzbiografien von Thälmann, Grotewohl. In diesem Zusammenhang haben wir mit der von uns initiierten und im Kunstparkhaus im Oktober gezeigten Sonderausstellung „Friedrich Ebert – vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten“ und mit dem dazu durchgeführten Seminar einen weiteren Beitrag für die Vorstellung des historischen Hintergrundes Strausberger Straßennamen und für die wirkungsvolle Auseinandersetzung mit dem DDR-Geschichtsbild einbringen können. Eine von Horst Klein verfasste Kurzbiografie „Friedrich Ebert“ wird im Januar 02 in der „Neuen Strausberger Zeitung“ erscheinen.

**Viertens** gehört zu den wichtigsten Ergebnissen auch die zu neuen Erkenntnissen führende Arbeit am Projekt zur Geschichte des SPD-Ortsvereins. Die Studie „Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887 – 1997. Eine chronistische und biografische Skizze“ befindet sich derzeit in der redaktionellen Bearbeitung und wird im Februar in unserer Schriftenreihe (Auflage mit 100 Exemplaren, 210 Seiten) erscheinen. Dazu wird im April 02 eine öffentliche Diskussionsveranstaltung stattfinden.

Zu den noch offengebliebenen Vorhaben zählt vor allem die von Rolf Apel einzubringende Studie zum Thema: „Journalistische Skizzen über das kultur- und kommunalpolitische Leben in Strausberg im ersten Jahrzehnt der deutschen Einheit“. Mit ihrer Fertigstellung ist Ende 02 zu rechnen.

Der Verein konnte auch in diesem Jahr eine insgesamt vielseitige geschichtswissenschaftliche und politische Öffentlichkeitsarbeit leisten. Zu dieser gehören mehrere von Rolf Apel und Horst Klein in Zeitschriften und Zeitungen veröffentlichte Beiträge. Besondere Aufmerksamkeit fand eine vom Vorstand in der MOZ und im Blickpunkt veröffentlichte Erklärung zur Wahrung der politischen Kultur in Strausberg. Das gemeinnützige bzw. überparteiliche Wirken des Vereins findet über Strausberg hinaus zunehmende Aufmerksamkeit und Anerkennung.

Wie in den vergangenen Jahren wird auch in diesem Jahr am 8. Dezember unsere traditionelle Weihnachtsfeier in der „Stätte der Begegnung“ (Gerhart-Hauptmann-Straße) stattfinden. Der Vorstand schlägt vor, zur Weihnachtsfeier auch die Autoren unserer Schriftenreihe mit ihren Partnern einzuladen.

## 2001 - 2002

Auch in der zurückliegenden Legislaturperiode hat der Geschichtsverein seine vielfältigen Aufgaben erfüllen können. Dies schloss auch die weiterführende Zusammenarbeit mit dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung und mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein. Ebenso konnte die produktive Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, insbesondere mit dem Schul-, Kultur- und Sportamt, fortgesetzt werden. Alle grundlegenden Ziele und Probleme konnten in regelmäßig durchgeführten Vorstandsberatungen thematisiert, im Konsens und in solider und vertrauensvoller Teamarbeit gelöst werden.

### **Zu den wichtigsten Ergebnissen gehören:**

- Der erfolgreiche Abschluss des ABM-Projekts „Sicherung von gefährdetem Schriftgut der Stadt Strausberg“. Nunmehr liegt die für die stadthistorische Forschung unverzichtbare Reproduktion der Zeitung „Strausberger Nachrichten“ (1905 – 1941) im Museum zur Nutzung bereit. Dazu gehören die in unserer Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ herausgegebenen Chrestomathien (in je 5 Exemplaren), die in den städtischen Bibliotheken (Verwaltungsarchiv, Heimatmuseum, Stadtbibliothek, Militärbibliothek) eingesehen werden können. Ein Satz (13 Bände) der Chrestomathien zur Geschichte der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Strausberg konnte ebenso unentgeltlich der evangelischen Kirchengemeinde übergeben werden. Mit der unentgeltlichen Übergabe des Schriftgutes konnte der Stadt Forschungsmaterial/Kulturgut mit einem geschätzten Sachwert in Höhe von 300.000 DM übergeben werden. Das Landeshauptarchiv hat sein Interesse an der Archivierung unseres Schriftgutes geäußert.

- Die vom Verein herausgegebene Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ mit insgesamt 138 Bänden aus dem Zyklus „Chrestomathien“ und 17 thematischen Bänden in unterschiedlicher Auflagenhöhe konnte wie vorgesehen fortgesetzt werden. Bestseller sind die zwei Studien zur Geschichte der Strausberger SPD, die Studie „SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg“, Reiner Schwarze: „Strausbergs heißer Juni“ sowie die Themen zur Garnisonsgeschichte. Mit mehr als 500 Exemplaren ist die von Dr. Walter Paduch 1998 eingebrachte Arbeit zur NVA-Geschichte noch immer in der Nachfrage. Um den künftigen Bedarf zu sichern haben wir begonnen, die thematischen Studien als CD-Rom anzubieten. In dieser Form können bis Januar 03 alle bisher erschienenen Themen vorliegen. Als Vorhaben offengeblieben ist die von Rolf Apel beabsichtigte Studie zum Thema: „Journalistische Skizzen über das kultur- und kommunalpolitische Leben in Strausberg im ersten Jahrzehnt der deutschen Einheit“. Mit ihrer Fertigstellung ist Ende 02 zu rechnen.

- Die Mitarbeit im städtischen Projekt „285 Jahre Garnisonstadt Strausberg“ und dessen wissenschaftliche Leitung, mit der wir zugleich erwartungsgemäß einen beachtlichen öffentlichen Zuspruch fanden. Im Ergebnis unseres mehrjährigen Engagements im Projekt liegen nunmehr 4 umfangreiche Arbeiten vor, die wir hier noch einmal in Erinnerung bringen: 1. Kurt Schornsheim: DIE FÜSILIÈRE DER SECHZIGER IN STRAUSBERG 1860 – 1868, 2. Hans-Jürgen Lellmann: Zur Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt 1933 bis 1945 – unter Berücksichtigung der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie und der militärisch orientierten Vereine, Verbände und Organisationen / Texte – Chronik – Dokumente, 3. Walter Paduch: Aufsätze zur Geschichte der Nationalen Volksarmee / Nachrichten und Flugsicherungstruppen 1956 – 1990, 4.

Detlev Lucker: Strausberg 1945 bis 1990 / Skizze und Dokumente zur Geschichte einer Garnisonstadt. Die genannten Arbeiten fanden auch aufgrund der Information und Dokumentation der AIK der Bundeswehr sowie durch den wachsenden Leserkreis internationale Verbreitung. Nach Ansicht des Standortältesten Brigadegeneral Karl-Heinz Hagemann, mit dem wir gemeinsam diese Arbeiten öffentlich vorstellten, gebe es in Deutschland wohl kaum eine Stadt mit einer so gründlichen Geschichtsarbeit und schon gar nicht zur örtlichen Militärgeschichte. Die Arbeiten seien in besonderem Maße sehr hilfreich für die Ausgestaltung des Verhältnisses Bürgerschaft und Bundeswehr in Strausberg.

- Der Abschluss und die Vorstellung der dreijährigen Forschungsarbeit zur Geschichte der Strausberger KPD von 1920 – 1946, die in der parteipolitischen Öffentlichkeit große Beachtung und Zuspruch fanden. Das Projekt ist einerseits ein wichtiger Beitrag für die kritische Vorstellung des hiesigen Parteikommunismus und für die Auseinandersetzung mit der entsprechenden DDR-Geschichtsschreibung. Andererseits sehen wir auch in diesem Projekt eine wichtige Seite unserer humanistischen Erinnerungsarbeit. Das dazu am 24. Januar 01 durchgeführte Werkstattgespräch mit Berliner Kommunismusforschern und mehr als 30 geladenen Teilnehmern sowie die in der Zeit vom 24.01. – 8.3. 01 im Museum gezeigte Ausstellung „Kein Anlass zum Jubeln – kein Grund zum Vergessen“, die anschließend auch von der hiesigen PDS in ihren Geschäftsräumen über mehrere Monate präsentiert wurde, haben in der Öffentlichkeit große Resonanz gefunden. In diesem Zusammenhang fanden weitere Werkstattgespräche statt, so u.a. mit dem SPD-Ortsverein und mit der Historischen Kommission beim Landesvorstand der PDS.

- Mit mehreren Diskussionsveranstaltungen/Seminaren zu brisanten Themen der Zeitgeschichte konnten wir das Streitbare und konstruktive Gespräch mit interessierten BürgerInnen fortsetzen und uns so auch für die politische Bildungsarbeit einbringen: Gemeinsam mit dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung am 21. Februar 01 zur Biografie Otto Grotewohls (Grotewohl: ein Sozialist zwischen den Fronten) und am 21. März 01 mit dem Buchautor Hans Misselwitz „Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewusstsein der Ostdeutschen“. Zu den Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit gehört auch das Projekt „Straßennamen erzählen Geschichte“ und die in diesem Zusammenhang in der „Neuen Strausberger Zeitung“ vorgestellten Kurzbiografien von Ernst Thälmann, Otto Grotewohl, Friedrich Ebert sen. und Peter Göring. Derzeit recherchieren wir für eine biografische Skizze zum Straßennamen „Philipp Müller“. Im Rahmen des Projekts „Straßennamen“ fanden auch die von uns initiierte, im Oktober 01 im Kunstparkhaus gezeigte Sonderausstellung „Friedrich Ebert – vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten“ sowie das dazu durchgeführte Tagesseminar statt. Bemerkenswert ist, dass unsere TeilnehmerInnen zunehmend aus Berlin und dem Strausberger Umfeld kommen.

- Zu den wichtigsten Ergebnissen gehört die Arbeit am Projekt zur Geschichte des SPD-Ortsvereins, die Studie „Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887 – 1997. Eine chronistische und biografische Skizze“ erschien mit Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflagenhöhe von 100 Exemplaren. Sie konnte an interessierte Bürger unentgeltlich abgegeben werden. Im Unterschied zur Ausstellungsbegleitbroschüre konnte mit dieser Arbeit die erst in den letzten Jahren nutzbar gewordene Zeitung „Strausberger Nachrichten“ für die Forschung ausgewertet werden. Im Weiteren konnten wir ergänzende bzw. neue Quellen einbringen, die das Bild zur hiesigen SPD wesentlich vervollständigten. Hier ist vor allem auch auf die für die

Forschung unerlässlichen biografischen Angaben und auf die Biografien zu verweisen. Mit der öffentlichen Diskussionsveranstaltung am 4.4.02 konnten wir unsere ursprüngliche Vereinsgründungsidee, die Geschichte der Strausberger Sozialdemokratie von 1887 bis 1997 zu erforschen und vorzustellen, praktisch einlösen. Damit hat der Verein seine sich selbst bzw. von den Gründungsmitgliedern gestellte Aufgabe erfüllt.

- Der Verein konnte auch im Berichtszeitraum eine insgesamt vielseitige geschichtswissenschaftliche und politische Publikationsarbeit leisten. Zu dieser gehören neben den thematischen Studien mehrere in Zeitschriften und Zeitungen veröffentlichte Beiträge. Besondere Aufmerksamkeit fand eine vom Vorstand in der MOZ und im Blickpunkt veröffentlichte Erklärung zur Wahrung der politischen Kultur in Strausberg. Das gemeinnützige bzw. überparteiliche Wirken des Vereins findet über Strausberg hinaus zunehmende Aufmerksamkeit und Anerkennung.

Die Buchführung wurde jährlich vom Kassenprüfer und am 28.8.02 mit Freistellungsbescheid zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer (Gemeinnützigkeit) für die Kalenderjahre 1999-2001 vom Finanzamt geprüft. Es gab keine Beanstandungen.

## 2003

Am 14. November 2002 beauftragte die ordentliche Mitgliederversammlung einstimmig den Vorstand, die beabsichtigte Selbstauflösung des Vereins mit Wirkung vom 9.12.04 vorzubereiten. Sie entschloss sich zu diesem Schritt auf Grund der personellen Situation im Verein, die eine Erneuerung des Vorstandes und eine Weiterführung des wissenschaftlichen Profils der Vereinsarbeit auf absehbare Zeit nicht ermöglicht. Im Weiteren ließ sich die Mitgliederversammlung von der erfreulichen Tatsache leiten, dass der Verein seine ursprünglich vorgesehenen Aufgaben weitestgehend erfüllt hat. Deshalb beauftragte die Mitgliederversammlung den Vorstand, die laufende Projektarbeit mit solider Qualität abzuschließen, die Archivierung des vorhandenen Forschungsmaterials vorzunehmen und dessen Übergabe an das Landeshauptarchiv bzw. an das Heimatmuseum vorzubereiten. Dieser Orientierung folgend, war die Vorstandstätigkeit, die stets im Konsens und in einer kameradschaftlichen Atmosphäre stattfand, auf die Erfüllung nachfolgender Aufgaben gerichtet:

- Im Januar initiierte der Vorstand im Arbeitskreis „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ eine „Große Strausberger Friedensmanifestation“ gegen die USA-Kriegspolitik gegen den Irak, die am 16. Februar in der St. Marien-Kirche stattfand. Vereinsfreund Torsten Boger wurde als ständiger Vertreter des Vereins in den Arbeitskreis delegiert. Wir folgten so der Mitgliederentscheidung vom November 01, künftig zur Friedensfrage keine eigenständigen Veranstaltungen durchzuführen, sondern im genannten Arbeitskreis mitzuwirken.
- Aus dem uns vorliegenden Archivmaterial zur hiesigen SPD-Geschichte wurde im Sinne der Aufarbeitung und Darstellung von Forschungsergebnissen eine Dokumentation erarbeitet. Unter dem Thema „Die SPD ist wieder da! Dokumentation zur Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg von 1990 bis 2004“ konnte das Material sowohl als Dokumentation auf ca. 60 Schautafeln 50 x 70 cm als auch als CD-ROM zunächst intern nutzbar gemacht werden. Diese Arbeit soll bis Ende nächsten Jahres abgeschlossen und für die weitere

Archivierung den entsprechenden Einrichtungen übergeben werden. Eine öffentliche Nutzung sollte dem Heimatmuseum bzw. im Jahr seines 120-jährigen Gründungsjubiläums 2007 dem SPD-Ortsverein überlassen sein. Im Weiteren ist vorgesehen, die 1997/98 im Museum gezeigte Ausstellung zur Geschichte des Ortsvereins von 1887 – 1990 vor der Übergabe an das Museum auf wissenschaftliche Aktualität zu überprüfen und ebenfalls für die öffentliche Nutzung auf CD-ROM zu übertragen. Die vorliegende chronistische Darstellung der hiesigen SPD-Geschichte wird bis 2004 weitergeführt und ebenfalls aktualisiert als CD-ROM archiviert und öffentlich gemacht.

- Die bereits dem Heimatmuseum übergebene Ausstellung „Kein Anlass zum Jubeln – kein Grund zum Vergessen. Die Geschichte der KPD-Ortsgruppe Strausberg 1920 – 1946“ wurde gemäß Arbeitsplan auf CD-ROM übertragen und mit einem Geleitwort des PDS-Landesvorsitzenden Ralf Christoffers öffentlich gemacht. Mehr als 30 CDs konnten für die weitere wissenschaftliche Forschung und für die Archivierung / Inventarisierung unentgeltlich an Wissenschaftler und gemeinnützige Einrichtungen übergeben werden. Interessierte BürgerInnen können die CD zum Preis von 5 Euro in der Stadtinformation erwerben.
- Auf Empfehlung des Vorstandes hat Brigitte Matte als Privaterbin der Strausberger Reichsbannerfahne Schwarz-Rot-Gold diese dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn mit der Maßgabe übereignet, die Fahne nach der Inventarisierung dem Heimatmuseum als Dauerleihgabe zu überlassen. Ebenso wurde seitens des Vorstandes mit dem Ehrenband der Strausberger Sozialdemokratie 1887 – 1997, das Brigitte Matte für das Partei-jubiläum 1997 stiftete und bisher im Besitz unseres Vereins war, verfahren. Beide historischen Sachzeugnisse befinden sich zurzeit in Bonn. Auf Grund der ungeklärten Zukunft bzw. der Verwaltung des hiesigen Museums ist zu prüfen, ob die Rückführung erst nach Gewährleistung entsprechender Aufbewahrungs- bzw. Nutzungsbedingungen erfolgen sollte. Zur Gewährleistung der 1997/98 durchgeführten Sonderausstellung im Museum kauften wir Wechselrahmen, die bislang privat auf dem Dachboden des Wohnhauses von Waltraud Hemberger gelagert werden konnten. Durch Baumaßnahmen war eine relativ kurzfristige Umlagerung erforderlich. Aus diesem Grunde und in Anbetracht der bevorstehenden Selbstauflösung des Vereins entschloss sich der Vorstand, die Wechselrahmen dem anerkannt gemeinnützig tätigen Freundeskreis St. Marien zu Strausberg e. V. zu übereignen. Die Übergabe ist inzwischen erfolgt.  
Auf Ersuchen des Landeshauptarchivs Potsdam haben wir weitere Belegexemplare der Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ für die Archivierung übergeben.
- Ein weiterer Schwerpunkt war die publizistische und Gutachterarbeit sowie die Teilnahme an wissenschaftlichen Fachtagungen der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin. Zu nennen sind u. a.
  - ein Bericht von Dr. Rolf Apel über unsere Diskussionsveranstaltung am 4.4.02 zum Thema „Sozialdemokratische Tradition und Zukunftsgestaltung in Strausberg“ im Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2003/1

- die von Dr. Horst Klein verfassten Thesen „ 110 Jahre organisierte Arbeiterbewegung 1887 – 1997. Sozialdemokraten in Strausberg“ im Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2003/2,
- ein Aufsatz von Dr. Horst Klein „Philipp Müller – Erinnerungen an den ersten Demonstrationstoten im Kalten Krieg“ im Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2003/3,
- ein Gutachten von Dr. Horst Klein zum Antrag der CDU-Fraktion auf Umbenennung des Straßennamens Peter Göring in der Stadtverordnetenversammlung am 23. Januar 2003
- mehrere Rezensionen von Dr. Horst Klein für Verlage/Zeitschriften zu neuen Erkenntnissen auf dem Gebiet der Kommunismus- und DDR-Forschung
- sowie die Teilnahme von Dr. Rolf Apel und Dr. Horst Klein an wissenschaftlichen Fachtagungen zu folgenden Themen: „Dr. Kurt Schumacher – SPD und Linke“, „Das rechte und das linke Auge. Zur juristischen Aufarbeitung von NS-Staat und DDR“ und „Verrat? – Fakten, Fiktionen, Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts“. Zu den zuletzt genannten beiden Veranstaltungen wurden Berichte für die Veröffentlichung im Jahrbuch 2004/1 verfasst. Mit diesen Arbeiten blieben wir auch in diesem Jahr in der geschichtswissenschaftlichen Arbeit überregional präsent.

- Am 15. Januar 03 widmete sich der Deutsche Bundeswehrverband, Kameradschaft Ehemalige, im traditionellen Rundtischgespräch unserer Vereinsarbeit. Mit einem Kurzvortrag stellte unser Vorsitzender die Vereinsarbeit vor. Am Gespräch nahmen auch Dr. Peter Gerold und Dr. Rolf Apel teil. Unsere Arbeit fand Interesse und großen Zuspruch, zugleich bedauerten Gastgeber und Teilnehmer sehr nachhaltig die bevorstehende Selbstauflösung unseres Vereins.
- Im Arbeitsplan sind Forschungen zu den Straßennamen Egelhofer, Zettler und Rau vorgesehen. Diese können erst im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Kritisch ist anzumerken, dass die von uns vorgelegte Kurzbiografie zum Straßennamen Philipp Müller entgegen einer Zusage des Bürgermeisters nicht in der „Neuen Strausberger Zeitung“ veröffentlicht wurde. Die von Dr. Rolf Apel vorgesehene Studie „Journalistische Skizzen über das kultur- und kommunalpolitische Leben in Strausberg im ersten Jahrzehnt der deutschen Einheit“ wird als Druckvorlage im Mai nächsten Jahres vorliegen. Es ist vorgesehen, diese Arbeit in Form eines Ehrenkolloquiums zum 70. Geburtstag des Autors im November 2004 vorzustellen und so die Vereinsarbeit zu beenden.
- Dr. Werner Müller erklärte am 6.4.03 seinen Austritt aus dem Verein, weil er zu diesem Zeitpunkt auf ein Schreiben an den Vorsitzenden vom 21.3.03 noch keine schriftliche Antwort hatte. Darin unterstellte er dem Vorstand Inaktivität im notwendigen Engagement für den Kampf gegen die Kriegspolitik. In einem Antwortschreiben vom 7.4.03 erläuterte der Vorsitzende diesbezügliche Positionen und Aktivitäten des Vereins und dankte Dr. Müller für seine langjährige Mitwirkung im Verein. Unser Verein zählt derzeit 15 Mitglieder und ein Ehrenmitglied (Else Weitzel. Sie feiert am 6. November ihren 85. Geburtstag).
- Die Buchführung wurde im Zusammenhang mit dem vorliegenden Vorstandsbericht vom Kassenprüfer Volker Heiermann kontrolliert. Es gab keine Beanstandungen.

## **V. Abschlussbericht 1994 – 2004**

Der Geschichtsverein, der sich am 9.12.1994 gründete und gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom 14.11.2002 nach zehnjähriger Tätigkeit am 9.12.2004 selbst auflöst bzw. seine Tätigkeit beendet, hat die im Sinne der Satzung vorgesehenen Aufgaben nicht nur erfüllt, sondern in einem wesentlich breiteren Forschungsfeld einen beachtlichen Beitrag für die weitere Ausarbeitung und Vorstellung der Strausberger Stadtgeschichte geleistet. Die ursprünglich nur auf die Geschichte der hiesigen Arbeiterbewegung angelegte Forschung konnte rechtzeitig als Mosaik der städtischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert begriffen und mit der entsprechenden Konsequenz im Kontext der politischen Zeitgeschichte Strausbergs untersucht und öffentlich vorgestellt werden. Dabei wurde erkennbar, dass die politische Geschichte Strausbergs in der Zeit seit Mitte des 19. bis annähernd Mitte des 20. Jahrhunderts im Wesentlichen durch die hiesige SPD und die politischen Kämpfe dieser Zeit geprägt war. Mit der notwendig einzubeziehenden Untersuchung des Wirkens der KPD konnten die antagonistischen Gegensätze beider Arbeiterparteien und Hintergründe wie Folgen der SED-Gründung/Herrschaft in Strausberg mit all ihren Konsequenzen aufgeheilt und kritisch öffentlich dargestellt werden. Zu den in diesem Zusammenhang erstmalig in die städtische Forschung aufgenommenen und bearbeiteten Sachthemen gehören: der Nationalsozialismus in Strausberg von 1929 - 1945, die 285-jährige Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt einschließlich der Periode von 1945 – 1990, Arbeiten zur Geschichte der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Strausberg von 1890 – 1945 und darüber hinaus eine Studie zum Umgang der SED-Kreisleitung mit den Kirchen und Gläubigen in den 50er Jahren sowie zum Volksaufstand im Juni 1953 und dessen Verlauf in Strausberg. Hervorzuheben sind die wissenschaftliche Betreuung und Vorstellung des städtischen Projekts „285 Jahre Garnisonstadt Strausberg“, mit dem der Geschichtsverein einen eigenständigen Beitrag für die demokratische Ausgestaltung des Verhältnisses Bürgerschaft und Bundeswehr einbringen konnte, sowie die Arbeit zur Verwirklichung des im Konzept des Heimatmuseums (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung) verankerten Projekts „Straßennamen erzählen Geschichte“.

Die Vereinsarbeit konnte wesentlich durch eine enge und produktive Zusammenarbeit mit dem Schul-, Kultur- und Sportamt der Stadtverwaltung, mit der STEREMAT Beschäftigungsgesellschaft mbH Strausberg, mit der Bibliothek der Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr, mit dem Verwaltungsarchiv der Stadt und mit dem Heimatmuseum gedeihen. Sehr förderlich war die publizistische Unterstützung durch die Märkische Oderzeitung, den BAB LokalAnzeiger und das städtische Amtsblatt „Neue Strausberger Zeitung“.

### **Zu den wichtigsten Ergebnissen:**

1. Die Erschließung eines sehr umfangreichen Quellenmaterials, das bisher der Forschung nicht zugänglich war, prägte zunächst für mehrere Jahre die Arbeit des Vereins. Die im Landeshauptarchiv und in städtischen Archiven zuvor vorhandenen Dokumente waren für die Verwirklichung des Vorhabens unzureichend. Eine der wichtigsten Quellen für die weitere stadthistorische Arbeit war das Auffinden von zeitgeschichtlichen und personenbezogenen Dokumenten aus dem Besitz der Bürger sowie vor allem der bis dahin in Privateigentum befindlichen Zeitung „Strausberger Nachrichten“ von 1905 – 1941 und deren Überführung in das städtische Verwaltungsarchiv. Im Einvernehmen mit dem inzwischen verstorbenen Eigentümer Dr. Gellerich konnte der Geschichtsverein in Zusammenarbeit mit der STEREMAT Beschäftigungsgesellschaft und dem Schul-, Kultur- und Sportamt ein dreijähriges ABM-



Projekt (mit zwei Arbeitskräften) zur Reproduktion der vom Zerfall bedrohten und deshalb nicht öffentlich nutzbaren historischen Zeitung einrichten. Damit war eine Reproduktion und Neubindung der alten Zeitung möglich. Diese Reproduktion ist im Heimatmuseum einzusehen. Im Rahmen des für die gesamte Forschung des Vereins unverzichtbaren Projekts wurden 7 ausgewählte Sachgebiete der städtischen Geschichte in Chrestomathien gegliedert, kopiert und in Form von Studien gebunden. Dies betrifft die Sachgebiete Kommunalpolitik, Kirchen/ Religionsgemeinschaften, Sparkassengeschichte, Garnisonstadt, Faschismus, Arbeiterbewegung und städtische Elektroenergieversorgung. Aus den „Strausberger Nachrichten“ wurden 119 Bücher (Strausberger Studien zur Geschichte) in jeweils 5 Exemplaren hergestellt und städtischen Einrichtungen unentgeltlich zugeführt. Im Weiteren erarbeiteten wir 10 Chrestomathien/Bände aus der „Strausberger Zeitung“ 1898 – 1933. Die allein mit diesem Projekt verbundenen Sachkosten, die dem Kulturfond der Stadt bzw. der stadthistorischen Arbeit zugute kommen, betragen ca. 150 000 €. Der ideelle bzw. Kulturgutwert und der ehrenamtliche Zeitaufwand ist hier mit Geld nicht aufrechenbar. Mit diesem Projekt und im Weiteren mit dem Aufspüren von Zeitdokumenten aus dem Besitz der Bürger haben wir Kulturgut erschlossen und gesichert, das der Stadt für immer verloren gegangen wäre.

**2.** Mit der Erarbeitung und Vorstellung der nahezu 120-jährigen Geschichte der Strausberger SPD und der Geschichte der KPD-Ortsgruppe 1920 – 1946 konnte das zeitgeschichtliche Wissen nicht nur mit wissenschaftlichem Neuwert bereichert, sondern vor allem die Erinnerung an das Leben und Wirken zahlreicher Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wiedergewonnen und so vor dem Vergessen bewahrt werden. Dabei gingen wir, im Gegensatz zu der in der DDR üblichen dogmatischen bzw. ideologisierten Geschichtsschreibung, methodisch vom wirklichen Leben, Denken und Handeln der Menschen, von ihrem widersprüchlichen Engagement und Leistungen im kommunalpolitischen Leben unserer Stadt aus. Zu den markanten menschlichen Schicksalen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehören neben den unzähligen Toten und Opfern zweier Weltkriege auch Persönlichkeiten, die wir mit unserer Erinnerungsarbeit ins städtische Geschichtsbewusstsein zurückholen konnten, so u. a. das verdienstvolle Wirken des von den Strausberger Nationalsozialisten 1933 aus dem Amt des Bürgermeisters verdrängten Paul Fischer und seines in den Tod getriebenen Beigeordneten Richard Hauschildt sowie das tragische Ende des im Januar 1947 beim sowjetischen NKWD denunzierten Sozialdemokraten Arthur Wellnitz, der wenig später im Speziallager 7 Sachsenhausen verstarb. Seine Rehabilitierung, die wir beim Militärhauptstaatsanwalt der Russischen Föderation 1996 erwirkten, belegt in besonderer Weise das humanistische Anliegen unserer Arbeit. In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass unsere Forschungsergebnisse in das 2000 erschienene „Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert“ mit der Erinnerung an Hermann Arndt, Richard Hauschildt, Georg Kurtze und Arthur Wellnitz eingegangen sind.

**3.** Die gesamte Forschung war von Anfang an mit vielseitigen Aktivitäten zur öffentlichen Vorstellung und unmittelbaren Nutzung der Ergebnisse verbunden. Die wichtigste Basis dafür war die Herausgabe einer eigenen Schriftenreihe, der wir den Namen „Strausberger Studien zur Geschichte“ gaben. In dieser erschienen nicht nur die o. g. Chrestomathien, sondern auch 17 thematische Arbeiten in Buch- und CD-ROM Format. Die Auflagenhöhe lag zwischen 60 – 800 Exemplaren, wobei einige Themen mehrmals in bearbeiteter und erweiterter Auflage erschienen. Mit Unterstützung der Bibliothek der AIK der Bundeswehr erlangten insbesondere die militärpolitischen und

militärwissenschaftlichen Studien internationale Aufmerksamkeit. Beispielsweise wurden über Fernleihe Studien nach Irland und Australien gegeben. Direkt wurden von uns Studien aus Dänemark und Ungarn erbeten. Unsere Studien werden in Bibliotheken/Archiven der Ruhr-Universität Bochum, Landesbibliothek, Landeshauptarchiv, Archiv der sozialen Demokratie in Bonn, Verwaltungsarchiv, Bibliothek der AIK der Bundeswehr, Städtische Bibliothek und im Heimatmuseum genutzt. 14 Bände zur hiesigen Kirchengeschichte konnten wir wie den zuvor genannten Institutionen unentgeltlich der Evangelischen Kirchengemeinde übergeben. Studien und Dokumentationen zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung werden von der Freien Universität Berlin genutzt.

**4.** Zu den besonders wirksamen Formen der öffentlichen Vorstellung und Diskussion von Forschungsergebnissen gehörten Sonderausstellungen im Heimatmuseum zur Geschichte der SPD (1997/98) und KPD (2001), Diskussionsveranstaltungen und Bildungsseminare sowie eine umfangreiche eigenständige publizistische Arbeit in wissenschaftlichen Zeitschriften (Buchprojekte von Verlagen, wissenschaftliche Gutachterstätigkeit für Verlage, Aufsätze in internationalen Zeitschriften, wie JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung) sowie in überregionalen und regionalen Zeitungen.

Beachtlichen überregionalen und regionalen Zuspruch fanden unsere 27 Diskussionsveranstaltungen, Seminare und Werkstattgespräche, die primär die Vorstellung und Diskussionen neuere Forschungsergebnisse zur politischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zum Ziel hatten. Diese gemeinsam mit dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführten Veranstaltungen verstanden wir nicht nur als unverzichtbare forschungsbegleitende, sondern auch wichtige bildungspolitische Foren, die, wie in den Medien nachzuvollziehen ist, eine große Resonanz in der Öffentlichkeit fanden. Hervorzuheben sind die in diesem Zusammenhang durchgeführten wissenschaftlichen Kolloquien. Dabei gelang es uns, ausnahmslos alle Veranstaltungen mit hochqualifizierten Wissenschaftlern von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen zu besetzen, die sich als fähig erwiesen, aus eigener Arbeit den aktuellen Erkenntnisstand einzubringen. Je nach Charakter der Veranstaltungen beteiligten sich an diesen jeweils ca. 30 bis 100 Teilnehmer (Strausberger und Bürger aus dem Umfeld Berlins und Potsdam).

**5.** Im Unterschied zu dem noch immer vorwiegend üblichen Verfahren, das aufgefundene Quellenmaterial in Forscherhand zu belassen, ist unser Verein von Anbeginn von dem Vorsatz ausgegangen, jedes aufgefundene Dokument/Beleg etc. akribisch zu archivieren und für die weitere Forschung dem Museum bzw. Verwaltungsarchiv zu übergeben. So wurden nicht nur die im Museum gezeigten Sonderausstellungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern auch die dazu gehörigen Quellen/Dokumente (12 große Ordner mit ca. 6000 Blatt) und zahlreiche Einzeldokumente und Materialien dem Museum bzw. Verwaltungsarchiv übereignet. Aufgrund der Selbstauflösung des Vereins übergab der Vorstand gemäß einer vertraglichen Vereinbarung am 1.10.04 die Herausgeberrechte der Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ und die noch vorhandenen Studien und CDs der Stadtverwaltung. Die Vereinsakten werden im Dezember 04 dem Verwaltungsarchiv zugeführt.

**6.** Die Vereinsarbeit wurde von der Landeszentrale für politische Bildung, der Bundesstiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Friedrich-Ebert-Stiftung, Rosa-

Luxemburg-Stiftung, der Sparkasse Märkisch Oderland, der Stadtverwaltung, der Strausberger Wohnungsbaugesellschaft, den Stadtwerken und mehreren Einzelpersonen, darunter dem Stadtverordneten Hans-Jürgen Mader, gefördert. Ebenso gemeinnützig wurde unsere Arbeit von der SPD und PDS, insbesondere von den Landtagsfraktionen beider Parteien, sehr hilfreich unterstützt. Ihnen allen gilt unser Dank für ihre aktive Mitwirkung an einem hervorragenden Projekt zum Nutzen unserer Stadt. Ein besonderes Dankeschön gilt den unzähligen und zum Teil bereits verstorbenen Bürgerinnen und Bürgern, die mit Vertrauen und Hilfsbereitschaft unsere Erinnerungsarbeit unterstützten.

Der Vorstand bedankt sich bei allen seinen ehemaligen und derzeitigen Mitgliedern für die aktive und solidarische Mitwirkung im Geschichtsverein.

## **VI. Ein Resümee zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung (Thesen)**

### **110 Jahre organisierte Arbeiterbewegung 1887 – 1997 Sozialdemokraten in Strausberg** von Horst Klein

---

Die folgenden Thesen vermitteln einen Einblick in Forschungsergebnisse zur Geschichte des SPD-Ortsvereins. Sie belegen, dass Sozialdemokraten auch in Strausberg nicht nur die Arbeiterbewegung begründeten, sondern seit den 90er Jahren des neunzehnten Jahrhunderts auch maßgeblichen Anteil an der sozialen und kulturellen Entwicklung der Stadt und deren Bürgerschaft haben. Ungeachtet der nach der Novemberrevolution von 1918 aufkommenden gegensätzlichen politischen Strömungen waren Sozialdemokraten prägend für die Entwicklung der Strausberger Arbeiterbewegung. Auch in den Jahren der faschistischen Diktatur und nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Frühjahr 1946 blieben sozialdemokratische Werte und Visionen erhalten. Sozialdemokratische Gesellschaftsauffassungen, Geistes- und Politikkultur repräsentieren das Streben mehrerer Generationen für eine bessere, für eine demokratisch und humanistisch gestaltete Gesellschaftsordnung.

\* \*  
\*

1. Zu Beginn der 70er-Jahre des neunzehnten Jahrhunderts begannen sich auf der Grundlage der kapitalistischen Entwicklung, nicht zuletzt unter dem Einfluss der Berliner Arbeiterschaft, auch in Strausberg erste Strukturen einer selbständigen Arbeiterbewegung herauszubilden. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Strausbergs entfalteten sich die sozialen Gegensätze und damit auch das Bedürfnis der Arbeiter nach eigenständigen Formen der politischen Organisation und Bildung, der selbständigen kulturellen und sportlichen Betätigung. Noch in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878 - 1890) bildeten sich in Strausberg mehrere sozialdemokratisch beeinflusste Vereine. Ende November 1887 ergriff der Tuchmachermeister Albert Pökelmann die Initiative zur Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins; dies war unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes die Geburtsstunde der Strausberger Sozialdemokratie.

Sie gewann schnell an politischem Einfluss in der Bürgerschaft. So erhielt im Ergebnis der Reichstagswahlen im Februar 1890 der sozialdemokratische Kandidat Otto Thierbach (Berlin) in Strausberg 48,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Bei den Reichstagswahlen im Juni 1898 bekam der sozialdemokratische Kandidat Bernhard Bruns (Berlin) in Strausberg 58 Prozent der abgegebenen Stimmen. Zuvor sprach am 7. Mai August Bebel zu ca. 400 Strausberger Bürgern über die Ziele der deutschen Sozialdemokratie. Im Mittelpunkt der Parteiarbeit standen vor allem Aufgaben der politischen Bildung der Mitglieder und Sympathisanten, die Beschäftigung mit den Grundfragen sozialdemokratischer Programmatik und Politik, so u.a. die Ziele des Sozialismus, Fragen der Sozialgesetzgebung, der Überwindung des Dreiklassenwahlrechts und des Ringens um Völkerfrieden, gegen Militarismus und Krieg. Sozialdemokratische Parteiarbeit war bestimmt vom Bemühen um eine enge Verknüpfung von programmatischen Grundideen und Standpunkten mit den praktischen kommunalpolitischen Aufgaben. Im Januar 1900 gelangten erstmalig Sozialdemokraten in das Stadtparlament. 1908 wurde Paul Schröder Stadtverordneter und wenig später auch der erste sozialdemokratische Stadtrat, der in den Kriegsjahren mit gro-

ßer persönlicher Energie die Lebensmittelversorgung der Strausberger Bevölkerung organisierte und sicherte.

2. Mit der sich zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts immer deutlicher abzeichnenden Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges trat die Frage nach der Haltung der Sozialdemokratie zum Krieg in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Strausberger Sozialdemokraten orientierten sich an den antimilitaristischen Resolutionen der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart 1907 und Basel 1912. In ihrem Sinne engagierten sie sich entschlossen gegen den Militarismus und für die Völkerverständigung. Als die SPD-Reichstagsfraktion am 4. August 1914 ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten gab und dies aus dem Glauben an einen „Verteidigungskrieg“ gegen einen möglichen Sieg des russischen Despotismus tat, reflektierte sie die inzwischen aufgekommene Stimmung in großen Teilen der Arbeiterschaft, die in den Sog der „patriotischen“ Haltung geraten war. Viele Arbeiter glaubten, dass Russland der Aggressor sei, demgegenüber die Vaterlandsverteidigung geboten wäre. Auch die Mehrheit der Strausberger Arbeiterschaft bekannte sich zur „Vaterlandsverteidigung“. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen des Krieges erfolgte nach dem I. Weltkrieg bis Mitte der Zwanzigerjahre.

3. Im Unterschied zur allgemeinen Nachkriegsentwicklung der SPD, die mehrheitlich starke Differenzierungen aufwies und sich bereits im April 1917 mit der Gründung der USPD spaltete, konnte die Strausberger SPD ihre politische Geschlossenheit bis Januar 1919 bewahren. Erst unter dem direkten Einfluss der Berliner USPD-Agitationskommission kam es am 23. Januar 1919 zur Gründung eines USPD-Ortsvereins, dem zunächst Otto Hornburg, dann Karl Leuenberg vorstand. Den Vorsitz des SPD-Ortsvereins übernahm Karl Werner. Im Dezember 1920 entschieden sich Mitglieder der Strausberger USPD für den Anschluss an die Kommunistische Internationale und konstituierten sich als Ortsgruppe der KPD. Eine deutliche Mehrheit der Strausberger Arbeiterschaft blieb jedoch dem SPD-Ortsverein verbunden. Die Kommunisten gerieten zunehmend in das ideologische und politische Fahrwasser der stalinistischen Demagogie. Das von der KPD-Führung verbreitete „sozialistische“ Revolutionsbild und die These von der angeblichen Rolle der Sowjetunion als Vaterland der Arbeiterschaft aller Länder und nicht zuletzt die unrealistische Forderung nach Errichtung einer deutschen Sowjetrepublik beeinflussten auch die Gegensätze in der Strausberger Arbeiterschaft. Die Strausberger Sozialdemokraten bemühten sich zunächst um eine sachliche Zusammenarbeit mit der KPD-Ortsgruppe. Deswegen ungeachtet wurden sie von der KPD-Ortsgruppe, die der Moskauer Diktion folgte, als Sozialverräter und letztlich als Sozialfaschisten denunziert. Ungeachtet aller politischen und ideologischen Erschwernisse in den Jahren der Weimarer Republik wurde die SPD in Strausberg wählerstärkste Partei und mit durchschnittlich 300 Mitgliedern im Ortsverein auch die zahlenmäßig stärkste Partei in der Stadt.

4. Kultur, Bildungsarbeit und Massensport waren unerschöpfliche Wirkungsfelder Strausberger Sozialdemokraten, auf denen sie ihr beharrliches und zielbewusstes Engagement für ein solidarisches und selbstbewusstes Leben in der Arbeiterschaft einbrachten und so ihren Einfluss in der Bürgerschaft sicherten. Von Anfang an verknüpften sie die sozialistische Bildungsarbeit mit der kulturellen und sportlichen Betätigung. Auf diese Weise bewirkten sie einen breiten Zusammenschluss der Arbeiterfamilien, die aktive Einbeziehung der Frauen und Kinder in das soziale Leben der Stadt. Der Männer- bzw. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“ widmete sich sowohl der körperlichen Ertüchtigung seiner Mitglieder als auch der Aufführung anspruchsvoller

Theaterstücke. Er bot aber auch die Sphäre für die Einbeziehung und Aktivierung der bis 1919 weitestgehend aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossenen Arbeiterfrauen, er mobilisierte und politisierte sie. Das Gleiche gilt für die Arbeiterjugend. Die unversöhnlichen Gegensätze in der Strausberger Arbeiterbewegung führten im Jahre 1929 auch zur Spaltung des Arbeiter-Turnvereins „Vorwärts“, in dem die KPD mehrheitlich an Einfluss gewann. Die Sozialdemokraten gründeten 1930 die „Freie Sportvereinigung“.

Eine wichtige Rolle im kulturellen Leben der Stadt spielte der 1891 gegründete sozialdemokratische Gesangverein „Liedesfreiheit“. Zunächst als Männerchor gebildet, ab 1919 als gemischter Chor mit ca.80 Sängerinnen und Sängern sowie einem Orchester mit 36 Musikern und später auch mit einem Kinderchor, leistete der Verein einen entscheidenden Beitrag für die Herausbildung und Pflege der Arbeiterkultur in Strausberg. Unter dem Druck des Faschismus musste er sich 1934 auflösen. Im Juli 1945 konnte sich der Chor zwar nicht als Verein, jedoch als „antifaschistische Singgemeinschaft“ wieder gründen. Den alten Sozialdemokraten gelang es noch bis Anfang der Fünfzigerjahre, die kulturellen und solidarischen Traditionen zu pflegen, die dann zunehmend vom herrschenden Kulturanspruch überdeckt wurden. Anfang der Sechzigerjahre kam es zum Zusammenschluss des Chores mit der Eggersdorfer Chorgemeinschaft zum FDGB-Chor, der sich seit 1990 wieder als Gemischter Chor vorstellt.

5. Die Arbeit mit den Wählern gehörte auch in Strausberg zum Kern sozialdemokratischen Demokratie- und Politikverständnisses. Auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 blieb der Wahlverein als eigenständige Organisationsform für die sozialdemokratische Arbeit mit den Wählern bestehen. Neben dem Ortsverein organisierte er ausschließlich die Wahlveranstaltungen. Wählerarbeit erfolgte nicht nur vor anstehenden Wahlen, sondern im Verlaufe der gesamten Legislaturperiode. Abgeordnete und künftige Kandidaten berichteten über Ergebnisse, Probleme und Ziele sozialdemokratischer Arbeit in den verschiedenen Parlamenten und festigten so das Vertrauen der Wähler. Ebenso führte die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament regelmäßig Versammlungen und Aussprachen mit ihren Wählern durch. Das entsprach zutiefst dem sozialistischen Demokratieverständnis und bewirkte ein zunehmend größeres und stabileres Wählerpotential.

Das kommunalpolitische Engagement war von Anbeginn das entscheidende Politikfeld Strausberger Sozialdemokraten, die sich uneigennützig für die stete Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der Bürgerschaft einsetzten. In den Jahren der Weimarer Republik stellten sie in der Stadtverordnetenversammlung die stärkste Fraktion. Mit fachkundigen Vorlagen halfen sie die Entscheidungsfindung und die Arbeit des Magistrats zu qualifizieren und möglichst unbürokratisch Lösungen durchzusetzen. Zu den herausragenden Beispielen zählt neben den zahlreichen Sozialeinrichtungen der Stadt (Krankenhaus, schulmedizinische Betreuung der Kinder, Kinderpflege- und Betreuungseinrichtungen, Altenpflegeheim, Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt u.a.) das im September 1930 eingebrachte Notstandsprogramm zur Linderung der sozialen Not und Arbeitslosigkeit in Strausberg. Mit seiner Verwirklichung wurden infolge des sozialen Wohnungsbaus am Mittelweg (Friedrich-Ebert-Straße) und den damit verbundenen Kanalisationsarbeiten sowie durch Straßenbau und umfangreiche Forstarbeiten Arbeitsplätze geschaffen und die soziale Lage einer Reihe von Bürgern verbessert.

6. Die schwerwiegenden Folgen der Spaltung der Arbeiterbewegung für den Verlauf der Novemberrevolution und für die Ohnmacht gegenüber dem Faschismus waren

auch in der Strausberger Arbeiterbewegung unstrittig, und beide Parteien, SPD und KPD, wiesen der jeweils anderen Seite die Schuld zu. Die damit verbundenen politisch gegensätzlichen Denkmuster belasteten das Verhältnis zwischen dem SPD-Ortsverein und der KPD-Ortsgruppe und führten zur Schwächung der örtlichen Arbeiterbewegung. Die KPD konnte für ihre antisozialdemokratische Haltung die verhängnisvolle Militärpolitik Noskes und das Ausbleiben der versprochenen Sozialisierung beanspruchen. Demgegenüber sahen Sozialdemokraten keine Chancen für ein Rätssystem und für eine sofortige Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Letztlich fürchteten sie, eine radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse würde eher ähnlich wie in Russland zur Zerrüttung der Gesellschaft mit Not und Elend führen statt zu einer demokratischen und den sozialen Lebensinteressen der Menschen gerecht werdenden Ordnung. Indessen setzten Sozialdemokraten, die in den Jahren der Weimarer Republik im Reichstag keine parlamentarische Mehrheit besaßen, auf die aktive Gestaltung der Demokratie und der sozialen Lebensbedingungen der Menschen, ohne den konkret gegebenen Handlungsspielraum auszuschöpfen und die erreichten Fortschritte in den tatsächlichen Machtverhältnissen verankern zu können. Als Konsequenz mussten sie mit dem Vorwurf leben, die Demokratie und die sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution nicht im erforderlichen und möglichen Maße verteidigt zu haben.

Schwerwiegender waren die gegensätzliche Bewertung der russischen Oktoberrevolution 1917 und des daraus hervorgegangenen Sowjetsystems einerseits und die Haltung zu der aus der deutschen Novemberrevolution 1918 hervorgegangenen Weimarer Republik bzw. Demokratie andererseits. Während die KPD-Ortsgruppe in der Sowjetunion das historische Leitbild für die Verwirklichung der sozialistischen Ideale sah und die Errichtung einer deutschen Sowjetrepublik forderte, reflektierten Strausberger Sozialdemokraten die in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale analysierten russischen Zustände, den bolschewistischen Terror und die blutige Gewalt, insbesondere den gegenrevolutionären Charakter der stalinistischen Diktatur. Sozialdemokraten machten geltend, dass es in Deutschland nicht um die Einführung russischer Verhältnisse gehen kann, sondern dass die verfassungsgemäße Ausgestaltung der Demokratie und die Sicherung der demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution das Gebot der Zeit sei. Die hier skizzierten ideologischen Gegensätze, die sich in Strausberg bis März 1933 noch verhärteten, verhinderten ein antifaschistisches Bündnis beider Arbeiterparteien.

7. Strausberger Sozialdemokraten bekannten sich zur Weimarer Republik, der ersten parlamentarischen Republik Deutschlands, und zu der am 11. August 1919 von Friedrich Ebert unterzeichneten Verfassung. Sie waren sich dessen bewusst, dass die Stabilität und Funktionstüchtigkeit des werdenden demokratischen Systems wesentlich vom Charakter und Verhalten der Parteien abhängt. Sie verstanden sich deshalb als Republikaner, die alles für die demokratische Ausgestaltung und Verteidigung der jungen Republik zu tun bereit waren, obgleich diese noch nicht den sozialdemokratischen Idealen entsprach. Alljährlich veranstaltete der SPD-Ortsverein eine Verfassungsfeier, um die Strausberger für die aktive politische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben und für die Verteidigung der Republik zu mobilisieren. Zu diesem Zweck gründeten sie am 1. September 1924 gemeinsam mit Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei und der Zentrumspartei eine Kameradschaft der sozialdemokratisch dominierten Schutzorganisation „Reichsbanner Schwarz - Rot - Gold“ und im Januar 1932 die Eiserne Front. Reichsbanner und Eiserne Front waren vor allem gegen die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der monarchistischen und nationalsozialistischen Parteien und Vereine gerichtet. Ebenso konsequent wandten

sich Strausberger Sozialdemokraten gegen die völlig unrealistischen Ansichten der KPD-Mitglieder, die für den Sturz der bürgerlichen Demokratie und die Errichtung einer deutschen Sowjetrepublik eintraten.

8. Nach dem am 27.2.1933 von SS und SA gelegten Reichstagsbrand, der als Signal zur Beseitigung der Weimarer Demokratie galt, setzte eine Kampagne der zügellosen Verfolgung der KPD und SPD, ihrer Mitglieder und Funktionäre ein. Ihre Zeitungen und Druckschriften wurden in Preußen verboten. Mit Notverordnungen wurden zahlreiche Grundrechte der Verfassung außer Kraft gesetzt, u.a. das Recht der persönlichen Freiheit, die Pressefreiheit und das Versammlungs- und Vereinsrecht. Unter diesen Bedingungen fanden am 5. März 1933 die Reichstags- und Landtagswahlen statt. Ergebnisse in Strausberg: Reichstagswahl: SPD 1226, KPD 1173, NSDAP 2520, Deutschnationale Partei 1114 Stimmen; Landtagswahl: SPD 1206, KPD 1168, NSDAP 2451, Deutschnationale 1095 Stimmen. Am 5. März 1933 übernahmen die Nazis in Strausberg die Stadtverwaltung. Die KPD-Mandate wurden von vornherein annulliert, die der SPD zunächst formell geduldet, doch wurden die Mandatsträger zum Verzicht genötigt. Demagogisch sprach die Nazi-Propaganda von „freiwilliger Selbstauflösung“ sozialdemokratischer Vereine und vom „freiwilligen“ Verzicht der Sozialdemokraten auf ihre Mandate im Stadt- und Kreisparlament; eine Diktion, die später auch von der DDR-Geschichtsschreibung übernommen wurde. Am 11. März wurde der sozialdemokratische Bürgermeister von seinem Amt entbunden und am 13. März die Ortsgruppe des Reichsbanners aufgelöst. In den darauf folgenden Wochen waren die namhaften Sozialdemokraten Hausdurchsuchungen und der Verfolgung ausgesetzt. Am 23. Juni wurde die SPD in Deutschland verboten. Wie in anderen Orten wurde das Eigentum der Strausberger SPD und des Reichsbanners beschlagnahmt. 10 sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet und dem Konzentrationslager Oranienburg bzw. Sonnenburg zugeführt. Zu den im März erstverhafteten Sozialdemokraten gehörte der namhafte Parteiredakteur und stellvertretende Bürgermeister Richard Hauschildt, dessen Leidensweg in den Tod führte. Einige Sozialdemokraten wurden nach ihrer Entlassung aus dem Konzentrationslager gezwungen, mit ihren Familien den Wohnort zu wechseln. Im „Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert“ wird an das aufrichtige Leben und Wirken von Hermann Arndt, Richard Hauschildt, Georg Kurtze und Arthur Wellnitz erinnert.

9. Am 21. April 1945 erfolgte die Befreiung Strausbergs durch die Rote Armee. Unter dem Einfluss und der Kontrolle der sowjetischen Kriegskommandantur stand auch die Wiederezulassung der KPD und SPD. Die Strausberger KPD-Funktionäre vertraten konzeptionell die Auffassung, sofort die Diktatur des Proletariats zu errichten und nur noch eine Arbeiterpartei, die KPD, zuzulassen. Da dies den taktischen Vorgaben der SMAD widersprach, mussten sie sich vorerst einer Zusammenarbeit mit der SPD beugen. Am 21. Juni begannen 14 alte Sozialdemokraten mit dem Wiederaufbau ihres Ortsvereins. Am 18. Juli fand die erste Ortsvereinsversammlung statt, die erneut Karl Werner zum 1. Vorsitzenden wählte. Dr. Alfred Schneider wurde 2. Vorsitzender, Arthur Wellnitz Schriftführer, Hermann Arndt Kassierer, Richard Gottschling 1. und Max Weiß 2. Beisitzer. Elsa Edenfeld-Vermum bekam die Frauenarbeit übertragen und Else Kluge übernahm die Funktion der Sekretärin.

Die Sozialdemokraten, die überwiegend eine gute Allgemeinbildung sowie solide Erfahrungen in der Kommunalpolitik und Verwaltungsarbeit besaßen, engagierten sich mit Initiative und politisch-kooperativ für den Aufbau einer demokratischen Verwaltungsstruktur. Im Mittelpunkt standen Aufgaben der Wiederherstellung der für das



Leben der Stadtbevölkerung notwendigen sozialen Voraussetzungen, der Ordnung, Sicherheit und Versorgung für die Bürger. Der SPD-Ortsverein kam im September 1945 bereits wieder auf 81 Mitglieder. Zum strittigen Problem der Vereinigung von SPD und KPD gab es sowohl Zustimmung wie auch starke Vorbehalte. Es waren vor allem ältere Sozialdemokraten, die sich der in der SPD bis 1933 besprochenen Einschätzungen der russischen Verhältnisse erinnerten und starke Bedenken gegen die suggerierte Einheitspartei vorbrachten. Wie kompetente Zeitzeugen berichten, sollen die Einwände zur „Vereinigung“ in keinem Ort des Kreises Oberbarnim so bewusst eingebracht worden sein wie in Strausberg. Unter dem Druck der KPD und der Kriegskommandantur beschlossen am 8. Februar 1946 Funktionäre beider Ortsvereine und im März eine gemeinsame Mitgliederversammlung die Vereinigung zur SED. Bis April 1946 erklärten noch zahlreiche Strausberger demonstrativ ihren Eintritt in die SPD. Der SPD-Ortsverein kam wieder auf seine traditionelle Stärke von ca. 300 Mitgliedern, die KPD-Ortsgruppe vereinte ca. 80 Mitglieder.

10. Unmittelbar nach der unter Druck erfolgten SED-Gründung wurde für Sozialdemokraten spürbar, dass die Vereinigung mit der im Stalinismus eingebundenen KPD einer Zwangssituation und Zwangsoption entsprach, die unter der Flagge der „Einheit der Arbeiterbewegung“ auf die Vernichtung der Sozialdemokratie abzielte. Stalinismus und demokratische Arbeiterbewegung erwiesen sich als antagonistische Gegensätze. Das zutiefst antikommunistische und konterrevolutionäre Wesen des Stalinismus blieb damals vielen Mitgliedern der SED und auch früheren Sozialdemokraten noch verborgen. Jene Mitglieder, die die wahren Zusammenhänge der Verteufelung des „Sozialdemokratismus“ erkannten, wurden aus der SED ausgeschlossen oder sie zogen sich aus dem politischen Leben zurück. Viele frühere SPD-Mitglieder waren der Verfolgung ausgesetzt, wie Arthur Wellnitz, der im Januar 1947 vom russischen KGB mit dem Vorwurf des Antisowjetismus verhaftet wurde und 1948 im NKWD-Lager Sachsenhausen verstarb. Permanent aufflammende Unzufriedenheit mit dem bürokratischen Zentralismus und Dogmatismus und den damit einhergehenden Bestrebungen, eine demokratisch-sozialistische Kultur neu zu beleben, wurden mit dem Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ und „Opportunismus“ unterdrückt, politisch und juristisch verfolgt. Diesem Ziel diente auch die von der SED-Führung in den Jahren 1950/51 veranlasste Parteiüberprüfung. Der militante Kampf gegen den so genannten Sozialdemokratismus offenbarte die weitgehende Abkehr der SED von den sozialistischen Idealen der deutschen Arbeiterbewegung. Dessen ungeachtet keimten sozialdemokratische bzw. am Marx'schen Werk orientierte demokratische Sozialismusauffassungen in der SED immer wieder auf, sie blieben bis zum Zusammenbruch der SED erhalten. Die in allen Lebensbereichen der DDR-Gesellschaft immer offener erkennbaren dekadenten Erscheinungen und unter dem Druck der Friedensfrage erzwungene außenpolitische Öffnung der DDR, insbesondere der politische Dialog zwischen SPD und SED ( SPD/SED-Papier: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit) stimulierten das demokratische bzw. alternative Denken in der SED. Dies erklärt auch die sofortige Präsenz einer sozialdemokratischen Plattform in der SED nach dem Sturz E. Honeckers, die allerdings in Strausberg keine organisatorische Basis fand.

11. Mit der historischen Wende in der DDR und dem Zusammenbruch des als realsozialistisch kaschierten politischen Systems schlossen sich auch in Strausberg oppositionelle Kräfte im „Neuen Forum“ zusammen. Im Januar 1990 bildete sich ein Gründungskomitee für den Wiederaufbau des SPD-Ortsvereins. Die erste öffentliche SPD-Versammlung, an der ca. 200 Bürger teilnahmen, fand am 5. Februar 1990

statt. In einer lebhaften und sachlichen Diskussion wurden erste konzeptionelle Vorstellungen für ein sozialdemokratisches Politikangebot vorgetragen. Zu den formulierten Aufgaben gehörten die Herausbildung einer Solidargemeinschaft, das Eintreten für eine ökologische Politik zum Schutze der Gesundheit, die Humanisierung der Arbeit und die Bekämpfung der drohenden Arbeitslosigkeit. Die ersten Versammlungen und Veranstaltungen des SPD-Ortsvereins, der zunächst 15 Mitglieder vereinte, fanden bei vielen Sympathisanten großen Zuspruch. Zahlreiche frühere Mitglieder der SED wollten sich der SPD anschließen, sie fanden jedoch keine mehrheitliche Zustimmung im Ortsverein. Einige der abgewiesenen Interessenten für die SPD bildeten dann die „Unabhängige freie Wählergemeinschaft“.

Im Unterschied zu anderen im Werden und in der Umstrukturierung begriffenen Parteien konnte die politisch wenig erfahrene und zahlenmäßig kleine sozialdemokratische Gruppe noch nicht auf das in zurückliegenden Jahrzehnten der Unterdrückung vergrabene Erbe und traditionelle Kulturgut der Partei zurückgreifen. NS- und stalinistische Diktatur haben auch die Lebenswurzeln der hiesigen Sozialdemokratie tief gekappt und deren einst hinterlassenes Schriftgut vernichtet bzw. 1946 überwiegend „gesäubert“ und die tatsächliche Geschichte dem Vergessen preisgegeben. In der von der SED gepflegten und hinterlassenen Geschichtsschreibung galten auch Strausberger Sozialdemokraten als Opportunisten bzw. Verräter. Reaktionäre Dogmen verdrängten das tatsächlich humanistische Menschenbild sozialdemokratischen Denkens und Handelns. Einzelne Namen von SPD-Mitgliedern wurden lediglich beansprucht, um das dogmatische und vom kommunistischen Pragmatismus gezeichnete Geschichtsbild zu unterlegen und die Facetten der Sozialfaschismustheorie in einem verklärten Gewand zu offerieren. Aus diesen und weiteren Gründen waren die politischen Startbedingungen des Ortsvereins 1990 sehr kompliziert. In heute nur noch schwer nachzuvollziehender Kärnerarbeit gelang es den Aktivisten des Wiederaufbaus des Ortsvereins, programmatische Ziele der Partei öffentlich zu machen und die damals politisch sehr verunsicherten Bürger anzusprechen und viele von ihnen für den radikalen politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Prozess einer demokratischen Umgestaltung zu gewinnen. Im Ergebnis der ersten freien und demokratischen Wahlen konnte die SPD im Stadtparlament 9 von 35 Mandaten und mit Jürgen Schmitz das Amt des Bürgermeisters bereits für zwei Legislaturperioden besetzen und ab 1996 mit Dankwart Brinksmeier den 2. Beigeordneten stellen.

12. Neben der eigenen beharrlichen Identitätsfindung galt es, das Verhältnis zu den anderen sich neu etablierenden Parteien und Vereinen zu bestimmen und praktisch einzubringen. Als besonders schwierig erwies sich die eigene Klarstellung des Verhältnisses zu dem zahlenmäßig starken und politisch erfahrenen sowie organisatorisch sicher geführten PDS-Stadtverband. Mit noch spürbar unsicherem politischen Selbstbewusstsein neigten einzelne Mitglieder des Ortsvereins dazu, sich vornehmlich auf den vermeintlichen politischen Gegner zu fixieren und die Profilierung der eigenen Identität und Ziele zu vernachlässigen. Dies bewirkte eher eine Art Selbstabschottung statt politisch vertrauensvoller Öffnung. Ebenso schwierig war die Meinungsbildung zu kommunalpolitischen Fragen, die nicht immer von Solidarität und Toleranz geleitet war. Ein produktives Miteinander von Fraktion und Ortsverein galt es zu erlernen und zu gestalten. Neben Fortschritten gab es auch ein zuweilen stagnierendes Dasein. Dies hatte auch eine sehr verhaltene Mitgliederstärke zur Folge. Sehr hilfreich war das Auftreten namhafter Landes- und Bundespolitiker der SPD in öffentlichen Parteiveranstaltungen und aus Anlass der Förderung wirtschaftlicher und sozialer Projekte. Leuchtzeichen sozialdemokratischer Kommunal- und Koalitionspolitik sind das in den 90er Jahren erbaute neue Städtische Krankenhaus, das Oberstu-

fenzentrum, das neue Feuerwehrhaus sowie die bisher vollzogene Rekonstruktion bzw. Instandsetzung der Plattenbauten und die architektonische Neugestaltung des gesamten Stadtbildes.

13. Die innerparteiliche demokratische Entwicklung und öffentliche Ausstrahlung des Ortsvereins bekam Mitte der 90er-Jahre einen auch von der Bürgerschaft reflektierten Aufwind, der zu einem spürbaren Anwachsen der Wählerschaft führte. Mit lebhaftem Interesse verfolgten große Teile der Bürgerschaft, insbesondere die demokratischen Parteien und Vereine, die langfristige Vorbereitung und die Ausgestaltung des 110-jährigen Gründungsjubiläums des Ortsvereins im Oktober 1997. Die aus diesem Anlass bis März 1998 im Heimatmuseum gezeigte Sonderausstellung fand eine sehr gute Resonanz und veranschaulichte den Besuchern die nach Jahrzehnten der Verfälschung wiedergewonnene Identität der Strausberger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Die im genannten Zeitraum erreichte Festigkeit und das solidarische Miteinander im Ortsverein führten zu dem bisher größten Wählerzuwachs bei den Kommunal- und Bundestagswahlen im Herbst 1998. Andererseits schlummerten im Ortsverein nach wie vor politische und menschliche Entwicklungsprobleme, die mit dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden Hans-Joachim Syckor sowie mit der Neuwahl des Vorstandes im Januar 1999 erneut aufbrachen und das solidarische Zusammengehen des Ortsvereins destabilisierten. Am deutlichsten offenbarte sich dies im zunehmenden Auseinandergehen von Fraktion und Ortsverein sowie Ortsverein und Bürgermeister und nicht zuletzt im Ausgang der Landtagswahlen 1999. Allen gemeinsam fehlte die Kraft und Toleranz, kommunalpolitische Probleme vertrauensvoll miteinander lösen zu wollen. Zu einem ideologischen Vehikel wurde das von einzelnen Mitgliedern eingebrachte „Demokratieverständnis“. Dieses richtete sich gegen die 1996 von SPD und PDS vereinbarte und von der Stadtverordnetenversammlung bestätigte Führungskoalition der Verwaltung. Infolgedessen sah sich eine SPD-Fraktionsmehrheit nicht in der Verwaltungsmitsverantwortung, sondern in einer parlamentarischen Oppositionsrolle. Die Medien popularisierten dann das unsolidarische Erscheinungsbild des Ortsvereins. Dies wurde auch durch die Einschränkung der gemäß Satzung zu pflegenden demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten der Mitglieder begünstigt. So waren Arbeitspläne bzw. konzeptionelle Wege des Ortsvereins nicht mehr Gegenstand der Mitgliederentscheidung. Dies und die so verursachte Unterschätzung einer inhaltlichen Orientierung hatte bei den Bürgermeisterwahlen im Februar 2002, bei denen der SPD-Kandidat Dankwart Brinksmeier lediglich 10 % der abgegebenen Wählerstimmen bekam, einen in der hiesigen Parteigeschichte bislang nicht gekannten Vertrauensverlust zur Folge.

14. Neben den skizzierten Problemen kam es vor allem im Zusammenhang mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien im März 1999 zu öffentlich erkennbaren gegensätzlichen Positionen. Während sich ein beachtlicher Teil des Ortsvereins klar gegen die Kriegspolitik aussprach und zu der vom Bürgermeister öffentlich erklärten und von einer demokratischen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung mitgetragenen Antikriegshaltung bekannte, entschieden sich Ortsvereinsvorsitzender und Fraktionsvorsitzende sowie weitere fünf Fraktionsmitglieder für den Bombenkrieg gegen Jugoslawien. Die Antikriegsfraktion des Ortsvereins fand Unterstützung durch den Geschichtsverein, insbesondere durch die von ihm öffentlich gemachten Antikriegsthesen sowie dem später veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquium „Zur Kriegsfrage in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Der Krieg auf dem Balkan und die alternative Sicht“. Die klare Antikriegshaltung namhafter Mitglieder des Ortsvereins fand zwar in der Öffentlichkeit großen Zuspruch; sie konnte jedoch die im Ortsverein

abgeschmolzene Solidarität und den eingetretenen Identitätsverlust nicht grundsätzlich verhindern oder ausgleichen. Die weit reichende Bedeutung der Kriegsfrage in der Sozialdemokratie zeigte sich auch nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 sehr klar als eine Frage der Haltung zur Humanität und Gewalt. Unstrittig waren die Verurteilung und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie die notwendige Aufhellung und Überwindung der sozialen Ursachen. Damit verband sich auch für viele Sozialdemokraten die Stimme der Vernunft, den Terrorismus nicht mit dessen eigener Logik, nicht mit Rache oder Strafaktionen, nicht mit Bombenkrieg gegen ein Volk, sondern mit zivilisierten Mitteln zu bekämpfen. Indessen begründet sich die Antikriegshaltung einerseits und die Akzeptanz von militärischer Gewalt als ultima ratio andererseits aus dem traditionellen sozialdemokratischen Werteverständnis.

Die 115-jährige Geschichte der Strausberger Sozialdemokratie vermittelt einen Einblick in die sozialen Kämpfe, in das soziale Milieu, in die Vielfalt des sozialdemokratischen Vereinslebens und in die engen und vertrauensvollen Bindungen von SPD und Bürgerschaft in Strausberg.

Strausberg, 15. März 2002

In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Mai 2003, S. 101 ff.

## **Zur Geschichte der Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands Strausberg 1920 bis 1946**

von Horst Klein

Die Thesen sollen einen Einblick in Forschungsergebnisse zum Wirken der KPD-Ortsgruppe vermitteln und so das Bild zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung klarer zeichnen. Regionalgeschichte ist nur im Zusammenhang mit der nationalen und weltpolitischen Entwicklungsgeschichte fassbar und nachzuvollziehen. Die Geschichte der KPD-Ortsgruppe ist deshalb als Teil der Gesamtbewegung und unter Aufhellung der ortspezifischen Problemsituation zu untersuchen und darzustellen. Dabei orientiert sich der Autor an neueren Forschungsergebnissen, im Wesentlichen an der von Klaus Kinner 1999 verfassten Arbeit „Der deutsche Kommunismus: Selbstverständnis und Realität“.

Im Unterschied zu den in dieser Arbeit herausgearbeiteten relativ eigenständigen sozialen Wurzeln des deutschen Kommunismus und dessen zunächst Alternativfunktion nach der deutschen Novemberrevolution sieht der Autor eine engere historische Verknüpfung des russischen und deutschen bzw. internationalen Parteikommunismus. Mit der Spaltung der russischen Sozialdemokratie in „Bolschewiki“ und „Menschewiki“ 1903 und mit der bolschewistischen Parteauffassung bekam der Parteikommunismus langfristig wirkende undemokratische Konturen, die sich vorwiegend durch die Verallgemeinerung spezifisch russischer Erfahrungen, insbesondere die der Revolution 1917, durchsetzen konnten.

Indessen waren Voraussetzungen einer sozialistischen Revolution und Gesellschaft weder in Russland 1917 noch in Deutschland 1918/19 gegeben. Die putschistische Politik der KPD zur gewaltsamen Eroberung der Macht erwies sich geschichtlich nicht als Alternative zu der von Sozialdemokraten mitgetragenen parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik.

Während Kinner den Deformationsprozess der KPD in die späten 20er Jahre verlegt, sieht der Autor Ursachen des späteren Scheiterns des Kommunismus bereits in der undemokratischen bzw. zentralistischen Parteauffassung der Bolschewiki sowie in der Auflösung der ersten im November 1917 demokratisch gewählten russischen Konstituante und in der damit vollzogenen militanten (antagonistischen) Abkehr von der parlamentarischen Demokratie und demokratisch strukturierten Arbeiterbewegung angelegt. Der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur war somit dem Geburtsprozess des Parteikommunismus immanent. Dessen ungeachtet wirkte die Russische Revolution vom Februar bis Oktober 1917, wie Kinner herausarbeitet, „als Initialzündung für einen revolutionären Prozess, der erstmals den Weltkapitalismus erschütterte und der Arbeiterbewegung kraftvolle Impulse für die reale Veränderung der Welt im 20. Jahrhundert gab“.

Der Autor folgt Kinners Darstellung, wonach der Kommunismus und sozialdemokratische Linkssozialismus zunächst von drei Prämissen ausgingen: Erstens von der Annahme, „dass der Kapitalismus mit Krieg und Nachkriegskrise am Ende seiner Entwicklungsmöglichkeiten angelangt sei und sein Zusammenbruch bevorstünde“. Zweitens erschien die Russische Revolution als Auftakt einer Weltrevolution. „Drittens glaubten nicht nur Kommunisten an die langfristige wirtschaftliche Überlegenheit des Sozialismus, und sei dies nur in einem Lande.“ Die in diesen Prämissen enthaltenen utopischen Momente, auf die u. a. Bernstein, Kautsky und Hilferding frühzeitig aufmerksam machten, wandelten sich zu Dogmen kommunistischer Theorie und Politik, die letztlich in der historischen Sackgasse einer in ihrem Wesen antisozialistischen

Diktatur mündeten. Indessen folgt der Autor der Auffassung, wonach die Geschichte des Parteikommunismus, trotz seines Scheiterns, seiner Opfer und historischen Langzeitschäden, nicht als „Schwarzbuch“ zu schreiben ist, sondern vor allem aus der Rekonstruktion seines widersprüchlichen Selbstverständnisses und seiner milieugeprägten Verortung. Beide Seiten sind in besonderem Maße für die Aufhellung der regionalen bzw. basisorientierten Forschung unerlässlich.

Die Gründung der KPD 1918 erschien deren Anhängern als Alternative zu der infolge des Weltkrieges und der Novemberrevolution in Deutschland stattgefundenen Differenzierung in der Arbeiterschaft und als unverzichtbares revolutionäres Subjekt der sozialistischen Revolution in Deutschland. Die Überzeugung vom bevorstehenden Zusammenbruch des kapitalistischen Systems bzw. vom Nahen des „deutschen Oktobers“ beeinflusste zunächst auch einen beachtlichen Teil der Strausberger Arbeiterschaft, später gehörte sie vor allem zum kommunistischen Selbstverständnis.

**1. Die Reflexionen in der Strausberger Arbeiterschaft über Weltkrieg, Revolution und Aufbruch in die Weimarer Republik waren ähnlich wie die in der Gesamtbewegung, indessen nahmen sie in ihrem praktischen Verlauf auch spezifische Züge an.** Spartakus und USPD-Gründung fanden bis Kriegsende kaum Resonanz in Strausberg. Die relativ späte Heimkehr der wortführenden Sozialdemokraten von der Front und das zeitlich versetzte Wiederaufleben des in den Kriegsjahren stillen sozialistischen Vereinslebens 1918/1919 können die relativ späte Polarisierung „links“ und „rechts“ in der Strausberger Arbeiterschaft erklären. Dies trifft ebenso auf die zunächst behutsame Auseinandersetzung mit den Kriegsursachen und –folgen sowie mit den Zielen der Novemberrevolution und den möglichen demokratischen Wegen der jungen Republik zu. Der unter dem Vorsitz von Karl Bergemann und den Mitgliedern Karl Werner und Otto Platörke gegründete Arbeiter- und Soldatenrat nahm überwiegend Ordnungs-, Kontroll- und Verwaltungsaufgaben wahr. Im Januar 1919 begann sich der hiesige SPD-Ortsverein zu spalten. Es bildete sich eine Ortsgruppe der USPD, der sich zeitweilig – trotz noch vorhandener Einheitsbemühungen – im Mai/Juni größere Teile des ca. 300 Mitglieder erfassenden SPD-Ortsvereins anschlossen. Die Auseinandersetzungen in und zwischen beiden Ortsgruppen beinhalteten vor allem Fragen der sozialistischen Ausgestaltung der Weimarer Republik, zu deren Verteidigung beide Seiten nicht nur gegen den Kapp-Putsch gleichermaßen aufriefen, sowie Aufgaben der Betriebsräte, der Mitbestimmung und Sozialisierung. Erst Mitte bis Ende 1920 drängten einige Mitglieder der USPD-Ortsgruppe auf Abgrenzung von den Mehrheitssozialisten und auf Hinwendung zu den Zielen der Kommunistischen Internationale (KI) bzw. zur Anerkennung der von Lenin und Trotzki formulierten 21 Aufnahmebedingungen, die eine konsequente politische, ideologische und organisatorische Abgrenzung von der Sozialdemokratie und den reformistischen Gewerkschaften, insbesondere von den Linkssozialisten forderten. Der in diesem Zusammenhang geführte Disput bewirkte die Ideologisierung einer Minderheit der Strausberger Sozialdemokraten. Im Dezember bildete sich eine Ortsgruppe der KPD, der unter dem Vorsitz Karl Leuenbergs ca. 40 Mitglieder angehörten. Die Mehrheit der von Otto Hornburg angeführten USPD-Mitglieder schloss sich 1922 wieder dem SPD-Ortsverein an. Der politische Differenzierungsprozess entsprach auch dem sozialen Milieu der Strausberger Arbeiterschaft. Mit der uneingeschränkten Akzeptanz des bolschewistischen Partei- und Revolutionsmodells gaben die einst revolutionären Sozialdemokraten ihre Unabhängigkeit auf und ordneten sich den verbindlichen weltanschaulichen Grundlagen des „Marxismus-Leninismus“ sowie den Weisungen ihrer Sektionszentrale unter, dagegen blieb das undogmati-

sche marxistische bzw. humanistische Denken und Demokratieverständnis im SPD-Ortsverein beheimatet. Der Gegensatz von Demokratie und Diktatur prägte auch den Gegensatz zwischen SPD- und KPD-Organisationen in Strausberg. Den Forderungen der KI folgend, gingen die Strausberger Kommunisten relativ schnell auf Konfrontationskurs gegen die Sozialdemokraten, die sie fortan für die von ihnen selbst vollzogene Spaltung der Arbeiterbewegung verantwortlich machten.

**2. Das Verständnis der russischen und deutschen Revolution, der Chancen der Weimarer Republik bzw. Demokratie sowie die Bestimmung des Verhältnisses zu den Sozialdemokraten wurden Kernfragen der Entwicklung des kommunistischen Selbstbewusstseins.** Strausberger Kommunisten sahen in der russischen Revolution bzw. in der Sowjetmacht die Triebkraft einer nahenden proletarischen Weltrevolution sowie einer „deutschen Sowjetrepublik“. An diesem Diktum maßen sie die Weimarer Demokratie, die sie bis März 1933 bekämpften, und das Verhältnis zu den staatstragenden demokratischen Parteien und Vereinen in Strausberg. Die Strausberger Ortsgruppe um Karl Leuenberg, Franz Brüning und Eduard Bretzing solidarisierte sich mit den Märzkämpfen 1921 in Mitteldeutschland und definierte die von ihr geforderte „Aktionseinheit“ als Kampf aller „Hand- und Kopfarbeiter“ gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Kapitalismus und dessen Staat. Die so verstandene „Aktionseinheit“ beinhaltete bereits sehr früh den Kampf gegen alle nichtkommunistischen bzw. staatsnahen Arbeiterorganisationen. Die von der Komintern (IV. Weltkongress 1922) gegebene Orientierung auf Bildung von Arbeiterregierungen und Einheitsfrontpolitik verstand auch die Ortsgruppe als Erfolg versprechenden Schritt zur deutschen Sowjetrepublik. Optionen des von Stalin initiierten Stabes für die Vorbereitung des „deutschen Oktobers“ bzw. für den am 9. November 1923 geplanten bewaffneten Aufstand sowie Hintergründe der putschistischen KPD-Taktik, die als „revolutionärer Kampf“ begriffen wurde, dürften damals den Mitgliedern der KP wohl kaum bekannt gewesen sein. Indessen gab es 1922 seitens der KPD-Ortsgruppe noch Versuche gemeinsamer Aktionen mit der örtlichen SPD, die jedoch am grundsätzlich unterschiedlichen Sozialismusverständnis scheiterten. Dagegen glaubten zu dieser Zeit auch Strausberger Kommunisten, dass die Voraussetzungen für die kurzfristige Errichtung einer deutschen Sowjetrepublik gegeben seien. Bretzing erklärte 1924, dass die KPD ihre historische Mission bald erfüllen werde und Brüning forderte im gleichen Jahr die Errichtung einer Räterepublik. Die Sozialdemokraten bezeichneten sie als Stützen der kapitalistischen Gesellschaft. Die KPD-Ortsgruppe und die von Leuenberg geführte „Opposition des ADGB“ riefen die Arbeiterschaft zum Boykott der im September 1924 gegründeten Ortsgruppe des Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ auf und bildeten 1925 eine Ortsgruppe des „Roten-Frontkämpfer-Bundes“. Die KPD nutzte alle sich bietenden Möglichkeiten, wie Aktionen gegen den Dawes-Plan 1923, den Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung 1926 und das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau 1928, für ihre Strategie des Sturzes der Weimarer Republik bzw. der kapitalistischen Gesellschaft. Der dafür erreichte Mobilisierungsgrad der Bürgerschaft in Strausberg war zweifellos relativ hoch, beispielsweise stimmten 48,5 Prozent der Bürger (KPD und SPD) gegen die Fürstenabfindung. Mit dem Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung konnten auch die Strausberger Kommunisten einerseits partiell an Einfluss gewinnen, andererseits pflegten sie einen „ultralinken“ Politikstil, der zunehmend zu einer Verabsolutierung der Russischen Revolution und des Bolschewismus führte.

**3. Die relativ späte Gründung der KPD-Ortsgruppe erklärt, dass Kommunisten erst im Mai 1924 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurden (4: Max**

**Ziebarth, Karl Leuenberg, Franz Brüning und Eduard Bretzing). Indessen lässt der Einstieg ins Stadtparlament auf einen zunehmenden kommunistischen Einfluss auf die Bürgerschaft schließen.** Allerdings blieb der Parteikommunismus im politischen Erscheinungsbild Strausbergs weniger der Inbegriff für machbare soziale Veränderungen, sondern mehr für Gewalt und militante ideologische Auseinandersetzung mit den Protagonisten der Demokratie, für Populismus und unrealistische soziale Forderungen. Dessen ungeachtet bewirkten sie in der Stadtverordnetenversammlung und vor allem in den Ausschüssen ein beharrlicheres Bemühen um Fortschritte in der kommunalen Sozialpolitik, so u. a. für bezahlbare Wohnungsmieten, Verzicht auf Gewerbesteuern, angemessene Handwerkerpreise. Andererseits konnten sie der parlamentarischen Arbeit keinen ernsthaften Sinn abgewinnen. In Pressebeiträgen erläuterten sie ihre Haltung damit, dass durch parlamentarische Arbeit die soziale Lage der Werktätigen nicht wirklich verbessert werden könne. Der einzige Weg sei der Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wahlen seien nur „Vorpostengefechte für die herannahende Revolution“. Aus dieser Sicht glaubten sie sich gegen den „Legalismus“ der Sozialdemokraten wenden zu müssen.

**4. Strausberger Kommunisten waren im Turn- und Sport-Verein „Vorwärts“ (TSV) sowie in weiteren Gliederungen der Arbeiterschaft aktiv tätig, wie in den freien Gewerkschaften (Karl Leuenberg), wobei sie bis 1928/1929 vorwiegend in Sachfragen mit Sozialdemokraten zusammenarbeiteten.** Die Beschlusslage des VI. Weltkongresses der KI 1928, mit der jede Form des Zusammenwirkens mit Sozialdemokraten bzw. nichtkommunistischen Organisationen in den Gliederungen der Arbeiterbewegung zu beenden war, verschärfte die ideologisch geprägten Auseinandersetzungen in der Strausberger Arbeiterschaft. Im Unterschied zu den Sozialdemokraten war die Sprache der kommunistischen Wortführer von ideologischer Feindseligkeit bestimmt, so dass gemeinsame Debatten und praktische Aktionen kaum noch denkbar waren. Auf die Beschlusslage der KI reagierten andererseits die sozialdemokratisch dominierten Vereine mit dem Ausschluss der Kommunisten. So wurde Brüning 1930 aus dem Deutschen Baugewerkschaftsbund ausgeschlossen. Die Gegensätze führten im Februar 1929 auch zur Spaltung des TSV. Der Turn- und Sport-Verein „Vorwärts“, der im August 1929 sein 50-jähriges Bestehen feiern konnte, war mit seinen mehr als 200 Mitgliedern auf der Funktionärs Ebene kommunistisch beherrscht; eine Folge war der Ausschluss der Sozialdemokraten, die ihrerseits die „Freie Sportvereinigung Strausbergs“ gründeten.

**5. Mit der Etablierung der Stalin-Fraktion Thälmann, Neumann, Remmele 1928/29 und der von der KI bereits seit 1924 militant eingebrachten Sozialfaschismustheorie, beschritt die KPD einen Weg des unversöhnlichen Kampfes gegen die demokratische Arbeiterbewegung. Stalins These, wonach der Faschismus eine Kampforganisation der Bourgeoisie sei, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützen könne, bestimmte auch die ideologische Linie der KPD-Ortsgruppe.** Die Sozialdemokratie galt als der gemäßigte Flügel bzw. nicht als Antipode, sondern Zwillingsbruder des Faschismus, als Hauptfeind der Arbeiterbewegung und der nahenden Diktatur des Proletariats. Zu dieser fatalen Fehleinschätzung führten letztlich auch kommunistische Imperialismus-Interpretationen, wonach mit der unvermeidlichen Zuspitzung der Widersprüche im Kapitalismus auch die objektiven und subjektiven Voraussetzungen der proletarischen Revolution kurzfristig heranwachsen. Damit verknüpft war die Illusion, der Nationalsozialismus als vermeintlich letzte Entwicklungsform des Imperialismus würde bald an Einfluss verlieren und die „revolutionäre“ Bewegung für eine deutsche Sow-



jetrepublik stärken. Eine scheinbar empirische Bestätigung ihrer Theorien sahen Kommunisten in Ereignissen wie dem blutigen Vorgehen der von Noske kommandierten Reichswehr gegen die Arbeiterschaft, dem Blut-Mai 1929 in Berlin, als der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgibel zur Durchsetzung seines Demonstrationsverbots auf unbewaffnete kommunistische Demonstranten schießen ließ, sowie im starken Wählerstimmengewinn in den Jahren zwischen 1928 und 1932. Die historisch widerlegten und mit beträchtlichem Schaden für die demokratische Arbeiterbewegung einhergehenden kommunistischen Theorien wirkten bis zur faschistischen Machtergreifung auch in der Strausberger Arbeiterbewegung fort und unterlagen in der Folgezeit kaum einer kritischen Prüfung in der Ortsgruppe. Obgleich sich Strausberger Kommunisten vehement auf die Tradition Luxemburgs und Liebknechts beriefen, hatte die KPD, wie Kinner aufhellt, den radikalen Bruch mit der Frühgeschichte des deutschen Kommunismus vollzogen. Wie in der Gesamtpartei, so gab es allerdings in der Strausberger Ortsgruppe auch Vorbehalte zum Parteikurs, insbesondere gegenüber dem Feindbild „Sozialfaschismus“. Als Karl Leuenberg keine Mehrheit für ein Zusammengehen mit der SPD fand, trat er 1929 aus der KPD aus und wenig später wieder der SPD bei, aus der er dann infolge einer propagandistisch motivierten Russlandreise wieder ausgeschlossen wurde.

**6. Der kommunistische Kampf gegen Faschismus und Krieg war auch in Strausberg durch widersprüchliche Facetten geprägt. Mit zunehmender Militanz wurden die Sozialdemokraten als Wegbereiter des Faschismus denunziert und die Schlussfolgerung gezogen, dass der Kampf gegen Faschismus eng mit dem Kampf gegen die SPD zu verbinden sei.** Vor allem in den Jahren 1930/32 gab es mehrere Veranstaltungen der KPD-Ortsgruppe gegen Faschismus und eine kämpferische Auseinandersetzung mit der 1929 gegründeten Ortsgruppe der NSDAP, aber zugleich auch stets mit der Sozialdemokratie. Im Widerspruch zur Legende vom Kampf um die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ nahm 1931/32 die sektiererische Linie der Ortsgruppe deutlich zu. In ihrer, u. a. von Alfred Götze redigierten Zeitung „Der Strausberger“, stellte die Ortsgruppe die Losung „Die SPD schlagen, heißt Hitler und den ganzen Faschismus schlagen“ in den Vordergrund. Dem ging die selbstbewusste Teilnahme an dem von den Nazis 1931 initiierten Volkentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte Preußische Regierung mit dem Glauben voraus, dieser könne die anstehende Entscheidungsschlacht für eine deutsche Sowjetrepublik beschleunigen. Zu dieser Zeit wurde die Ortsgruppe von Wilhelm Karow geführt. Im Präsidentschaftswahlkampf 1932 setzte die KPD nicht auf ein Wahlbündnis gegen Hitler, sondern mit der Kandidatur Thälmanns auf den Nachweis, dass der Kommunismus der einzige Ausweg für die arbeitenden Massen in Deutschland sei. Im Unterschied zur SPD machte sie aber auch mit Weitsicht deutlich, dass die Wahl Hindenburgs zu Faschismus und Krieg führen werde.

**7. Die faschistische Machtergreifung im Januar bis März 1933 war auch in Strausberg von einem militanten Antikommunismus begleitet, der in wenigen Wochen die demokratischen Strukturen zerstörte.** Die hiesige Arbeiter- und Bürgerschaft wurde mit nationalsozialistischer Demagogie eingehüllt. Artikel der „Strausberger Zeitung“ suggerierten den Lesern ein Bild, wonach Hitler der einzige und wahre Marxist sei. Der physische und psychische sowie ideologische Druck auf die Arbeiterschaft bewirkte eine politische Verunsicherung der Bürgerschaft. Viele Menschen, die zuvor entschieden gegen nationalsozialistische Parolen auftraten, gingen nunmehr den Weg der politischen Loyalität bis hin zum Übertritt in Gliederungen der NSDAP. Am 2. März durchsuchten Nazis die Wohnungen Strausberger Kommunisten.

ten, beschlagnahmten Druckschriften und verhafteten vermutlich 19 Mitglieder der Ortsgruppe, darunter vorrangig die aktivsten, wie Bretzing, Götze, Karow, und führten diese dem hiesigen Polizeigefängnis zu. Die Weimarer Demokratie fand so auch in Strausberg ihr Ende. Unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur - auf dem Rathaus wehte bereits die Hakenkreuzfahne - fanden am 12. März Kommunalwahlen statt. Auf den Listen befanden sich auch 17 Kandidaten der KPD-Ortsgruppe. F. Brüning, W. Karow und E. Bretzing erhielten zwar die für ihre Wahl erforderlichen Stimmen, die kommunistischen Mandate waren jedoch bereits durch eine Verfügung des Reichskommissars für das preußische Ministerium des Innern für ungültig erklärt. In der Folgezeit wurden nachfolgend aufgeführte KPD-Mitglieder zeitweise in Konzentrationslagern inhaftiert. Franz Brüning, Eduard Bretzing, Albert und Wilhelm Karow, Georg Freimark, Alfred Götze sowie im weiteren Walter Künzler, Paul Goldschmidt und Walter Benzmann, deren Parteizugehörigkeit nicht eindeutig nachzuweisen ist. Von den nach 1945 zur Strausberger KPD gehörenden Mitgliedern waren Otto Langenbach, Gerhard Albrecht und Irma Voigt zeitweilig im KZ. Nach ihrer Entlassung hatten sie sich ebenso wie die Sozialdemokraten den polizeilichen Auflagen (Verbot jeglicher politischer Tätigkeit, Einschränkung bzw. Aufhebung der Freizügigkeit und Meldepflicht) zu unterwerfen. Aus dem vorgefundenen Forschungsmaterial lässt sich eine illegale politische Tätigkeit gegen den Nationalsozialismus in Strausberg nicht nachweisen. Allein ein Erinnerungsbericht des Kommunisten Gerhard Albrecht verweist auf Aktivitäten der in Berlin wirkenden Widerstandsgruppe „Panze“ für die Zeit 1944/45 im Rüstungsbetrieb „Märkisches Walzwerk“.

**8. Am 21. April 1945 war Strausberg vom Faschismus befreit. Strausberger Kommunisten und Sozialdemokraten kamen sich näher und stellten sich den neuen Herausforderungen.** Sie begannen unter Führung der Militärkommandantur der „Roten Armee“ erste Strukturen einer kommunalen Selbstverwaltung aufzubauen und elementare Lebensbedingungen in der Stadt zu entwickeln. Es lag im Charakter der Besatzungsmacht begründet, dass Kommunisten bevorzugt in Funktionen eingesetzt wurden, so Otto Langenbach als Bürgermeister. In der zweiten Reihe wirkten die in der Kommunalpolitik erfahrenen Sozialdemokraten. Das politische Zueinanderfinden war, bedingt durch die noch nicht verarbeiteten ideologischen Gegensätze, sehr schwierig. Die KPD-Ortsgruppe vertrat konzeptionell die Auffassung, wonach Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes bewiesen haben, dass nur eine Arbeiterpartei erforderlich sei, die KPD. Den Sozialdemokraten versuchte sie zu suggerieren, auf den Wiederaufbau ihres Ortsvereins zu verzichten. Im Weiteren propagierte sie die Errichtung der Diktatur des Proletariats als unmittelbares Ziel. Durch taktisches Eingreifen der Kommandantur sahen sie sich genötigt, die politische Zusammenarbeit mit der sich formierenden SPD-Ortsgruppe aufzunehmen. Mit der von der KPD beanspruchten Führungsrolle waren politische und menschliche Konflikte unvermeidlich. Wie überall in der sowjetischen Besatzungszone, so stellte die KPD-Ortsgruppe im Juli 1945 ein Aktionsprogramm zur Diskussion, das vermutlich auch von der SPD unterschrieben wurde. Antifaschismus, wirtschaftlicher Aufbau, Kampf gegen Hunger und Obdachlosigkeit, Enteignung des Vermögens der Nazis und Kriegsverbrecher, Liquidierung des Großgrundbesitzes und Überführung der lebenswichtigen örtlichen Betriebe in Volkseigentum waren Kerngedanken dieses für die damalige Situation progressiv orientierenden Papiers. Kommunisten waren Initiatoren für die Bildung eines antifaschistischen Aktionsausschusses, in dem parteiübergreifend die notwendigen Aufgaben gegen Nazismus und Wiederaufbau der Lebensgrundlagen in der Stadt bestimmt wurden. Langenbach sorgte für einen differenzierten Umgang mit NS-Anhängern, d. h. für deren Bestrafung in Abhängigkeit von der

Größe der Schuld und Verantwortung. Unter dem Vorsitz von Gerhard Albrecht etablierte sich die Bodenreformkommission, in der Vertreter beider Arbeiterparteien und der Gewerkschaften zusammenarbeiteten.

**9. Die Schuldfrage für Faschismus und Krieg, die Frage nach der Zukunft des deutschen Volkes sowie die daraus zu ziehenden Lehren bestimmten maßgeblich die politische Diskussion in der KPD-Ortsgruppe und ebenso das politische Denken im SPD-Ortsverein.** Die geschichtlichen Erfahrungen und die Größe der künftigen Aufgaben motivierten beide Seiten, über die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung nachzudenken. Seitens der KPD wurden, so wie vom Parteivorstand vorgegeben, seit Ende 1945 Vorstellungen über eine künftige sozialistische Einheitspartei eingebracht und die historisch gewachsene Problemsicht der „Einheit der Arbeiterklasse“ in den Mittelpunkt der Beziehungen beider Parteien gestellt.

Die Mitglieder der KPD-Ortsgruppe sahen ihre vor der Machtergreifung des Faschismus vertretenen ideologischen Positionen von der Geschichte im Wesentlichen bestätigt. Das Nichtzustandekommen der Aktionseinheit der Arbeiterbewegung vor 1933 wurde als eine der wichtigsten Ursachen für Faschismus und Krieg betrachtet. Viele Mitglieder sahen die Ursachen allein in der vermeintlich opportunistischen Haltung der SPD. Die von der KPD vehement vertretene Konzeption einer „Sozialistischen Einheitspartei“ stieß vor allem bei den älteren Sozialdemokraten auf Misstrauen, weil viele von ihnen genauere Kenntnisse über die wirkliche Lage und den Charakter der Sowjetunion sowie über die in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale geführte Diskussion zum Charakter des Stalinismus und seiner Verbrechen besaßen. Hieraus ergaben sich trotz des politischen Bildes der Befreiung vom Faschismus beträchtliche und begründete Zweifel am humanitären bzw. sozialistischen Charakter der Sowjetunion und der Besatzungsmacht.

Vorbehalte im Sinne der Sozialfaschismustheorie gab es aber auch bei älteren KPD-Mitgliedern. Sektiererische Auffassungen wurden damals vor allem von Alex Launer und Alfred Götze vertreten, wobei letzterer später aus der SED ausgeschlossen wurde. Erst im Verlaufe intensiv geführter ideologischer Debatten und infolge des politischen Druckes der Wortführer der KPD-Ortsgruppe und entsprechender Forderungen der Kommandantur schwenkten die namhaften SPD-Mitglieder ein, obgleich die Voraussetzungen eines demokratischen Vereinigungsprozesses nicht gegeben waren. Im Februar 1946 kam es zu gemeinsamen Funktionärs- und Mitgliederversammlungen, die sich für eine Einheitspartei entschieden. Die tieferen Zusammenhänge der schwierigen Problemlage in der kommunistischen Bewegung blieben den Mitgliedern von KPD und SPD doch weitestgehend verborgen, so vor allem der antagonistische Gegensatz von Parteikommunismus und demokratischer Arbeiterbewegung, von Diktatur und Demokratie, der den Begriff der „Zwangsvereinigung“ begründete und der letztlich am Ende eines Jahrhunderts zum Zusammenbruch des angeblich „realsozialistischen“ Weltsystems führte.

**10. Mit dem Zusammenbruch des als „sozialistisches Weltsystem“ bezeichneten sowjetischen Imperiums zerbrach auch die kommunistische Ideologie. Es scheiterte eine von der russischen Oktoberrevolution intendierte Vision des Parteikommunismus, die sich in einem widersprüchlichen Prozess zu einer reaktionären und konterrevolutionären Ideologie und Politik wandelte.** Der Parteikommunismus prägte ebenso die SED, die sehr früh ihre Facetten der Sozialfaschismustheorie bzw. des militanten Kampfes gegen die Sozialdemokratie und den „Revisionismus“ belebte. Kommunismus-Euphorie, die in der Ideologieentwicklung zur Pervertierung des Dogmatismus führte, wie beispielsweise im antihumanitären

Konzept der „kommunistischen Erziehung der Jugend“, konnten das Ende einer Glaubensversion zwar verzögern, aber nicht aufhalten. Im Lichte der Wandlungen einer Vision sind indessen die damit einhergehenden Varianten der Totalitarismustheorien kritisch zu analysieren. Obgleich im Erscheinungsbild totalitärer Herrschaftssysteme ähnliche Formen auszumachen sind, so sollte sich sozialwissenschaftliche Forschung in der Pflicht sehen, vom Erscheinungsbild zum Wesen vorzudringen: Kommunisten hatten trotz Wandlungen des Parteikommunismus und stalinistischer Verbrechen, denen sie auch selbst zum Opfer fielen, eine humanistische Vision, für die sie ihre Lebenskraft und ihr Leben aufopferungsvoll einsetzten. Dagegen waren die Ziele des Faschismus im Wesen der Ideologie, Politik und Bewegung verbrecherisch und menschenfeindlich. Ebenso wichtig erscheint uns im Geschichtsbild festzuhalten, dass sozialdemokratische Kommunismuskritik nicht mit Antikommunismus gleichzusetzen ist. Im Gegensatz zum antihumanitären und vulgären Antikommunismus richtet sich die sozialdemokratische Kommunismus- und Leninismuskritik ausschließlich gegen das antidemokratische und die Marx'sche Lehre verzerrende Wesen des Bolschewismus und Stalinismus. Dies zu beachten ist für den derzeitigen und künftigen Umgang mit der widersprüchlichen Geschichte der Arbeiterbewegung und ebenso für ein kulturvolles Verhältnis von SPD und PDS unerlässlich.

Es ist das Anliegen unserer Forschungsarbeit, die humanistische Vision und die Kämpfe, aber auch den mutig beschrittenen Weg der Strausberger KommunistInnen vor dem Vergessen zu bewahren. Irrwege können keine Tradition stiften, indessen gehören auch sie zum Lernprozess und Erbe der Strausberger Arbeiterbewegung

Strausberg, Januar 2001

In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Januar 2002, S. 100 ff.

## VII. Anlagen:

### Anlage 1

#### **Forschungsbegleitende Veranstaltungen des Geschichtsvereins 1995 bis 2002**

Gemeinsam mit dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung führte der Geschichtsverein die nachfolgend aufgeführten forschungsbegleitenden Veranstaltungen durch, mit denen neueste wissenschaftliche Arbeitsergebnisse zur Diskussion gestellt und den Teilnehmern Impulse für die politische Meinungsbildung vermittelt werden sollten. Deshalb wurden für die Geschichtsdiskussion nahezu ausschließlich Wissenschaftler gewonnen, die aus ihrer Forschung neue Erkenntnisse einbringen konnten. Ein tieferer Sinn der Veranstaltungsreihe bestand auch darin, die eigenständige Regionalforschung in die allgemeine, problembezogene universitäre Forschung einzubinden, um so den Zusammenhang von Allgemeinem und Besonderem deutlich machen zu können.

#### **14. Januar 1995** (Seminar)

Fünfter Jahrestag der Wiedergründung des Ortsvereins der SPD – Beweggründe und Ziele

Referenten: Hans-Jürgen Reinking, Dr. Klaus-Dietrich Krüger, Dr. sc. Horst Klein,  
Moderation: Dr. Peter Gerold

#### **24. April 1995** (Seminar)

50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus – Chancen und unerfüllte Hoffnungen

Referenten: Walter Momper, Prof. Dr. habil. Georg Ebert, Prof. Dr. Fritz Vilmar,  
Moderation: Dr. Peter Gerold

#### **19. September 1995** (Seminar)

„Sozialismus“ – von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff  
oder das Ende einer Vision?

Referenten: Wolfgang Thierse, Prof. Dr. Fritz Vilmar, Dr. Klaus-Dietrich Krüger,  
Moderation: Dr. Horst Klein

#### **Seminar-Fortsetzung 26. Oktober**

Referenten: Prof. Dr. Fritz Vilmar, Moderation: Dr. Horst Klein

#### **27. November 1995** (Seminar)

Ostdeutschland 1989 – 1995: Demokratie oder Kolonialisierung?

Referent: Prof. Dr. Fritz Vilmar, Moderation Dr. Horst Klein

#### **27. Januar 1996** (Seminar)

SPD-Ortsverein 1990 – 1996 (Chronik und Studie)

Referenten: Prof. Dr. sc. Wolfgang Markus, Dr. Horst Klein, Prof. Dr. Fritz Vilmar  
Moderation: Dr. Peter Gerold

#### **23. Februar 1996** (Diskussionsabend)

Zur ZDF-Filmdokumentation über Dr. Kurt Schumacher „Wir verzweifeln nicht“

Leitung: Dr. Horst Klein

**13. März 1996** (Seminar)

Zum 50. Jahrestag der „Vereinigung“ von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone – historischer Anspruch und Wirklichkeit  
Referenten: Prof. Dr. habil. Harold Hurwitz, Dr. Andreas Malycha, Franz Wunsch,  
Moderation: Prof. Dr. Fritz Vilmar

**5. Juni 1996** (Seminar)

17. Juni 1953 – Signal deutscher Fehlentwicklung  
Referenten: Karsten D. Voigt, Dr. Jochen Cerny,  
Moderation: Dr. Peter Gerold

**23. Oktober 1966** (Seminar)

Karl Marx im sozialdemokratischen Denken und Politikverständnis –  
Marx und die Arbeiterbewegung  
Referenten: Dr. Uli Schöler, Prof. Dr. sc. Harald Neubert,  
Moderation: Dr. Horst Klein

**16. Januar 1997** (Diskussionsabend)

Marx und christliche Ethik – Konsens oder Widerspruch  
Referenten: Dankwart Brinksmeier, Prof. Dr. Fritz Vilmar, Dr. Martin Bock (Ltg).

**20. Februar 1997** (Diskussionsveranstaltung)

80 Jahre Oktoberrevolution. Legende – Geschichte – Wirklichkeit  
Dr. Wladislaw Hedeler, Prof. Dr. Fritz Vilmar,  
Moderation: Dr. Peter Gerold

**18. Oktober 1997** (Workshop)

110 Jahre politisch organisierte Arbeiterbewegung – 110 Jahre Sozialdemokraten in  
Strausberg  
Referenten: Prof. Dr. habil. Helga Grebing, Dr. Beate Häupel, Dr. sc. Horst Klein,  
Moderation: Dr. Peter Gerold

**22. November 1997** (Workshop)

Religionsgemeinschaften als Nischen politisch Andersdenkender in Strausberg 1945-  
90  
Dr. Martin Bock, Klaus Eckert (Pfarrer, Gielsdorf),  
Moderation: Dankwart Brinksmeier

**18. Februar 1998** (Diskussionsveranstaltung)

„...wohl doch keine Alternative“ 80 Jahre nach der Gründung der KPD  
Referenten: Prof. Dr. habil. Beatrix Bouvier, Prof. Dr. Werner Müller,  
Prof. Dr. sc. Klaus Kinner, Dr. Wladislaw Hedeler,  
Moderation: Dr. sc. Horst Klein

**7. Mai 1998** (Diskussionsveranstaltung)

August Bebel in Strausberg  
Referenten: Dr. Reiner Schwarze, Dr. Horst Klein,  
Moderation Herma Klar

**23. Oktober 1998** (Diskussionsveranstaltung)

Wer hat uns verraten...? Legenden – Verdrehungen – Vorurteile. Agitation und Propaganda zur Geschichte der SPD und ihr realer Hintergrund

Referenten: Prof. Dr. Siegfried Heimann, Prof. Dr. sc. Heinz Niemann,  
Dr. sc. Horst Klein, Moderation: Dr. Martin Bock

**5. Dezember 1998** (Ehrenkolloquium für Prof. Horst Hemberger)

Wirtschaftsdemokratie – eine Alternative zum herrschenden Marktradikalismus?

Referenten: Prof. Dr. Fritz Vilmar, Ralf Christoffers, Dr. sc. Klaus-Dieter Herrmann,  
Dr. sc. Horst Klein, Dr. Sibylle Bock, Dr. Klaus-Jürgen Scherer,  
Moderation: Dr. Peter Gerold und Ralf Christoffers

**17. März 1999** (Diskussionsveranstaltung)

Fortsetzung: Wer hat uns verraten...?

Referenten: Prof. Dr. Siegfried Heimann, Prof. Dr. sc. Klaus Kinner,  
Prof. Dr. habil. Heinz Niemann,  
Moderation: Dr. Martin Bock

**18. April 1999** (Diskussionsveranstaltung/öffentliche Mitgliederversammlung)

Ursachen und Ziele des Krieges auf dem Balkan (Antikriegsthesen)

Referent: Dr. Horst Klein, Leitung: Dr. Peter Gerold

**27. Oktober 1999** (Diskussionsveranstaltung)

Am Ende der „Dritten Wege“ zum Sozialismus oder das Aus der Utopie?

Prof. Dr. Detlef Albers, Dr. habil. Uli Schöler, Dr. sc. Horst Klein,  
Moderation: Dr. Peter Gerold

**30. September 2000** (Wissenschaftliches Kolloquium)

Zur Kriegsfrage in der Geschichte der sozialistischen Bewegung.

Der Krieg auf dem Balkan 1999 und die alternative Sicht?

Prof. Dr. Fritz Vilmar, Prof. Dr. sc. Wolfgang Scheler, Prof. Dr. Gerhard Stuby,  
Dr. sc. Horst Klein,  
Moderation: Dr. Peter Gerold

**24. Januar 2001** (Werkstattgespräch)

Zur Geschichte der KPD-Ortsgruppe Strausberg 1920-1946

Referenten: Dr. Wladislaw Hedeler, Dr. sc. Horst Helas, Klaus Freudenreich,  
Dr. sc. Horst Klein, Waltraud Hemberger

Moderation: Dr. Peter Gerold

**21. Februar 2001** (Diskussionsveranstaltung)

Otto Grotewohl – ein Sozialist zwischen den Fronten?

Referenten: Prof. Dr. habil. Beatrix Bouvier, Prof. Dr. sc. Wolfgang Triebel  
Moderation: Dr. Peter Gerold, Dr. Horst Klein

**27. März 2001** (Diskussionsveranstaltung)

„Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen...“

Zum aktuellen Selbstbewusstsein der Ostdeutschen.

Referent: Dr. Hans Misselwitz

Moderation: Dr. Rolf Apel

**13. Oktober 2001** (Seminar)

Friedrich Ebert: Ein Sozialdemokrat wird erster Reichspräsident der Weimarer Republik.

Referent: Wolfram Tschiche

Moderation: Dr. sc. Horst Klein

**4. April 2002** Diskussionsveranstaltung

Sozialdemokratische Traditionen und Zukunftsgestaltung in Strausberg

(zur Neufassung der Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887 – 1997)

Referenten: Dr. sc. Horst Klein, Prof. Dr. habil. Beatrix Bouvier (Bonn),

Gunter Fritsch,

Moderation: Dr. Peter Gerold



## **Ausgewählte Berichte über Projekte, Veranstaltungen und Strausberger Straßennamen**

### **Arbeiter- Geschichte wird ideologiefrei erforscht SPD-nahe Interessengemeinschaft gegründet** von Reinhard Schliebs

Eine „Interessengemeinschaft Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg“ hat sich jetzt gebildet. Die zehn Gründungsmitglieder, die nicht alle der SPD angehören, wollen die Geschichte der regionalen und örtlichen Arbeiterbewegung frei von ideologischen Klischees erforschen und der Öffentlichkeit vorstellen. Auf diese Art will die Interessengemeinschaft zu einer geschichtsbewussten politischen Willensbildung beitragen.

Die parteienunabhängige Gemeinschaft versteht sich als eine dem Ortsverein der SPD nahestehende Interessengruppe, die neben den eingeschriebenen Mitgliedern allen interessierten Bürgern konstruktive Mitwirkung anbietet. Hauptrichtungen ihrer Tätigkeit sind die Erforschung der traditionsreichen und widersprüchlichen Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, die Diskussion von Positionspapieren, Forschungsergebnissen und -konzepten zur Geschichte der Arbeiterbewegung und deren öffentliche Vorstellung. Als konkrete Maßnahme soll 1996 eine Broschüre mit dem Titel „HO Jahre Ortsverein der SPD“ herausgegeben werden.

Als Vorsitzender der Interessengemeinschaft wurde Dr. sc. Horst Klein, als Stellvertreter Dr. Peter Gerold gewählt. Buchführerin ist Barbara Westphal.

Als weitere Mitglieder haben sich der Heimat-Historiker Dr. Rolf Barthel, Heinfried Henniger, der Landtagsabgeordneter Dr. Klaus-Dietrich Krüger, Prof. Dr. sec. Wolfgang Markus, der Bildungsdezernent des Landkreises Märkisch-Oderland, Hans-Jürgen Reinking, der Vorsitzende des Kulturbunde, Rainer Schliebs, sowie der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hans Syckor eingeschrieben.

Die Interessengemeinschaft strebt auch eine enge Anbindung an den Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Akanthus an. Der Öffentlichkeit will sie sich am 14. Januar 1995 mit einem Seminar zum fünften Jahrestag der Wiedergründung des Ortsvereins Strausberg der SPD vorstellen.

In: Märkische Oderzeitung, Dienstag, 13. Dezember 1994, S. 7.

### **Interessengemeinschaft lud zum Gespräch Erstes Seminar zur Geschichte der Strausberger SPD Sachlichkeit trotz verschiedener Auffassungen** von Ralf Freitag

In Hinterzimmern hat die SPD oft Geschichte geschrieben. SPD-Geschichte erzählt wurde am Sonnabend im Hinterzimmer der Gaststätte Zur Fähre. Eingeladen hatte die Interessengemeinschaft Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg unter dem Vorsitz des früheren NVA-Offiziers und Historikers Horst Klein. Gleich zwei Themen standen auf dem Programm: das Ende der Strausberger SPD am 8. Februar 1946 und ihre Wiedergründung am 14. Januar 1990.

Geradezu abenteuerlich hörte sich das an, was die Neu-Gründungsmitglieder Hans-Jürgen Reinking und Jürgen Schmitz zu sagen hatten. Immer wieder wurde deutlich:

was vor fünf Jahren in einer Garage in der Bruno-Bürgel-Straße 12 geschah, war nicht die Proklamation sozialdemokratischer Politik, sondern es trafen sich „Menschen, die unter dem Dach der SDP etwas Neues“ machen wollten, wie es Landtags-Mitglied Dr. Klaus-Dietrich Krüger beschrieb.

Unter dem Schutz der evangelischen Kirche trafen sich dann – das machten auch die Beiträge von Kurt Lohe und Dr. Klaus-Dietrich Krüger deutlich - Menschen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen der DDR- Zeit und so auch ganz unterschiedlichen politischen Zielen.

Hans-Jürgen Reinking: „Für die Möglichkeit, noch studieren zu können (Reinking war Schlosser, ging später in den Schuldienst), müsste ich dem DDR-Staat eigentlich dankbar sein.“ Das Problem aus seiner Sicht: der Staat erwartete als Dankbarkeit

den Eintritt in die SED, ließ ihn seine Grenzen spüren. „Ich hatte nichts gegen den Staat. Ich hatte aber etwas gegen die Leute, die glaubten, diesen Staat für sich allein gepachtet zu haben.“

Nachdenkliches kam von SDP- Gründungs-Mitglied Jürgen Schmilz. Er fragte: „Warum ist von den Gründungsmitgliedern (neben Schmitz und Reinking waren das Klaus-Siegfried Wache, Herbert Mende, Wolfgang Lange und als Gast Dr. Kurt Henkel aus Herzfelde) nur noch einer in der Partei?“ Seine Erzählungen zeigten das unsichere Suchen nach einem Neubeginn. „Auf einmal tauchte ein SPD-Bus aus Landau auf. Die umarmten uns und wollten uns zeigen, wie Parteiarbeit gemacht wird. Als sie wegfuhr, standen wir wieder da mit unseren Problemen.“

Der Blick in die Geschichte ging weiter zurück. Erzählungen über die Vereinigung von KPD und SPD folgten. Die SPD hatte Geld in der Kasse, die KPD hatte Schulden. Auch das war ein Grund für Sozialdemokraten, gegen die Vereinigung zu stimmen. Bewegend dann die Schilderung des ältesten SPD-Mitgliedes. Brigitte Mattes Großvater, Georg Kurtze, war es, der auf dem Rathaus die weiße Fahne hisste und Strausberg vor noch größeren Zerstörungen bewahren wollte.

Wissenschaftliches Gewicht erhält das Projekt durch die Historiker Dr. sc. Horst Klein und Dr. Rolf Barthel sowie den Soziologen Professor Wolfgang Markus. Alle drei bringen als Angehörige des Militär- und Staatsapparates ganz andere DDR-Erfahrungen mit in die Diskussion. Aus ihrer Sicht ist die Betrachtung der SPD in den neuen Ländern auch heute noch durch DDR-Dogmen wie die „Sozialfaschismus-Theorie“ (Horst Klein) geprägt. Alle Beteiligten zeigten sich am Ende beeindruckt von der Sachlichkeit, mit der trotz zum Teil konträrer Auffassungen über die unterschiedlichen Erfahrungen zur DDR- Zeit diskutiert werden konnte.

In: Märkische Oderzeitung, 16. Januar 1995, S. 5.



## Tag der Befreiung und zugleich der Niederlage Hochkarätiges SPD-Forum zum 8. Mai von Reinhard Schliebs

„Die SPD und der 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus - Chancen und unerfüllte Hoffnungen“ war das Thema eines öffentlichen Seminars, zu dem die „Interessengemeinschaft“ Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg die Öffentlichkeit am Montagabend eingeladen hatte. Auf der Grundlage von Statements der Gastreferenten Walter Momper (SPD), Professor Georg Ebert (PDS) und Professor Fritz Vilmar (SPD) wurde während der gutbesuchten Veranstaltung in dreistündiger Diskussion versucht, schlüssige Antworten auf die von Moderator Dr. Peter Gerold aufgeworfenen Fragen zu geben; Wie steht die SPD zu der Bewertung, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus oder als Kriegsende und Niederlage zu begehen, und wie ist heute der Antifaschismus zu sehen?

### Anfang der Katastrophe war die Machtergreifung 33

Prof. Georg Ebert schilderte Eindrücke von Veranstaltungen der letzten Tage in früheren KZ. Eine Vielzahl junger Leute sei dort gewesen, für sie sei der 8. Mai das historische Datum für den Tag der Befreiung. Eine andere Auffassung zu haben heiÙe, die Ursachen des Krieges zu leugnen. Der Anfang der Katastrophe sei die Machtergreifung der Nazis 1933 gewesen. Ihn wundere es, dass Reichspräsident



Hindenburg -  
Steigbügelhalter Hitlers -  
noch immer Ehrenbürger  
Berlins sei. Von offiziellen  
Persönlichkeiten sei auf  
Veranstaltungen kein Wort  
darüber gesagt worden,  
dass die Kommunisten als  
erste in den Lagern  
landeten. Andererseits  
habe die SED deren Rolle  
im antifaschistischen  
Widerstand überbetont. Die  
Diskussion um den  
Charakter des 8. Mai  
verlaufe in Deutschland  
kontrovers, weil die

historischen Wurzeln oft nicht betrachtet würden. Die Mehrheit des deutschen Volkes sei Hitler gefolgt – aus Fanatismus oder aus Angst vor der Rache des Feindes und der eigenen Machthaber - und habe sich nicht befreit gefühlt, wollte nicht mit dem Faschismus abrechnen. Befremden äußerte Ebert darüber, dass die Eliten des Dritten Reiches auch die Eliten der neuen Bundesrepublik gewesen seien, vor allem die Juristen. Die DDR sei eine legitime Alternative zur besiegten kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland gewesen, gleichzeitig aber auch ein untauglicher Versuch für einen neuen Weg, weil sie die Fragen der Wirtschaft und der Demokratie nicht lösen konnte.

Walter Momper verwies auf die grundlegenden Veränderungen seit 1945, auf die bipolare Welt nach dem Krieg und die Auflösung des sozialistischen Lagers und darauf, dass sich nach diesem Wandel noch keine neue Ordnung herausgebildet habe.

Es sei für ihn und die Sozialdemokraten nie eine Frage gewesen, dass der 8. Mai der Tag der Befreiung von den Nazis sei. Sie hätten während des Faschismus ebenso wie die Kommunisten und die Juden gelitten. Gleichzeitig sei der 8. Mai für die SPD aber auch ein Tag der moralischen Niederlage, weil die Deutschen nicht in der Lage waren, sich selbst zu befreien, und die Mehrheit es auch gar nicht versucht habe. Zwar habe nach dem Kriegsende die SPD erklärt, dass es zu einer nochmaligen Spaltung der Arbeiterbewegung nicht kommen dürfe, doch die Eigendynamik der Teilung der Welt in zwei Lager habe diesem Vorsatz keine Chance gelassen. Damit war auch ein dritter Weg für Deutschland unmöglich.

Momper sieht noch keinen Weg für die Linke

Momper widersprach Eberts Aussage zum generellen Fortwirken der Eliten als zu allgemein. Er sagte, das Ende des Sozialismus sei auch eine Niederlage für jene Sozialdemokraten, die einen dritten Weg im Sinn gehabt hätten. Einen neuen Weg für die „gesellschaftliche Linke“ sehe er noch nicht. Professor Vilmar betonte, die SPD sei nach dem schnellen Wandel zu verschreckt, als dass sie in kurzer Zeit einen neuen Weg des freiheitlichen Sozialismus als Alternative zum gegenwärtigen System - keinesfalls als das eines Siegers zu bezeichnen - zu entwickeln in der Lage wäre.

Der Beschluss der SPD, keinen Einsatz der Bundeswehr außerhalb der Verteidigungsgrenzen des Bündnisses zu unterstützen, müsse aufrechterhalten und Versuche des Einsatzes außerhalb müssten verhindert werden. Eine Militarisierung der Politik dürfe nicht erneut von Deutschland ausgehen, forderte der Friedensforscher Prof. Fritz Vilmar während des SPD-Seminars Anfang der Woche in Strausberg. Sein Fazit: „Nicht in neue militärische Bestimmung der nationalen Aufgabe hineinschlittern und sich weltweit für humanitäre Hilfe in der Dritten Welt einsetzen.“

Der Hennickendorfer Sozialdemokrat Paul Cabel schilderte aus eigenem Erleben, dass in seinem Heimatort die Vereinigung von KPD und SPD eine Zwangsvereinigung unter sowjetischem Druck gewesen sei.

Bedenken zum Inhalt einer Rede des Bundespräsidenten, in der schon wieder von Globalisierung der Außenpolitik, risikobereitem Handeln und der Bereitschaft gesprochen wurde, militärische Macht für deutsche Interessen einzusetzen, äußerte der Strausberger Historiker Dr. Rolf Barthel. Walter Momper stellte zu mehreren Fragen dieser Art fest, dass die SPD für die Selbstverteidigung und die Einhaltung der Bündnisverpflichtungen gemäß Grundgesetz eintrete und jeden Einsatz außerhalb der Verteidigungsgrenzen ablehne, einschließlich der Versuche des Bundesverfassungsgerichtes, die bisher gültigen Bestimmungen aufzuweichen. Über die Interessen Deutschlands nach der Vereinigung müsse es im Lande eine Verständigung geben - sie könnten nicht allein von der Regierungskoalition bestimmt werden. Im Übrigen sei die Rede Herzogs selbst von vielen Christdemokraten als restriktiv empfunden worden. Ein weiteres Problem sei es, zu ergründen, woher der Rechtsradikalismus im Ost- und im Westteil Deutschlands herstamme. Niemand dürfe sich die „Sicht dadurch verstellen lassen, dass man ihn mit allen Rastern des Faschismus“ belege. Professor Vilmar dazu: Den heutigen Rechtsradikalismus als Neofaschismus zu bezeichnen hieße sogar, den Faschismus zu verniedlichen. „Man muss sich gegen faschistoide Tendenzen und übersteigerten Nationalismus wenden.“ Antifaschismus heute bedeute die Verantwortung der älteren Generation für die jüngere, hob Landtagsabgeordneter Klaus-Dietrich Krüger hervor.

In: Märkische Oderzeitung, Teil I, Mittwoch 26. April und Teil II, Donnerstag, 27. April 1995, S. 7.

## Die Vision bleibt, aber: mühsame Reformprozesse statt Revolution

SPD-Diskussion über den Sozialismus-Begriff mit Prof. Vilmar und dem  
Vizevorsitzenden Thierse / „SPD bleibt linke Volkspartei“

von Reinhard Schliebs

„Sozialismus - Schwierigkeiten mit einem Begriff oder das Ende einer Vision?“ Zu diesem Thema hatten die Interessengemeinschaft „Geschichte des Ortsvereins der SPD“ und die Friedrich-Ebert-Stiftung am Mittwoch eingeladen. Mit Kurzreferaten boten Professor Fritz Vilmar (SPD) und SPD-Vize Wolfgang Thierse den Stoff für eine interessante Diskussion über den Sozialismus-Begriff

Fritz Vilmar erörterte die Frage, was künftig links sein wird. Er entwickelte Thesen zur Öko-sozialistischen Neuorientierung. Das System Kapitalismus plus Parlamentarismus sei nicht triumphales Ende der Geschichte. Vielmehr treibe dieses in die ökologische Selbstzerstörung der Menschheit.

Der Begriff Sozialismus sei geschichtlich nicht abgegolten. Durch schwere Niederlagen und Verkehungen wüssten jedoch viele Menschen damit nichts mehr anzufangen. Er sei besser durch soziale Demokratie oder demokratischen Rechtsstaat oder gesamtgesellschaftliche Demokratisierung zu ersetzen. Die Entwicklung eines integralen „alternativen Sozialismuskonzeptes“ sei überlebensnotwendig, um die Zersplitterung der linken Ideologien und Gruppierungen durch Gemeinsamkeiten zu überwinden.

Der Grundgehalt linker Praxis und Theorie bleibe,

die ausbeutende Herrschaft von Menschen über Menschen abzubauen und dafür eine Gesellschaft der Gleichen und Freien zu errichten. Das bedeute mit gleicher Wertigkeit Aufhebung der patriarchalen, kapitalistischen, rassistischen und staatsbürokratischen Ausbeuterherrschaft über abhängige Menschen.

Zu den sozialistischen linken Prinzipien der Freiheit und Gleichheit sei die Existenzsicherung der Menschheit als bewahrendes Prinzip hinzugekommen.

Der Sozialismus müsse Abschied nehmen von den revolutionären Wunschträumen seiner Kindheit und in harter Reformarbeit erwachsen werden. Gesellschaftliche Systeme ließen sich durch Revolutionen nicht umgestalten. Das Neue sei erfolgreich ausschließlich durch langfristige, mühselige Reformprozesse verwirklicht worden.

SPD-Vize Thierse machte anschließend deutlich, dass es jetzt nicht darum gehe, eine neue Systemalternative auszurufen. Widerspruch seitens der anwesenden PDS-Mitglieder löste Thierses These aus. Die PDS habe von der SPD den Begriff „Demokratischer Sozialismus“ geklaut. Allerdings machte Vilmar deutlich, dass die SPD schlichtweg vergessen habe, diesen Begriff in ihre Politik aufzunehmen. Das habe dann die PDS gemacht

Thierse sprach sich für mittelfristige Reformen statt Revolutionen aus. Als solche nannte er die Schaffung zukunftsreicher Arbeitsplätze durch „intelligenzintensive Produktion“, gerechte Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, Verteidigung





des Sozialstaates, die Erarbeitung eines neuen friedenspolitischen Konzeptes und Reformen des Staatswesens zur Entbürokratisierung und weiteren Demokratisierung. Es sei Pflicht der Linken, aus dem Scheitern eines Teils der Arbeiterbewegung endlich die Lehre zu ziehen, dass sie ihre Ziele dauerhaft nur durch vernünftige Reformen erreichen könne.

In der anschließenden Diskussion wurden Zweifel erhoben, dass die SPD in Brandenburg bei ihren geringen Mitgliederzahlen und der Zusammensetzung noch als Volkspartei gelten könne. Sie habe sich von der „Volksschnauze“ entfernt. Ein anderer Redner warnte davor, dass die Brandenburger SPD durch das gegenwärtige Chaos der Bundes-SPD belastet werden könnte und fragte, ob es nicht besser sei, eine organisatorisch selbständige Ost-SPD zu schaffen. Thierse wie auch der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Klaus-Dietrich Krüger widersprachen dem und verwiesen auf die Ergebnisse der Landtags- und Kommunalwahlen. Aus ihnen gehe eindeutig hervor, dass das Programm der SPD nun doch nicht so weit vom Volkswillen entfernt sein könne.

Einer selbständigen Ost-SPD gab Thierse keine Chance, weil die ostdeutschen Probleme nur gesamt deutsch oder gar nicht zu lösen seien.

In: Märkische Oderzeitung, Freitag, 15. September 1995, S. 7.

### **Rosaroter Lachs und schwarzer Kaviar** **Schwierigkeiten im Umgang mit dem Sozialismus-Begriff** von Heinz Pocher

Wolfgang Thierse, Vizevorsitzender der SPD, und Prof. Dr. Fritz Vilmar, SPD, waren unlängst die Hauptredner einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg und der Interessengemeinschaft „Geschichte des Ortsvereins der SPD“ im Strausberger Klub am See. Im Mittelpunkt der Diskussion sollten die Schwierigkeiten im Umgang mit dem Sozialismus-Begriff stehen.

Kleinere, aber symptomatische Schwierigkeiten gab es jedoch schon mit der Anrede der anwesenden SPD-Mitglieder. Während Vilmar und Thierse „Genossinnen und Genossen“ bevorzugten, wünschten Strausberger SPD-Leute mit „Parteifreunde“ angesprochen zu werden. Zur Sache trug Prof. Vilmar sechs Thesen zur sozialistischen Neuorientierung vor. Dabei bezeichnete er ein alternatives Sozialismuskonzept als überlebensnotwendig. Kapitalismus plus Pluralismus ist nicht das Ende der Geschichte: „Dieses System treibt vielmehr zunehmend in die ökologische Selbstzerstörung der Menschheit“. Ein alternatives Sozialismuskonzept ist zu präsentieren. „Nichts Nennenswertes wird künftig 'links' sein“, so Prof. Vilmar, „wenn es nicht in den nächsten Jahren gelingt, anstelle der Zersplitterung in marxistische, reformistische, sozialdemokratische, feministische, ökologische und ‚alternative‘ Ideologien und Gruppierungen allmählich Gemeinsamkeiten und aufgrund dessen ein integrales ‚alternatives Sozialismuskonzept‘ zu entwickeln.“

Dabei bleibe unverändert der Grundgehalt linker Theorie und Praxis, die ausbeutende Herrschaft von Menschen über Menschen abzubauen bzw. aufzuheben und an deren Stelle eine Gesellschaft der Gleichen und Freien zu errichten. Zu diesen Grundwerten sei seit den siebziger Jahren die Bewahrung einer humanen Menschheitsexistenz noch hinzugekommen.

Die Lösung der Probleme sieht Prof. Vilmar nicht in Revolutionen. „Krisen und Revolutionen können – im besten Falle – Wandlungsprozesse einleiten, beschleunigen, Verkurstetes umstoßen, neue Normen und Gesetze schaffen.“ Nur langfristige und

mühselige Reformprozesse, meint der Hochschullehrer Vilmar, setzen Neues durch und bringen ein Mehr an Wohlstand, Gerechtigkeit und Demokratie.

Sozialismus, der den Boden der demokratischen Freiheiten und Grundrechte verlässt, zerstört sich selbst.

Wolfgang Thierse erläuterte an Hand des vor zwei Jahren erschienenen Büchleins der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD die Schwierigkeiten im Umgang mit dem Begriff „Sozialismus“. Danach werden bei der SPD sowohl die Position des Aufgebens als auch die Position des Festhaltens am Begriff des demokratischen Sozialismus akzeptiert. Dass der Begriff nach Thierse von der PDS geklaut sei, korrigierte Prof. Vilmar mit der Bemerkung, die SPD habe den demokratischen Sozialismus nicht mehr als Zielvorstellung in ihrer Politik, die PDS dagegen hat ihn aufgenommen.

Als Thomas Wrak, Strausberger Gymnasiast, Wolfgang Thierse anmahnte, statt Schlagabtausch Fairness zu üben, reagierte Thierse, dem Jungen ins Wort fallend, sehr heftig mit der für die meisten unverständlichen Bemerkung: „Ich stehe als Watschenmann für die PDS nicht zur Verfügung!“ Dabei hatte ihm Prof. Schippel (PDS) gerade das Gegenteil, nämlich eine Zusammenarbeit „frei von ideologischen Scheuklappen angeboten“.

Mitglieder des SPD-Ortsvereins Strausberg beteiligten sich nicht an der Sozialismuskonversation. Ungeachtet dieser Tatsache werden die Diskussionsveranstaltungen, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung formuliert, zur sozialdemokratischen Vision des demokratischen Sozialismus am 26.10.1995, 18.00 Uhr, im Klub am See fortgesetzt. Ob die Stiftung dann auch wieder einen Imbiss mit rotem Lachs und schwarzem Kaviar spendiert, ist angesichts des Vorwurfs eines Diskussionsredners, die SPD habe sich von der „Volksschnauze“ entfernt, nicht bekannt.

In: BAB LokalAnzeiger, 27.9.1995, S. 4.

### **„Kolonialisierung der DDR“ oder der katastrophale Verlauf des deutschen Einigungsprozesses von Heinz Pocher**

Prof. Dr. Fritz Vilmar stellte zum vierten Seminar der Interessengemeinschaft Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg e.V. am 27. November 1995 sein und Dr. Wolfgang Dümckes Buch „Kolonialisierung der DDR“ vor. Nach Meinung des Politikwissenschaftlers und Hochschullehrers am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin erfolgte der Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten nach einem „Szenarium der Machtinteressen Westdeutschlands“. Der Sozialdemokrat Vilmar weist in seinem Buch nach, dass die DDR vom Westen kolonialisiert wurde und heute in den neuen Bundesländern „die westdeutschen Machteliten dominieren“

Im ersten Teil des Buches „Konservative Vereinnahmung - vertane Chancen“ wird der Vereinnahmungsprozess, das Trauerspiel der Parteien, die Ohnmacht der Bürgerbewegung und eine alternative Deutschlandpolitik abgehandelt.

Der zweite Teil befasst sich mit der „Kolonialisierung der Wirtschaft“. Für besonders kritikwürdig hält Vilmar hier die Politik der Treuhand, die mit ihrer destruktiven Privatisierungspolitik für die Deindustrialisierung Ostdeutschlands verantwortlich sei.

Der dritte Teil des Buches „Kolonialisierung der Menschen Inbesitznahme der öffentlichen Meinung“ belegt u. a. die Identitätszerstörung bei den ostdeutschen Menschen und die Vereinigung zu Lasten der Frauen der DDR. Als einen unglaublichen und zerstörerischen Prozess bezeichnet der Wissenschaftler die Entlassung von 75 bis 80 Prozent seiner akademischen Kollegen in den neuen Bundesländern. Abgefedert,

aber mit Strafen belegt, ausgesondert und in den Mülleimer der Geschichte geworfen. Ein Reformprojekt, meint Prof. Vilmar, ist dringend geboten.

In einer kritischen Würdigung zählt Prof. Vilmar zu den „sozialistischen Errungenschaften“, die Polikliniken, die genossenschaftliche Form der Landwirtschaft, das polytechnische Schulsystem, die Kunst- und Kulturförderung, die Altstofferrfassung SERO, das Recht auf einen Krippen- und Kindergartenplatz, die Selbstbestimmung der Frauen im Fall der Schwangerschaft, auch die Maßnahmen der Verkehrssicherheit (Tempo 100; Null-Promille-Grenze; Verkehrsdisziplin) und das Konzept einer im Betrieb verankerten Gewerkschaft.

Ohne die DDR schönreden zu wollen gab es viel, was des „Aufhebens“ würdig gewesen wäre. Es gab „Alternativen“, so Vilmar im Vorwort seines Buches, zur suizidartigen Angliederung des sozialen Organismus Ostdeutschlands an dem der alten Bundesrepublik“. Wie eine sozialverträgliche Vereinigung zwischen Osis und Wesis und ein Zusammenleben von Arm und Reich solidarisch machbar ist, lebt der Professor in einer kibbuzartigen Einrichtung im Klosterdorf selbst vor. Jeden ersten Sonnabend im Monat, ab 14.00 Uhr, ist Tag der offenen Tür. Interessenten und Neugierige lädt der Wissenschaftler, der auch eine Zusammenarbeit aller linken Kräfte anstrebt, herzlich ein.

Als Nachgang zum Buch „Kolonialisierung der DDR“ sei ein Geschichtsvergleich in Erinnerung gebracht. Anfang 1847, nach dem Sieg der Preußen bei Königsgrätz, wurden die beiden ehemaligen Herzogtümer Schleswig und Holstein dem preußischen Staat einverleibt. Theodor Storm schrieb dazu die folgenden Zeilen (Storms Werke in zwei Bänden; Erster Band; Bibliothek der Klassiker; Einleitung): „Wir können nicht verkennen, dass wir lediglich unter der Gewalt leben. Das ist desto einschneidender, da es von denen kommt, die wir gegen die dänische Gewalt zu Hilfe riefen und die uns jetzt, nachdem sie jene bewältigen geholfen, wie einen besiegten Stamm behandeln, indem sie die wichtigsten Einrichtungen, ohne uns zu fragen, hier über den Haufen werfen und andere dafür nach Gutdünken oktroyieren; obenan ihr schlechtes Strafgesetzbuch, worin eine Reihe von Paragraphen - längst der juristischen wie der Moralkritik verfallen ehrlichen Leuten gefährlicher sind als den Spitzbuben, die sie angeblich treffen sollen. Und obwohl Preußen - sowohl wegen der Art, wie sie das Land gewonnen, als auch, weil wir zum geistigen Leben der Nation ein so großes Kontingent gestellt als nur irgendein Teil von Preußen - alle Ursachen zu bescheidenem Auftreten bei uns hat, so kommt doch jeder Kerl von dort mit der Mine des kleinen persönlichen Eroberers und als müsse er uns erst die höhere Weisheit bringen... Die unglaublich naive Rohheit dieser Leute vertieft die Furche des Hasses, die Preußens Verfahren tief in die Stirn der Schleswig-Holsteiner eingegraben. Auf diese Weise einigt man Deutschland nicht.“

In: BAB LokalAnzeiger 46/1995, S. 5.



**Über sozialdemokratische Politik in Strausberg**  
**5. Seminar der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger**  
**Arbeiterbewegung e. V.**  
von Rolf Apel

Zu ihrem nun schon 5. Seminar trafen sich am 27. Januar 1996 die Mitglieder der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V. mit interessierten Bürgern der Stadt und der Region. Im Mittelpunkt der zweieinhalbstündigen angeregten Diskussion standen gleich drei Arbeitspapiere. Zum einen die Thesen des Vereinsvorstandes, die sich mit der jüngsten Geschichte des SPD-Ortsvereins seit seiner Neugründung im Januar 1990 befassen. Zum anderen ein vom Vereinsmitglied Prof. Dr. sc. Wolfgang Markus vorgelegter „Report über die Reflexion von aktueller sozialdemokratischer Politik und von SPD-Geschichte im Denken ausgewählter Bevölkerungsgruppen der Stadt Strausberg“, Ergebnis einer Umfrage, die im Mai/Juni des vergangenen Jahres durchgeführt wurde. Beide Dokumente wurden durch Thesen ergänzt, die kurzfristig von Prof. Dr. Fritz Vilmar erarbeitet wurden und das Selbstverständnis und mögliche Zielsetzungen der SPD in Strausberg beinhalten.

Alles in allem, ein umfangreiches Material, das mit seinen wissenschaftlich fundierten Inhalten künftig dazu beitragen könnte, die Öffentlichkeitswirkung des SPD-



Ortsvereins günstiger zu gestalten. Gerade in dieser Hinsicht kommen die vorgelegten Ausarbeitungen zu bemerkenswerten Aussagen. Ausgehend von den geschichtlichen Fakten der Wiedergründung der SPD in Strausberg, werden insbesondere in den Arbeitsthesen Fragen aufgeworfen, die Gegenstand weiterer Untersuchungen und Nachforschungen bedürfen. So u. a. die Problematik, ob es bessere Wege für eine stärkere

Präsenz des SPD-Ortsvereins gegeben hat, die zu gegebener Zeit nicht gesehen wurden und mit dem Wissen von damals auch nicht gesehen werden konnten. Schwierig zu beantworten ist auch die Frage nach den Ursachen und Zusammenhängen des Parteiaustritts nahezu aller Mitglieder des Gründungskomitees und einiger Gründungsmitglieder des SPD- Ortsvereins. Gespräche mit diesen hätten ergeben, dass Enttäuschung über das sich im Ortsverein entwickelnde Politikverständnis, unterschiedliche kommunalpolitische Vorstellungen und persönliche Differenzen, unbefriedigende Solidarität und demokratische Parteikultur als Ursachen bzw. Gründe für den Austritt angesehen wurden. Auch die Thematik des Für und Wider einer Aufnahme möglicher Mitglieder aus der früheren SED und NVA in den Ortsverein blieb bis in die jüngste Zeit eine immer wieder gestellte und von den Mitgliedern des Ortsvereins sehr unterschiedlich beantwortete Frage.

Interessant sind auch jene Probleme, die im Sozialreport von Wolfgang Markus aufgeworfen wurden und die in ihrer Bedeutung weitaus mehr Beachtung erdienten, als es in diesem kurzen Beitrag möglich ist. So erstaunt schon die sich aus der Umfrage ergebende Feststellung, dass die bundesweit zu beobachtende Parteienmüdigkeit und Politikverdrossenheit in Strausberg nicht so zutrifft. Die Befragung habe ein-

deutig ergeben, dass, ausgehend von den demographischen Besonderheiten in Strausberg, große Teile der befragten Strausberger Bürger durchaus politische Interessiertheit für aktuelle Parteien- und Kommunalpolitik erkennen ließen. Aus SPD-Sicht sollte allerdings zu bedenken geben, dass über 90 Prozent den Bekanntheitsgrad der SPD in Strausberg als gering einschätzen bzw. über ihre Rolle in der Kommunalpolitik zu wenig wissen. Auch die abgeleitete Schlussfolgerung nach einer wirksameren, bürgernahen Darstellung Strausberger SPD-Politik und die Beantwortung der Frage: „Wer sind die Partner linker sozialdemokratischer Ziele?“, sollten Beachtung finden. Klare Aussagen hierzu sind vor allem in den Thesen von Fritz Vilmar enthalten. Nach seiner Meinung müsse sich die SPD klar als eine linke Volkspartei profilieren, die im Mitte-Links-Spektrum der Parteien eine Bündnispolitik verfolgt, die der (Mitte-Links-) Mehrheit der Wähler entspricht. Für Strausberg und Umgebung bedeute dies vor allem, "dass die SPD ihr Verhältnis zur PDS öffentlich und unmissverständlich als das zu einer anderen linken, demokratischen Partei bestimmt, mit der sie in einem fairen Wettbewerb steht, die sie in bestimmten Fragen der Vergangenheit bewältigung und der aktuellen Politik auch, wenn nötig, scharf kritisiert, die sie aber auf keinen Fall aus dem Kreis möglicher politischer Partner ausgrenzt".

Man dürfe es nicht der PDS überlassen, „das Unrecht beim Namen zu nennen, das westdeutsche politische und kapitalistische Machteliten bei der Eingliederung der ehemaligen DDR in das politisch-ökonomische System der Alt-Bundesrepublik sich haben zuschulden kommen lassen“. Insgesamt verlief die Aussprache in einer sachlichen und offenen Atmosphäre, die der Geschichtsverein von Anfang an angestrebt hat und die sich nun, wie es scheint, immer mehr durchsetzt.

In: BAB, Nr. 7/1996, S. 7, Foto (r.a) v. r. n. | Prof. Hemberger, Prof. Markus, Dr. Leuschner

## **Geteilte Meinung zur geeinten Linken**

### **Befragung zum SPD-Bild in Strausberg / Sorgen um Stadtentwicklung**

von Ralf Freitag

Mehr als die Hälfte von 334 befragten Strausbergern fühlen sich in ihrer Stadt sehr wohl. Als Gründe gelten vor allem das all- gemeine Aufstreben der Stadt, die guten Zukunftsmöglichkeiten der Stadt sowie die Infrastruktur, speziell die Verkehrsanbindung der Stadt. Das hat eine schriftliche Befragung der Interessengemeinschaft Geschichte der Arbeiterbewegung in Strausberg ergeben.

Die anonyme Befragung hat Prof. Dr. sc. Wolfgang Markus durchgeführt. Schwerpunkt der Untersuchung war die Frage nach dem Verhältnis der Strausberger zur SPD und zur aktuellen sozialdemokratischen Politik in Strausberg, die Akzeptanz sozialdemokratischer Politik in der Bevölkerung als Alternative für einen möglichen Regierungswechsel in Deutschland, der Grad des Verständnisses für eine konstruktive Zusammenarbeit mit linken Parteien in Sachfragen auf kommunaler-, Kreis-, Landes- und Bundesebene sowie die Parteienpräferenzen in Strausberg und ihre Ursachen. Abgefragt wurden ebenfalls Erwartungen der Strausberger an wirksame Kommunalpolitik und die Rolle politischer, Parteien in diesem Prozess.

In der Studie werden auch die Bedenken der Befragten zur Stadtentwicklung dargestellt. So äußerten die Befragten ihre Sorgen über die Entwicklung des Innenstadtbereiches von Strausberg und die Vertreibung des Einzelhandels. Gefordert wird eine bessere Steuerung der Investitionen, mehr Spielplätze, Radfahrwege und Aktivitäten für eine Infrastruktur, die Strausberg weiter als Tourismusmagnet für Berlin anziehend macht, seien ebenfalls erforderlich.

Generell keine guten Noten geben die Befragten den Politikern. „Sie beschäftigen sich zu viel mit sich selbst und gehen mit ihren Vorstellungen zu wenig an die Öffentlichkeit“, lautet das Urteil. Kaum ein Befragter (außer die Parteimitglieder) hatte auch nur oberflächliche Kenntnisse von den Grundzielen der erfassten Parteien. Das bekommt auch die SPD zu spüren. 42 Prozent der Befragten meinten „Von der SPD merkt man nicht viel.“

Unterschiedlich bewertet wird die Öffnung der SPD auch für ehemalige PDS-Mitglieder. Während 29 Prozent der Befragten das für richtig halten und dennoch jeden Fall konkret entschieden haben wollen und 26 Prozent dies für rundweg richtig halten, lehnen 19 Prozent die Öffnung ab. 26 Prozent der Befragten sind sich darüber noch nicht im Klaren.

Skeptisch beurteilen die Befragten die Regierungsfähigkeit der SPD in Bonn. Lediglich ein Drittel ist der Meinung, die SPD könne das Land mit Hilfe anderer Parteien regieren. Größter Mangel bei den Sozialdemokraten ist nach Ansicht der Hälfte der Befragten das Fehlen von Führungspersönlichkeiten.

Geteilt ist wieder das Lager derjenigen, die eine gemeinsame linke Politik von SPD und PDS im Interesse der Bürger für sinnvoll halten. Während 29 Prozent der Befragten für eine Zusammenarbeit sind, sprechen sich 19 Prozent dagegen aus. 26 Prozent antworteten auf diese Frage mit „teils teils“.

In: Märkische Oderzeitung, Donnerstag, 21. März 1996, S. 7.

### **Seminar zur SED-Gründung vor 50 Jahren Zwangvereinigung hindert heutige Zusammenarbeit** von Rolf Apel

Die Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V. ist auf dem besten Weg, ein anerkanntes Forum des sachlichen politischen Dialogs in unserer Stadt zu werden. Es ist eine Tatsache, dass seit der Gründung des Geschichtsvereins nicht nur ein erstaunliches und bemerkenswertes Archiv mit einer Vielzahl einmaliger Dokumente zur Geschichte des Strausberger SPD-Ortsvereins in Teilen entstanden ist, sondern parallel dazu in mehreren Seminaren ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Geschichtsaufarbeitung mit teilweise überregionaler Bedeutung geleistet wurde.

Dazu zählt ohne Zweifel auch das 6. Seminar, das am Mittwoch, dem 13. März 1996 im Klub am See zum Thema „Zwangvereinigung“ von KPD und SPD vor 50 Jahren in der damaligen sowjetischen Besatzungszone durchgeführt wurde. Vor 45 Teilnehmern, neben den Mitgliedern der Interessengemeinschaft vor allem viele Mitglieder der SPD und der PDS, legten die freischaffende Historiker Dr. Andreas Malycha und Professor Harold Hurwitz von der Freien Universität Berlin ihre auf jahrelanger Forschungsarbeit beruhenden Erkenntnisse zu dieser schwierigen Thematik in ausführlichen Statements dar.

Zuvor hatte Professor Fritz Vilmar von der Freien Universität, der das Seminar moderierte, in seinen einleitenden Ausführungen auf den tieferen Sinn des Themas



für die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Situation in unserem Lande hingewiesen. Ausgehend von der Feststellung, dass die Parteien und Gruppierungen des Mitte-Links-Spektrums in der Republik ein bestimmtes Gewicht haben könnten, stellte er die Frage, wie lange die Sozialdemokraten sich noch von einer konservativen Partei vorschreiben lassen wollen, ob und inwieweit sie mit einer anderen bedeutenden linken Partei, zumindest in Ostdeutschland, zusammenarbeiten dürfen. Nach seiner Meinung sei diesbezüglich der Versuch eines konstruktiven Miteingehens beider Linksparteien schon seit einigen Monaten im Gange. Aber zu einem wirklichen Durchbruch gehöre in der Tat, dass die Leichen im Keller ausgegraben und anständig beerdigt würden“. Und eine der Hauptleichen sei nun einmal die Art und Weise, wie die Sozialdemokraten nach 1945 die Vereinigung erlebt hätten. Angesichts des massiven Drucks von seiten der sowjetischen Besatzungsmacht käme man objektiv nicht umhin, von Zwangsvereinigung zu sprechen. Daran würde auch die Tatsache des subjektiven Wollens und Denkens vieler Menschen nichts ändern, die damals die unselige Spaltung der Arbeiterklasse überwinden wollten. Man müsse auch daran erinnern, dass sich seinerzeit bei der Urabstimmung in Westberlin 80 Prozent der befragten SPD-Mitglieder gegen eine schnelle Vereinigung ausgesprochen hätten. Nach Auffassung von Vilmar bestehe das Problem der beiden Parteien heute darin, dass die SPD gerechterweise von der PDS verlange, sich in aller Form und in aller Deutlichkeit von den Drangsalierungen der SPD-Mitglieder und dem Ausschalten des sozialdemokratischen Flügels in der Einheitspartei zu distanzieren. Vilmars Aufforderung an diesem Abend: „Wir sollten nicht länger so dumm und vernunftlos in vergangenen Vorstellungen und Vorbehalten verfangen sein, dass wir nicht die Stolpersteine wegräumen, die uns noch daran hindern, wirklich eine Politik links von der Mitte konstruktiv zu betreiben“. Im weiteren Verlauf des Seminars erläuterte Dr. Malycha an historischen Fakten den Weg der Sozialdemokraten in die SED und stellte insbesondere dar, welche Gruppierungen es damals in der SPD gab. Nach seiner Meinung hätte es Anfang des Jahres 1946 neben zwei Minderheiten, die einerseits für eine schnelle Vereinigung waren und andererseits diese strikt ablehnten, bei der großen Mehrheit der Mitglieder und der unteren und mittleren Funktionäre – trotz der Befürwortung der Idee der Einheitspartei - das Misstrauen gegenüber den Kommunisten und die Skepsis gegenüber dem von der KPD vorgezeichneten Weg gegeben. Diese Mehrheit hätte den Zusammenschluss als länger währenden, vor allem gesamtdeutschen Weg betrachtet, in dem gegenseitiges Misstrauen abgebaut werden müsse und die Kommunisten den Nachweis zu erbringen hätten, dass sie gewillt sind, die Regeln der parlamentarischen, insbesondere der innerparteilichen Demokratie auf Dauer zu respektieren. Vorher werde die Zusammenarbeit in Sachfragen als ausreichend angesehen.

Bezüglich des Begriffs „Zwang“ kam Malycha zu der Schlussfolgerung, dass in nicht wenigen Orten die Vereinigung unter psychischem Druck der sowjetischen Offiziere zustande gekommen sei. Selbst wenn sowjetische Offiziere überzeugen oder wenigstens überreden wollten, hätte sie im Konfliktfall ihre Macht eingesetzt oder angedroht. Obwohl nicht alle SPD-Funktionäre persönlich einer direkten Nötigung ausgesetzt waren, sei für Sozialdemokraten die Gängelung und Absetzung, vorübergehende Festnahme oder das Verschwinden von Funktionären, die gegen eine sofortige Verschmelzung auftraten, die Regel gewesen. Unter dem Eindruck einer subjektiv empfundenen Bedrohung hätten die Sozialdemokraten den Weg in die Einheitspartei als eine noch erträgliche Variante angesehen, wenn schon die ungestörte Koexistenz der SPD nicht gewährleistet werden konnte.

Hauptinhalt der Ausführungen von Professor Harold Hurwitz, der 1945 als Mitarbeiter der amerikanischen Besatzungsmacht nach Berlin gekommen war, dort blieb

und an der Freien Universität tätig wurde, war der maßgebliche Einfluss der sowjetischen Militäradministration (SMAD) auf den Vereinigungsprozess KPD/SPD. Überraschend für die Zuhörer waren wohl hierbei die umfassende Verwendung sowjetischer Quellen sowie die Darstellung der Rolle von Oberst Tulpanow in der damaligen Zeit.

Die auf intensiver wissenschaftlicher Forschungsarbeit beruhenden Darlegungen von Dr. Malycha und Prof. Hurwitz fanden in dem Auftreten von Franz Wunsch, dem einstigen SPD-Kreissekretär Oberbarnim und Zeitzeugen eine wertvolle und praxisbezogene Ergänzung. Leider blieb für die anschließende Diskussion zu wenig Zeit, dennoch zeichnete sich ab, dass der Begriff der Zwangsvereinigung so pauschal von der Mehrheit der Anwesenden, insbesondere der PDS-Mitglieder nicht akzeptiert wird. Lothar Nicht brachte es auf den Punkt, indem er das Ablegen von Gelöbnissen ablehnte. Nach seinen Erfahrungen bringe das nicht weiter. Natürlich könne man Geschichte nicht ungeschehen machen. Er sieht zu diesem Thema aber weiteren Diskussionsbedarf.

Hierbei könnte auch der von Horst Klein und Horst Hemberger in einem Artikel eingebrachten Begriff der „historischen Fehlkonstruktion“ für die SED-Gründung, der inzwischen auch in der Diskussion innerhalb der PDS Eingang gefunden hat, eine bestimmte Rolle spielen.

In: BAB LokalAnzeiger . Ausgabe 13/96, S. 3, Foto Franz Wunsch von Rolf Apel

## **Eigentlich sollte eine neue Partei entstehen** **KPD/SPD-Vereinigung im Oberbarnim** von Horst Klein

In den Wochen bis zum 20./21. April, dem Tag des zur SED-Gründung führenden Vereinigungsparteitages von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone, jährt sich auch auf kommunaler Ebene zum 50. Male das Datum, an dem die SPD unter die Regentschaft der KPD geriet. So auch im damaligen Kreis Oberbarnim, wo „Delegierte“ der SPD und KPD am 23. März 1946 zunächst auf getrennten Konferenzen über Sinn und Ziel der Vereinigung stritten und sie letztlich beschlossen.

Am 24. März vereinten sich im Bad Freienwalder Hotel „Demuth“ in paritätischer Zusammensetzung etwa 400 Sozialdemokraten und, Kommunisten, um die von Stalin angeordnete Vereinigung zur „Sozialistischen Einheitspartei“ zu beschließen. Vorbehalte gab es auf beiden Seiten.

Die Kommunisten thematisierten gern ein vermeintliches Versagen der SPD in der November-Revolution 1918 und ihr Zaudern im notwendigen Linksbündnis gegen den Faschismus 1933. Indessen erinnerten sich Sozialdemokraten u. a. an die Theorie des „Sozialfaschismus“, mit der eine Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Faschismus unterstellt und eine rigorose Abgrenzung von der SPD begründet wurde. Die Feindschaft, die beide Richtungen der Arbeiterschaft in einen zuweilen militanten Bruderkrieg führte, sollte nun mit der Schaffung einer einzigen sozialistischen Partei überwunden werden. So sah es eine Mehrheit der Delegierten mit und ohne Mandat der Mitglieder. Wie Zeitzeugen und Akteure von damals bestätigen, wussten Mitglieder beider Parteien nichts von Stalins Befehl, die Einheitspartei bis 1. Mai 1946 zu schaffen und auf diesem Wege die SPD zu beseitigen. Stalin entschied sich Ende 1945 dafür, nachdem bei Wahlen in Ungarn und Österreich Sozialdemokraten eine beträchtliche Stimmenmehrheit gewannen. In der sowjetischen Besatzungszone sollte sich dies bei den von den Alliierten für den Herbst 1946 festgelegten Wahlen nicht wiederholen.

Wie die weitere Entwicklung bis zum Zusammenbruch des politischen Systems der DDR und der SED bestätigte, waren Stalinismus und die Sozialdemokratie mit ihrem

Demokratie- und Freiheitsverständnis nicht zu vereinen. Selbst auf der gemeinsamen Delegiertenkonferenz im Oberbarnim konnte die bleibende Feindschaft der KPD gegenüber der SPD nur schwach mit großen Wortsalven über die Einheit der Arbeiterbewegung im Geiste des Marxismus kaschiert werden.

### **Mehrheit der Arbeiterschaft sozialdemokratisch orientiert**

Wie in anderen Kreisen der sowjetischen Besatzungszone war die Mehrheit der Arbeiterschaft Oberbarnim sozialdemokratisch orientiert. Zwei Drittel Sozialdemokraten standen einem Drittel Kommunisten gegenüber. Aus der Aktenlage ist ersichtlich, dass der SPD-Ortsverein Bad Freienwalde 183 Mitglieder und der SPD-Ortsverein Strausberg 269 Mitglieder vereinte. Die KPD-Ortsgruppe Strausberg kam auf etwa 80 Mitglieder. Ähnlich war die Situation in der Provinz Brandenburg, wo am 7. April 78 707 SPD-Mitglieder und 55 322 KPD-Mitglieder vereinigt wurden. Aus der zahlenmäßigen Überlegenheit resultierte auch die Illusion vieler Sozialdemokraten, die demokratische Profilierung der SED entscheidend beeinflussen zu können.

### **Erste Ausgrenzungen nach dem Zusammenschluss**

Obgleich die KPD-Delegierten die künftige Pflege des geistigen Erbes der deutschen Sozialdemokratie, namentlich das August Bebel's, sowie innerparteiliche Demokratie beschworen, kam es bereits unmittelbar nach dem Zusammenschluss zu ersten Ausgrenzungen bzw. zur Benachteiligung von Sozialdemokraten.

Der heute 74-jährige Franz Wunsch, 1945/46 hauptamtlicher Kreissekretär der SPD im Oberbarnim, erinnert sich: „Eigentlich wollten wir eine ganz neue Partei gründen, eine sozialistische Partei mit einer demokratischen Struktur, ganz im Sinne August Bebel's. Sehr bald spürten wir, wie uns der Hut der alten KPD aufgesetzt wurde. In vielen propagandistischen Veranstaltungen bekamen wir das Etikett der geschichtlichen Versager angeheftet, Am Gebäude des Parteibüros sah man die kommunistischen Symbole, und so fragten wir uns, wie das die neue Partei sein könne. Ebenso sah auch die Besetzung der öffentlichen Ämter aus. Von elf der in der Kreisverwaltung zu besetzenden leitenden Personalstellen bekam die KPD 6, die SPD 3 und Parteilose 2. Natürlich beanspruchten die Kommunisten, so wie Kurt Schumacher voraussagte, alle Schlüsselfunktionen, wie zum Beispiel den Landrat, dessen Stellvertreter, das Personaldezernat, das Bildungswesen und die Polizei.“

Nach der Vereinigung spürte man sehr deutlich die Absicht, vor allem die alten Sozialdemokraten aus Funktionen zu verdrängen. Ein Beispiel dafür ist auch das Schicksal des früheren Kreisvorsitzenden Richard Riedler. Er war seit der Novemberrevolution in der SPD und vor 1933 Kreistagsabgeordneter in Oberbarnim.

Mit dem Zusammenschluss war er kurzzeitig auch einer der paritätischen Kreisvorsitzenden der SED und in der 1945 gebildeten Kreisverwaltung Leiter der Abteilung Landwirtschaft. Bis September 1946 hatte man ihn aus allen Ämtern verdrängt, und er arbeitete wieder als Schlosser. 1950 verweigerte er sich der Parteiüberprüfung und wurde deshalb, wie Tausende frühere SPD-Mitglieder, wegen Sozialdemokratismus aus der Partei ausgeschlossen. Franz Wunsch erging es ähnlich Er wurde aus „gesundheitlichen Gründen von seiner Parteifunktion entbunden. Auch im Oberbarnim wurde die Mehrzahl der alten Sozialdemokraten aus der SED ausgeschlossen und viele von ihnen politisch verfolgt und Repressionen ausgesetzt.

In: Märkische Oderzeitung, 23./24. März 1996, S. 12.

## **SED-Gründung - von Anbeginn eine historische Fehlkonstruktion**

von Horst Hemberger und Horst Klein

„Das unrühmliche Ende der SED wirft seine Schatten auf ihre Anfängen“, so zu lesen in der Erklärung der Historischen Kommission der PDS zum bevorstehenden 50. Jahrestag der SED-Gründung. Ist es aber nur das Ende, das Schatten wirft oder gab es diese nicht von Anfang an? Welche politische Option lag der Bildung der SED zugrunde? War der Stalinismus, in dessen Bann sich die KPD spätestens seit dem sogenannten Thälmannschen ZK befand, die geistige und politische Plattform für das in Jahrzehnten gewachsene Bebel'sche Ideal der Einheit der Arbeiterbewegung? Wurde mit dem Streben nach Einheit in der Arbeiterbewegung aufgrund der Erfahrungen mit Faschismus und Krieg ehrlich umgegangen oder wurde es von bestimmten Kräften für eigensüchtige Zwecke missbraucht?

Alles Fragen, die keineswegs neu zu entdecken und zu formulieren sind. Allerdings sind sie bei der Erarbeitung des vorliegenden Diskussionspapiers offenbar verdrängt worden. Vergessen wir doch nicht: Stalins Kernthese, wonach es unmöglich sei, „dem Kapitalismus den Garaus zu machen, ohne dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung den Garaus gemacht zu haben“, verbunden mit der Diskreditierung der Sozialdemokraten als Sozialfaschisten, gehörte zu den grundlegenden Dogmen des Wirkens der KPdSU(B). Abgrenzung von der Sozialdemokratie prägte wesentlich das Handeln dieser Partei, angefangen von ihrer Gründung, über ihre Namensgebung, den 21 Aufnahmebedingungen der KI bis hin zu den Parteivereinigungen nach 1945 in den sogenannten volksdemokratischen Ländern.

Auch dem letztlich von der KPdSU(B)-Führung vorgegebenen „Vereinigungskonzept“ der KPD mit der SPD in der damaligen sowjetischen Besatzungszone lag diese Option der Abgrenzung von der Sozialdemokratie zugrunde. Das beweisen u. a. die 44 Jahrgänge der „Einheit“, der theoretischen Zeitschrift der SED. Wer als Suchender sich der historischen Wahrheit nähern will, findet hier eine beeindruckende Selbstdarstellung des Verhältnisses der SED zur Sozialdemokratie. In vielfältigen Varianten wird hier die Abgrenzungsdoktrin und Feindschaft gerechtfertigt und vertreten. Der von der KPD bzw. SED beanspruchte Einheitsgedanke gilt mehr oder weniger als taktischer Natur. Er impliziert stets die Einheit der Arbeiterbewegung unter dem Stiefel des Stalinismus, der eine Vielzahl von Menschen, die aufrichtig den sozialistischen Idealen anhängen, in den Gulag schickte oder zum Tode verurteilte. Wie kann man deshalb in einem Diskussionspapier zur strittigen Frage der SED-Gründung verschweigen, dass mit der von Moskau gesteuerten KPD die historische Aufgabe der Einheit der Arbeiterbewegung nicht zu lösen war. Infolgedessen fehlen auch Überlegungen, wonach es sich bei dem von der KPD-Führung 1945/46 eingebrachten Einheitskonzept um eine demagogisch verbrämte taktische Variante des Antisozialdemokratismus handelte. Ebenso wenig wird auf den skrupellosen Missbrauch des im Kampf gegen Faschismus und Krieg gewachsenen Bedürfnisses von Mitgliedern der KPD und SPD eingegangen, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden und eine sozialistische Einheitspartei zu schaffen.

Will man verstehen, so muss man sich von der bloßen Empirie lösen, aber auch von Emotionen befreien. Hilfreich können dabei zweifellos die in dem Buch von Andreas Malycha „Auf dem Weg zur SED“ aus dem Parteiarchiv erstmals veröffentlichten Dokumente sein. Sie belegen, dass Zwang oder „Überzeugung“ Pate bei der Gründung der SED waren. Nicht erst in der Phase des unverhüllten Übergangs zur „Partei



neuen Typus“ lag der Zwangscharakter begründet, sondern bereits im geschichtlichen Vorfeld, in den Zwecken und Zielen der Vereinigung.

Mit dem Verschweigen der hier nur kurz skizzierten Zusammenhänge und Fragen bzw. mit der blauäugigen Diktion „einerseits und andererseits“ klärt das Diskussionspapier zu wenig auf und kaschiert, was aufzuhellen wäre: Im April 1946 wurde etwas zusammengefügt, was nicht zusammengehörte - Stalinismus und der historische Anspruch einer vom Bruderkampf befreiten und vereinten Arbeiterbewegung. Die SED, die Gregor Gysi bereits 1990 zu Recht als reaktionär bezeichnete, verkörperte von Anbeginn nicht die historisch notwendige Einheit, sondern die Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung, und das im Interesse imperialer sowjetischer Machtansprüche.

Die Gründung der SED war eine historische Fehlkonstruktion. Deshalb steht die SED in der Verantwortung für den Missbrauch der sozialistischen/kommunistischen Vision und für zerbrochene Biographien ihrer Mitglieder, die ehrlichen Herzens glaubten, ihre Kraft für eine neue Gesellschaft einzusetzen. Wer heute „Realsozialismus“ gleich Sozialismus bzw. Stalinismus gleich Kommunismus setzt, begibt sich auf das begriffliche Spielfeld des modernen Antikommunismus. Aber dennoch bleibt es ein Essential: Nachdenken über den April vor fünfzig Jahren erfordert Mut und Ehrlichkeit im Umgang mit der Geschichte, aber auch mit sich selbst.

In: DISPUT, 3/1996, S.19.

## Sollen wir uns auf Marx zurückbesinnen?

### Nachbetrachtung zu einem Seminar

von Rolf Apel

Die Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung hat neben ihrer ergebnisreichen Forschungstätigkeit mit der Durchführung von Seminaren immer wieder auch zu lebhaften und sachlichen Diskussionen über theoretische und aktuelle Themen unserer Zeit beigetragen. Bewährt hat sich dabei die Zusammen-



arbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Potsdam. In dieser Wertung bildete auch das letzte, nunmehr bereits achte Seminar der Interessengemeinschaft keine Ausnahme, das am 23. Oktober 1996 im Club am See stattfand. Unter der Thematik „Karl Marx im sozialdemokratischen Denken und Politikverständnis – Marx und die Arbeiterbewegung“ ging es im wesentlichen um die Frage nach der Gültigkeit und Aktualität der

Lehren von Marx, nach dem historisch Vergänglichen und den Irrtümern in seinem Werk, aber auch nach seinen humanistischen Visionen, die es wert sind, in Hinblick auf die heutige Gesellschaft zu befragen.

Dr. Horst Klein, der Vorsitzende der Interessengemeinschaft und Moderator des Seminars, erhärtete diese Fragestellung vor allem auch dahingehend, dass heute konservative Kreise immer wieder dazu auffordern, sich von Marx zu verabschieden.



Er sagte: „Wer kennt nicht die Theorie, wonach nach dem Zusammenbruch des vom Stalinismus geprägten Gesellschaftssystem auch Marx für alle Zeiten tot sei! Ist dies die geschichtliche Erfahrung oder die fürchterliche Angst vor einer möglichen Rückbesinnung auf Marx, mit der wir es heute schon zu tun haben, bzw. Reaktion auf sozialistische Zukunftsvisionen sowohl in der SPD, aber auch in der PDS? Aber es könnte ja auch sein, dass über Parteien hinaus es Interessenten gibt, die es mit solchen Visionen ernst meinen.“

Der Schlüssel zur Handhabung des Marxschen Werkes als radikales kritisches Denken im Sinne des Aufspürens von Widersprüchen und Mechanismen der existierenden Gesellschaft sei dabei das politische Hinterfragen der Zeit und ihre Bewertung. Seine Feststellung: „Befinden wir uns in unserem Land heute nicht allgemein in einer Situation, die immer wieder zu der Frage anregt, inwieweit Marxsche Gedanken heute aktuell sind oder wieder aktuell werden, ob es nicht ratsam ist, sich mit Marx zu konsultieren?“ Klein betonte jedoch ausdrücklich, dass er gelernt habe, zwischen Marx und Marxismus, vor allem zwischen Marx und dem sogenannten Marxismus-Leninismus zu unterscheiden. Hierbei habe man es mit unterschiedlichen geistigen Grundlagen zu tun, die sich zwar berühren, aber unterschiedliche Wege gegangen seien. Seine Fragen gab er an die zwei Referenten des Abends weiter, „Fachleute“, die sich bereits seit Jahrzehnten mit Karl Marx und seine Ausstrahlung in die Arbeiterbewegung und darüber hinaus befasst haben und noch heute befassen: Prof. Dr. Harald Neubert (PDS) und Dr. Uli Schöler (SPD).

Letzterer befasste sich vor allem mit dem Marxschen Werk im Theorieverständnis der SPD, wobei er geschichtliche Zusammenhänge in den einzelnen Programmen der Partei aufhellte, es deutlich vom Marxismus unterschied und besonders seine historische Rolle als sozialwissenschaftliche Methode herausarbeitete. Nach seiner Meinung sei das theoretisch Unabgegoltene von dogmatischen Überlieferungen zu trennen. Mit dem Wertewandel in der Arbeiterbewegung bzw. in der Gesellschaft stellten sich viele Fragen des marxistischen Denkens auf neue Weise. Der heutige Kapitalismus habe bewiesen, dass er nicht an die früher propagierte Schranke seiner Produktionsverhältnisse bzw. Eigentumsverhältnisse stoße und dann zusammenbreche. Das sei übrigens bereits in der Marx-Engels- Gesamtausgabe (MEGA) nachzulesen. Marx habe auch keine in sich geschlossene Theorie hinterlassen und vieles sei unvollendet. Das Bleibende sei seine wissenschaftliche Methode. Schöler verwies im weiteren auf flexiblere marxistische Denkformen, wie beispielsweise die von Otto Bauer u.a., sowie auf Vorstellungen vom „Dritten Weg“.

Prof. Harald Neubert legte einige theoriegeschichtliche Zusammenhänge des Umgangs mit Marx in der Arbeiterbewegung dar. Die Dogmatisierung des Marxismus in der bolschewistischen Bewegung sei eine schwerwiegende Entartung der Marxschen Theorie und Vision gewesen. Zugleich verwies er auf durchaus konstruktive Denkformen der kommunistischen Bewegung, beispielsweise auf Antonio Gramsci in der italienischen KP sowie auf Versuche, dritte Wege zu finden und zu gehen.

Die anschließende Diskussion, an der sich elf Gäste des Seminars beteiligten, verlief außerordentlich sachlich und trug zum hohen theoretischen Niveau der Veranstaltung bei. Sie machte aber auch gleichzeitig deutlich, dass die Thematik des nächsten Seminars, das sich mit dem Platz des Sozialismus im 20. Jahrhundert beschäftigt wird, durchaus angebracht ist. Und noch eine Feststellung sei gestattet: Zu keinem Augenblick des Seminars ging es darum, jemand zu überzeugen. Im Vordergrund stand das Bemühen, Impulse zu geben für das eigene, ganz persönliche Nachdenken, für das Beschäftigen mit dieser Problematik, die unser Leben in den zurückliegenden Jahren vielfältig mitbestimmt hat.

In: BAB, Nr. 50/1996, Foto (r. a.) v. l. n. r. Prof. Neubert, Dr. Horst Klein, Dr. Uli Schöler

## **Die russische Oktoberrevolution auf dem Prüfstand der Geschichte**

von Rolf Apel

Einst gehörten sie zu den immer wiederkehrenden, großen Feiertagen und Festveranstaltungen, die Jahrestage der Russischen Oktoberrevolution. In diesem Jahr wäre ihr 80. Jubiläum. Anlass für die Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V., in bewährter Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Potsdam in dem nunmehr 9. Seminar ich dieser Thematik zuzuwenden. Unter dem Thema: 80 Jahre Oktoberrevolution. Legende - Geschichte - Wirklichkeit", stellen sich die Veranstalter das Ziel, Ursachen, Charakter und geschichtliche Wirkungen dieser Revolution aus heutiger Sicht zu diskutieren, aber auch die Haltung der unterschiedlichen Strömungen in der internationalen Arbeiterbewegung zu ihr kritisch zu hinterfragen. Im Seminar, das am 20. Februar 1997, 18.00 Uhr, im Strausberger Klub am See, Wriezener Straße, stattfindet, soll auch der Frage nachgegangen werden, inwieweit der Oktoberrevolution, die ohne Zweifel das sozialistische Denken im 20. Jahrhundert wesentlich beeinflusst hat, wirklich eine "epochale Bedeutung". zukommt.

Als Referenten sind Prof. Fritz Vilmar und Dr. Wladislaw Hedeler vorgesehen. Moderiert wird das Seminar von Dr. Peter Gerold.

In: BAB, Nr. 7/1997

## **Das Kind nicht mit dem Bad ausschütten!**

### **Seminar zur Oktoberrevolution**

von Rolf Apel

Wie schwierig der Umgang mit Geschichte ist, bewies einmal mehr das 9. Seminar der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V., das kürzlich wiederum gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Potsdam durchgeführt wurde. Als Thema hatten die Organisatoren das von vornherein problembehaftete Thema „80 Jahre Oktoberrevolution. Legende - Geschichte – Wirklichkeit“ gewählt.

Dass es sich dabei keinesfalls um eine politische Würdigung oder gar Gedenkveranstaltung für die russische Oktoberrevolution 1917 handeln könne, hatte der Moderator des Seminars, der stellvertretende Vorsitzende des Geschichtsvereins, Dr. Peter Gerold, bereits in seinen einführenden Worten deutlich gemacht. Wie in allen vorangegangenen wissenschaftlichen Diskussionen dieser Art, orientierten sich die Veranstalter auch bei dieser heiklen und strittigen Thematik nicht auf einen theoretischen Konsens, sondern vielmehr auf ein Sichtbarmachen der unterschiedlichen Auffassungen zu einem ohne Zweifel weltgeschichtlichen Ereignis unseres Jahrhunderts. Für heftigen Diskussionsstoff sorgten dann auch sofort die Statements der beiden Referenten, Dr. Wladislaw Hedeler, PDS-naher Russlandexperte, und Prof. Fritz Vilmar (SPD) von der Freien Universität Berlin.

Dr. Hedeler, der sich einleitend mit dem „demokratischen Aufbruch 1917 und den Metamorphosen des Roten Oktober“ befasste, erläuterte Positionen und Zusammenhänge des Umgangs mit der Oktoberrevolution in der PDS und unter Historikern der russischen Akademie der Wissenschaften. Er machte deutlich, dass der Zusammenbruch der KPdSU und der Untergang der Sowjetunion eine für die Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung in Russland entscheidende Zäsur dar-

stelle. Erstmals könnten nun russische Historiker frei von Vorurteilen und ideologischen Vorgaben die Geschichte ihres Landes untersuchen und öffentlich besprechen. Als Kernfragen der Forschung nannte er u.a. die nach den sozialen Voraussetzungen der Revolution, den Etappen ihrer Entwicklung und der möglichen Alternativen sowie die Massenpsychologie und den Bolschewismus.

Hedeler fand für seine Auffassungen breite Zustimmung bei den etwa fünfzig anwesenden Gästen. Anders verlief die Diskussion zu den Ausführungen von Prof. Fritz Vilmar, der sich vorwiegend der „notwendigen sozialtheoretischen Neubewertung der Russischen Revolution“ zuwandte. Er setzte sich für eine konsequente Entmythologisierung der Revolution ein



und behauptete, „dass die Bedeutung von Revolutionen in der sozialistischen Theorie und Praxis, vor allem im Marxismus, stets weit überschätzt“ worden sei. Nach seiner Meinung gelte es Abschied zu nehmen von den Hoffnungen, die viele Linke in die Transformationskraft der Revolution gesetzt haben. Nach Vilmar habe die Geschichte gelehrt, dass

Revolutionen mit falschen Vorstellungen verknüpft seien und ungeheure blutige und desillusionierende Folgen nach sich zögen. Revolutionen könne man demzufolge bestenfalls als Wehen bezeichnen, die humaneren Sozialstrukturen zum Durchbruch verhelfen, deren geschichtlich wirksame Entfaltung und Konsolidierung immer Ergebnis langwieriger Reformarbeit gewesen seien. Schlimmstenfalls seien Revolutionen Blutbäder gewesen, in denen Reformansätze ersäuft wurden. Meist seien jedoch Revolutionen eine Mischung aus beiden gewesen. Von diesen Auffassungen ausgehend, kam Vilmar zu einer geradezu vernichtenden Kritik der Oktoberrevolution, die er als das "schrecklichste Beispiel für die Mythologisierung der in Wahrheit hochgradig negativen, geradezu antisozialistischen Auswirkungen einer sich sozialistisch firmierenden Revolution" bezeichnete. In Wirklichkeit habe es sich bei der russischen Revolution nicht um die Diktatur des Proletariats, sondern um "eine äußerst brutale Diktatur einer hochmilitarisierten Kaderpartei über die Bauernschaft und das sich allmählich vergrößernde - Proletariat" gehandelt. Unverständnis rief Vilmars seltsame Logik hervor, wonach Revolutionen stets Konterrevolutionen auslösen und schon deshalb eine destruktive Rolle in der Geschichte spielen würden. Vilmar plädierte für einen generellen Abschied demokratischer Sozialisten von jeglichem Revolutionsdenken. Er begründete dies mit dem nach seiner Meinung allen Revolutionen innewohnenden blutigen Terror. Der Versuch von Prof. Vilmar, das Verhältnis von Revolution und Konterrevolution mit Schwachpunkten der Marxschen Theorie zu begründen, stieß bei den zahlreich anwesenden Sozialwissenschaftlern auf allgemeinen Widerspruch, wobei es in der Diskussion kaum um das unstrittig negative Ergebnis der Oktoberrevolution ging, sondern vielmehr um den methodologischen Umgang mit dem Revolutionsbegriff. Prof. Hemberger z. B. befürwortete zwar Vilmars Anliegen einer grundsätzlichen Neubewertung der Oktoberrevolution, thematisierte aber zugleich Evolution und Revolution als Formen der gesellschaftlichen Entwicklung, die in Abhängigkeit von den konkreten sozialen Bedingungen sehr unterschiedlich sein können. Die soziale Revolution generell mit Blut und Terror zu verbinden, hielt er für

sehr bedenklich.

Dr. Klein, der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, machte, zum eigentlichen Thema des Seminars zurückkehrend, auf Erkenntnisse namhafter sozialdemokratischer Theoretiker wie Bernstein, Kautsky und Hilferding aufmerksam, die bereits in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen den antisozialistischen Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung in Russland analysiert und ihr Scheitern vorausgesagt hatten. Im Gegensatz zu dem von Prof. Vilmar dargestellten Zusammenhang von Revolution und Konterrevolution sah Klein in diesem eher einen dem System innewohnenden Widerspruch, der schließlich zum Zusammenbruch des von der russischen Revolution hervorgebrachten Gesellschaftssystems geführt habe. Er bezeichnete die Vision und den aufgebrachten Elan der Massen in Russland durchaus als revolutionär, den Stalinismus im Sinne eines politischen, ideologischen wirtschaftlichen Herrschaftssystems dagegen als konterrevolutionär. Nur ein radikaler geistiger Bruch mit dem Stalinismus könne in der Bewertung der russischen Revolution und der ihre nachfolgende Gesellschaft zu dem erwünschten Erkenntnisfortschritt führen. Hier knüpfte auch Dr. Hedeler nochmals an und machte darauf aufmerksam, dass selbst seine russischen Kollegen an der Moskauer Akademie der Wissenschaften auf eine Charakterisierung der Revolution als „sozialistische“ verzichteten.

In der Diskussion wurden aber auch Stimmen laut, die vor einer totalen Verteufelung der Oktoberrevolution und Negierung ihrer mobilisierenden Wirkung in unserem Jahrhundert warnten. So erwies sich die Diskussion des zweifellos schwierigen Themas nicht nur als strittig, sondern vor allem als eine konstruktive Anregung für die Weiterführung des Meinungsstreits im 80. Jubiläumsjahr der russischen Oktoberrevolution, der sowohl die Hoffnung und den Enthusiasmus von Millionen Menschen beinhalten, aber auch an die geschichtliche Fehlentwicklung, an Leid und Terror erinnern sollte.

In: BAB, Nr. 10/1997 Foto (r. a.) Blick in die Diskussionsveranstaltung

## **Der Rote Oktober – ein künstlerisch verfärbtes Geschichtsbild**

von Rolf Apel und Horst Klein

Mit dem nach der Befreiung vom Faschismus in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR vorgegebenen Geschichtsbild erschien die russische Revolution 1917 endgültig und nur als „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ in ihrer „epochalen Bedeutung“ und als Beginn des weltweiten Übergangs zum Sozialismus. Dem diente auch ein aus der sowjetischen Filmkunst abgeleitetes Revolutionsklišee. Bekanntlich schuf der sowjetische Filmregisseur Sergej Michailovitsch Eisenstein aus Anlass des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution 1927 ein künstlerisches Filmwerk, von dem Stalin so beeindruckt gewesen sein soll, dass es fortan als Grundlage der geschichtlichen Darstellung des „Roten Oktober“ nutzen ließ. Die vom jeweiligen Generalsekretär veranlasste und bestätigte Neufassung der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) hatte nicht den tatsächlichen Verlauf der Revolution, sondern die von Eisenstein entwickelte künstlerische Sicht zu befolgen. Nach dieser stürmten die roten Matrosen und Soldaten auf Signal des Panzerkreuzers „Aurora“ die von uniformierten Adelstöchtern und Offiziersschülern zur Verteidigung des Winterpalais errichtete Barrikade, um dann mit Heldentum die eisernen Tore zum Palast zu erklimmen und schließlich die Minister der Kerenzki-Regierung zu verhaften. Das Bild der Februarrevolution, die den Zarismus stürzte und erste Schritte zu einer bürgerlich-demokratischen Republik einleitete, wurde von

nun an für die Schilderung der revolutionären Oktoberereignisse beansprucht. Und stets waren menschewistische (sozialdemokratische) Feinde und Verräter im Spiel. In Wirklichkeit aber gab es weder sozialdemokratische Verräter und besetzte Barrikaden, noch einen Schusswechsel. Die Macht lag in dieser Nacht sprichwörtlich auf der Straße. Ein Dutzend bolschewistischer Soldaten marschierten vom Smolny kommend in den Sitz der Regierung, verhafteten ohne Widerstand die Minister und brachten sie in die Peter-Paul-Festung. Regierungschef Kerenzki befand sich beim Stab der Nordfront. Zu dieser Zeit verlief das kulturelle Leben in St. Petersburg völlig friedlich, die Theater spielten, die Restaurants bewirteten ihre Gäste. Die Petersburger Bürger und die Weltöffentlichkeit erfuhren später von der Machtübernahme durch die Bolschewiki. Lenin und dessen Lebensgefährtin Krupskaja bestätigten als Zeitzeugen dies mit Vorworten zu dem von John Reed verfassten Buch „Zehn Tage die die Welt erschütterten“.

Fast achtzig Jahre später spricht auch der in Strausberg bei vielen ehemaligen Militärs gut bekannte General und Historiker Dimitri Wolkogonow in seinen biographischen Büchern nicht von einer Revolution und schon gar nicht von einer sozialistischen, sondern von einem unblutigen Oktoberumsturz. In seinen Büchern macht er deutlich, dass die veranlasste Revolutionsgeschichte der Selbstdarstellung dienen sollte, um Sowjetpatriotismus und Siegesgewissheit zu vermitteln. Es war folglich ein in sich verkehrtes (kopfstehendes) Geschichtsbild voller revolutionärer Kämpfe, in dem die marxistisch und demokratisch orientierte Arbeiterbewegung, insbesondere die Sozialdemokratie, als opportunistisch, der Oktoberrevolution feindlich bzw. verräterisch gesinnt, zu erscheinen hatte. Indessen wissen wir, dass sich wahre Geschichte nicht mit Versionen begnügt. Sie offenbart sich früher oder später in der Praxis, im wirklichen Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung. Mit dem weltweiten Zusammenbruch des als Folge der russischen Oktoberrevolution entstandenen politischen Gesellschaftssystems wurde auch der dem System immanente Widerspruch von Revolution und Konterrevolution sowie die mit den Oktoberereignissen 1917 eingeleitete Fehlentwicklung und Tragik der sozialistischen Bewegung für uns deutlicher als bisher erkennbar.

In. BAB, Nr. 45/1997

*Literatur: :John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin, 1966; Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1. Die Weimarer Zeit, Berlin, 1999; Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Hrsg, eingeleitet, kommentiert und übersetzt von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Sonja Striegnitz, Berlin 1997*

## Die Grundfrage: Demokratie oder Diktatur KPD-Geschichte auf dem Prüfstand

von Rolf Apel

Der bevorstehende 80. Jahrestag der KPD-Gründung war am 18. Februar 1998 Gegenstand einer Geschichtsdebatte in Strausberg. Bereits zu Beginn der wiederum von der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung gemeinsamen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Potsdam durchgeführten Diskussionsveranstaltung hatte Dr. Horst Klein, der an diesem Abend als Moderator fungierte, die



mehr als 60 Teilnehmer aus dem Umfeld der PDS und SPD darauf hingewiesen, dass mit der Themenstellung „... wohl doch keine Alternative? 80 Jahre nach Gründung der KPD“ ein schwieriges geschichtliches Thema gewählt wurde, das außerdem so oder so für viele ein Stück Lebensgeschichte darstellt. Bewusst habe man sich schon sehr früh dieser Thematik gestellt, um dadurch die Diskussion anzuregen und einen Beitrag zur politischen Bildung und zur Geschichtsaufarbeitung zu leisten. geprägten Geschichtslegenden, die nun mit Geduld und Beharrlichkeit aufzuhellen und

durch eine wissenschaftliche Weltsicht zu ersetzen seien. Ein dornenreicher Weg, wie sich schon bald im Verlauf der Diskussion herausstellte.

Zunächst wandte man sich dem Problem zu, ob die KPD-Gründung eine Alternative in der Arbeiterbewegung war. Die Antwort von Dr. Beatrix Bouvier (SPD, Bonn) dazu war kurz und knapp, wenn auch etwas plakativ, wie sie selbst zugab. Für sie, die aus der Sozialdemokratie kommt, gebe es keine Alternative zur demokratischen Arbeiterbewegung. Aus ihrer Sicht war die KPD keine demokratische Partei und damit keine Alternative zur demokratischen Tradition der Arbeiterbewegung. Zu streiten wäre darüber, ob diese Einschätzung von Anfang an gelte. Ihr Demokratiebegriff orientiere sich dabei an den Traditionen der westeuropäischen Arbeiterbewegungen und der westlichen liberalen demokratischen Traditionen. Dr. Beatrix Bouvier wurde von Prof. Werner Müller (parteilos, Dannstadt) insbesondere dahingehend unterstützt, dass er, anknüpfend an ein Zitat von Rosa Luxemburg, den zentralen Stellenwert einer Mehrheitsdemokratie hervorhob. Für ihn sei die Grundfrage des Jahrhunderts: Demokratie oder Diktatur. Die Kommunisten und andere Linke hätten dies abgewandelt und die Grundfrage als die von Kapitalismus oder Sozialismus gestellt. Es sei ein Unding anzunehmen, dass man mit einer menscheitsbeglückenden Ideologie die Welt verändern kann, ohne auf demokratische Grundprinzipien Rücksicht zu nehmen, dass man eine Zukunftsgesellschaft schaffen kann, ohne eine demokratische Basis. Prof. Müller leitete hieraus ein insgesamt negatives Urteil über die KPD ab, lenkte allerdings ein, dass die KPD in seinen Augen ein doppeltes Bild darstelle: Einmal als Teil einer sozialen Bewegung, die für eine bessere Welt, für eine Welt ohne Krieg, ohne Elend, ohne Not und Ausbeutung kämpfte. Das sei sinnvoll und notwendig. Darüber brauche man auch nicht streiten. Gleichzeitig sei die KPD aber auch die Partei einer Diktatur, nämlich die Partei der Diktatur des Proletariats. Schon Rosa Luxemburg habe gerade hierin eine Gefahr gesehen, dass aus der Diktatur des Proletariats eine Diktatur über das Proletariat werden könnte. Für Prof. Müller ist die KPD von ihrer Gründung an



dieser Gefahr unterlegen. Indessen hätten die Mehrheitssozialdemokraten stets mehr Augenmaß für die Realität bewiesen und sich der Mehrheit der Stimmzettel gebeugt. „Alles, was nicht demokratisch legitimiert und begründet ist, muss ein Irrtum sein und war ein Irrtum“.

Prof. Kinner (PDS, Leipzig) stellte an den Anfang seiner Ausführungen die Übereinstimmung mit Frau Dr. Bouvier,



dass die Arbeiterbewegung langfristig nur als demokratische Bewegung eine Zukunft und Perspektive habe. Dissens sehe er allerdings darin, dass nach seiner Auffassung in der kommunistischen Arbeiterbewegung, wie sie sich in Deutschland und in Europa herausgebildet hat, durchaus ein demokratisches Potential enthalten war. Außerdem müsse man auch die Zeitsituation in Betracht ziehen. Die Entstehung der KPD erfolgte schließlich im Zusammenhang mit der bis dahin

größten Menschheitskatastrophe, dem ersten Weltkrieg. Diese Zeit sei dadurch geprägt gewesen, dass die Sozialdemokratie diesen ersten Weltkrieg nicht mit der notwendigen Kraft bekämpft habe und nicht nur linke, sondern politische Kräfte aller Lager bis in den konservativen Bereich hinein, diese Zeit als Endzeit des Kapitalismus verstanden. Die nachfolgenden Epochen hätten gezeigt, dass ein linker Flügel in der Arbeiterbewegung der weiteren Entwicklung durchaus gut getan hat. Die Sozialdemokratie sei immer dann erfolgreich gewesen, wenn sie von links unter Druck gestanden habe. Und schließlich müsse man konstatieren, dass der moderne Kapitalismus auch heute nicht in der Lage ist, die Menschheitsfragen zu lösen. Und schließlich müsse man konstatieren, dass der moderne Kapitalismus auch heute nicht in der Lage ist, die Menschheitsfragen zu lösen. Dr. Wladislaw Hedeler (PDS, Berlin) bezeichnete die KPD-Geschichte als Lebensgeschichte von Menschen, die damals infolge der Kriegsereignisse den radikalen Bruch mit der SPD wollten und sich für eine andere Partei entschieden. Er habe viele Biographien in den Kominternakten gelesen. Der Gedanke „zurück zu Marx“ habe eine bedeutende Rolle gespielt. Was daraus geworden ist, sei eine andere Frage. Im weiteren Verlauf der Diskussion bedauerte Prof. Kinner, dass man versuche, die KPD-Geschichte vom Ende her zurückzuverfolgen. Die KPD sei in einer revolutionären Situation entstanden und man müsse beachten, dass die russische Revolution davon ausgegangen sei, dass sie nicht allein bleiben werde. Es sei eine Tragik gewesen, dass die KPD zunehmend durch die stalinistischen Strukturen dominiert wurde. Prof. Müller verwarf das von Prof. Kinner entworfene Bild der KPD als Illusion und vertrat die Auffassung, dass diese Partei bis zum Anschluss eines Teils der USPD eine Sekte geblieben sei. Auf Widerspruch bei einem Teil der Anwesenden stieß seine Behauptung, in dem deutschen Parteienfeld und in der Demokratie sei der Platz durch die Mehrheit der Sozialdemokratie und der Unabhängigen besetzt gewesen. Als bedeutungsvoll sei noch die Aussage von Prof. Kinner hervorgehoben, der davor warnte, die KPD auf Thälmann zu reduzieren. Für ihn war die KPD eine breite soziale und politische Bewegung. Man müsse zwischen dem Milieu und der Kaderpartei unterscheiden. Nach seiner Meinung ist die Geschichte der KPD die Geschichte des Ringens unterschiedlicher Kräfte. Thälmann sei von stalinistischen Gruppen instrumentalisiert und so zum

Gefolgsmann Stalins geworden. Unter diesen Bedingungen sei in den 30er Jahren das kreative Potential aus der KPD verdrängt worden. Die Folge sei eine geistige Verarmung gewesen. Auch die Bewertung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und in deren Folge die Brüsseler Konferenz durch Prof. Kinner dürften zum Nachdenken anregen. Nach seiner Meinung waren beide Konferenzen, die keine neue strategische Orientierung gaben, eine vertane Chance in Hinblick auf die notwendige Einheitsfront der Arbeiterbewegung gegen Faschismus und Krieg. Eine Ernsthaftige Selbstkritik hätte es in der Führung nicht gegeben.

Nach Dr. Hedeler habe die „Neuorientierung“ des VII. Kongresses der Komintern in der größeren Verfolgung von Kommunisten, insbesondere der Politemigranten in der Sowjetunion bestanden. Dazu gehörte auch der Sozialdemokratismus als ein ständig präsentenes Feindbild in der KPD und Komintern.

Übereinstimmung und Beifall gab es letztendlich für die Feststellung, dass viele KPD- und SED Mitglieder im festen Glauben an die sozialistische Vision handelten. Prof. Müller: „Ein solches Engagement, eine solche Überlegung darf man nicht geringerschätzen. Zum Teil bleibt diese Aufgabe ja noch heute bestehen. Dass mit der Sowjetunion das falsche Vorbild gewählt wurde, konnten halt die wenigsten wissen. Der Historiker hat zu erklären und nicht zu verurteilen“. Eine Einsicht, die auch künftige Diskussionen dieser Art stets begleiten sollte. An diesem Abend wurde erlebbar, dass auch politisch unterschiedlich eingebundene Disputanten sachlich und kollegial über brisante Fragen der Geschichte miteinander reden können, ohne in Wahlkampfstimmung zu fallen.

In: DISPUT, 3/1998, S.35. und KPD-Geschichte auf dem Prüfstand. Thälmann erwies sich als Schaden für die Partei, in: BAB LokalAnzeiger, 9/98, S. 22. (Fotos FES Potsdam)



## August Bebel in Strausberg

von Rolf Apel

So das Motto des Diskussionsabends, zu dem die Geschichtsvereine „Akanthus“ und die Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V.“ am 7. Mai 1998 in das Heimatmuseum eingeladen hatten. Anlass gab das Auftreten August Bebels vor 100 Jahren im damaligen Restaurant „Magnus“, dem heutigen Museum, vor mehr als 400 Strausbergern, wenige Tage vor der Reichstagswahl im Juni 1898, bei denen dann 58 Prozent der Strausberger Wähler dem sozialdemokratischen Kandidaten Bernhard Bruns ihre Stimme gaben. Herma Klar, die auch die Diskussion leitete, erinnerte zunächst an die Geschichte des Hauses, das seit 1861 als Lokal der Strausberger Arbeiterschaft und zuweilen auch als Gewerkschaftshaus galt. August Bebel habe sich in seiner zweistündigen Rede mit den durch militärische Rüstung verursachten sozialen Mehrbelastungen für die Bürger auseinandergesetzt und Sozialreformen angemahnt.

Dr. Reiner Schwarze und Dr. Horst Klein stellten dann wesentliche Eckpunkte der Biografie August Bebels und dessen Rolle in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie vor. Am 22. Februar 1840 in sehr ärmlichen Verhältnissen einer preußischen Unteroffiziersfamilie geboren, kam Bebel 1858 als Drechslergeselle nach Leipzig, wo er sich dem aufblühenden Arbeitervereinsleben anschloss und 1868 zum Vorsitzenden des Vereinstages deutscher Arbeitervereine gewählt wurde. 1867 wurde Bebel Reichstagsabgeordneter. Im August 1869 gründete er gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die sich 1875 in Gotha mit dem von Ferdinand Lassalle gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinigte. Nach dem Erfurter Parteitag 1891, auf dem die Partei ihren Namen in SPD änderte, war August Bebel 1892 gemeinsam mit Paul Singer einer der Parteivorsitzenden. Der politische Weg Bebels, so hob Dr. Schwarze hervor, sei der eines Parlamentariers und Demokraten, eines Sozialisten gewesen, der stets vom demokratischen Weg zum Sozialismus überzeugt gewesen sei. Besondere Aufmerksamkeit fand die Frage, ob die nach Bebels Tod (13.8.1913) am 4. August 1914 erfolgte Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Kriegskrediten der Regierung ein „Verrat“ der Arbeiterschaft war, oder ob diese Haltung zum Krieg eventuell bereits in der Geschichte der Sozialdemokratie logisch angelegt gewesen sei. Für das Verständnis dieses in der Geschichtsschreibung häufig sehrstrittig behandelten Themas sei, so Dr. Klein, das Verhältnis Bebels und generell der Sozialdemokratie zum Krieg wichtig. Für Bebel habe es nach Meinung von Klein damals keinen Zweifel gegeben, dass die Sozialdemokratie in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich lasse. Dabei habe die Frage, Verteidigungs- oder Angriffskrieg eine entscheidende Rolle gespielt. Als Beispiel wurde hierzu die Haltung der Sozialdemokratie zum deutsch-französischen Krieg 1870 angeführt. Bis zum Sturz der Dynastie Bonaparte habe Deutschland zunächst einen Verteidigungskrieg und danach einen Eroberungskrieg zur Ausplünderung des französischen Volkes sowie der Annexion Elsaß-Lothringens geführt. Der in der DDR-Geschichtsschreibung oft zitierte Bebel-Gedanke „diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, der dann auch in der anschließenden Diskussion wieder zur Sprache kam, sei der Rede Bebels im Reichstag 1870 gegen den Eroberungskrieg und Annexionen, d.h. der konkreten geschichtlichen Situation zuzuordnen. Indessen habe sich Bebel im März 1907 im Reichstag gegen damals übliche Soldatenmisshandlungen gewandt und für eine moderne und kriegstüchtige Armee eingesetzt, die moralisch unanfechtbar im Innern wie nach Außen sein sollte. Mit Interesse folgten

die Teilnehmer den Informationen über einen Truppenbesuch August Bebels im Mai 1907. Als Mitglied der Budget-Kommission des Reichstages sei er gemeinsam mit sozialdemokratischen Genossen Singer, Südekum und Noske einer Einladung des Kriegsministers gefolgt, um sich auf dem Schießplatz Jüterbog die neuen Waffen vorführen zu lassen. Bebel habe keine Zweifel aufkommen lassen, wenn es um die Existenz Deutschlands gehe, dann seien die Sozialdemokraten „bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen“. Die Hauptgefahr habe man damals im russischen Zarismus gesehen.

Mit diesen und weiteren für die Teilnehmer so wohl noch nicht gehörten bzw. gelesenen Fakten zur Rolle Bebels war dann auch der Zündstoff für eine strittige und sachliche Diskussion gegeben, die viele Anregungen für ihre Fortführung vermittelte, zumal der Geschichtsverein am 21. Oktober zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wer hat uns verraten ...? Legenden-Verdrehungen – Vorurteile zur Geschichte der SPD“ bereits heute einlädt.

Der 96-jährige Hennickendorfer Sozialdemokrat Paul Cabel erinnerte sich sehr deutlich an die „Kriegsbegeisterung“ großer Teile der Arbeiterschaft im August 1914. Letztlich sei die Ernüchterung erst später mit den Kriegsfolgen eingetreten. Mehrere Teilnehmer verwiesen auf das weltbekannte Buch August Bebels „Die Frau und der Sozialismus“, das in Hinblick auf die soziale Befreiung bzw. Gleichstellung der Frau nach wie vor aktuell sei. Kritisch wurde der Umgang mit Bebel in der DDR beleuchtet. Zwar wurde er für die sozialistische Legitimation der SED beansprucht, aber nur selektiv und halbherzig gewürdigt. Dies erklärt wohl auch die Tatsache, dass es sich bei dem Bebel-Abend im Heimatmuseum um den Ersten in der politischen Geschichte Strausbergs handelt. Nunmehr erinnert auch eine von der Steinmetzfirma Genthe gefertigte und gesponserte Tafel an das Auftreten August Bebels, des Mitgründers und langjährigen Vorsitzenden der SPD in Strausberg. Bemerkenswert ist, dass sich die Strausberger SPD, die mit ihren Repräsentanten Jürgen Schmitz und Dankwart Brinksmeier vertreten waren, in ihrem Wahlprogramm zu den Traditionen von August Bebel bekennt.

In: Wochenbote, BAB LokalAnzeiger am Samstag, 16. Mai 1998, S. 4.

Siehe: Horst Klein: *Zur Kriegsfrage in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. ... In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 3/2000, S. 3 ff.

## **„Aufrufe im Rias waren Auslöser, nicht Ursache“**

**17. Juni 1953 beim 7. Geschichtsseminar in der Diskussion / Schlagabtausch blieb aus**  
von Siegfried Wagner

Ein inhaltliches Fazit ziehen zu wollen, wäre vermessen. Eines dürfte dennoch unter den fast 50 Teilnehmern des 7. Seminars der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V. am Mittwochabend zum Aufstand am 17. Juni 1953 unstrittig sein: Die Bewertung der damaligen Ereignisse war und ist einer der kompliziertesten Themen deutscher Nachkriegsentwicklung und keinesfalls losgelöst von der Konfrontation der Machtblöcke zu betrachten.

Was in dem zweieinhalbstündigen Seminar mit den angekündigten Hauptdiskutanten Karsten D. Voigt, außenpolitischer Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion, und Dr. Jochen Czerny, Historiker und Mitglied der PDS-Geschichtskommission, geboten wurde, war für viele keineswegs Geschichtsunterricht, geboten wurden Denkansätze, Schlaglichter auf Zusammenhänge, Nachdenkenswertes für das aktuelle Verhältnis

linker Kräfte in der Bundesrepublik. Der von einigen vermutete Schlagabtausch zwischen den vermeintlichen Kontrahenten der SPD und der PDS fand dann auch nicht statt, denn in der grundsätzlichen Bewertung damaliger Ereignisse, waren die Einschätzungen nicht prinzipiell unterschiedlich. Prof. Günter Schippel, Kreisvorsitzender der PDS in Märkisch-Oderland, dankte auch sichtlich zufrieden, dass die „ideologische Keule eben nicht geschwungen wurde“.

Moderator Dr. Peter Gerold hatte in seinem Eingangsstatement die Fragestellungen formuliert: War der 17. Juni Signal deutscher Fehlentwicklung? Wenn ja, in welcher Richtung? Welche Konsequenzen wurden in beiden Teilen Deutschlands gezogen?

**Voigt:** Ich war am 17. Juni 53 zwölf Jahre alt. Für mich bestand kein Zweifel, es handelte sich um einen demokratischen Aufstand. Ich war damals als Kind empört, warum die Westmächte nicht eingriffen. Die Tatsache, dass über den Rias Streikaufrufe verbreitet wurden, war teilweise Auslöser von Aktionen, keinesfalls die Ursache. Ich sage, es begann mit ökonomischen Forderungen, die sich dann immer schnell politisieren.

**Czerny:** Für die DDR war es ein Signal für eine Fehlentwicklung. Der 17. Juni bedeutete die Rücknahme von Errungenschaften, bedeutete im Ergebnis die bedingungslose Einordnung in den sowjetischen Machtblock. Der 17. Juni signalisierte den Wunsch nach Wiedervereinigung. Ursache für den 17. Juni war letztlich auch, dass Deutschland von beiden Seiten zum Hauptkriegsschauplatz für den kalten Krieg gemacht wurde. Wäre der 17. Juni in der SED-Führung als Fehlentwicklung begriffen worden, hätte sie korrigiert werden können.

**Voigt:** Das seitens der Sowjetunion bis Ende der 50er Jahre als Möglichkeit betrachtete neutrale Deutschland, wie später Österreich, wollten die Westmächte nicht. Sie, vor allem Franzosen und Engländer, fürchteten eine erneute nationale Entwicklung Deutschlands. Abgesehen davon, wollte auch die Bundesregierung diese Entwicklung nicht.

**Czerny:** Die Sozialdemokraten in der DDR spielten eine hervorragende Rolle am 17. Juni. Alles, was auf Machtminderung der SED abzielte, wurde rigoros abgewehrt, versucht, durch sozialpolitische Maßnahmen abzufangen.

In: Märkische Oderzeitung, Freitag, 7. Juni 1996, S. 7.

## **Seminar zum 17. Juni 1953**

von Rolf Apel

In der vergangenen Woche jährten sich die Ereignisse um den 17. Juni 1953 zum 43. Mal. Ohne größere Resonanz in der Öffentlichkeit.

In Strausberg war es die Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V., die sich auf ihrem 7. Seminar zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Potsdam diesem komplizierten Thema deutscher Nachkriegsentwicklung widmete. Vor ca. 50 Teilnehmern stellten sich Karsten D. Voigt, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Dr. Jochen Czerny, Historiker und Mitglied der PDS-Geschichtskommission, der Frage: „17. Juni 1953 - Signal deutscher Fehlentwicklung?“

Die von Moderator Dr. Peter Gerold, Stellv. Vorsitzender der Interessengemeinschaft, in seiner Einführung vermuteten Kontradiktionen in den Ausführungen beider Diskutanten blieben dabei weitestgehend aus. Im Vordergrund stand die sachliche,

geschichtswissenschaftlich fundierte Diskussion, die kein Platz für Pauschalverurteilungen und ideologisch gefärbte Stereotype hatte. Und sicherlich hat das zweieinhalbstündige Seminar vielen der zumeist älteren Anwesenden, die selbst Zeitzeugen jener Ereignisse waren, neue Denkanstöße, Zusammenhänge und Herangehensweisen vermittelt.

Für Karsten Voigt war der 17. Juni 1953, den er als Zwölfjähriger erlebte, ein demokratischer Aufstand. Er war damals empört, dass die westlichen Alliierten ihre Unterstützung versagten. Es sei eine Tatsache, dass alles wie so oft in Geschichte mit ökonomischen Forderungen begonnen hatte, die sich dann immer sehr schnell politisieren. Es sei absehbar gewesen, dass schon bald die Frage nach Freiheit, freie Wahlen und nach der Einheit gestellt wurde. Und mit der Frage der Einheit hätten sich auch immer die gesellschaftspolitische Frage sowie die Frage der gesamteuropäischen Sicherheitsordnung gestellt.

Die Ereignisse jener Zeit sind für Jochen Czerny ca. zehntägige Unruhen, deren Kernstück der politische Massenstreik eines erheblichen Teils der Arbeiterschaft am 18. Juni war. Nach seinen Forschungsergebnissen beteiligten sich etwa eine halbe Million Arbeiterinnen und Arbeiter aus ca. 600 Betrieben an den Protestaktionen. Für die DDR sei dies ohne Zweifel Signal einer Fehlentwicklung gewesen, denn der 17. Juni bedeute die Rücknahme von politischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften und Fortschritten vorangegangener Jahre, die weitgehende Ausrichtung der gesellschaftspolitischen Umwälzungen nach sowjetrusischem Modell sowie die bedingungslose Einordnung der DDR in den sowjetisch dominierten Staatenblock. Diese östliche Fehlentwicklung sei auch durch die Deutschlandpolitik der Großmächte verursacht worden, die Europa zum Hauptkriegsschauplatz für den kalten Krieg gemacht hatten. Ohne die Integrationsprozesse in die Jeweiligen Paktsysteme und den einsetzenden Militarisierungsprozess hätte vieles davon in der DDR nicht stattgefunden. was seit März 1952 zur politischen Krise geführt hatte.



Die Ereignisse jener Zeit sind für Jochen Czerny ca. zehntägige Unruhen, deren Kernstück der politische Massenstreik eines erheblichen Teils der Arbeiterschaft am 18. Juni war. Nach seinen Forschungsergebnissen beteiligten sich etwa eine halbe Million Arbeiterinnen und Arbeiter aus ca. 600 Betrieben an den Protestaktionen. Für die DDR sei dies ohne Zweifel Signal einer Fehlentwicklung gewesen, denn der 17. Juni bedeute die Rücknahme von politischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften und Fortschritten vorangegangener Jahre, die weitgehende Ausrichtung der gesellschaftspolitischen Umwälzungen nach sowjetrusischem Modell sowie die bedingungslose Einordnung der DDR in den sowjetisch dominierten Staatenblock. Diese östliche Fehlentwicklung sei auch durch die Deutschlandpolitik der Großmächte verursacht worden, die Europa zum Hauptkriegsschauplatz für den kalten Krieg gemacht hatten. Ohne die Integrationsprozesse in die Jeweiligen Paktsysteme und den einsetzenden Militarisierungsprozess hätte vieles davon in der DDR nicht stattgefunden. was seit März 1952 zur politischen Krise geführt hatte.

Wäre der 17. Juni 1953 als ein Signal solcher Fehlentwicklung wahrgenommen worden, hätte diese sich noch abbrechen lassen. Bereitschaft hätte sich lediglich auf sowjetischer Seite angedeutet mit dem Versuch, Deutschland zu neutralisieren. Aber die Westmächte hätten daran festgehalten, dass ein vereinigt Deutschland nur die Möglichkeit eines Anschlusses an Westeuropa haben sollte.

Viel gäbe' es zur Signalwirkung in der BRD zu sagen. Es war eine Wahrnehmung, so Jochen Czerny, die dazu verleitete, den militanten Antikommunismus nun womöglich noch zu verstärken, den Alleinvertretungsanspruch noch energischer zu erheben und an der Ablehnung offizieller Kontakte zum anderen deutschen Staat festzuhalten. Für die DDR hätte sich unter den Bedingungen des ständigen Drucks der Ost-West-Konfrontation und der existentiellen Abhängigkeit von der Sowjetunion keine Chance einer radikalen, selbstbestimmten Demokratieführung gegeben. Die Bezeichnung „Faschistischer Putsch“, wie er für den 17. Juni in der DDR verwendet wurde, sei der Versuch gewesen, die damaligen Teilnehmer zu kriminalisieren und dementsprechend zu verfolgen.

In: BAB LokalAnzeiger, Ausgabe 26/96, S. 5.

## **Große Zustimmung für Paduch - Aufsätze** **Debatte zu NVA- und Strausberger Geschichte** von Jens Sell

Was sich da an Dienstjahren im „Mamma Leone“, dem Restaurant des Klub am See, versammelt hatte, dürfte ein Mehrfaches jener 285 Jahre ausgemacht haben, die Strausberg jetzt Garnisonstadt ist. Rund zwei Drittel der überwiegend über 60jährigen Männer trug einst die gelbe Waffenfarbe auf den Schulterstücken - Nachrichten- und Flugsicherungstruppen. So schätzte es jedenfalls Dr. Walter Paduch. Um das gelbe Buch „Aufsätze zur Geschichte der NVA. Nachrichten- und Flugsicherungstruppen“ dieses ehemaligen NVA-Generalleutnants drehte sich denn auch die Diskussion, mit der eine dreiteilige Veranstaltungsreihe zur Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt am Donnerstagabend eröffnet wurde. Erwartungsgemäß begrenzte sich die Debatte nicht auf die Geschichte einer Waffengattung, sondern streifte auch die Probleme, als Zeitzeugen eigenes Leben in einem solchen grundlegenden Umbruch zu reflektieren. Paduch hat den Bekennermut aufgebracht, politische Irrtümer darzustellen und seine Rolle als Chef Nachrichten sowohl beim Mauerbau 1961 in Berlin als auch beim Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR 1968 und schließlich bei der Zusammenführung von NVA und Bundeswehr zu beschreiben. Dies war nicht nur eine Fleißarbeit, warnten doch der Gründungsvorsitzende der Kameradschaft Ehemalige im Bundeswehrverband Horst Wende und Ex-General Peter Herrich aus aktuellem Anlass vor möglicher strafrechtlicher Verfolgung. Man werde wohl keine Erinnerungen veröffentlichen, solange man nicht sicher sein könne, nicht dafür belangt zu werden, dass man getreu seinem Fahneid und der Verfassung seine militärische Pflicht erfüllt hat. Das ist um so mehr zu bedauern, als gerade aus der Zeit der Wende viele interessante Geschichten zu überliefern wären. Beispielsweise berichtete der ehemalige Chef Raketentruppen/ waffentechnische Dienste, Generalmajor Heinz Hampel, davon, dass die Handfeuerwaffen aus der Staatssicherheit, dem Zoll, der Zivilverteidigung und der Volksbildung, die 1990 eingesammelt und bei der NVA sicher verwahrt wurden, die Zahl derer der Armee weit überschritten hätten. Auch andere Diskussionsredner bestätigten die Wichtigkeit solcher Berichte, wie sie Walter Paduch geschrieben hat. So eröffneten sie dem heutigen 2. Beigeordneten Dankward Brinksmeier (SPD) ungenannte Perspektiven auf die Befindlichkeiten und Verfahrensweisen der Akteure in der NVA 1990, während er in der Volkskammer mit der Abwicklung der DDR-Institutionen befasst war.

Für Dr. Martin Bock, ebenfalls auf dem Podium, ist Strausberg aus einer Terra incognita zur neuen Heimstadt geworden., nachdem er mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr von München hierher zog. Mit der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, die gemeinsam mit der Stadt die Diskussion veranstaltete, sei ihm auch das Einleben leichter geworden. In ihr und der Stadt sind NVA-Veteranen nicht wegzudenken.

In: Märkische Oderzeitung, Sonnabend/Sonntag, 23./24. Januar 1999, S. 9.

## Die NVA - ein Sonderfall in der deutschen Militärgeschichte?

von Rolf Apel

Mit einem Diskussionsabend im Klub am See erfolgte am Donnerstag, den 21. Januar 1999, der Auftakt einer Veranstaltungsreihe, die dem 285-jährigen Jubiläum



Strausbergs als Garnisonsstandort gewidmet ist. Es waren allerdings nicht die Anfänge des Militärs in der Stadt zu Beginn des 18. Jahrhunderts, die an diesem Abend im Mittelpunkt standen, sondern der Abschnitt der Garnionsgeschichte, der nicht nur wegen seiner Dauer und des nachdrücklichen Einflusses auf die städtische Entwicklung bedeutsam war und

Strausberg weit über seine Grenzen national und international bekannt werden ließ: Die Zeit, die von der NVA geprägt war. Ausgangspunkt und Grundlage der Diskussion bildete das Buch „Aufsätze zur Geschichte der Nationalen Volksarmee. Nachrichten und Flugsicherungstruppen 1956 – 1990“, das von Generalleutnant a. D. Dr. Walter Paduch, ehemals Chef Nachrichten der NVA, im vergangenen Jahr in der Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V. erschienen ist. Einhellig war das Lob, das der Autor für diese Arbeit von den über 100 anwesenden Gästen, die in der Mehrzahl selbst auf dreißig bis vierzig Dienstjahre in den DDR-Streitkräften zurückblicken können, erhielt. Es waren nicht allein die militärische Sachlichkeit, die fachliche Solidität und die ausgeprägten technischen Details, die den einzelnen Aufsätzen zugrundeliegen und ihren militärwissenschaftlichen Inhalt weitgehend bestimmen, mehr noch galt die Zustimmung dem Mut und der Zivilcourage des Autors, sich diesem Thema zu stellen, zu seiner Biographie zu bekennen und letztendlich „mit sich selbst“ - wie er im Vorwort schreibt – „abzurechnen und ins reine zu kommen“.

Insbesondere die offene Darlegung seiner Rolle beim Berliner Mauerbau 1961, beim Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen 1968 in die damalige CSSR, aber auch in der Wendezeit 1989/90 sowie bei der Auflösung der NVA und Zusammenführung mit der Bundeswehr sind Beispiel für eine notwendige personifizierte Aufarbeitung dieses schwierigen Zeitabschnitts der deutschen Militärgeschichte, in dem die Ost-West Konfrontation auch die Entwicklung und das Handeln der beiden deutschen Armeen in der Nachkriegszeit bestimmten. Wie wertvoll ist es, wenn sich Zeitzeugen wie Walter Paduch zu dieser zeitaufwendigen und persönlichkeitsbekennenden Arbeit entschließen, wurde an diesem Abend auch vom 2. Beigeordneten der Stadtverwaltung Strausberg, Dankwart Brinksmeier, und dem aus München stammenden Mitarbeiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Dr. Martin Bock, gewürdigt. Für beide hatte es nach ihren eigenen Worten nahezu Neuwert, aus berufenem Munde tiefere Einblicke in militärische und militärpolitische Entwicklungen jener Zeit, insbesondere aber

in die Empfindlichkeiten der Menschen zu erhalten, die im Jahre 1990 noch als Akteure die Geschichte der NVA zu Ende schrieben und von einem Tag auf den anderen „Empfänger einer befristeten erweiterten Versorgung“ wurden. Von beiden wurde dann auch mehrfach der Wunsch an die Anwesenden gerichtet, ebenfalls ihr umfangreiches, nunmehr schon historisches Wissen als ehemalige Angehörige der NVA und als Bürger Strausbergs einzubringen, vor allem mit dem Ziel, späteren Historikergenerationen möglichst objektives Material für geschichtswissenschaftliche Studien und Ausarbeitungen ungeschminkt zur Verfügung zu stellen.

Doch gerade in diesem Punkt gibt es derzeit widersprüchliche Meinungen. Ohne Zweifel ist einerseits gerade in Strausberg ein riesiges Wissenspotential vorhanden, das überlieferungswert ist. So berichtete zum Beispiel der ehemalige Chef Raketen-Waffentechnische Dienste, Generalmajor a. D. Heinz Hampel, wie sein damaliger Bereich den Auftrag der letzten Volkskammer der DDR erfüllte, die enormen Mengen an Handfeuerwaffen aus den Beständen von Staatssicherheit, Zoll, Zivilverteidigung, Volksbildung und Kampfgruppen einzusammeln und sicher zu verwahren. Andererseits hemmt die gegenwärtige Praxis strafrechtlicher Verfolgungen von DDR-Militärs durch die bundesdeutsche Justiz solche gewünschten Initiativen.

Viele Militärs werden sich wohl einer Mitarbeit an Dokumenten zur Geschichte der NVA bzw. Veröffentlichung ihrer Erinnerungen verwehren, „solange die Gefahr besteht, für das, was man aufgeschrieben hat, gerichtlich belangt zu werden“, betonte Generalmajor a. D. Peter Herrich und erhielt dafür breite Zustimmung. Auch der langjährige Vorsitzende der Kameradschaft Ehemalige des Deutschen Bundeswehrverbandes in Strausberg, Horst Wende, forderte angesichts der erst kürzlich wiederum vollzogenen Inhaftierung von NVA-Generalen zu einer sachlichen und objektiven Darstellung der DDR-Streitkräfte auf, deren „Angehörige auf der Grundlage des Fahnenreides und vorgegebener Befehle ihre Pflicht erfüllt haben“.

In diesem Zusammenhang waren die Ausführungen von Dr. Horst Klein, dem Vorsitzenden der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, von Bedeutung, der auf den bekannten Tatbestand des Primats der Politik hinwies und dabei auf die gegenwärtige Schwierigkeit der Geschichtsschreibung aufmerksam machte, die Gesellschaft genauer zu bestimmen, die der Politik der DDR und damit auch ihrer Militärpolitik zugrunde lag. Nach seiner Meinung arbeite man heute nur mit Hilfsbegriffen wie „Realsozialismus“, „Totalitärer Herrschaftsstaat“ oder „Parteiarmee“ usw. Nach seiner Meinung sind solche politisch geprägten Begriffen für die Aufarbeitung von Geschichtsprozessen ungeeignet. Klein wörtlich: „Fakt ist, dass wir die Gesellschaft, in der wir gelebt haben, die wir mitgestaltet und getragen haben, heute noch nicht exakt wissenschaftlich einschätzen können“. Das habe natürlich auch Auswirkungen auf eine objektive Beurteilung der Nationalen Volksarmee. Man wird auch sie nur mit historischem Abstand und genügend Sachkenntnis bewerten können. Das Buch von Walter Paduch habe gerade, was die Sachkenntnis betrifft, wertvolle Anregungen gegeben. Nur, wenn solche Arbeiten geschrieben würden, kann Geschichte sachkundig nachvollziehbar und aufgearbeitet werden.

Von Interesse dürften seine drei vorgetragenen Thesen für eine Einschätzung der mit ihrer Auflösung 1990 abgeschlossenen NVA-Geschichte sein, die nach seiner Meinung ein Sonderfall in der deutschen Militärgeschichte und damit auch in der Strausberger Garnionsgeschichte darstelle. Erstens habe sie, wie bisher auch die Bundeswehr, deren Geschichte allerdings noch nicht abgeschlossen sei, niemals einen Krieg geführt. Das konnte zuvor noch keine deutsche Armee von sich sagen. Zweitens habe die NVA niemals auf fremdem Territorium gegen den Willen anderer Völker gehandelt, und auch 1968 habe die politische Führung auf ihren Einmarsch in die Tschechoslowakei verzichtet. Drittens habe die NVA stets nur eine Schutzfunkti-

on nach außen wahrgenommen; sie war stets politisch loyal und nach innen, wie das auch die Wendezeit dokumentierte, nicht gegen das Volk einsetzbar. In diesem Zusammenhang erinnerte er wohl zu Recht an einen Brief Rainer Eppelmanns an die NVA-Soldaten, in dem es hieß: „Ich glaube, es gehört zum Wertvollsten der Wende in der DDR, dass sie friedlich vollzogen wurde. Die Armee blieb inmitten des Volkes und an seiner Seite. Selbst in den kritischen Situationen des vergangenen Herbstes hat sie diesen Platz nicht verlassen, ist sie ihrem Namen ‚Volksarmee‘ treu geblieben.“ Dafür hätten, so Dr. Klein, die damals verantwortungsvoll handelnden Militärs gesellschaftliche Anerkennung verdient. Allerdings gehe es derzeit nicht um die Verkündung einer Heldengeschichte, sondern um die Benennung von Fragen, Fakten und Zusammenhängen, die in der weiteren Militärgeschichtsschreibung nicht zu umgehen sind.

In: BAB LokalAnzeiger 67/30, Wochenbote, Samstag, 30. Januar 1999, S. 7 und BAB Lokalanzeiger, Ausgabe 5/99, S. 18

Foto (r. a.) v. l. n. r. Dr. Martin Bock, Dankwart Brinksmeier, Jens Sell, Dr. Walter Paduch, Jürgen Schmitz



## Garnisonsgeschichte: Strausberg von 1933 bis 1945

### Wichtige historische Vorarbeit

Hans-Jürgen Lellmann stellt Chronik und Dokumente über Militär, Vereine und Betriebe vor  
von Jens Sell

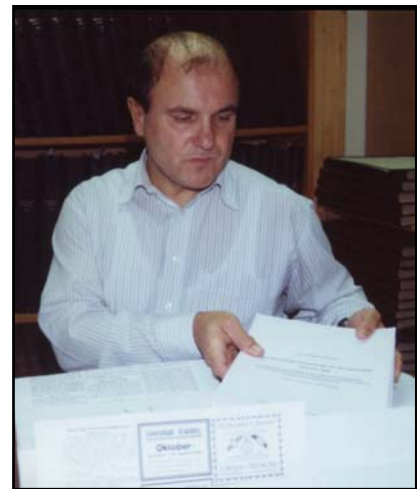
Als unverzichtbare Vorarbeit für eine künftige Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt sind Hans-Jürgen Lellmanns Chronik und Dokumentensammlung zu den Jahren 1933 bis 1945 in Strausberg gewertet worden. In der zweiten Diskussionsveranstaltung der Reihe 285 Jahre Garnisonstadt Strausberg erhielt er viel Anerkennung für seine einjährige Forschungsarbeit als ABM-Kraft.

Als Beispiel, wie eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für wirklich anspruchsvolle Vorarbeiten künftiger Geschichtsschreibung genutzt werden kann, hat der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung Dr. sc. Horst Klein Hans-Jürgen Lellmanns 143-seitiges Werk (mit einem ebenso umfangreichen Dokumentenanhang) gewürdigt. Lellmann habe fleißig, akkurat und verantwortungsbewusst eine Fülle von Daten und Fakten zusammengetragen, die deutlich machen, wie schon kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 auch in Strausberg die ideologische und praktische Kriegsvorbereitung begann. Er stellt die Stationierung und Übungen militärischer Einheiten in der Stadt, die schrittweise Gleichschaltung militärisch orientierte Vereine und Verbände sowie den Aufbau einer leistungsstarken Rüstungsindustrie in Strausberg anhand von Protokollen der Magistratssitzungen und Veröffentlichungen in zeitgenössischen Zeitungen chronologisch dar. Zeitzeugenberichte wie der des holländischen Zwangsarbeiters Pieter Flanderhaijn aus der MOZ und der des Leiters der Widerstandsgruppe „Panze“ im Märkischen Walzwerk, Gerhard Albrecht, komplettieren mit einer Sammlung von Faksimile aus Zeitungen sowie Fotos und einem zeitgenössischen Stadtplan die große Fleißarbeit.

Die Chronik und Dokumentensammlung können als Grundgerüst für eine - vielleicht bis 2014, dem 300-jährigen Garnisons-Jubiläum? - zu schreibende Garnisonsgeschichte dienen, kam in der Debatte heraus. Unbedingt eingearbeitet müssten in ein solches Werk Erinnerungen von Zeitzeugen. So

berichtete Brigitte Matte, die Enkelin des Sozialdemokraten Georg Kurtze, der 1945 mit dem Hissen der weißen Fahne auf dem Strausberger Rathaus die Stadt vor der Zerstörung rettete, wie sie als Kind erschrak, als Verdunklung wegen drohender Luftangriffe angeordnet wurde. Kurt Schornsheim berichtete von der militaristischen Rolle des Stahlhelm-Vereins, dem auch sein Studienrat am Gymnasium und Schüler der oberen Klassen angehörten. Der 74-jährige ehemalige Stadtverordnete schilderte aber auch die Faszination, die paradierende Kavallerie- und Artillerie-Regimenter auf die Strausberger Jungen ausübten, und wie selbst der Schulunterricht in die Kriegsvorbereitung eingebunden wurde: „Da gab es im Sportunterricht plötzlich Schießübungen und Geländespiele, da kam in Erdkunde die Disziplin Geopolitik hinzu, in Biologie die Rassenkunde mit Schädelvermessungen und rassistischen Merkmalen, die wir lernen mussten, und in Literatur die nationalsozialistischen Schriftsteller.“

Über die Entwicklung des Flugwesens vom „Sturmvogel“-Verein, der auf dem Schlächterberg mit selbstgebauten Segelflugzeugen startete bis zur Erprobung der



im Flugzeugreparaturwerk Alfred Friedrich instand gesetzten Flugzeuge auf dem 1935 gebauten Flugplatz berichtete Dr. Rolf Apel. Er lud die Gäste zur Ausstellung über die Geschichte des Flugplatzes ein, die am gleichen Tag wie die Baumesse straBAU 99 auf dem Verkehrslandeplatz eröffnet wird. Der 2. Beigeordnete Dankward Brinksmeier verwies auf die Neueröffnung des rekonstruierten Heimatmuseums am 17. Mai, wo erstmals in einer ständigen Ausstellung die Garnisonsgeschichte Strausbergs dokumentiert wird.

In: Märkische Oderzeitung, Donnerstag, 6. Mai 1999, S. 16. Foto (r. a.) Hans-Jürgen Lellmann

## **Einzigartiges Geschichtsprojekt**

### **Vorläufig abschließende Debatte zur Garnisonsgeschichte 1933 bis 1945**

von Jens Sell

Mit den im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Steromat Beschäftigungsgesellschaft und unter wissenschaftlicher Betreuung der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung gesichteten und aufgearbeiteten Quellen zur Garnisonstadtgeschichte hat die Stadt solide Grundlagen für Geschichtsforschung und Nutzung der Ergebnisse für schulische und publizistische Zwecke geschaffen.

Bei der Vorstellung des jüngsten gelben Bandes der Schriftenreihe Strausberger Studien zur Geschichte „Zur Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt 1933 bis 1945 unter Berücksichtigung der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie und der militärisch orientierten Vereine, Verbände und Organisationen. Texte, Chronik, Dokumente“ von Hans-Jürgen Lellmann bestätigte der Standortälteste der Bundeswehr Brigadegeneral Karl-Heinz Hagemann, dass er eine derartige Erforschung der Garnisonstadtgeschichte und den kritischen Umgang mit ihr in keiner anderen deutschen Stadt kennen gelernt habe: „Es gibt in Strausberg viele Dinge, die es nirgendwo sonst gibt, dies ist eines davon.“



In fünf Diskussionsveranstaltungen, die vom Kulturredamt der Stadt, der IG Geschichte und der Lokalredaktion der MOZ gemeinsam organisiert wurden, haben sich Autoren, Zeitzeugen, Historiker und Militärpolitiker mit den einzelnen Abschnitten der Garnisonstadtgeschichte auseinandergesetzt. Es wurden die Bände zur Geschichte der Nachrichten- und Flugsicherungsgruppen (Dr. Walter Paduch) ebenso wie die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von Dieter Reim und Dr. Detlev Lucker (1945 bis 1990) und Hans-Jürgen Lellmann (1933 bis 1945) diskutiert. Der Wunsch, diese Arbeit fortzusetzen, eint die Diskutanten.

In: Märkische Oderzeitung, Donnerstag/Freitag, 12./13. April 2001, S. 15.  
Foto (r.a) General K.-H. Hagemann

**Historische Studie zur Stadt- und Garnisongeschichte vorgestellt**  
Wunsch des Publikums: Meinungs austausch über die Jahre 1945 -1990 sollte fortgesetzt werden  
von Rolf Apel

Seit Ende des vergangenen Jahres liegt das vom Neuenhagener Historiker Dr. Detlef Lucker in einem ABM-Projekt erarbeitete und von der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung in der Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ herausgegebene Buch „Strausberg 1945 bis 1990. Skizze und Dokumente zur Geschichte einer Garnisonstadt“ vor. Es wurde kürzlich im Klub am See im Rahmen des städtischen Projektes „Strausberg - 285 Jahre Garnisonstadt“ vorgestellt und diskutiert, Der Autor bezeichnete einleitend seine Schrift selbst als Materialsammlung, für die ein ABM- Jahr zur Verfügung gestanden habe. In dieser kurzen Zeit sei es nur möglich gewesen, die in einem halben Jahrhundert sich vollzogenen Prozesse „anzureißen und zu skizzieren“. Vor allem sei es ihm darum gegangen, das Verhältnis Stadt und Militär deutlich zu machen und zu berücksichtigen, dass die aufgezeigten Probleme sehr oft in die Biographien vieler Menschen der Stadt eingreifen.

Letzteres wurde dann auch in der Diskussion deutlich, denn der überwiegende Teil der etwa 50 Anwesenden an diesem Abend hat den dargestellten Zeitraum bewusst erlebt und auch in Strausberg mitgestaltet. Und sicher hat jeder von ihnen auch eine persönliche Sicht auf die in der Studie beschriebenen Prozesse und Ereignisse. Das wurde erkennbar, als mehrere Diskussionsredner den Gebrauch von bestimmten Worten und Aussagen in der Studie monierten. So lehnte Dr. Ursula Wittich den mehrfach benutzten und aus der NS-Zeit belasteten Begriff „Russen“ für die Angehörigen der Roten Armee/Sowjetarmee generell ab und verwies auf deren Befreierrolle auch für die Strausberger Bevölkerung. Nach ihrer Auffassung sei auch die Verwendung des Wortes Nationalsozialismus „eine begriffliche Verharmlosung des Faschismus“. Das veranlasste den Vorsitzenden des Geschichtsvereins Dr. Horst Klein, zu der nachträglichen Bemerkung, dass nur „ein Blick in die noch vorliegende DDR-Literatur genüge, um sich selbst von der Unhaltbarkeit dieser ideologischen Sicht zu überzeugen“.

Dr. Rolf Barthel bezeichnete die Wortwahl wie Russen, Sowjets u. a. sowie die nach seiner Meinung einseitige Orientierung des Autors auf einen „teilweise westlichen Sprachgebrauch“ als unseriös für eine wissenschaftliche Geschichtsschreibung. Er deutete sogar an, dass dieses Herangehen von rechtsextremen Kräften ausgenutzt werden könnte. Detlef Lucker wies dies als arrogante und unverschämte Unterstellung zurück. Danach gelang es dem Moderator des Abends, MOZ-Redakteur Jens Sell, die hitzige Diskussion wieder in einen sachlichen Rahmen zu führen.

Dr. Horst Klein nahm zu dem Begriff Befreiung Stellung. Nach seiner Meinung sei der Akt der Befreiung und des Sieges durch die Rote Armee unbestritten. Später jedoch trete das Gesellschaftssystem, das von dieser Armee gebracht wurde, in den Vordergrund. So sei der Begriff Befreiung mit einem Zwiespalt belegt: Sieg über die NS-Diktatur und „Diktatur des Proletariats“. Er rief dazu auf, die Geschichte so zu sehen, wie sie wirklich ist.

Einen breiten Raum nahm in der Diskussion der Einfluss der NVA auf die Stadtentwicklung und die Rolle der NVA-Angehörigen als Bürger Strausbergs in der kommunalpolitischen und gesellschaftlichen Tätigkeit ein. Viele der anwesenden ehemaligen Offiziere der NVA waren selbst in den Wohnbezirksausschüssen der Nationalen Front, in Elternvertretungen von Schulen, in Sport- und Kultureinrichtungen u. a. tätig und konnten darüber berichten. Kurt Lohe schränkte diese Darstellung ein. Er richtete zuerst an die Anwesenden die Frage, ob einige von ihnen die Wende nicht erlebt hätten. Für ihn seien die Darlegungen viel zu rosarot gefärbt. So sei es für den nor-

malen zivilen Strausberger Bürger damals sehr schwierig gewesen, eine Wohnung zubekommen. Seine im Elternbeirat vor Offizieren geäußerten Bedenken gegen die damalige Wehrpolitische Erziehung an den Schulen habe er nach 1990 in seiner Stasi-Akte wiedergefunden.

General a. D. Dr. Walter Paduch und General Karl-Heinz Hagemann sahen sich mit vielem Gesagten im Konsens und empfahlen allen Alt- und Neustrausbergern, das Lucker-Buch, das sie als interessant, spannend und sinnvoll bezeichneten, zu lesen.

Leider konnten an diesem Abend nicht alle Kapitel des Buches ausdiskutiert werden. So wurde der Wunsch laut, den Meinungsaustausch, insbesondere für den Zeitraum 1980-1990 zu gegebener Zeit fortzusetzen. Es sei wünschenswert, das Projekt insgesamt weiterzuführen. Dabei sollten noch bestehende Lücken geschlossen werden, die sich insbesondere auf die letzten Jahre der NVA beziehen. Und es scheint angedacht, neben weitergehenden Studien in den Archiven nun auch Zeitzeugen zu befragen, beispielsweise die Bürgermeister, wichtige Verwaltungsmitarbeiter der Stadt und NVA-Standortälteste aus dieser Zeit. Aufgerufen sind aber auch alle Bürger Zeitzeugenberichte und Dokumente zur Verfügung zu stellen.

In: BAB LokalAnzeiger zum Wochenende 8/2001, 23. Februar 2001, S. 26.

## **Historikerfrage: Gehört Peter Göring zum Erbe oder zur Tradition?**

**Beitrag von Dr. Horst Klein, IG Geschichte, zu einem umstrittenen Straßennamen**

**Strausberg (MOZ) Dienstagabend, dem 18. April 2000 beschäftigte sich die Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung mit dem umstrittenen Straßennamen „Peter- Göring“. Vereinsvorsitzender Dr. Horst Klein stellte eingangs mehrere Strausberger Straßennamen zur Diskussion: Paul Singer, Philipp Müller, Sprengmeister Kelm und Rudolf Breitscheid seien näherer Betrachtung wert. Dr. Klein legte seine Auffassungen von dem in der Stadt entbrannten Streit dar, die wir im Folgenden zusammengefasst wiedergeben.**

Mit dem Erbe hat so mancher Mitbürger seine Not. Im Umgang mit dem historischen Erbe ist es oftmals viel schwieriger. Das lässt sich aus der strittigen Diskussion um das Schicksal Peter Görings ablesen. Einerseits ist das vom CDU-Stadtverordneten Horst Fröhlich inspirierte laute Nachdenken über schwierige Zeitgeschichte und die Beschäftigung der Gymnasiasten mit ihr sehr zu begrüßen. Wann gab es denn eine so leidenschaftlich und öffentlich geführte Diskussion über Geschichte? Ein Nachteil wäre allerdings, wollte man ein Stück Nachkriegsgeschichte parteipolitisch instrumentalisieren. Erinnerungen an noch immer nicht überwundene Feindbilder werden wach. Möchten Kritiker Peter Göring ein zweites Mal richten, um so der Geschichte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen? Dass auf beiden Seiten ein Fehlverhalten mit tragischem Ausgang vorlag, bedarf wohl keiner weiteren juristischen Beweise. Gerade deshalb erzählt der Straßename „Peter Göring“ Geschichte aus den Tagen des „Kalten Krieges“. Noch heute werden von der Kriegsgräberfürsorge die Toten des hoffentlich letzten Weltkrieges geborgen, Soldaten der Roten Armee und Wehrmachtssoldaten; ohne Feindbild bekommen sie ihre menschenwürdige Ruhestätte. Bis zur humanistischen Höhe, allen Opfern des „Kalten Krieges“ Respekt zu erweisen, ist noch ein weiter Weg. Straßennamen, Denkmale, Erinnerungstafeln erzählen Geschichte; darunter viele, die von sehr langer Zeit von der jeweils herrschenden Politik traditionsstiftend eingebracht wurden. Mit dem Wechsel der politischen Verhältnisse bekommen die Menschen auch einen anderen Zugang zum historischen Hintergrund von Straßennamen und Denkmälern. Aus Tradition wird ein

nicht abzulehnendes oder gar auszuwählendes historisches Erbe. Namen wie Hindenburg, Bismarck, aber auch Thälmann und Grotewohl verdeutlichen dies ebenso wie Peter Göring, der in der 285-jährigen Geschichte der Garnisonstadt Strausberg seinen Platz hat.

#### Kasernennamen stiften Tradition

Historisches Erbe vermitteln allerdings nicht immer und auch nicht immer nur positive Botschaften, oder vielleicht.' Über den feinen Unterschied zwischen Erbe und Tradition ist immer nachzudenken, wenn man sich mit Geschichte befassen möchte. Daran konnte sich selbst Erich Honecker nicht ewig vorbeimogeln. Letztlich gelang es DDR-Historikern, den „Oberhirten aller Wissenschaften“ davon zu überzeugen, dass auch die preußische Geschichte zum historischen Erbe gehört. DDR-Historiker Ernst Engelberg schrieb eine mit zwei Bänden umfangreiche Bismarck-Biographie, die weitweit große Aufmerksamkeit findet und wohl noch immer eine der besten Arbeiten zu diesem Thema ist.

Anders ist es mit dem Traditionsverständnis, aber in Strausberg war auch keine Stimme hörbar, die mit Peter Göring eine Tradition fortführen wollte. Welche sollte es denn sein? Ganz anders verhält es sich bei Kasernennamen, die in der Tat laut Traditionserlass eine traditionsstiftende Funktion haben sollen. Gibt es nicht in Deutschland Kasernennamen, die an Hitlers Getreue erinnern?

Trotz Erinnerung an die Opfer von Stauffenberg, Hardenberg u. a. vom Juli 1944. Was denken Militärs heute, wenn sie Täter und Opfer zugleich verehren? Das könnte ein Forschungsauftrag für den jungen Oberleutnant sein, der sich im Internet am Streit um Peter Göring beteiligte. Was Strausberg gut zu Gesicht steht, sollten Strausberger selbst entscheiden. Zu historischen Hintergründen und Folgen des Mauerbaus und den menschlichen Schicksalen gibt es ein „Berliner Mauer-Archiv“, in dem auch Gymnasiasten fündig werden können.

Die Nachkriegsgeschichte kann wohl kaum als humanistische „Wunschgeschichte“ aufgefasst werden. Sie ist, wie sie ist, und sie sollte so auch den Nachkommen vermittelt werden. Ein tieferer Sinn von Straßennamen besteht wohl gerade darin, das historische Erbe vor dem Vergessen zu bewahren. Wenn alle Straßen Blumennamen und Schulen nur noch an Goethe, Schiller und Fontane oder gar Hegermühle erinnern, dann wird Strausberg wahrscheinlich eine geschichtslose Schafstätte. Die Post wird auf Wohnsiedlungen I, II, III verwiesen, und wer denkt dann noch an Stadtgeschichte, an Menschen, die einst so oder so hier gewirkt oder die Gemüter der Menschen bewegt haben? Wäre das eine Alternative? Geschichtsdiskussionen sollten Teil einer städtischen Kultur sein.

In: Märkische Oderzeitung, Donnerstag/Freitag, 20./21. April 2000, S. 19.

## **Eine Diskussionsveranstaltung mit tragischem Ausgang und der Mahnung zum kritischen Umgang mit SED-Geschichte**

von Rolf Apel / Horst Klein

Diskussionsveranstaltungen zu schwierigen Fragen der jüngeren Geschichte können in besonderer Weise Impulse für das demokratische Engagement der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und so auch für einen konstruktiven Umgang mit Lebenserfahrungen vermitteln. Zu einer solchen hatte die PDS-Disputgruppe am 05. Dezember in den Klub am See eingeladen. Die sehr gut besuchte Veranstaltung widmete sich dem anspruchsvollen und strittigen Thema: „Die PDS auf dem Wege der Erneuerung“. Der linke Politikwissenschaftler Prof. Fritz Vilmar (SPD) hatte auf dem diesjährigen Friedensfest im Kulturpark etwas provokativ erscheinende Kriterien einer solchen Erneuerung formuliert, die nunmehr abzuklären waren. Neben ihm stellte sich Prof. Michael Schumann (PDS-Landesvorstand) der Diskussion. Klaus Freudenreich, der die Diskussion moderierte, warf zu Beginn die Fragen auf, wie viel Kröten wohl die PDS noch schlucken müsse, um von den anderen demokratischen Parteien anerkannt zu werden, werde die Erneuerung in der PDS von den Parteien überhaupt wahrgenommen und wo laufe die PDS Gefahr, ihre linke Identität zu verlieren?

Es war zunächst Prof. Schumann, der seine Thesen dazu einbrachte und dabei die Notwendigkeit hervorhob, dass die PDS von anderen Parteien und vor allem von den Bürgern als eine demokratische Partei anerkannt wird. Der Erneuerungsprozess in der PDS-Spitze, zahlreiche wissenschaftliche Publikationen und Konferenzen, die sich kritisch mit der Revolutions- und SED-Geschichte befassten und zu neuen Einsichten führten, würden von der Öffentlichkeit und leider auch von der Parteibasis in nicht ausreichendem Maße wahrgenommen. Alles was die PDS in Hinblick auf eine kritische Aufarbeitung ihrer Vorgeschichte leiste, werde als taktisches bzw. unglaubliches Manöver abgetan. Die politische Kultur in Deutschland sei anders als in Frankreich. In der Bundesrepublik zähle nach seiner Ansicht die „Linke“ nicht zur Nation, gleichgültig ob diese zur PDS oder SPD gehöre. Indessen müsse die PDS in ihre programmatische Erneuerung mehr Diskursfähigkeit einbringen. Zu den Eckpunkten der Erneuerung zählte er 1. den vollständigen und radikalen Bruch mit dem Stalinismus, 2. müsse in der Programmatik deutlicher gesagt werden, dass die moderne Gesellschaft mehr sei als nur Kapitalismus und 3. gehe es um die Anerkennung des Verfassungsstaates als eine Möglichkeit der Demokratie.



Prof. Vilmar stellte voran, dass die PDS eine linke Kraft in der Arbeiterbewegung sei. Als linker Politikwissenschaftler bedauere er sehr, dass die politische „Linke“ in Deutschland so gespalten sei, dass die Rechten regieren können. In Ostdeutschland gebe es eine klare Mehrheit für Mitte-links, aber die Parteien finden noch immer nicht zusammen. Kritisch befasste er sich mit dem Begriff der „Minderheitsregierung“. Tatsächlich repräsentiere sie, beispielsweise in Sachsen Anhalt, eine politische Mehrheit. Im Interesse eines Machtwechsels in Bonn, sollte die PDS auf Bundesebene nicht kandidieren, sondern nur auf kommunaler und Landesebene. Eine Auffassung, die dann in der Diskussion auf Ablehnung stieß. Vilmar forderte einen glaubwürdigen Bruch mit dem Stalinismus bzw. dem stalinistischen Parteikommunismus.

Als weitere Kriterien der PDS-Erneuerung nannte er dann eindeutige Aussagen zur demokratischen Gesellschaftsgestaltung und zur Wirtschaftsdemokratie sowie

mehr Mut in der kritischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte, wobei er sich von dem eher schwarzen und blauäugigen Slogan „PSD als SED-Nachfolgepartei“ distanzier- te.

In Hinblick auf die rechtliche Verfolgung der „Mauerschützen“ gab er zu Beden- ken, dass die DDR-Führung gegenüber den Weisungen der sowjetischen Führung zwar nicht souverän war, aber wohl doch über die Art und Weise der Grenzsicherung selbst entscheiden konnte. Auch solle man endlich begreifen, dass die Opfer des Stalinismus weit größer waren als die des Faschismus. Die PDS müsse die Nibelun- gentreue zur früheren Sowjetunion aufgeben. Denn diese sei neben dem Kapitalis- mus der zweite Vernichter des Sozialismus gewesen. Konsequenter sollte sich die PDS mit dem Thema der Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1946 befassen. Der Charakter der SED-Gründung als Gewaltakt zur Eliminierung und Unterdrückung der SPD sei wohl inzwischen wissenschaftlich belegt. Im Weiteren befasste sich Vilmar mit Gedanken über einen modernen Sozialismus, der vor allem strikt ökologisch und gegen die Unterdrückung der Frauen orientiert sein müsste. Zu den konkreten Inhal- ten ihrer Erneuerung sollte die PDS unbedingt präzise formulierte Thesen vorlegen. Während die Disputanten mehr einem Konsens zustrebten, sahen einige Diskussi- onsteilnehmer viele zuvor entwickelte Zusammenhänge anders.

Prof. Schumanns Ausführung fanden wohl aus Respekt vor dem eigenen Partei- genossen kaum kritische Einwände. Indessen stießen die von Prof. Vilmar entwi- ckelten Kriterien für eine Erneuerung der PDS, wie kaum anders zu erwarten, auf Widerspruch. Mehrere Teilnehmer verwahrten sich gegen eine nur Aufarbeitung der DDR-Geschichte und verlangten auch eine neue Geschichtsschreibung in Hinblick auf die alten Bundesländer. Sie beriefen sich auf die Widersprüchlichkeit der Ge- schichte, ohne allerdings die sich einander ausschließenden Pole in der deutschen Nachkriegsgeschichte und in der Arbeiterbewegung kritischer zu hinterfragen. Fra- gen nach den tieferen Ursachen für das Scheitern des vermeintlichen Sozialismus wurden dann auch selbstgefällig umgangen. Dafür gerieten dann Hinweise auf den „Kalten Krieg“ in die Erklärungen, die allerdings eher als Entschuldigung für die Fol- gen der stalinistischen Diktatur zu verstehen waren. DDR-nostalgisch klang dann auch die Meinung mit, wonach die „sozialistische“ DDR eine echte Alternative zur kapitalistischen BRD gewesen sei. Ein weiterer Teilnehmer wandte sich entschieden dagegen, die Sowjetunion als ein antisozialistisches Regime zu verteufeln oder gar die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ als Verbrechen darzustellen. Viele Ar- gumente gingen an den einleitenden Ausführungen der Professoren und des Mode- rators vorbei und zielten eher auf eine Bagatellisierung der Ursachen und mörderi- schen Folgen des Stalinismus. Der eingangs von Prof. Schumann beteuerte radikale Bruch mit dem Stalinismus blieb so, bezogen auf eine Anzahl der Beiträge, kaum überzeugend im Raum.

Dies war dann auch Grund genug für Prof. Horst Hemberger (PDS), sich überzeu- gend und leidenschaftlich gegen die seichte Art und Weise einiger Diskussionsbei- träge zu wenden. Für viele Redner sei die DDR lediglich ein fehlerhaftes sozialisti- sches System gewesen, im Großen und Ganzen jedoch richtig. Diese Nostalgie helfe der PDS nicht weiter. Man müsse schließlich begreifen, dass die SED im Herbst 1989 vom Volk der DDR zum Teufel gejagt wurde. Hinweise auf die Widersprüchlich- keit der gesellschaftlichen Entwicklung seien lediglich ein politisches Vehikel, um den Ursachen und unangenehmen Fragen zur SED- und DDR-Geschichte aus dem We- ge zu gehen. Man müsse klar erkennen, dass wir in der DDR kein sozialistisches System hatten und die SED und Kommunistische Partei der Sowjetunion auch keine sozialistischen Parteien waren. Es war dann wohl auch der zuvor unsachlich verlau- fenden Diskussion geschuldet, die mit zum tragischen Ausgang der Veranstaltung



führte, als Prof. Hemberger bei seinen psychisch sehr erregt vorgetragenen Gedanken, die er zum anzustrebenden positiven Verhältnis von PDS und SPD entwickeln wollte, plötzlich zusammenbrach und einem Infarkt erlag.

Ein furchtbar tragisches Resümee des Abends, das dann alle Anwesenden sehr betroffen stimmte. Über die so zum Schlusswort der Veranstaltung gewordenen mahnenden Worte gilt es ernsthaft und mit den nötigen politischen Konsequenzen nachzudenken.

In: BAB LokalAnzeiger . Ausgabe 51/1997, S. 9. u. Wahrheiten und Ausflüchte. Kontroverse Diskussion in Strausberg zur Erneuerung der PDS. In: DISPUT, 12/1997, S. 31.  
Foto: Prof. Horst Hemberger aus Privatbesitz

## **Wirtschaftsdemokratie eine Alternative zum herrschenden Marktradikalismus? Über ein postum Ehrenkolloquium für Prof. Hemberger von Rolf Apel**

Am 19. Dezember 1998 wäre Prof. em. Dr. habil. Horst Hemberger 70 Jahre alt geworden. Sein Tod vor einem Jahr, mitten in einem sehr emotional vorgetragenen Diskussionsbeitrag auf einer PDS-Veranstaltung (DISPUT berichtete darüber im Heft 12/97), war tragisch und wurde zugleich für viele der anwesenden Mitglieder der PDS, der SPD und parteilosen Bürger das politische Vermächtnis eines streitbaren, konsequenten und seine demokratisch-sozialistische Überzeugung lebenden Wissenschaftlers. Aufgewachsen in einer typischen Strausberger Arbeiterfamilie und gerüstet mit den schrecklichen Erfahrungen des II. Weltkrieges und des Faschismus fand Horst Hemberger Zugang zu den sozialistischen Idealen, wurde er 1945 in Strausberg Mitglied der SPD. In den folgenden Monaten erlebte auch er die strittige Diskussion über die Schaffung einer Einheitspartei. Wie andere Sozialdemokraten entschied er sich für die Vereinigung von SPD und KPD in der Hoffnung, die Bebelschen Ideen und die traditionellen sozialdemokratischen Werte in der SED mitgestalten zu können. 50 Jahre später charakterisierte er diese „Einheitspartei“ in einem DISPUT- Artikel (Heft 3/96) als eine historische Fehlkonstruktion. Der Weg seiner Erkenntnis war lang und von den Widersprüchen seiner Zeit beeinflusst. 1966 wurde er zum Professor berufen und 1990 von der letzten DDR-Regierung vorzeitig und dankend emeritiert. Horst Hemberger kam in seiner Forschungstätigkeit zu Erkenntnissen, die der offiziellen SED-Meinung entgegenstanden. So setzte er sich bereits in den siebziger Jahren Denunziationen aus, die dann im Januar 1989 in einem Lehrverbot mit all den damals üblichen psychischen Belastungen gipfelten. Seit 1990 war er als Vorruheständler/Rentner wissenschaftlich für die PDS-Landtagsfraktion tätig. Im Vorstand der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V. engagierte er sich für





eine kritische und vorurteilsfreie Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung. Zu seinen letzten Arbeitsthemen gehörte auch die Wirtschaftsdemokratie. Die dazu von Fritz Naphtali 1928 im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verfasste Arbeit „Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“ faszinierte ihn so nachhaltig, dass er seinem Geschichtsverein nahe legte, zu diesem brisanten und aktuellen Thema recht bald eine wissenschaftliche Diskussionsveranstaltung durchzuführen. Im Dezember 1998 wurde diese Idee mit einem Ehrenkolloquium zum Thema "Wirtschaftsdemokratie - eine Alternative zum herrschenden Marktradikalismus?" in die Tat umgesetzt. Es entsprach seinem Wunsch und auch seiner Zukunftsvision, dass Ralf Christoffers, einer seiner letzten Studenten und wirtschaftspolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, und Dr. Peter Gerold, SPD und stellvertretender Vorsitzender des Geschichtsvereins, die Veranstaltung moderierten, an der u.a. auch die Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Michael Schumann (PDS) und Dr. Klaus-Dietrich Krüger (SPD) teilnahmen. Der Verlauf und vor allem die zur Diskussion gestellten inhaltlichen Schwerpunkte hätten sicherlich auch den Zuspruch von Horst Hemberger gefunden, wie das die Teilnehmer der Veranstaltung mehrfach mit detaillierten sachlichen und gefühlvollen Erinnerungen zum Ausdruck brachten.

### **Wirtschaftsdemokratie in der Geschichte der Arbeiterbewegung**

Zu dieser Thematik referierte Dr. Horst Klein, der zunächst davon ausging, dass wirtschaftsdemokratische Ideen in der Theoriegeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, insbesondere im Austromarxismus, der den Sozialismus ausschließlich als eine im Werden wie in der praktischen Ausgestaltung demokratische Gesellschaftsentwicklung begriff, sowie in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung eine Schlüsselrolle einnehmen. Dabei spanne sich ideengeschichtlich der Bogen von Ferdinand Lassalles Engagement für die Bildung von Produktivgenossenschaften mit staatlicher Hilfe über Positionen und Erfahrungen des englischen Gildensozialismus, der Fabian Societät, dem von Eduard Bernstein ausgelösten Revisionismusstreit bis hin zu Rudolf Hilferdings Theorie des „organisierten Kapitalismus“ und den modernen wirtschaftsdemokratischen Auffassungen und Zielen, wie sie im Berliner Programm der SPD von 1989 und in Ansätzen auch in der Programmatik der PDS dargestellt sind. Es sei Bernstein gewesen, der sich mit der 1899 vorgelegten Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, insbesondere im vierten Kapitel, ausführlich mit dem Verhältnis von Demokratie und Volkswirtschaft befasst habe, und dessen Ideen ohne Zweifel zu den geistigen Wurzeln der Theorie der Wirtschaftsdemokratie zählen. In den Jahren seines Londoner Wirkens habe Bernstein an der Seite von Friedrich Engels und mit dem Wissen um Erfahrungen der englischen Gewerkschaftsbewegung u.a. die Überzeugung gewonnen, dass die Arbeiterbewegung bei Ausnutzung demokratischer Einrichtungen Schritt für Schritt die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals einzugrenzen und immer mehr Gebiete des Wirtschaftslebens ihrem Einfluss zu unterziehen vermag. Im Konsens mit Engels nannte Bernstein die Erkämpfung der Demokratie als eine der wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats. Nach Bernstein galten wirtschaftsdemokratische Prozesse und Einrichtungen als „die unerlässliche Vorbedingung dessen, was wir die Vergesellschaftung der Produktion nennen. Ohne sie würde die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel voraussichtlich nur maßlose Verwüstung von Produktionskräften, sinnlose Experimentiererei und zwecklose Gewalttätigkeit zur Folge haben, die politische Herrschaft der Arbeiterklasse sich in der Tat nur durchsetzen können in der Form einer diktatorischen revolutionären Zentralgewalt, unterstützt durch die terroristische Diktatur revolutionärer Klubs.“

Horst Klein verwies sodann auf den Revisionismusstreit, bei dem sich neben anderen Marxisten insbesondere Bebel, Kautsky und Luxemburg kritisch mit Bernstein auseinandersetzen und die Parteitage der SPD seine Gedanken als „Revisionismus“ zurückwiesen. Der tiefere Sinn allerdings, Marxsche Theorie und Methode als Wissenschaft unter den neuen Entwicklungs- und Wirkungsbedingungen der Arbeiterbewegung fortzuschreiben und mit weiterführenden Erkenntnissen auch partiell zu *korrigieren*, sei damals vielen namhaften Marxisten noch lange verborgen geblieben. Nach der russischen Revolution 1917 hätten sich die Fragen der Demokratie, sowohl der politischen wie auch der wirtschaftlichen, in einem anderen Licht gestellt. Deutlich seien zwei Ebenen des Verständnisses der wirtschaftlichen Demokratie erkennbar geworden, die zumindest mit Beginn der zwanziger Jahre auch einen Doppelsinn des Begriffs erkennen ließen: Erstens ging es um die Beschreibung des langwierigen Prozesses der demokratischen Um- und Ausgestaltung der Gesellschaft nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse. Die politische Macht der Arbeiterklasse, die Sozialisierung sowie die Ergänzung der politischen durch eine möglichst umfassende wirtschaftliche Demokratie, dies sollten die drei Grundpfeiler für den Aufbruch in eine bessere Welt sein. Die theoretische Grundlage hierfür gab die Marxsche Staatsauffassung, die in den Schriften von Kautsky, Bauer und Adler dominierte. Zweitens habe die Wirtschaftsdemokratie im Sinne von Bernstein etwa seit Mitte der zwanziger Jahre einen neuen Sinn bekommen, nämlich als Instrument einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsgestaltung im noch machtpolitischen Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft.

Rudolf Hilferdings Theorie des „organisierten Kapitalismus“ und Karl Renners Vorstellungen über eine zunehmende staatliche Durchdringung bzw. Beherrschung der Wirtschaft wurden zu Grundlagen des Demokratieverständnisses.

Weitere Schwerpunkte des Vortrages von Horst Klein waren die an der Marxschen Staatsauffassung orientierten wirtschaftstheoretischen Positionen Otto Bauers und Max Adlers sowie Ansichten von Karl Renner und Fritz Naphtali zur Wirtschaftsdemokratie, die diese vor allem hinsichtlich der zunehmenden Rolle der Gewerkschaften im Staat und in der Wirtschaft zum Ausdruck gebracht hatten, und die ebenso wie Hilferding die Überzeugung teilten, dass der Kapitalismus gebogen werden könne bevor er gebrochen sei. Das so skizzierte Theoriegebäude habe auch das in den siebziger und achtziger Jahren im DGB weitergeführte Denken und die damit verknüpften wirtschaftsdemokratischen Forderungen wesentlich bestimmt, die sich dann letztlich als Kernpunkte eines „dritten Weges“ herauskristallisierten.

### **Notwendigkeit einer aktiven demokratischen Wirtschaftspolitik**

Prof. Dr. Fritz Vilmar, der die wissenschaftliche Diskussion zur Wirtschaftsdemokratie in den zurückliegenden Jahrzehnten erlebt und auch maßgeblich im DGB mitbestimmt hat, stellte in seinem Vortrag einleitend fest, dass angesichts des immer sichtbarer werdenden weltweiten Scheiterns des Marktwirtschaftsmodells der Ruf nach einer wirtschaftspolitischen Alternative immer lauter und aktueller werde. Die Zeit des blinden Vertrauens auf die Fähigkeiten des Marktes gehe zu Ende. Der Mythos der „Angebotsökonomie“ (Deregulierung, Privatisierung, Sozialstaat-Abbau) habe die seit 1975 mehr oder weniger anhaltende Stagnationskrise nicht überwunden, sondern verschärft. Daher sei die Rückbesinnung auf die Mittel einer die Marktprozesse zügelnden und lenkenden aktiven demokratischen Wirtschaftspolitik zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden. Zudem erfordere auch die gleichzeitig fortschreitende Zerstörung unserer Lebensbedingungen ein Umdenken, wie das vor fast

zwei Jahren von der SPD und den Grünen als „Ökologischer Umbau der Wirtschaft“ proklamiert worden sei.

Daraus leitete Prof. Vilmar die Forderung nach einem Konzept ab, das die klassischen, nach wie vor unverzichtbaren drei Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie - Kontrolle unternehmerischer Macht, Mitbestimmung der Arbeitenden und Humanisierung der Arbeit, demokratische Rahmenplanung und Investitionslenkung - mit einer grundlegenden ökologischen Neuorientierung der Wirtschaftspolitik im Sinne der Entwicklung einer „ökologischen Kreislaufwirtschaft“ verbindet.



Obwohl sich hier in der Gegenwart nach der Bildung der rot-grünen Regierungskoalition neue Perspektiven ergeben hätten - was auch von anderen Rednern mehrfach betont wurde - seien Schwierigkeiten in der Durchsetzung der genannten wirtschaftsdemokratischen Prinzipien unverkennbar. Als eine der Hauptursachen benannte Prof. Vilmar das Fehlen eines alternativen Gesamtkonzeptes,

das sich nicht zuletzt in gegenwärtigen rot-grünen Unsicherheiten und bisheriger Orientierungsschwäche der Regierung äußere. Notwendiger denn je sei eine Gesamtalternative des Mitte-Links-Spektrums, einschließlich der PDS, zum Neoliberalismus und Marktradikalismus.

### **Wirtschaftsdemokratische Vorstellungen bei SPD und PDS**

In den soeben genannten Zusammenhang waren die weiteren Ausführungen zu Fragen der Wirtschaftsdemokratie, wie sie gegenwärtig in programmatischen und Politikansätzen der SPD und PDS eine Rolle spielen, von besonderem Interesse. So erläuterte Dr. Klaus-Jürgen Scherer die im Grundsatzprogramm der SPD (beschlossen vom Programmparteitag im Dezember 1989 in Berlin und geändert auf dem Leipziger Parteitag am 17.04.1998) verankerten Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie. In den vier Unterabschnitten „Demokratische gesamtgesellschaftliche Steuerung“, „Markt und Lenkung“, „Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen“ und „Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Produktivvermögen“ werden noch durchaus beachtenswerte und konkrete Aussagen getroffen. Dr. Scherer musste jedoch gleichzeitig konstatieren, dass in aktuellen programmatischen Dokumenten der SPD, auch in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung, der Begriff Wirtschaftsdemokratie nicht mehr auftaucht, eine Tatsache, die den Bedeutungsverlust zum Ausdruck bringe, den dieser in den 90er Jahren generell erfahren habe. Er führte dies einerseits auf objektive Veränderungen zurück, die den Handlungsrahmen nationaler Politik heute gegenüber den achtziger Jahren gewandelt haben. Die Linke habe Konsequenzen aus der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft und der Internationalisierung der Finanzmärkte sowie aus der fortschreitenden Integration Europas ziehen müssen. Andererseits habe die Tatsache, dass der Begriff Wirtschaftsdemokratie nicht mehr auftaucht, auch eine subjektiv-programmatische Seite. Nach Dr. Scherer befinden wir uns in einer neuen Phase der Revision des Demokratischen Sozialismus, was seit Bernstein immer bedeutet habe, sozialdemokratische Traditio-

nen durch Elemente des Liberalismus zu ergänzen. Immer sei es darum gegangen, dass Regierungspraxis - in der heute Sozialdemokraten bis auf Irland und Spanien in allen westeuropäischen Ländern stünden - die Theorie, die Analyse und Reformprojekte der Parteien beeinflusst. Dennoch sei es Konsens, dass Mitbestimmung der Arbeitenden, Humanisierung der Arbeit und ökologische Ausrichtung in der Zielvorstellung der SPD bleiben. Seine Partei benötige aber dringend wieder eine Renaissance ihrer Theoriediskussion.

Auch in den programmatischen und unmittelbaren Politikansätzen der PDS widerspiegele sich nach den Worten von Ralf Christoffers ein mehrfacher Bezug auf wirtschaftsdemokratische Ansätze. Die PDS habe, ausgehend von den historischen Erfahrungen der Vergangenheit und dem Erleben der Strukturumbrüche nach 1989 ein Konzept der Einbeziehung aller Eigentumsformen in die gesellschaftliche Entwicklung erarbeitet. Dabei gehe es im Kern darum, dass eine zentralgeleitete Wirtschaft nicht in der Lage ist, gesellschaftliche Grunderfordernisse mit einer tragfähigen wirtschaftlichen Deckung zu unterlegen. Das schließe allerdings ein, dass für strukturbestimmende bzw. für andere wichtige gesellschaftliche Kernbereiche der Wirtschaftsentwicklung ein Einfluss der öffentlichen Hand gesichert werden müsse. Andererseits hob er auch hervor, dass Marktfunktionen beim gegenwärtigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung erforderlich seien. Ihre Akzeptanz müsse jedoch die Notwendigkeit einschließen, Marktradikalität zu verhindern, das heißt vor allem, in gesellschaftlichen Grundbereichen Marktfunktionen zu begrenzen. Ralf Christoffers hatte zuvor auf die neuen Bedingungen linker Politik hingewiesen, zu denen er vor allem die Globalisierung der Wirtschaft und die gegenwärtigen weltweiten Fusionsbestrebungen zählte. Nach seiner Meinung müsse die Demokratisierung der Gesellschaft mit einer Demokratisierung der Institutionen einhergehen.

### **Möglichkeiten wirtschaftsdemokratischer Konzepte in Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus**

Dr. Klaus-Dieter Herrmann befasste sich dann konzentriert mit ausgewählten Fragen des Neoliberalismus, dessen Globalisierungsstrategien er als Kontrastprogramm zu jeder Demokratisierung der Wirtschaft einschätzte. Angesichts von Rückschlägen und Niederlagen, die neoliberale Kräfte in einigen europäischen Ländern und auch in der Bundesrepublik hinnehmen mussten, warnte er davor, die Potenzen und die Wirksamkeit ihrer Strategien zu unterschätzen. Nach wie vor würden sie von einflussreichen Kreisen des Bankkapitals und der Großunternehmen gestützt und verfügten über ein breit gefächertes Netz zur Beeinflussung der Öffentlichkeit. Nach seinen Erkenntnissen sind heute zwei Hauptvarianten neoliberaler Strategien vorherrschend. Die eine Richtung will einen radikalen Abbau des Sozialstaates, eine extreme Individualisierung des Lebens und eine Zurückdrängung demokratischer Rechte. Diese Verfechter des Neoliberalismus seien häufig mit politisch rechtskonservativen Kräften verbunden und könnten sich durchaus vorstellen, ihre Linie mit mehr oder minder autoritären, demokratienegierenden Instrumentarien durchzusetzen. Die andere Richtung wolle den radikalen neoliberalen Ansatz etwas mehr verhüllen und sei auch zu bestimmten Zugeständnissen bereit, soweit sie die wesentlichen Zielsetzungen ihrer Modernisierungskonzepte nicht beeinträchtigen. Dr. Herrmann machte darauf aufmerksam, dass ein Teil der Konservativen wie Biedenkopf, Späth und sicher auch Schäuble sich in dieser Ausrichtung des Neoliberalismus in wesentlichen Fragen beispielsweise mit dem Soziologen U. Beck, dem ehemaligen sozialdemokratischen 1. Bürgermeister Hamburgs, K. von Dohnanyi, und nicht zuletzt mit dem jetzigen Staatsminister im Kanzleramt, B. Hombach treffen. Gegenwärtig gehe von dieser

Strömung offenbar die größte Gefahr für demokratische und soziale Veränderungen aus. Im weiteren hielt Dr. Herrmann eine gewisse Rückbesinnung auf die in den vergangenen drei Jahrzehnten bereits entwickelten Ideen und Konzepte für sinnvoll, allerdings sei dies nur dann von Nutzen, wenn die heutigen Bedingungen und Möglichkeiten ausreichend beachtet werden. Die Zeit für die Diskussion eines demokratischen und sozialen Reformkonzeptes sei reif.

Dr. Sibylle Bock äußerte sich zu Fragen des öffentlichen Sektors in der Marktwirtschaft. Hiervon ausgehend, entwickelte sich eine interessante Diskussion zur Rolle der öffentlichen Hand und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Der Strausberger Geschichtsverein hatte sich mit der Durchführung dieser Veranstaltung erstmals für die Form eines wissenschaftlichen Kolloquiums entschieden. Referate und die leider zeitlich etwas begrenzte Diskussion haben erneut überzeugend bewiesen, dass der Verein in der Lage ist, sich einer so anspruchsvollen theoretischen und doch aktuell politischen Diskussion zu stellen. Bemerkenswert ist wohl die Tatsache, dass parteiübergreifend Mitglieder der PDS und SPD sowie parteilose Wissenschaftler sich sachlich und konstruktiv zu dem Thema äußerten. Abschließend hob der Vereinsvorsitzende Horst Klein hervor, dass die Wirtschaftsdemokratie gerade unter den neuen politischen Bedingungen der rot-grünen Koalition in Bonn und der begonnenen Programmdiskussion in der PDS an Aktualität gewonnen habe und dem Thema eine geistige Brückenfunktion im Nachdenken demokratischer Sozialisten zukomme.

Der Geschichtsverein veröffentlichte die Beiträge in seiner Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“.

In: DISPUT, 2/1999, S. 33 ff. u. Wirtschaftsdemokratie: Alternative und aktuelle Aufgabe. In: BAB LokalAnzeiger (Wochenbote), 53/1998, S. 5. Fotos Rolf Apel

*Siehe: Horst Klein: Wirtschaftsdemokratische Auffassungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1/1999, S. 14 ff.*

**Vorschlag: Am 1. Mai Aktion gegen Krieg**  
**IG Geschichte beschließt offenen Brief**  
von Reinhard Schliebs

Am 1. Mai sollte in Strausberg eine öffentliche Aktion gegen den Krieg auf dem Balkan stattfinden. Das schlugen mehrere Teilnehmer einer Diskussion der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung (IGG) am Montag vor. Rund 30 Mitglieder der IGG, Stadtverordnete und Bürger berieten am Montag, dem 19. April 1999 im Klub am See zum Thema „Geschichtliches und Aktuelles zum Krieg auf dem Balkan 1999“. Dabei bekannten sich prominente SPD-Mitglieder der Stadt wie Bürgermeister Jürgen Schmitz, der 2. Beigeordnete Dankwart Brinksmeier und der IG-Vorsitzende Dr. Horst Klein zur ablehnenden Haltung solcher SPD-Genossen wie Helmut Schmidt, Egon Bahr und Erhard Eppler gegenüber dem Nato-Einsatz gegen Jugoslawien. An Hand von Antikriegsthesen von Dr. Horst Klein entzündete sich eine leidenschaftliche Debatte gegen den Balkankrieg und die deutsche Beteiligung. Daran beteiligten sich auch Stadtverordnete wie Ulrich Korn (PDS), Hans-Jürgen Mader (UfW) und Bürger wie Joachim Wolf, Horst Wende, Dr. Werner Müller und Helmut Birkner, der im zweiten Weltkrieg als Pilot über Jugoslawien flog. Die Interessengemeinschaft, so Horst Klein, habe sich in den fünf Jahren ihres Bestehens mehrfach mit dem internationalen Geschehen und der Stellung der Arbeiterklasse zum Krieg auseinandergesetzt. Es gab Konsens darüber, dass heutzutage nirgendwo der Krieg ein Mittel zur Lösung politischer Konflikte sein könne und dürfe, ein solcher die große Gefahr der Konfrontation der Großmächte und eines Weltkrieges in sich berge und Politiker, die trotzdem darauf setzten, unfähig seien. In einem historischen Exkurs wurden die eigentlichen Ursachen der heutigen Konflikte auf dem Balkan erörtert. Die Diskussionsteilnehmer wiederholten gegenüber der Nato den Vorwurf der „humanitären Demagogie“ und unterstellten ihr, „eigenmächtige Interessen (Umwandlung des Balkans in ein Protektorat der Nato)“ zu verfolgen. Sie habe nicht alle Möglichkeiten der Kriegsverhinderung im Dialog genutzt. Gerade die SPD-Mitglieder zeigten sich enttäuscht über „vorausseilenden Gehorsam, um nicht von Unterwürfigkeit zu reden, der rot-grünen Bundesregierung gegenüber den USA“. Die deutsche Beteiligung stehe ebenso im Widerspruch zum Grundsatzprogramm der SPD wie zu den Grundsätzen der Uno. Die Bewertung Bundeskanzler Schröders zum Vermittlungsversuch Gregor Gysis bei Milosevic als „Schützenhilfe“ wurde empört zurückgewiesen. Ausdrücklich wurde die verbrecherische Politik Milosevics gebrandmarkt. Es gab keine Polemik gegen die Bundeswehr, die von der Politik benutzt würde. Die Teilnehmer der Beratung unterzeichneten einen offenen Brief an den Parteivorstand der SPD, in dem die sofortige Einstellung des Bombenkrieges, die Verhinderung des Einsatzes von Bodentruppen, die Beendigung der Gewalt durch alle Seiten, die Aufnahme von Friedensverhandlungen und die Rückkehr der Flüchtlinge gefordert wurden.

In: Märkische Oderzeitung, Donnerstag, 22. April 1999, S. 7.

## **Offener Brief**

**der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V.  
an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

**Erich-Ollenhauer-Haus  
Ollenhauerstr. 1**

**53 113 Bonn**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mitglieder und Gäste unserer Interessengemeinschaft haben sich in einer öffentlichen Versammlung am 19.04.1999 in einer ausführlichen Diskussion zu den schrecklichen Ereignissen auf dem Balkan geäußert. Darin bekunden die Teilnehmer ihre tiefe Sorge um das Schicksal der betroffenen Bevölkerung sowie ihre ernstesten Befürchtungen, dass sich der Krieg zu einem Weltbrand ausweiten könnte. Nach Auskunft ihres Grundsatzprogramms fühlt sich die Sozialdemokratische Partei der Erhaltung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit verpflichtet. Angesichts der den Weltfrieden gefährdenden Entwicklung auf dem Balkan appellieren wir an Sie, sich unverzüglich dafür einzusetzen, dass

- der Bombenkrieg gegen Jugoslawien sofort eingestellt wird, denn er verhindert nicht die Katastrophe für die in Serbien und im Kosovo lebenden Menschen, sondern er verschärft sie täglich mehr;
- der Einsatz von Bodentruppen verhindert wird, denn er beschwört den 3. Weltkrieg herauf;
- mit der Gewalt auf allen Seiten Schluss gemacht wird, weil nicht nur täglich mehr - vor allem - unschuldige Opfer zu beklagen sind, sondern die demokratische Opposition in Jugoslawien und damit der Widerstand gegen die Politik der Vertreibung mehr und mehr geschwächt wird;
- unverzüglich Friedensverhandlungen unter Führung der UNO aufgenommen werden;
- die Rückkehr aller Flüchtlinge gewährleistet wird.

Obwohl die Geschichte der Sozialdemokratie in ihrem Kampf für den Frieden - wie sie selbst bekennt - nicht frei von Fehlern und Irrtümern ist (Grundsatzprogramm, S.10), hat sie sich gerade im Friedenskampf Verdienste erworben. Wir knüpfen daran die Hoffnung, dass sowohl SPD als führende Regierungspartei in Deutschland als auch Bundeskanzler Gerhard Schröder, derzeit EU Ratspräsident, ihren Einfluss zur Wiederherstellung des Friedens auf dem Balkan nutzen.

Strausberg, 19.04.1999

Es folgen die Unterschriften der 32 TeilnehmerInnen

## Nie abfinden mit: Kriege sind wieder führbar!

Eine wissenschaftliche Debatte in Strausberg

von Rolf Apel

Das war die einhellige Meinung der Teilnehmer des ganztägigen wissenschaftlichen Kolloquiums, das am Samstag, dem 30. September 2000, in Strausberg gemeinsam von der Rosa Luxemburg Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. und der dortigen Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V. veranstaltet wurde.



Foto (r. a) v. l. n. r. Prof. W. Scheler, Prof. G. Stuby, Dr. P. Gerold, Dr. H. Klein, Prof. F. Vilmar

Das Thema der Konferenz: „Zur Kriegsfrage in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Der Krieg auf dem Balkan 1999 und die alternative Sicht“. war durchaus geeignet, die mit Ausbruch der Kriegshandlungen im ehemaligen Jugoslawien und den militärischen Kampfeinsätzen der NATO, unter Teilnahme auch der deutschen Monaten in Strausberg zum Ausdruck gebrachten Proteste, stattgefundenen Diskussionsveranstaltungen und Versammlungen in geeigneter Form fortzuführen und auf wissenschaftlichem Niveau zu einem vorläufigen Abschluss zu bringen; ohne dabei natürlich die Notwendigkeit des weiteren ständigen Kampfes aller Friedenskräfte für Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen in Frage zu stellen.

Der Einladung waren ca. 50 Teilnehmer gefolgt. Sie kamen vornehmlich aus dem Veranstaltungsort Strausberg selbst, sowie aus Berlin und Potsdam, aber auch aus anderen Orten der Bundesrepublik. Darunter befanden sich vor allem Wissenschaftler, ehemalige Generale und Offiziere, Parlamentarier und Kommunalpolitiker, darunter der PDS-Landtagsabgeordnete Prof. Michael Schumann, der sozialdemokratische Strausberger Bürgermeister Jürgen Schmitz, Mitglieder und Sympathisanten der SPD und PDS.

Als Hauptreferenten wirkten im überwiegend historisch angelegten ersten Teil der Veranstaltung: *Dr. sc. Horst Klein (Strausberg)* „Zur Kriegsfrage in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Mit der Erblast der Kriegskredite 1914 in den NATO-Krieg 1999?“, *Prof. Dr. Fritz Vilmar (Berlin)* zum Thema „Im Streit um die Friedens- und Abrüstungspolitik: SPD und Friedensbewegung 1950 – 1983“ sowie *Prof. Dr. sc. Wolfgang Scheler (Dresden)* über „Umbrüche im sicherheitspolitischen Frie-



denksdenken in der DDR in den 80er Jahren und deren Nachwirkungen bei der Beurteilung des Balkankrieges 1999 und des Krieges in Tschetschenien“. Im zweiten Teil sprach *Prof. Dr. habil. Gerhard Stuby (Bremen)* zum Thema „Der Krieg der neuen NATO - eine, humanitäre' Konfliktlösung? Politische und rechtliche Aspekte des Balkankrieges 1999“, wobei jedoch bereits in der Diskussion die Grenzen zwischen den beiden Veranstaltungsteile übersprungen wurden.

Die von beiden Veranstaltern getroffene Wahl der Podiumsreferenten und der eingeladene Teilnehmerkreis erwiesen sich ohne Zweifel als zweckmäßig, um den beabsichtigten wissenschaftlichen Charakter des Kolloquiums zu sichern. Darüber hinaus war es auch die Gewähr dafür, das zweifellos schwierige Thema mit fundierten neueren Forschungskennnissen zur Geschichte und ebenso bezogen auf die äußerst wichtige Frage Krieg-Frieden in der Gegenwart sachlich und mit weitestgehend überzeugenden Beiträgen zu bewältigen, ohne in parteiideologische Auseinandersetzungen abzugleiten. Be-



Foto (r.a) General a. D. Prof. Dr. R. Brühl

sonderen Dank gebührt dem Moderator der Veranstaltung, *Dr. Peter Gerold*, Stellv. Vorsitzender des Strausberger Geschichtsvereins, für seine souveräne Leitung und konsequente inhaltliche Führung der Diskussion. Er hatte in seiner Einführung drei Gründe für die Themenwahl genannt: 1. Die Mitwirkung der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung am städtischen Projekt „285 Jahre Garnisonstadt Strausberg“, wobei er unmissverständlich zum Ausdruck brachte, dass sich das Kolloquium nicht mit der Bundeswehr befassen oder sich gar gegen sie wenden werde, sondern ausschließlich die Militärpolitik in der sozialistischen Bewegung thematisiere. Die Unterscheidung von Politik und Militär sei für die Veranstalter eine prinzipielle Haltung. Als zweiten Grund nannte er die mehrheitlich vertretene Antikriegsposition der Strausberger Stadtverordneten im April des vergangenen Jahres sowie die konsequente Verurteilung des Bombenkrieges der NATO gegen Jugoslawien. Drittens. bezeichnete er die Krieg-Frieden-Frage als Kernfrage humanistischen Denkens und Handelns.

Als erster Redner befasste sich *Dr. Horst Klein* mit der „Kriegsfrage in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. Er widmete sich vor allem dem Gegensatz von Humanismus und Krieg. Ausgehend von den historischen Quellen sozialistischer Friedensethik leitete er für die humanistischen Wissenschaften die Pflicht ab, vom Krieg im Allgemeinen den Schein der Unvermeidlichkeit bzw. der Legitimität als Mittel der Politik, der Gerechtigkeit und der Humanität zu nehmen. Humanität und Krieg sei ein Widerspruch in sich und, aus dem Anspruch menschlicher Vernunft heraus gesehen, irrational. Deshalb, so seine Schlussfolgerung, müsse vor allem die in letzter Zeit mit dem NATO-Krieg auf dem Balkan verknüpfte humanitäre Demagogie zugunsten des Massenbewusstseins kritisch aufgeheilt werden. Einen breiten Raum nahmen in seinen Ausführungen Hintergründe und Zusammenhänge ein, aus der sich konkrete Haltungen der Sozialdemokratie in Kriegsfragen und zur Vaterlandsverteidigung ableiten lassen. Eine geschichtliche Konsequenz sei die stärkere Besinnung auf das sozialdemokratische Identitätskriterium „Sozialdemokratie ist Frieden“ gewesen. Davon ausgehend bezeichnete Klein „die Mehrheitsentscheidung der SPD für den mit Intrigen und Mythen begründeten NATO-Krieg 1999 als einen ekla-

eklatanten Bruch mit dieser sozialdemokratischen Identität“.

Daran anknüpfend untersuchte *Prof. Fritz Vilmar* den Zusammenhang von SPD und Friedensbewegung in den Jahren 1950 bis 1983. Nach seiner Meinung habe die SPD, um die Chance der deutschen Einheit nicht zu verbauen, zunächst gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Front gemacht und sich erst mit ihrem „Godesberger Programm“ von 1959 zur Landesverteidigung bekannt. Die Wende zur Akzeptanz der NATO habe sie erst 1960 vollzogen. Seit 1966 sei in Verbindung mit Willy Brandt in der SPD deutlich eine Zäsur bzw. Wende in der Friedens- und Entspannungspolitik feststellbar. Es habe dadurch eine Entwicklung begonnen, für die Brandt zu Recht den Friedensnobelpreis bekommen habe.

1979 - 1982 habe sich dann Helmut Schmidts proamerikanische Atomraketen-Politik durchsetzen können. Der 1979 verabschiedete NATO- Doppelbeschluss habe den entscheidenden Anlass und Bezugspunkt der Friedensbewegung bis Ende 1983 gegeben. Die Ursache für die Hinwendung zur NATO sieht Vilmar in einer Apathie und Westorientierung der SPD und ihrer Wähler. In der Friedensbewegung habe die SPD Berührungsgängste mit anderen linken Kräften nicht konstruktiv verarbeiten können, insbesondere die Angst vor einer allzu großen Nähe zur KPD. Seine Darlegungen zur Rolle der KPD in der Friedensbewegung der BRD, vor allem aber die Unterstellung einer einseitigen Parteinahme „Linker“ für den Diktator Milosevic, die er aus dem „Neuen Deutschland“ herausgelesen haben will, sowie seine Einschätzung der Kriegsursachen auf dem Balkan und Zweifel, ob man hier überhaupt den Begriff Krieg bzw. Aggression anwenden könne, riefen energischen Widerspruch hervor.

Viel Beifall gab es für *Prof. Wolfgang Scheler*, der über Umbrüche im sicherheitspolitischen und Friedensdenken in der DDR in den 80er Jahren und deren Nachwirkungen bei der Beurteilung des Balkankrieges 1999 sprach. Er ging davon aus, dass es den Friedenskräften in der DDR bzw. in der SED erst spät bewusst geworden sei, dass die militärisch gestützte Großmachtspolitik und Militarisierung der UdSSR nicht nur von äußerer Bedrohung verursacht worden war, sondern auch aus dem pseudo-sozialistischen Herrschaftssystem selbst hervorgegangen war. Die DDR sei zwar von Anbeginn vom Friedenswillen getragen gewesen, aber als treuer Verbündeter und vorgeschobener Posten der Führungsmacht konnte sie dem Schicksal, militarisiert zu werden, nicht entgehen. Dies habe zwar nicht die Abkehr vom Friedenswillen bedeutet, wohl aber den Widerstreit zwischen Ziel und Mittel hervorgerufen, der selbstzerstörerisch gewirkt habe. Das Friedensdenken in der DDR habe in jener Zeit auch aus der SPD Impulse bekommen, so durch Egon Bahrs Auftreten gegen die „Logik der Abschreckung“. Scheler leitete aus dieser Einsicht eine Reihe von Folgerungen ab, die im „Neuen Denken“ der DDR wirksam wurden. (*Siehe dazu: "Als Denkblockierungen durchbrochen wurden". In: Disput 6-99, S.4/5.*)

Für Scheler wirken die dargelegten Lernprozesse der 80er Jahre noch heute im Bewusstsein vieler ostdeutscher Bürger nach, wie das in der mehrheitlich ablehnenden Haltung zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien deutlich zu erkennen gewesen sei. Zu diesem ersten, geschichtlichen Teil des Kolloquiums entwickelte sich dann eine betont sachliche, aber auch strittige Diskussion.

So wandte sich Prof. Dr. sc. Michael Schumann (Potsdam) gegen Fritz Vilmars Auffassung über die Haltung der PDS zum Krieg im Kosovo. Dieser hatte behauptet, die PDS habe zu früh von einem Krieg gesprochen und auf die Bezeichnung „Humanitäre Aktion“ verzichtet. Für ihn sei dies eine begriffliche Überreaktion gewesen. Schumann entgegnete, dass es keine Überreaktion war, sondern ein Verfassungsbruch durch ein Verfassungsorgan, d.h. Verletzung von Grundgesetz und Völkerrecht. Er empfinde es als tragisch, dass sich die entscheidenden politischen Kräfte des Staates damit abgefunden haben, d.h., sie sich an Verstöße gegen die verfas-

sungsmäßigen Grundlagen gewöhnen könnten, ohne derzeit mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen zu müssen. Man dürfe die Dimensionen dieses Sachverhaltes nicht kleinreden, sondern müsse nach Schlussfolgerungen fragen. In der PDS gebe es die berechtigte Sorge, dass viele Mitglieder die bereits im Papier von SPD und SED im Jahre 1987 enthaltene Einsicht über die Reformfähigkeit des kapitalistischen Gesellschaftssystems vergessen haben. Die Gefahr, in eine sektiererische Ecke zu geraten, sei oftmals zu erkennen. Man dürfe nicht einfach von der Wirtschaft auf den Krieg schließen, sondern müsse sich an Clausewitz erinnern, wonach auch heute noch Krieg die Fortsetzung der Politik mit Mitteln der Gewalt sei. Folglich müsse die Politik gründlicher hinterfragt werden.

Ausführlich beschäftigte sich *Prof. Gerhard Stuby* in der zweiten Hälfte der Veranstaltung mit dem Krieg der neuen NATO gegen Jugoslawien sowie mit dessen politischen und rechtlichen Aspekten. Für den Völkerrechtler gab es im gesamten Verlauf seiner Darlegungen keine Zweifel an der Grundgesetz- und Völkerrechtswidrigkeit des NATO-Krieges gegen Jugoslawien. Er bestritt auch deren angeblich humanitäre Ziele. Stuby hält es sogar für möglich, dass eines Tages die Bundesstaatsanwaltschaft, wenn sie dafür den Auftrag bekommt, gegen die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik strafrechtlich wegen Verfassungsbruch ermitteln könne.

Auch zum Fragenkomplex des zweiten Teils des Kolloquiums entwickelte sich eine interessante Diskussion mit äußerst aussagekräftigen Schlussbemerkungen der Diskutanten. Der Moderator verabschiedete die Teilnehmer mit der Erkenntnis aus dem Kolloquium, dass heute Politiker wieder glauben, Kriege führen zu könne. Dagegen sollten wir alles aufbieten, was möglich ist und in diesem Sinne den Friedensgedanken weiter tragen.

In: DISPUT, 11/2000, S.36 f. u. Neue Strausberger Zeitung, 3.11.2000, S. 6

Siehe: *Horst Klein: Zur Kriegsfrage in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Mit der Erblast der Kriegskredite von 1914 in den NATO-Krieg 1999? In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3/2000, S. 3 ff.;* *ders. Antikriegsthesen. Thesen gegen den Krieg auf dem Balkan 1999. In: BAB Wochenbote am Samstag, 8. Mai 1999, S. 4.*

## **Kein Anlass zum Jubeln - kein Grund zum Vergessen!** **Werkstattgespräch zur Geschichte der Strausberger Kommunisten** von Rolf Apel

Nach dreijähriger intensiver Arbeit konnte die Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung ihrem Forschungsvorhaben ein neues Kapitel hinzufügen: Eine kollektiv erarbeitete vierteilige Dokumentation zur „Geschichte der KPD-Ortsgruppe Strausberg 1920-1946“. Hierbei handelt es sich um eine für die stadtgeschichtliche Forschung äußerst wichtige Materialsammlung aus dem persönlichen Nachlass von ehemaligen Mitgliedern der hiesigen Kommunistischen Partei. Dazu waren sehr zeitaufwendige Recherchen und unzählige persönliche Gespräche erforderlich, die vor allem vom Vorstandsmitglied Waltraud Hemberger sehr umsichtig und produktiv durchgeführt wurden. Mit dieser Tätigkeit erfüllte sie gleichzeitig ein Vermächtnis ihres viel zu früh verstorbenen Ehepartners, des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. em. Dr. habil. Horst Hemberger. Zu dem vom Vorsitzenden der Interessengemeinschaft Dr. sc. Horst Klein geleiteten Forschungsteam gehörten im weiteren Brigitte Matte, Klaus Freudenreich und Johannes Otto.

Die Dokumentation war auch die Grundlage für ein Werkstattgespräch, das am 24. Januar 2001 im Strausberger Heimatmuseum durchgeführt wurde. Den ca. 30 auf persönliche Einladung erschienenen Gästen lag weiterhin ein von Dr. Klein verfasstes Thesenpapier und ein Auszug aus der Geschichte der Strausberger KPD 1920-1946 sowie ein Abdruck der von W.I. Lenin im Jahr 1920 initiierten 21 Aufnahmebedingungen in die Kommunistische



Internationale vor. Die Veranstaltung gewann noch dadurch an Anschaulichkeit, da eine für die Öffentlichkeit erst ab 15. Februar bis 01. März geplante Sonderausstellung zur besagten Thematik schon an diesem Abend vorgestellt werden konnte und deren Gestaltung und Motto: „Kein Anlass zum Jubeln – kein Grund zum Vergessen“ ausnahmslos positiv aufgenommen wurde.

An der vom stellvertretenden Vorsitzenden des Geschichtsvereins, Dr. Peter Gerold, moderierten Diskussion nahmen als Gastreferenten der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Kommunismusforscher Dr. Wladislaw Hedeler und Dr. Horst Helas (Berlin) teil. Damit war nicht nur ein fachwissenschaftlich kompetentes Forum für eine zweifellos schwierige Thematik gegeben, sondern auch eine begrüßenswerte Verbindung zwischen den nationalen bzw. zum Teil auch internationalen Forschungsergebnissen auf diesem Gebiet und regionaler Geschichte hergestellt, die in dieser Form nicht alltäglich sein dürfte. Dass es hierbei um ein noch relativ wenig erschlossenes, biografisch sehr schwer zu verarbeitendes Geschichtsthema und zugleich um eine kritische Sicht auf die SED-Geschichte und –Geschichtsschreibung gehen würde, war abzusehen. Insofern war der vom Moderator zu Beginn geäußerte Wunsch, den Charakter des Werkstattgesprächs zu wahren und die Diskussion nicht in eine propagandistische Linie zu drängen sicher angebracht. Die angemahnte Sachlichkeit wurde dann auch, trotz der sehr unterschiedlichen Lebenserfahrung und Sicht auf Geschichte, weitestgehend respektiert.

In seinen einführenden Darlegungen vermittelte Dr. Klein einen Überblick in die dreijährige Projektarbeit zur KPD-Geschichte, die sich im Prinzip an die 1994 begonnene Forschung zur Geschichte der Strausberger SPD anschloss und mit der nun nahezu ein übersichtliches Bild der hiesigen Arbeiterbewegung von seiner Entstehung an nachgezeichnet wurde. Er erinnerte an ein Goethewort, wonach der Zeitgenossen immer wieder herausgefordert ist, Geschichte neu zu schreiben, weil ständig weitergehende, umfassendere Einsichten gewonnen werden. Und er machte deutlich, dass gerade jetzt nach der historischen Wende von 1989/90 eine andere, ursachenerforschende Sicht auf die jüngere Zeitgeschichte gewonnen werden sollte. Gleichzeitig bedauerte er die nach seiner Ansicht zunehmende Abstinenz der politischen Parteien nicht nur auf dem Gebiet der eigenen Geschichtsforschung, sondern generell in Hinblick auf eine theoriwissenschaftliche Unterlegung ihrer Identität und



*Foto r. a. Eröffnung der Ausstellung, v. r. n. l. Klein, Hemberger, Matte, Schwarze*

Zielvorstellungen. Politische Themen der gesellschaftlichen Entwicklung würden heute bereits stärker und konstruktiver in Vereinen debattiert, wovon die Strausberger Interessengemeinschaft ein beredtes Zeugnis ablege. Der gewählte methodische Ansatz der geleisteten Arbeit sei in diesem Fall, entgegen früherer Publikationen, eindeutig die biografische Forschung gewesen. Es sei vorrangig darum gegangen, das wirkliche Leben und Denken der Strausberger Kommunisten und deren mutige Auseinandersetzung mit dem Faschismus aufzuhellen. Dabei hätten sich als inhaltliche Probleme die mit einem sehr militanten Feindbild gegenüber der SPD erfolgte Gründung der KPD-Ortsgruppe im Jahre 1920 und deren von Anbeginn erkennbare Einbindung in die 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale sowie blinde und illusionäre Nibelungentreue gegenüber Sowjetrusland erwiesen. Klein leitete daraus für sich als logische Konsequenz die notwendig mutige und kritische Einsicht ab, dass der Gegensatz zwischen dem stalinistischen Parteikommunismus und der Sozialdemokratie unversöhnlich war und schon deshalb die Version von einer „Einheit der Arbeiterklasse“ als linke Folklore zu bezeichnen sei, die es so objektiv nicht hätte geben können. Bedingt durch das Feindbild der KPD und deren Fremdsteuerung sei es letztlich auch gerechtfertigt, von einer „Zwangsvereinigung“



zur SED zu sprechen. Als Mitglied des Forschungsteams kam danach Klaus Freudenreich zu Wort. Er ist Verfasser der zur Dokumentation gehörenden 28seitigen Chronologie der KPD-Geschichte Strausbergs und Autor eines zweiteiligen Beitrages in der Regionalzeitung „IMPULSE“ der PDS.

Er ging davon aus, dass auch in Strausberg Bedarf für die KPD bestand. Der Gedanke von einem anderen, der Linie der SPD entgegengesetzten, „revolutionären Weg“, der u.a. in der Gründung der KPD Ausdruck gefunden hatte, machte um Strausberg keinen Bogen. Dennoch kam auch Freudenreich zu der Einschätzung, dass es den Strausberger Kommunisten bezüglich ihrer Teilnahme an den Wahlen in den zwanziger Jahren vornehmlich um Masseneinfluss ging mit dem Ziel: Sturz der kapitalistischen Gesellschaft. Nach seiner Einschätzung führte die Ablehnung des bürgerlichen Parlamentarismus, und damit der Weimarer Republik, sowie das Bekenntnis zum sowjetischen Vorbild zu der ebenfalls von Strausberger Kommunisten vertretenen Losung vom „Sowjetdeutschland“, die auch später, als der erbitterte Kampf gegen den Faschismus im Gange war, nicht aufgegeben wurde. Hinzu sei gekommen, dass man trotz mancher verbaler Abstriche bei der Sozialfaschismus-These blieb. Auch am Beispiel Strausberg erkennbar, führte das zu einem Zweifrontenkrieg der Kommunisten gegen Nazis und SPD. Dennoch, so warnte Freudenreich, sollte man sich davor hüten, den kommunistischen Parteimitgliedern persönliche Integrität, Ehrlichkeit und guten Willen abzusprechen. Wenn sie irrten, dann deshalb, weil die Partei irrte. Auf keinen Fall sollte man ihr Tun und Handeln mit heutigen Maßstäben messen, vor allem aber dürften aus dem Widerstreit der Linken nie wieder extreme Rechte nutzen ziehen können.

Daran anschließend entwickelte Dr. Hedeler seine bzw. die im Forschungsteam von Prof. Klaus Kinner erarbeitete Position zum Kommunismusbild, die sich teilweise von Kleins vorgelegten Thesen unterscheiden. So wurde ein unterschiedliches Herangehen an die Untersuchung des Parteikommunismus deutlich. Während Klaus Kinner von den relativ eigenständigen sozialen Wurzeln des deutschen Kommunismus und dessen zunächst vorhandenen Alternativfunktion nach der deutschen Novemberrevolution ausgeht, sieht Klein nach Auffassung von Hedeler eine zu lineare Verknüpfung des russischen und deutschen Parteikommunismus. Obgleich sich die zur Diskussion stehenden Thesen an Kinner's Arbeit „Der deutsche Kommunismus: Selbstverständnis und Realität“ orientierten, und es zu den allgemeinen historischen Rahmenbedingungen auch überwiegend Konsens gäbe, seien die Unterschiede zu thematisieren. Die Strausberger Projektarbeit sei eine zweifellos wertvolle und in den neuen Bundesländern seltene Leistung, die allen Respekt verdiene. In inhaltlichen Fragen solle allerdings die KPD-Ortsgeschichte nicht zu sehr am parteioffiziellen Bild, das die Parteipresse vermittelt hat, festgemacht werden. So monolith, wie sich die KPD gerne dargestellt habe, sei sie nicht gewesen. Das erwähnte Buch von Kinner lebe davon, die Spannungen innerhalb der KPD zu zeigen und die These, wonach der von der Oktoberrevolution intendierte Parteikommunismus gescheitert ist, umfassend zu begründen. Die aus den Thesen erkennbare Position, die kommunistische Geschichte als eine von Anfang an verfehlte Geschichte zu betrachten, sei nicht der Blickwinkel von Kinner. Hedeler vermerkte kritisch, dass sich Klein der ausgesprochen spannenden Frage nach der realen linkssozialistischen Alternative nicht stelle. Ein weiteres Problem sei die Frage der Parteitheorie. In Hinblick auf die putschistische Taktik der KPD, die Kinner kritisch analysiere, sei zu beachten, dass die Radikalität nicht in erster Linie ein Ergebnis von Weisungen eines ZK, sondern vor allem Ausdruck von sozialen und mentalen Problemen nicht unbeträchtlicher Schichten des Proletariats gewesen sei. Dr. Helas, der selbst vorwiegend in der Regionalforschung tätig ist, schloss sich diesen Gedanken an, wobei er nachdrücklich die methodische und akri-

bische Arbeit des vorgestellten Projekts würdigte. Im Gegensatz dazu sei der gegenwärtige Forschungsstand zur Arbeiterbewegung in der BRD jämmerlich. Auch er stellt die Frage nach einer realen Alternative und verwies auf die Notwendigkeit, die Vielfalt von Strömungen in der KPD zu erkennen. Das beträfe auch das Selbstverständnis, wie sich SPD und KPD in jener Zeit verstanden hätten. So seien Ansätze in der SPD, über die Vorkriegssozialdemokratie hinauszukommen, von den 21. Aufnahmebedingungen der KI im Jahre 1921 begrenzt worden.

In der weiteren Diskussion würdigten Teilnehmer überwiegend im Konsens die Präsentation der Forschungsarbeit, die einen objektiven Einblick in das Wirken der hiesigen KPD vermitteln und für weitere Gesprächsrunden genutzt werden sollte. Kritik kam vom Strausberger Historiker Dr. Barthel. Nach seiner Meinung betone die Dokumentation übermäßig stark die biografische Darstellung. Geschichte sei mehr als die Summe von Lebensläufen. Man müsse mehr von Tatsachen ausgehen und dann werten. Die Thesen seien tendenziös, da sie das Linkssektierertum in der KPD überbetonen würden. Es hätten durchaus Ansätze für eine Einheitsbewegung gegeben, die allerdings von der SPD abgeblockt worden seien. Auch in Strausberg wäre die Enttäuschung über den Verlauf der Novemberrevolution und die Männer, die dann in der Regierung saßen, spürbar gewesen. Schließlich hätte die KPD dadurch entstehen können, weil SPD-Führer die Revolution im Blut erstickt hätten.

Im Weiteren knüpften die inhaltlichen Fragen vorwiegend an die von Hedeler vorgelegte Sicht und primär an eigene Erfahrungen an. Unterschiedlich waren der Zugang zu den tieferen Zusammenhängen der Kommunisten-Geschichte und die kritische Verarbeitung des Scheiterns dieser sozialistischen Version. Es war aber auch nicht zu übersehen, dass nur wenige Teilnehmer den debattierten Stand der Kommunismusforschung und die von Klaus Kinner vorgelegte Arbeit kannten und sich schon deshalb nicht in die strittige Diskussion zwischen Klein und Hedeler einmischen wollten. So blieb es dann durchaus sachlich bei den theoretisch noch weitestgehend unverarbeiteten persönlichen Erfahrungen und Wertungen.

In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2/2001, S. 122 ff. Foto ( r. a.) Waltraud Hemberger bei der Ausstellungseröffnung im Gespräch Horst Fröhlich (CDU), Christel Kneppenber, Dr. Reiner Schwarze, Dankwart Brinksmeier und Joachim Schulze.

*Siehe: Horst Klein: Zur Geschichte der Ortsgruppe der KPD Strausberg 1920 bis 1946. Dokumente einer Sonderausstellung im Museum Strausberg vom 15.2.-8.3.2001. In: Strausberger Studie zur Geschichte ; 29 / 1. CD-ROM, Strausberg, 2003*

## **So eine Rosa hatten wir noch nicht gekannt!**

von Rolf Apel

Es ist schon ein Kreuz mit den Persönlichkeiten in der Geschichte. Vieles, was das Gesamtbild dieser Menschen ausmacht, wird erst nach Jahrzehnten und manchmal nach Jahrhunderten in seinen Details bekannt, sei es durch Nachlässe, aufgefundene Schriften, durch Aussagen von Zeitzeugen oder das Öffnen bisher verschlossener Archive. Leben und Werk von Rosa Luxemburg sind ein Beispiel dafür. Wenige Tage nach dem 80. Jahrestag ihrer bestialischen Ermordung durch die Freikorpskavallerie standen sie im Mittelpunkt eines Diskussionsabends der Veranstaltungsreihe „Disput“ im Klub am See. Die Organisatoren hatten eine glückliche Hand, Prof. Dr. Annelies Laschitzka als Diskutantinnen und Gesprächspartnerinnen dafür zu gewinnen. Sie ist Autorin der Rosa-Luxemburg-Biographie „Im Lebensrausch, trotz alledem“, die im Jahr 1996 im Aufbau-Verlag erschienen ist, und als Teilnehmerin an den zwischen 1973 und 1998 stattgefundenen Internationalen Rosa-Luxemburg-Tagungen eine beneidenswerte Wissenschaftlerin, die schon sehr früh die verordnete begrenzte

Sicht der Luxemburg-Forschung in der DDR überspringen konnte. Obgleich sich das damals noch nicht gleich in umfassenden Ergebnissen niederschlug. Heute verdanken wir ihr ein umfassendes Lebensbild von Rosa Luxemburg, das die Individualität und den Gedankenreichtum dieser bemerkenswerten Frau und Revolutionärin, aber auch die Widersprüche in ihren Schriften und theoretischen Ansichten in bisher nie gekannter Breite und Tiefgründigkeit aufhellt. Einige Einblicke in dieses Bild erhielten die Teilnehmer der Disput-Veranstaltung an diesem Abend.

Und es war kein Zufall, dass in den Ausführungen von Prof. Laschitza das unvollendete Luxemburg-Manuskript „Zur russischen Revolution“ einen breiten Raum einnahm. Wird doch gerade im Umgang mit dieser Schrift deutlich, wie schwer sich die kommunistische Bewegung mit theoretischen Darlegungen und Einschätzungen ihrer Persönlichkeiten getan hat, vor allem dann, wenn sie nicht in das Dogma der vom Stalinismus geprägten Interpretation des Marxismus-Leninismus passten. Indem Lenin und 1931 besonders auch Stalin in der Endkonsequenz ein vernichtendes Urteil über dieses Manuskript fällten, so Prof. Laschitza, „öffneten sie der einseitigen Auswertung und diversen Fehlinterpretationen Tür und Tor. Im Zuge der Bolschewisierung der kommunistischen Parteien wurden die Ansichten Rosa Luxemburgs, die mit Lenins Auffassungen nicht konform gingen, als ‚Luxemburgismus‘ verketzert und als Antisowjetismus verschmäht. Gegen Menschen, die sich auf die kritischen Warnungen vor Entartungen im Sozialismus und auf das humanistische Anliegen im Gesellschaftskonzept Rosa Luxemburgs beriefen, wurde Feindseligkeit geschürt“. Das hatte auch Auswirkungen auf das Rosa-Luxemburg-Bild in der DDR. Erst 1974 wurde das Manuskript „Zur russischen Revolution“ in den Band 4 der „Gesammelten Werke“ Rosa Luxemburgs aufgenommen. Bis dahin war es nur in der umstrittenen Erstausgabe von Paul Levi (Mitglied der KPD-Zentrale, 1921 Ausschluss aus der KPD) und in Nachdrucken in westeuropäischen Verlagen zu lesen. Doch die Veröffentlichung, die im Zusammenhang mit dem 100. Geburtstag von Rosa Luxemburg stand, vollzog sich nach Aussagen von Prof. Laschitza nicht ohne Probleme und Widerstände. Sie erfolgte letztendlich, um einem weiteren Verlust an Glaubwürdigkeit entgegenzutreten. Doch die damals erfolgte offizielle Drucklegung der Streitschrift von Rosa Luxemburg änderte nichts an der Tatsache, dass ihr innewohnender „kritisch-kreativer Geist und die besorgten Warnungen vor Fehlentwicklungen im Sozialismus“ weiterhin unbeachtet und unausgewertet blieben. Nach Auffassung von Prof. Laschitza „verkam das Verhältnis der Partei- und Staatsführung der DDR zur Revolutionärin Rosa Luxemburg zu einem plakativen Heroenkult“. In diesen Zusammenhang gestellt, erhält der berühmte Satz von der „Freiheit des Andersdenkenden“ durchaus eine bestimmte Symbolik. So ist es auch verständlich, dass an diesem Abend nicht wenige der Teilnehmer zum Ausdruck brachten, eine solche Rosa bisher nicht gekannt zu haben. Und viele werden die feste Überzeugung mit nach Hause genommen haben, dass es wert ist, sich mit dieser Persönlichkeit näher zu beschäftigen. Oder so sehen wie es in dem Buch von Annelies Laschitza „Die Welt ist so schön bei allem Graus“ abschließend heißt: „Da Rosa Luxemburg zutreffende Prophezeiungen über Entwicklungen im Kapitalismus und Sozialismus im 20. Jahrhundert hinterlassen hat, da sie anregende Lehren aus über zwanzig Jahren Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und -kämpfe gezogen hat, die von der Geschichte bestätigt oder als Irrtum überwunden worden sind, wird sie auch über die bevorstehende Jahrhundertwende hinaus interessant bleiben.“

In: BAB, Nr. 6/1999



**„Wer hat uns verraten?“**  
**Legenden und Verdrehungen**  
**Kritische Fragestellungen zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie**  
**Diskussion in Strausberg<sup>i</sup>**  
von Rolf Apel

Gemeinsame Diskussionsveranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Potsdam, und der überparteilichen Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V. gehören nun schon seit einigen Jahren zum festen Bestandteil des politischen Lebens der Stadt Strausberg und sind nicht zuletzt Ausdruck einer erreichten Kultur des sachlichen Dialogs, der bisher wesentlich dazu beigetragen hat, geschichtswissenschaftliche Impulse und Argumente für den konstruktiven Umgang mit schwierigen Fragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu vermitteln. Auch die zuletzt am 21. Oktober 1998 durchgeführte Veranstaltung wurde diesem Anspruch gerecht. Das Thema: „Wer hat uns verraten...?' Legenden - Verdrehungen - Vorurteile. Agitation und Propaganda zur Geschichte der SPD und ihr realer Hintergrund“, das zugleich an die deutsche Novemberrevolution vor 80 Jahren erinnern und kritisch die Rolle der deutschen Sozialdemokratie im besonderen und der Arbeiterbewegung im allgemeinen beleuchten sollte, gab von vornherein breiten Spielraum für eine interessante und strittige Diskussion, zu der sowohl die Referenten, Prof. Dr. Siegfried Heimann (SPD-Geschichtskommission Berlin), Prof. Dr. Heinz Niemann (Berlin) und Dr. Horst Klein (Vors. d. Geschichtsvereins) als auch die mehr als 50 Teilnehmer, überwiegend aus dem Umfeld der PDS, beitrugen.

Drei Schwerpunkte hatte zunächst Moderator Dr. Martin Bock in Aussicht gestellt: 1. Ursachen und Hintergründe der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion im August 1914. 2. Die Haltung und Verantwortung der SPD in der Novemberrevolution und ihre Folgen. 3. Die Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik 1933. Wie in allen vorangegangenen Veranstaltungen waren für die Diskussion erneut solide geschichtswissenschaftliche Kenntnisse charakteristisch, deren Niveau wiederum wesentlich von neueren Forschungsergebnissen bestimmt wurde, aber auch seine Zeit beanspruchte. Der dreieinhalbstündige Meinungsaustausch konzentrierte sich dann auch vor allem auf die ersten beiden Schwerpunkte, und nur in Ansätzen konnten Fragen des dritten Komplexes besprochen werden. Zunächst wurde von den drei Diskutanten Übereinstimmend der Begriff „Verrat“ an die Adresse der SPD als „wenig hilfreich und nicht tauglich“ für eine kritische Geschichtsbetrachtung abgelehnt. Prof. Heimann machte deutlich, dass es sich hierbei um einen auch inzwischen verschlissenen Kampfbegriff handle, dessen Benutzung ohne Zweifel die Sicht für die wirkliche Geschichte weitestgehend versperrt. In dem Vorwurf komme allerdings – „wenn er denn ernst gemeint war - eine große Nähe zur Sozialdemokratie zum Ausdruck: Wer sich verraten fühlt, muss einmal hohe Erwartungen in die SPD gesetzt, mit Programm und Praxis der SPD große Hoffnungen verknüpft haben“.

Auch für Prof. Niemann ist der Begriff „Verrat“ keine geschichtswissenschaftliche Kategorie, sondern gehöre in den Bereich der Ethik, der Moral und des politischen Kampfes. Er räumte allerdings ein, dass sein Gebrauch „damals“ unter bestimmten Umständen angemessen war, zumal es in der sozialdemokratischen Partei verschiedene Strömungen gegeben habe, die zu einem erheblichen Teil von der Parteiführung ein „anders Verhalten“ erwartet hatte und deshalb mit dem Begriff „Verrat“ durchaus etwas anfangen konnte.

Nach der Auffassung von Prof. Heimann, der sich wiederholt für die Notwendigkeit kritischer Fragestellungen zur SPD-Geschichte aussprach, habe das damals gepflegte Bild von der Sozialdemokratie nicht mit der Organisation Übereingestimmt. Der Historiker habe die Frage nach dem Widerspruch zwischen Programm und Praxis der SPD zu untersuchen, und dazu gehörten letztlich auch Fragen nach den Ursachen von Versäumnissen und dem Versagen der deutschen Sozialdemokratie in bestimmten historischen Phasen sowie nach möglichen Alternativen. Dabei sollten jedoch stets die tatsächlich gegebenen Handlungsspielräume, die überwiegend gering gewesen seien, in Betracht gezogen werden. So habe es für die einstimmige Kriegskreditbewilligung durch die SPD-Reichstagsfraktion im August 1914 verschiedene Motive gegeben. Sie resultierten nach seiner Meinung erstens aus der Furcht vor einem neuen Sozialistengesetz, also der Furcht vor dem Verbot der Partei, der Zerschlagung der Organisation und der Verfolgung der Mitglieder. Die damalige Militärbehörde habe alle denkbaren Verfolgungsmaßnahmen vorbereitet. Da die SPD von einem kurzen Kriegsverlauf ausging, sollte für späteres, schlagkräftiges Handeln die Organisation intakt bleiben. Prof. Heimann konstatierte jedoch, dass mit der Länge des Krieges dieses Argument immer brüchiger wurde. Für die Mehrheit der Parteimitglieder und der Parteiführung sei ein zweites Motiv entscheidend gewesen, nämlich die Überzeugung, dass Deutschland gegen das reaktionäre zaristische Russland einen Verteidigungskrieg führe und damit die europäische Zivilisation und die sozialistische Bewegung vor der russischen Barbarei zu schützen habe. Und alle hätten sich auf August Bebel berufen, der mehrfach davon gesprochen hatte, dass auch er noch einmal die Flinte auf dem Buckel nehme, wenn es gegen den russischen Bären ginge. Für einen Teil der Sozialdemokraten, vor allem für die Gewerkschaftsfunktionäre, sei als ein drittes, ein innenpolitisches Motiv hinzugekommen. Diese Gruppe sei bereit gewesen, die internationalen Kontakte aufzugeben, um nicht der nationalen Unzuverlässigkeit bezichtigt zu werden. Dafür hätten sie sich nicht zu Unrecht innenpolitische Reformen und staatliche Anerkennung als Interessenvertreter der Arbeiter erhofft. Alle drei Motive seien begründet auf einer sozialdemokratischen Identität, die schon lange vor 1914 ausgebildet gewesen sei, wobei Prof. Heimann ausdrücklich „Überspitzungen“ einräumte, die einzelne sozialdemokratische Führer zu verantworten hätten. Hinzu sei eine ausgeprägte Kriegseuphorie bei Kriegsausbruch nicht nur in der Arbeiterbewegung, sondern noch vielmehr in der gesamten Bevölkerung gekommen. Sein Resümee: Das Dilemma der Partei vor und auch noch während des Weltkrieges sei es gewesen, dass die Sozialdemokratie „in der Praxis nicht konsequent reformistisch und nicht konsequent revolutionär war“, woraus damals und bis heute noch Illusionen darüber entstanden seien, was die SPD zu leisten imstande war und darüber verkannt worden sei, was sie tatsächlich geleistet hat. Prof. Niemann, dessen Lebenswerk in der Erforschung der Geschichte der deutschen und internationalen Sozialdemokratie besteht und der in der DDR über Jahrzehnte an der Humboldt-Universität eine Lehrtätigkeit ausgeübt hat, schloss sich der von Prof. Heimann dargelegten Sicht an, betonte allerdings, dass er auch den Begriff „Versagen der SPD“ für politisch überzogen halte. Vielmehr gelte es, die tatsächlichen Handlungsspielräume und die Tatsache zu berücksichtigen, dass die deutsche Sozialdemokratie den Herausforderungen der damaligen Zeit nicht voll gewachsen gewesen sei.

Ähnlich ergänzte dann auch Dr. Horst Klein, der im Weiteren auf methodische Aspekte des Umgangs mit Geschichte verwies und betonte, dass die schwierig zu beurteilenden Ereignisse jener Zeit konkret-historisch zu betrachten seien. Dabei gelte es zu berücksichtigen, dass in der SPD zur Zeit August Bebel's bereits seit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 die Haltung zu Kriegskrediten von der Frage

Verteidigungs- oder Angriffskrieg abhängig gemacht worden sei. Die oft zitierte Losung „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ könne nach der vorliegenden Quellenlage nicht Bebel zugeordnet werden, sondern sei eine Kampfparole der jungen SPD gewesen, mit der regelmäßig der Gesamtetat des kaiserlichen Staates abgelehnt worden sei. Indessen habe sich die Bebelsche Partei stets zur Vaterlandsverteidigung bekannt, und so sei letztendlich der geistige Boden für die Entscheidung 1914 vorbereitet gewesen.

In der Diskussion bemängelte Dr. Barthel, dass von den Diskutanten in den Ausführungen nicht ausreichend der Charakter des Krieges dargestellt wurde. Und er ergänzte, dass die Sozialdemokraten wie das ganze deutsche Volk von der Reichsregierung über die langfristige Kriegsvorbereitung getäuscht wurden. Prof. Wittich lobte vor allem, dass die Referenten auf moralisierende Wertungen verzichtet und sich auf wissenschaftlich belegbare Zusammenhänge konzentriert hätten. Er warnte allerdings davor, neue „Dogmen und Legenden“ in der Gegenwart aufzubauen, wie z.B. von der „Zwangsvereinigung“ und dem „Unrechtsstaat DDR“.

In der Diskussion des zweiten Schwerpunktes zur Novemberrevolution wurde deutlich, dass die vom Sozialdemokraten Philipp Scheidemann am 9. November 1918 ausgerufene „Deutsche Republik“ dem realen Charakter der bürgerlich-demokratischen Revolution entsprach, sie aber dennoch darüber hinaus viele Facetten in ihrer Charakterisierung aufwies. Der Rat der Volksbeauftragten habe im Dezember 1918 mit einem Mehrheitsvotum der „Arbeiter- und Soldatenräte“ die Entscheidung für eine Nationalversammlung und eine demokratische Verfassung getroffen, womit der Boden für die Weimarer Republik bereitet war. Während die Revolution vor allem von Friedrich Ebert und anderen Sozialdemokraten nicht gewollt war und sie schon in der Ausrufung der Republik einen Faktor der staatlichen Instabilität gesehen hätten, sei sie mit ihrem demokratischen Ansatz von der Mehrheit der Arbeiterschaft getragen worden.

Einig waren sich die Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung ohne Zweifel darin, dass eine sozialistische Republik nach bolschewistischem Vorbild nicht auf der Tagesordnung stehen konnte. Prof. Heimann machte in diesem Zusammenhang allerdings deutlich, dass die damals instrumentalisierte Gefahr einer „bolschewistischen Diktatur“ ein Popanz gewesen sei. Eine solche Gefahr habe weder zum Jahreswechsel 1918/19 und auch später zu keinem Zeitpunkt bestanden. Prof. Niemann nannte mehrere Dogmen, die eine unbefangene Bewertung der Novemberrevolution erschweren: 1. Die Illusion von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Russland, die irrtümlich als epochaler und weltweiter Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gedeutet wurde. 2. Die Vorstellung, wonach damals die objektiven Voraussetzungen einer sozialistischen Revolution auch in Deutschland vorhanden gewesen sein sollten und lediglich der subjektive Faktor, d.h., die revolutionäre Partei (KPD) zu spät gegründet worden sei und die SPD in ihrer historischen Aufgabe versagt hätte. 3. Die Unterstellung, dass sich die SPD mit den reaktionären Kräften verbunden und damit den Niedergang der Weimarer Republik zu verantworten habe.

Dr. Klein verwies auf neue Forschungsergebnisse in Deutschland und Russland, die den Oktoberumsturz durch die Bolschewiki nicht mehr als „sozialistische“ Revolution bezeichnen, für die auch keine sozialen Voraussetzungen, wie z. B. ein starkes Industrieproletariat, bestanden habe. In Ergänzung der von ihm hervorgehobenen Fortschritte und sozialen Errungenschaften, die von der deutschen Novemberrevolution ausgingen, hoben die Professoren Niemann und Heimann übereinstimmend hervor, dass jedoch objektiv Spielräume und Möglichkeiten für einen weitergehenden Demokratisierungsprozess bestanden haben, die leider von der SPD nicht konsequent genutzt wurden. Das beträfe vor allem die Ergänzung der politischen durch die

wirtschaftliche Demokratie. Konsens ergab auch die Bewertung der Rolle Gustav Noskes, des zuständigen Volksbeauftragten für das Militär, die ohne Zweifel zum unrühmlichen und sehr kritikwürdigen Erbe der SPD gehöre.

Kritisch setzten sich die Referenten mit der von Dr. Müller in der Diskussion sehr selbstbewusst vorgetragenen Behauptung auseinander, die SPD habe im „Vorwärt“ zur Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts aufgerufen. Gemeint ist ein Gedicht in der sozialdemokratischen Zeitung, das sich nach Ansicht von Prof. Heimann ganz im Gegenteil gegen Mord und Blutvergießen wandte. Er wies auch konsequent die These des Strausberger Historikers Dr. Barthel zurück, der behauptet hatte, das „Versagen“ der SPD im November 1918 habe den Niedergang der Republik 1933 vorbereitet. Nach Heimann ist das eine der ideologischen Facetten der von der KPD propagierten Sozialfaschismustheorie. Fragen gab es auch zu den Gründen für die vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert angeordnete Absetzung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen.

Dazu wurde von Dr. Klein auf unrealistische und mit der „Offensivtheorie“ begründete Aufstandspläne der KPD, die auch in Sachsen über bewaffnete Hundertschaften verfügt habe, verwiesen. Ebert habe nicht als Parteimann gehandelt, sondern gemäß Artikel 48 der Verfassung, nach der er gegen alle Versuche des Sturzes der Weimarer Demokratie habe vorgehen müssen. In der weiteren Diskussion, die nur Einzelfragen des Scheiterns der Republik 1933 berühren konnte, wurde hervorgehoben, dass die tieferen Ursachen dafür keinesfalls in der Spaltung der Arbeiterbewegung und in ihren unüberwindbaren Gegensätzen zu suchen sind, sondern in der von Anfang an gegebenen Feindschaft des mächtigen Bürgertums und des gestürzten Adels gegen die junge und instabile Demokratie. Zu beachten sei auch, was häufig in Vergessenheit gerät, dass die SPD mit der Wahl der ersten Regierung 1919 (Koalition mit USPD, Zentrum und DDP) keine parlamentarische Mehrheit bekam und auch in späteren Regierungen nur kurzzeitig mit einigen Ministern beteiligt gewesen sei. Bürgerliche Koalitionen haben bekanntlich ihre Grenzen. Von mehreren Teilnehmern wurde angeregt, die Diskussion zum Problemkreis „Entwicklung und Niedergang der Weimarer Republik“ unbedingt in einer weiteren Veranstaltung fortzusetzen.

In: DISPUT, 11/1998, S. 38 f.

## **Was „linke Folklore“ nicht einsehen möchte Der Graben zwischen SPD und KPD war unüberbrückbar!**

von Rolf Apel

Diskussionsabende zu neuesten historischen Forschungsergebnissen gehören auch in diesem Jahr wieder zum festen Bestandteil des Veranstaltungsprogramms der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V., die sie in bewährter Weise zu ausgewählten Themen gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Potsdam, durchführt. In Fortsetzung einer Veranstaltung vom Oktober 1998 (DISPUT berichtete im Heft 11/98) standen am 17. März kritische Fragestellungen zur Weimarer Republik auf der Tagesordnung im Klub am See. Moderiert von Dr. Martin Bock, wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, stellten sich die Professoren Dr. Siegfried Heimann (SPD Berlin), Dr. Klaus Kinner (PDS Leipzig) und Dr. Heinz Niemann (Berlin) dem Thema: »Wer hat uns verraten ...? Legen- den - Verdrehungen - Vorurteile: Agitation und Propaganda zur Geschichte der Sozialdemokratie vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik 1933«. Die nahezu 60 Gäste, darunter auffallend viele Jugendliche vom Strausberger Gymnasium, verfolgten sehr aufmerksam die fast dreistündige Diskussion äußerst anspruchsvoller historisch-wissenschaftlicher Darlegungen der drei Diskutanten, die einerseits wohl so kaum in einem Schulbuch zu finden sind und alle auch andererseits solide Detailkenntnisse voraussetzten. Zuweilen entstand allerdings der Eindruck der Überforderungen von Teilnehmern mit durchschnittlichen Geschichtskenntnissen, was Professoren und Moderation auch berücksichtigen sollten.

Ein wesentlicher Diskussionspunkt beschäftigte sich mit den Ursachen des Scheiterns der ersten parlamentarischen Republik in Deutschland, insbesondere mit der Fragestellung, ob die Spaltung der Arbeiterklasse und der Gegensatz zwischen SPD und KPD letztendlich die Machtergreifung des Faschismus und somit das Ende der jungen Demokratie begünstigt oder sogar verursacht haben.

Prof. Heimann räumte in seinen Ausführungen durchaus Versäumnisse der SPD in der Novemberrevolution ein, hob aber gleichzeitig die unbedingte Treue der Mehrheit ihrer Mitglieder zum demokratischen Staat und zur Verfassung hervor. Nach seiner Meinung habe die SPD in jener Zeit einen regelrechten „Verfassungspatriotismus“ gezeigt, den allerdings Prof. Niemann eher als „blinden Glauben an die Verfassung“ akzentuierte. Nach Heimann habe die SPD alles versucht, legal und verfassungskonform gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen, die auf eine Wirtschaftsdemokratie mit Gemeinwirtschaft und auf ein kollektives Arbeits- und Sozialrecht gezielt hätten. Dabei habe die Partei durchaus Erfolge erzielt, die keinesfalls nur eine bloße Verschönerung der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet hätten. Er verwies dabei auf die Durchsetzung der „Arbeitslosenversicherung“ im Jahre 1927. Heimann verteidigte die damalige Praxis der Zusammenarbeit der SPD mit bürgerlichen Parteien nach der Devise „Koalition statt Opposition“ mit dem Ziel, „wenigstens etwas von der eigenen Programmatik umsetzen zu können“ - und zumindest bis 1928 sei sie damit gut gefahren. Steigende Mitglieder- und Wählerzahlen sowie parlamentarische Erfolge seien der Beweis. Diese graduelle Reformpolitik sei jedoch kein Konzept für schlechte Zeiten gewesen. Das hätte sich gezeigt, als mit den immer größer werdenden sozialen Folgen der Wirtschaftskrise die Arbeitslosenzahl millionenfach stieg. Als erste Überlegungen aufgekommen seien, der Massenarbeitslosigkeit zu begegnen, habe die SPD für die Durchsetzung solcher Pläne keine politischen Partner mehr besessen. Die bürgerlichen Parteien hätten sich zunehmend radikalisiert und den

demokratischen Konsens mit der SPD aufgekündigt. Gegenüber den konservativ-reaktionären Regierungen - beginnend mit Brüning und sich fortsetzend mit den wechselnden Präsidialkabinetten - hätte die SPD keine andere Antwort gefunden, als sie zu tolerieren, um damit das Schlimmste, nämlich den aufkommenden Nazismus, zu verhüten.

Während Heimann die Auffassung vertrat, die SPD sei sich der nazistischen Gefahr durchaus bewusst gewesen, und ihre Faschismusanalysen hätten bemerkenswert realistische Züge aufgewiesen, nur über die Zeitdauer eines möglichen faschistischen Regimes hätte es Illusionen gegeben, war Niemann der Meinung, dass die damalige sozialdemokratische Führung die faschistische Gefahr unterschätzt habe, denn man habe 1931 die Meinung vertreten, der Faschismus sei nur in unterentwickelten Ländern wie z. B. in Italien möglich, nicht aber in Deutschland.

Einen breiten Raum nahm bei der Erörterung der Problematik „Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik“ selbstredend das Verhältnis zwischen SPD und KPD ein. Prof. Kinner ging in seiner Einschätzung davon aus, dass die gerade entstandene Kommunistische Partei den I. Weltkrieg als „Urkatastrophe“ ansah, als Endkrise des kapitalistischen Systems, die in der Weltrevolution münden würde. Diese Grundstimmung habe letztendlich das „Ankommen“ der Kommunisten und ihrer Sympathisanten in der Realität der Weimarer Demokratie, dass durch die Dominanz des Konservatismus ohnehin extrem erschwert gewesen sei, noch schwieriger gestaltet. Darüber hinaus sei die KPD nie über den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hinweggekommen. Diese These wurde von Niemann erhärtet, der ebenfalls kritisch anmerkte, dass sich die KPD nie von der Hauptrichtung „Kampf um die sozialistische Revolution“ habe abbringen lassen, getreu der Auffassung Stalins, dass Deutschland für diesen Kampf reif sei. Nach diesem Verständnis habe sich nach Meinung aller drei Diskutanten die logische Konsequenz für die KPD ergeben, die Sozialdemokratie als Haupthindernis auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats zu überwinden. Und sie habe daraus, wenn auch hin und wieder etwas aufgelockert, dann aber wieder verschärft, ihr Hauptziel abgeleitet: Zerschlagung des Masseneinflusses der Sozialdemokratie! Innerhalb dieses Grundrasters habe die Politik der KPD zwischen der Akzentuierung auf die Auseinandersetzung mit der NSDAP oder der SPD geschwankt.

Für Heimann folgte daraus, dass es unter diesen Bedingungen eine Einheitsfront der Arbeiter nicht geben konnte. Während die sozialdemokratische Bewegung eindeutig auf den parlamentarischen Weg setzte, sei die KPD nicht gewillt gewesen, diese Spielregeln anzuerkennen und einzuhalten.

Der Graben zwischen SPD und KPD sei letztlich unüberbrückbar, die Differenzen zwischen ihnen nicht graduell, sondern prinzipiell gewesen. Eine Vereinheitlichung ihres Handelns aus diesem Grunde unvorstellbar. Selbst wenn der Versuch dazu gemacht worden wäre: die SPD hätte dazu ihre Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Mitte aufkündigen müssen und dabei unter dem Strich nur wenig oder gar nichts gewonnen.

Es sei jedoch erforderlich, seit Beginn der 30er Jahre erneut von Versäumnissen der Sozialdemokratie zu sprechen. So hätte die SPD keine Konsequenzen gezogen, als 1931/32 erkennbar wurde, dass der bürgerliche Partner begann, die Fronten zu wechseln. Ihre Politik des untätigen Abwartens hätten damals viele Mitglieder nicht mehr verstanden.

Dennoch war der „hilflose Zustand der Sozialdemokratie“ für Heimann nicht die Ursache für das Scheitern der Weimarer Demokratie. Für Heimann war die Zusammenarbeit von SPD, Zentrum und Demokratischer Partei und partiell mit der Deutschen Volkspartei die Basis für den Bestand der Weimarer Republik. Das seien die

einzigsten und zunächst starken politischen Kräfte gewesen, die sich zur Republik bekannt hätten. Mit dem Zerschlagen dieser Basis sei auch das Scheitern der Weimarer Republik vorprogrammiert gewesen.

Eindeutig war auch die Meinung zum Erfolg einer möglichen Einheitsfrontpolitik, die Prof. Kinner als ein „taktisches Vehikel“ bezeichnete. Es gehöre zu den gut gepflegten Legenden linker Folklore zu behaupten, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse hätte den Faschismus verhindern können. Das sei schon rein rechnerisch angesichts einer rechtskonservativen und faschistischen Dominanz nicht möglich gewesen.

Es sei aber Tatsache, dass die KPD trotz des heroischen Einsatzes Zehntausender ihrer Mitglieder im Kampf gegen den Faschismus nicht alles getan habe, das faschistische Regime zu verhindern. Ihre fehlgeleitete Strategie und ihr Kampf an den falschen Fronten hätten dazu geführt, die Hitlergegner zu schwächen.

Für Kinner bewirkten demzufolge „Revolutionarismus auf der einen Seite, Legalismus auf der anderen Seite einen Zustand der Selbstblockade und der Lähmung, in dem der Faschismus ohne nennenswerten Widerstand an die Macht geschoben werden konnte“.

Am Ende der Diskussion räumten Prof. Kinner und Heimann einen strukturellen Fehler der Debatte ein. Sie bemängelten die praktizierte finale Geschichtsbetrachtung, indem man den ganzen Abend versucht habe, die Weimarer Republik von ihrem Ende her betrachtet zu haben. Erforderlich wäre eine Diskussion darüber gewesen, welche Chancen und realen Entwicklungsmöglichkeiten sie hatte und welchen Platz sie in der deutschen Geschichte einnimmt.

In: DISPUT, 4/1999, S. 34 f.

### **Über den schwierigen Umgang mit dem Begriff „Verrat“ und „Verräter“**

von Rolf Apel

„Verrat? – Fakten, Fiktionen, Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts“ lautete das Thema einer wissenschaftlichen Tagung, die gemeinsam von der bundesweiten Rosa- Luxemburg-Stiftung und dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 26. September 2003 in Berlin durchgeführt wurde. In einer außerordentlich angenehmen Atmosphäre, die besonders durch hohe Sachlichkeit, bemerkenswerte Toleranz in den dargelegten Auffassungen und gegenseitige Achtung geprägt war, entwickelte sich bei wechselnder Podiumsbesetzung eine lebhaft diskutierte Diskussion zu den jeweiligen Grundsatzbeiträgen und Kurzvorträgen in dem vorwiegend aus Historikern und Literaturwissenschaftlern bestehenden Forum. Und es wurde von Anfang an die Tatsache sichtbar und durchdrang den gesamten Verlauf der Konferenz, wie notwendig und gleichzeitig aktuell die Themenstellung war, zumal bei der ohne Zweifel vielfach vorhandenen, vielseitigen Literatur eine umfassende interdisziplinäre Auseinandersetzung um einen so zentralen, aber gleichzeitig auch vielfach missbrauchten Begriff in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts bisher ausgeblieben ist. Um es gleich vorweg zu nehmen: Diese wissenschaftliche Tagung konnte nur der Anfang sein. Vieles blieb weiterhin offen und ruft geradezu nach einer Fortsetzung, wenn möglich schon in absehbarer Zeit. Darin waren sich die Teilnehmer ausnahmslos einig.

Durchgängig in den Vorträgen und in der Diskussion war das Bemühen um definitive Aussagen zum Verratsbegriff, um die Aufhellung seiner größtenteils fiktiven Inhalte und um die sachliche, wahrheitsgetreue Darstellung seiner tragischen Folgen für die Arbeiterbewegung insgesamt sowie für ungezählte Menschenschicksale. Neben der

Erörterung wichtiger theoretischer und ethischer Aspekte der Verrats-These nahmen die sehr oft katastrophalen Auswirkungen auf politische Parteien und Organisationen in konkreten Situationen, aber auch in historischen Dimensionen, einen wichtigen Platz in den Darlegungen ein. Dabei ist es weitestgehend gelungen, die im Zusammenhang mit Verrat kaschierten Handlungen und Argumentationen als Faktor politischer Praxis sichtbar zu machen und daraus beispielhaft die schmerzlichen Folgen auf die sozialistische Bewegung abzuleiten. Wenn auch auf Deutschland konzentriert, ging der Blick auf die internationalen Zusammenhänge, insbesondere auf die russischen Gegebenheiten, nicht verloren.

Als markante Zäsur wurde in verschiedenen Beiträgen der Verratsvorwurf der kommunistischen Linken gegenüber den Sozialdemokraten, insbesondere der populäre Slogan „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“, benannt und daraus die für das Wirken der Arbeiterparteien höchst problematischen Ausmaße der Entstehung von Feindbildern und deren Langzeitwirkung auf beiden Seiten abgeleitet. Nicht zuletzt machte die Tagung auch klar, dass Nachwirkungen bis heute in manchen dogmatischen Positionen erkennbar sind und die Notwendigkeit erörtern, aus dem historischen Studium der Anwendung des Verratsbegriffs im politischen Kampf Erfahrungen für die politische Streitkultur und für mehr Toleranz im gegenseitigen Umgang zu gewinnen, wozu der gesamte Tagungsverlauf durchaus als Beispiel dienen kann.

Mit seinen Ausführungen zum Thema „Das Trauma des Verrats in der Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis heute“ gab **Jürgen Hofmann (Berlin)** dem Forum einleitend eine sachliche und kritische Diskussionsgrundlage. Nach seiner Auffassung ist die Kategorie des Verrats in der Geschichte nicht neu. Was die marxistische Geschichtswissenschaft anbetrifft, gibt es den Begriff in der Historiographie. Er beschreibt eingrenzbar Vorgänge und bezieht sich auf Entscheidungen und Handlungen von Personen und Personengruppen, die im Gegensatz zu vorher deklarierten Zielen und Auffassungen stehen. Für Hofmann impliziert der Verratsvorwurf jedoch stets eine moralische Wertung, die abhängig vom Blickwinkel des Betrachters einerseits einen begrüßenswerten Frontwechsel erkenne, zum anderen aber die Opfer traumatisiere. Deshalb sei die Kategorie des Verrats für eine sachliche historische Analyse ungeeignet. Im weiteren Verlauf seines Vortrages und in der späteren Diskussion analysierte Jürgen Hofmann an Beispielen, wie sich die marxistische Geschichtsschreibung der These vom Verrat bediente und welche Wirkungen und Folgen sich daraus ableiten lassen. So habe man lange gebraucht, die Auffassung vom Verrat der Bourgeoisie in der 48er Revolution realistischer zu sehen und zu relativieren. Hinter der pauschalen Verurteilung ganzer Klassen und Schichten verberge sich ein übersteigertes Eigeninteresse und die Angst, dass andere Klassen zuviel Spielraum erlangen könnten. Davon abgeleitet, müsse auch die These vom nationalen Führungsanspruch der Arbeiterklasse gegenüber dem nationalen Verrat der Bourgeoisie eingehender diskutiert werden. Kurz skizziert wurde auch der Umgang mit Martin Luther in der DDR, dessen Verratsvorwurf gegenüber den Bauern im Bauernkrieg 1524-1526 erst in Vorbereitung auf das Lutherjahr 1983 überwunden worden sei. Eine Zäsur im Gebrauch des Verratsbegriffs leitete der Referent wie auch weitere Tagungsteilnehmer aus der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Jahr 1914 sowie aus den Ereignissen der Novemberrevolution in Deutschland ab. Insbesondere der hiervon ausgehende pauschale Verratsvorwurf an die deutschen Sozialdemokraten und seine nach den Worten von Jürgen Hofmann „gedankenlose Kolportierung“ habe zu einem wahren Trauma in der Arbeiterbewegung geführt und sich dauerhaft zu einem Feindbild verdichtet. Gleichzeitig sei in diesem Zusammenhang auch ein Zivilisationsbruch erkennbar. Während bis 1914 die Auseinandersetzung noch in menschlichen Bahnen verlaufen sei, habe sie danach militan-



te Formen angenommen, die nun auch den Mord mit einbeziehe. Mit der Entstehung verschiedener Arbeiterparteien könne man durchaus von einer neuen Dimension im Verratsvorwurf ausgehen, der nicht zuletzt auch eine „Sündenbocks-Funktion“ erhalten habe. Indem man die Schuld auf andere lenke, habe man die Möglichkeit, von eigenen Fehlleistungen abzulenken. Schließlich sei die Kategorie Verrat dazu genutzt worden, Kräfte in der eigenen Partei und damit vor allem Kontrahenten auszuschalten. Damit verbunden sei das tragischste Kapitel in der Arbeiterbewegung: der Stalinismus und seine unter dem Deckmantel des Verrats inszenierte enorme Säuberungswelle in den Kommunistischen Parteien. Zu erwähnen sei auch der Verratsverdacht in der antifaschistischen Widerstandsbewegung. Hier handle es sich größtenteils um persönliche Schicksale, die als Sonderfälle auch gesondert behandelt werden sollten. (Im verlaufe der Tagung war diesem Kapitel ein besonderer Abschnitt gewidmet).

Nach dem zweiten Weltkrieg, so legte Jürgen Hofmann dar, lebte die Verratskomponente in den Parteien wieder auf. Sie richtete sich gegen jene Politiker und Funktionäre, die ab Ende der 40er Jahre den Stalinschen Kurs nicht mitgehen wollten, wie zum Beispiel J.B Tito, der als Verräter abgestempelt wurde. Aber auch die SPD sei nicht frei vom Verratsvorwurf. Das sei am aggressiven, militanten Auftreten von Kurt Schumacher, aber auch in der Anwendung des Verratsbegriffs auf die Befürworter der Einheitspartei sichtbar geworden.

Neuerdings tauche der Begriff im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus wieder auf. So sei insbesondere im Zusammenhang mit dem Wirken Michail Gorbatschows eine neue Dolchstoßlegende im Entstehen.

Insgesamt, so resümierte Jürgen Hofmann, hatte der Vorwurf des Verrats eine verheerende Wirkung in der Arbeiterbewegung. Er habe immer in historisch entscheidenden Etappen eine Aufwertung erhalten, gekoppelt an vorangegangene und entstehende Entscheidungssituationen.

Mit dem Beitrag „Verrat und Denunziation. Intellektuelle in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ erläuterte **Karol Sauerland**, Professor für deutsche Literatur und Ästhetik an den Universitäten Warschau und Torun, die Verratsproblematik an der Haltung und den inhaltlichen Darlegungen in den Werken ausgewählter Schriftsteller wie André Gide, Leo Trotzki, Klaus Mann, Lion Feuchtwanger, Bertolt Brecht, Georg Lukács, Hanns Johst, Ernst Bloch, Hermann Kant u.a..

Als Ausgangspunkt wählte er die Bewegung von Intellektuellen vorangegangener Jahrhunderte, „den weniger oder nicht Gebildeten zu dienen, die sie als die eigentlich besseren Menschen ansahen“. Beginnend bei Rousseau und der Volkstümlerbewegung in Russland legte er dar, wie sich Intellektuelle jener Zeit an ein neues Bildungskonzept klammerten, wonach der Naturmensch gegenüber dem belesenen im Grunde der klügere sei. Er nannte als Beispiel Lew Tolstoj, der die Bauern als die klügeren charakterisierte, die sich ihre Einfalt bewahrt hätten, auf die Natur hörten und sich nicht von Bücherweisheiten und Kunstwerken, wie etwa von Shakespeare-Dramen oder Beethovens Musik verleiten ließen. Sauerland spannte den Bogen zu Intellektuellen, die „plötzlich bewusst einfache bodenständige Frauen heirateten, fürs Volk, den Bauern oder Proleten, schrieben, sich in den Dienst von Massenbewegungen stellten und sich ihrer Privilegien schämten, die darin bestanden, dass sie Universitäten absolvieren konnten, Fremdsprachen beherrschten und sophistisch zu denken und zu argumentieren vermochten“. Das führte nach Meinung des Referenten dazu, dass jene Intellektuellen glücklich waren, wenn sie von einfachen Menschen verstanden wurden. Jedoch habe dieser Sinn für Vereinfachungen ein Ausmaß angenommen, die letztendlich darin gipfelte, die Sprache und Denkart von Füh-

ern zu bewundern, wie das vielfach Stalin, aber auch Hitler gegenüber geschehen sei.

Ausführlich ging Sauerland im Weiteren auf das von Lion Feuchtwanger in seinem „Reisebericht für meine Freunde“ 1936 in Auseinandersetzung mit André Gide gezeichnete Stalinbild und auf die kritische Erwiderung durch Klaus Mann ein. Er stellte die Frage in den Raum, warum Feuchtwanger und andere Stalinverehrer nicht in der Lage waren, die kolossalen Vereinfachungen Stalins und seiner Anhänger als etwas zu entziffern, was gegen jegliches Denken und gegen jegliche Kritik gerichtet war. Ausgehend von Klaus Manns Forderung nach Recht zur Kritik des Stalinismus und dessen strikte Ablehnung einer Taktik des „Verschleierns, des Beschönigens, Fälschens; Umlügens“ in den eigenen Reihen, kam Sauerland zu der Schlussfolgerung, dass gerade diese Taktik eine Voraussetzung für die Lebensfähigkeit des Stalinkults, für den Verrat der Intellektuellen an jeglicher Intellektualität war. Ihr Denken erfolgte nicht mehr in den Kategorien von Gerechtigkeit und der Wahrung der Menschenrechte, sondern in einem Freund-Feind-Schema, dem Schema Entweder-Oder, das leider bis heute anhält. Aber nicht nur die von Klaus Mann benannte Taktik sei die Voraussetzung für den Verrat gewesen, sondern der Hang zur Vereinfachung überhaupt. Als Beweis zitierte Sauerland Bertold Brechts Gedicht „Lob des Kommunismus“ an. Aber auch an weiteren Gedichten, wie „Lob der Partei“ und „Erziehung der Hirse“ sei zu erkennen, dass die Frage, warum westliche Intellektuelle auf banale, zum Teil sogar schwachsinnige Argumentationen hereinfallen konnten, falsch gestellt ist. Für Sauerland sind sie nicht hereingefallen, sondern waren ihre Miterfinder. Während einige später wieder erwacht seien und den Weg zu ihrem früheren Kritizismus zurückfanden, hätten andere wiederum, trotz ihrer enormen geistigen Talente, das Werk der Selbstzerstörung nicht wieder rückgängig machen können. Sie hätten sich zu sehr an das vereinfachende Argumentieren gewöhnt. Selbst eine Wende habe da nicht mehr helfen können, wie das am Beispiel von Georg Lukács erkennbar sei. So sei Lukács nach dem Wendejahr 1956 trotz Internierung in Rumänien nicht mehr in der Lage gewesen, seine Vereinfachungen aufzugeben. Sein geistiger Niedergang habe mit dessen Übertritt in die bolschewistische Bewegung begonnen, bei dem er und seine Freunde sich Judas zum Vorbild genommen hätten. Von Lukács würden die Worte „Wir Kommunisten sind wie Judas“ stammen, die nicht zuletzt bei ihm dazu geführt hätten, in Wort und Tat Schuld auf sich zu laden. So habe er 1919 als Politikommissar in der ungarischen Roten Armee acht vermeintliche Deserteure erschießen lassen. Ein Beweis dafür, dass intellektuelle Vereinfachung mit zugreifendem politischem Handel direkt einhergehe. Obwohl Lukács selbst Opfer des Stalinismus wurde, sei er der kommunistischen Bewegung bis zu Lebensende treu geblieben und sich nicht entschlossen, endlich Renegat – in der damaligen Sprache – Verräter zu werden, d.h. seine Gruppe zu verlassen und über seine Rolle in ihr zu reflektieren, wie es andere getan hätten. Immerhin habe man Lukács nachgesagt, dass er niemanden denunziert habe. In diesem Zusammenhang erläuterte Sauerland seine Auffassung zum Unterschied zwischen Verrat und Denunziation. Während man beim Begriff davon ausgehen müsse, dass jemand einen Kreis von Menschen, etwa den der Kommunisten, der wahren Patrioten, der Gläubigen etc. verlässt oder etwas wie Intellektualität aufgibt, beinhalte die Kategorie der Denunziation, dass man jemand einer Instanz ausliefert, die dann über das Schicksal dieses jemanden entscheide. Als Beispiele solcher Art benannte Sauerland Aktivitäten durch den Schauspieler und Schriftsteller Gustav von Wangenheim, den Expressionisten Hanns Johst, den Philosophen Martin Heidegger sowie durch Ernst Bloch.

Als ein besonderes Kapitel benannte der Referent jene Fälle, bei denen sich Intellektuelle, insbesondere Schriftsteller, als IM beim KGB und seiner Ableger betätigt hätten; symptomatisch sei hier die IM-Tätigkeit Hermann Kants.

Abschließend wurde von Sauerland hervorgehoben, dass Intellektuelle auch in Demokratien denunziatorisch tätig sein können. Es stehe zwar nicht mehr in ihrer Macht, andere physisch auszuschalten, und höchst selten, die Entlassung eines Kollegen durch geheim gehaltene Mitteilungen zu bewirken, aber zahlreiche Möglichkeiten würden sich aus ihrer Gutachtertätigkeit und ihren Beraterfunktionen eröffnen. Mit seinem Vortrag „Der Intellektuelle verrät sich allemal.“

Anmerkungen zu einem Kampfbegriff“ bereicherte **Jens – Fietje Dwars (Jena)** wesentlich die Diskussion zu diesem Tagungsschwerpunkt. Sein kritischer Ausgangspunkt war zunächst der heutige Umgang mit Fakten und Informationen. „Das ist der Geist des Informationszeitalters, das den Glauben schürt, die bloße Information, die nackte Nachricht das Faktum allein schon habe einen Wert. Und das Fatale daran: immer mehr Leute, deren Beruf es sein sollte, das Zeitmaterial geistig zu bearbeiten, nehmen den Rohstoff, wie sie ihn finden und geben ihn als ihr Produkt aus“. Die Aufgabe des linken Intellektuellen sei nicht das Sammeln von Fakten, er habe Deutungen zu schaffen, Angebote zum Verstehen, weil eben das Faktum, das scheinbar Selbstverständlichste der Welt sich nicht von allein versteht, sobald es seiner verdinglichten Form als Ware oder Waffe im Konkurrenzkampf entkleidet wird. Dwars bezog sich im weiteren auf den französischen Philosophen und Schriftsteller Julien Benda, insbesondere auf sein kulturkritisches Werk „La trahison des clercs“, das 1926 erschien und erst 50 Jahre später in Deutschland unter dem Titel „Der Verrat der Intellektuellen“ als unscheinbares Taschenbuch zu haben war. Nach Benda bestehe die Aufgabe der „clercs“, der Männer des Geistes, darin, ewige und interessefreie Werte – wie Freiheit, Gerechtigkeit, Humanität und Vernunft zu wahren und vor allem in Krisenzeiten zu verteidigen. Mit Entsetzen habe Benda feststellen müssen, „wie sich die Intellektuellen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr und mehr zu Vertretern partikularer Interessen erhoben und damit in Wahrheit erniedrigten: Als Sprecher von Nationen, Rassen, Klassen oder politischer Parteien im Kampf gegen andere Parteien, Klassen, Rassen oder Nationen machten sie sich einen Namen im Tagesgeschäft, vergaßen aber darüber ihre Jahrhunderte währende Verantwortung vor dem Geist, ihr Amt als Verteidiger ‘ewiger und interessefreier Werte’“.

Später habe Benda angesichts der faschistischen Gefahr sein Konzept radikal in Frage gestellt und 1935 auf dem Pariser Kongress zur ‘Verteidigung der Kultur’ dazu aufgefordert, sich über die Differenz von abendländischer und kommunistischer Kulturauffassung zu verständigen, was leider ohne Erfolg geblieben sei. Mehr noch, es sei gerade der Kampfbegriff vom ‘Verrat der Intellektuellen’ gewesen, den das West-Feuilleton benutzte, um in den neunziger Jahren gegen kritische Geister des Ostens wie Volker Braun, Heiner Müller, Christa Wolf u.a. in die Schlacht zu ziehen.

Jens-Fietje Dwars betonte zum Abschluss seiner Ausführungen die nach seiner Auffassung vornehmste Aufgabe der Intellektuellen: „Wanderer zwischen den Welten zu sein, ein Übersetzer, der die Eigenart des anderen, des Fremden verstehbar macht, um aus ihrer Spannung heraus an der Gestaltung und Umgestaltung einer menschlichen Welt teilzuhaben“.

In einem weiteren Schwerpunkt befasste sich die Tagung mit den äußerst widerspruchsvollen Vorgängen, die unter dem Signum des Verrats die kommunistische Bewegung von sogenannten Abweichlern oder Renegaten, kurzum Verrätern, reinigen sollten. Wie die Geschichte zeigt, waren die Termini austauschbar, der Zweck immer der gleiche – wie das **Mario Keßler (Berlin/Potsdam)** in seinen Ausführun-

gen zum Ausdruck brachte: "Die kommunistischen Organisationen, die Resultat der revolutionären Weltkrise der Jahre 1917 bis 1921 waren, sollten aus radikal-marxistischen Umsturzparteien zu Werkzeugen der Moskauer Führung werden, die längst auf Stalin als angemäßen Nachfolger Lenins eingeschworen war". Dieser Prozess, auch mit dem Terminus der Bolschewisierung versehen, war nach Meinung des Referenten zu Beginn der dreißiger Jahre abgeschlossen. Die Mehrzahl der kritisch Denkenden, soweit sie sich nicht den Wendungen der Moskauer Politik anpassten, waren zu dieser Zeit aus den kommunistischen Parteien entfernt. Diejenigen Ausgeschlossenen allerdings, die nicht schwiegen und ihre Haltung verteidigten und oftmals dazu nichtkommunistische Medien und Verlage nutzten, wurden als Verräter diffamiert und noch im Ausland mit Mord bedroht. Eine sachliche Einschätzung solcher Personen – das hat die Tagung nachhaltig unterstrichen – verlangt allerdings aus heutiger Sicht eine an Einzelschicksale angebundene Heran- und Umgehungsweise. Mario Keßler tat dies anhand von zwei Persönlichkeiten, denen nach ihrer Abwendung vom Kommunismus Stalinscher Prägung das Stigma von Verrätern angeheftet wurde: Arthur Rosenberg (1889-1943) und Franz Borkenau (1900-1957). Beide weisen nach Meinung des Referenten einige Gemeinsamkeiten auf, die für das Thema 'Verrat' in der kommunistischen Bewegung durchaus von Bedeutung sind. Rosenberg wie Borkenau waren Historiker, die eine Zeit lang in der KPD aktiv waren, sich aber ausgangs der zwanziger Jahre von ihr trennten und danach ihre politischen Erfahrungen in wissenschaftliche Abhandlungen und Beiträge einfließen ließen. Dabei stellten sich am Ende jedoch Unterschiede heraus. Arthur Rosenberg, der als Historiker der Weimarer bekannt wurde, veröffentlichte 1932 mit seiner 'Geschichte des Bolschewismus' und im Exil mit seinem Buch 'Demokratie und Sozialismus' zwei Werke, die insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus Einfluss auf die Debatten zum Thema ausübten. Franz Borkenaus Buch 'History of the Communist International' erschien dagegen nie in deutscher Sprache. Ganz anders sein Buch 'Der europäische Kommunismus' aus dem Jahr 1952, das, in verschiedenen Sprachen übersetzt, ein starkes Echo im Kalten Krieg fand. Für den historischen Umgang mit den sogenannten "Verrätern" und somit für das Tagungsthema bedeutsam ist die von Mario Kessler getroffene Einschätzung der beiden beschriebenen Persönlichkeiten: „Rosenberg starb im New Yorker Exil als kritischer Marxist, Borkenau in Zürich als erbitterter Antikommunist, der sich vom Marxismus jeder Spielart abgestoßen fühlte. War er deshalb ein Verräter?“.

Der Referent verwies auf eine weitere von Stalin stets erbittert bekämpfte Gegnerschaft: die zahlreichen kritischen Analysen, die ehemalige Kommunisten über die Entstehung, den Charakter und die möglichen Entwicklungsperspektiven der kommunistischen Welt entwarfen. Gewissermaßen eingeklemmt zwischen Nationalsozialismus und Faschismus auf der einen Seite und Stalinismus auf der anderen Seite, hätte eine Reihe von Politikern, Publizisten und Wissenschaftler kritische Untersuchungen über die Sowjetunion und die Komintern geschrieben, die zwar damals kein größeres Echo fanden, aber heute als Klassiker der politischen Literatur gelten würden. Als Beispiel benannte Keßler Leo Trotzki's Schrift „Verratene Revolution“.

Er bracht abschließend zum Ausdruck, dass die Anwendung des Verratsvorwurfs Gegenstand eines politischen und soziologischen Interesses sei, ob er zur historischen Beurteilung jener Personen sinnvoll sei, die nicht, wie Arthur Rosenberg, Marxisten blieben, sondern zu Antimarxisten wurden, wie Franz Borkenau, stellt er dagegen in Frage und berief sich auf eine strenge Unterscheidung zwischen Ketzern und Renegaten, wie sie vom britischen Schriftsteller Isaak Deutscher vorgenommen worden sei.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Tagungsteilnehmer in diesem Zusammenhang die Ausführungen von **Werner Abel (Chemnitz)**, der sich ausführlich mit dem Leben von Maria Reese befasste und deren Weg vom SPD- und KPD-Mitglied zur kommunistischen Reichstagsabgeordneten beschrieb sowie ihre beginnende kritische Haltung zur KPD und zu Ernst Thälmann skizzierte. Im Vortrag benannt werden auch der Briefwechsel mit Clara Zetkin, die Verbindung zu Trotzki und ihre 1938 erschienene Broschüre „Abrechnung mit Moskau“ sowie die beginnende Mitarbeit in der Antikomintern. Die Tragik für die Persönlichkeit der Maria Reese besteht darin, dass ihre antikommunistische Haltung von der Nazipropaganda missbraucht wurde.

Die wissenschaftliche Tagung wandte sich anschließend der Verratsproblematik im illegalen Kampf gegen den Faschismus zu. Sie war, wie allgemein herausgearbeitet wurde, weitgehend ein Tabu-Thema und wurde in der von der SED-Führung geprägten Geschichtsschreibung weitgehend unterbunden, wenn sie nicht dem vorgegebenen Stigma der Vorbildfunktion entsprachen. Was aber waren dann jene Menschen, die im Widerstand kämpften, der Gestapo in die Hände fielen, der existenzbedrohenden Extremsituation der Folter ausgesetzt waren und in Einzelfällen notgedrungene Aussagen machten, oftmals nur solche Fakten preisgaben, die der Gestapo bereits bekannt waren? Sie wurden durch ihr Totschweigen und der Nichtzulassung von Rehabilitationsverfahren in der DDR zu sogenannten „verratenen Verrätern“.

In ihren Vorträgen gingen **Ulla Plener (Berlin)** und **Simone Barck (Berlin/Potsdam)** auf solche persönlichen Schicksale ein. Erstere befasste sich mit den Kommunisten Max Hannemann, den ehemaligen politischen Leiter des KPD-Unterbezirks Frankfurt/Oder und der dort tätigen illegalen Widerstandsgruppe. Auf der Grundlage von Gestapoprotokollen wurde gegen Max Hannemann später und in der DDR der Verratsverdacht erhoben. Eine von der Witwe Helene Hannemann beantragte Rehabilitation wurde abgelehnt. Es ist dem inzwischen leider verstorbenen Hans Joachim Nauschütz zu verdanken, dass dem Kommunisten Max Hannemann in der Broschüre „Max Hannemann und Genossen“ ein spätes Denkmal gesetzt wurde. Simone Barck erinnerte in ihren Ausführungen an jene Menschen, die als Fallschirmspringer in den Jahren 1933 – 1944 im Auftrage der Moskauer KPD-Zentrale und der Roten Armee eingesetzt wurden. Zu ihnen gehörte auch Erna Eifler, die zwar im Band 5 der Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung auf Seite 303 kurz genannt wird, ihr weiteres Schicksal bis zum Tod im KZ Ravensbrück blieb jedoch weitestgehend unerforscht, mehr noch, nach Auffassung von Simone Barck hätten sich Indizien dafür verdichtet, dass die Fallschirmaktionen von einer undichten Stelle im Moskauer Verteidigungsministerium verraten wurden.

**Gerd Kaiser (Berlin)** erläuterte bisher vollkommen unbekannte Fakten des antifaschistischen Widerstandes im Gebiet des Thüringer Waldes sowie die Tatsache, dass hier mutige Kämpfer von einem aus Meiningen stammenden Agenten und Provokateur, der als Gestapospitzel eingeschleust war, verraten wurden.

Herausgearbeitet wurden, wenn auch nicht in erforderlicher Tiefe ausdiskutiert, die Verratsvorwürfe und auf dieser Grundlage stattgefundenen „Säuberungen“ in der SED und verschiedenen Organisationen. Sehr sachbezogen und mit Fakten belegt waren die Ausführungen von **Michael Herms** zum Thema „Drei ‘Verräter’ aus den Reihen der FDJ“. An den sehr unterschiedlichen Biographien der ehemaligen Jugendfunktionäre Fred Dellheim, Wolfgang Seiffert und Heinz Lippmann stellte der Referent dar, unter welchen Umständen die Verratsvorwürfe zustande kamen, in welchen Fiktionen sie wurzelten, welche Folgen sie für das weitere Leben der drei Genannten hatten und wie sich ihr weiteres politisches Leben gestaltete.

Zu einer Schlüsselfigur in dem Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre stattfindenden Schauprozessen und Parteisäuberungen in den osteuropäischen Staaten wurde der Amerikaner Noel Field. Darüber referierte **Bernd-Rainer Barth (Berlin)** in seinem Vortrag „Verratene Verräter? Einige Fallbeispiele aus dem Kontext der Noel-Field- Affäre“. Er legte dar, wie die Stalinsche Justiz Noel Field zu einem angeblichen amerikanischen Top-Agenten und damit zum perfekten Hauptbelastungszeugen in den Budapester und Prager Schauprozessen kürte und wie sein Schicksal aufs engste mit zahlreichen anderen Kommunisten in Europa, aber auch in der DDR verknüpft wurde.

**Steffen Kachel (Erfurt)** beleuchtete in seinem Beitrag „Entscheidung für die SED 1946 – Verrat an sozialdemokratischen Idealen?“ den Verratsvorwurf an jene SPD-Mitglieder, die sich für eine Vereinigung von KPD und SPD in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, vor allem in Thüringen eingesetzt hatten und deshalb des Verrats an der Revolution, an ihre eigenen Opfer, an den Sozialstaat sowie an sozialdemokratischen Idealen gegenüber den sogenannten Moskauemigranten bezichtigt wurden. Kachel erläuterte im weiteren Beweggründe, aber auch die durchaus vorhandenen Skepsis dieser SPD-Mitglieder, die im Folgenden bestanden hätten: Die allgemeine Hoffnung auf ein neues Deutschland und eine mögliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten, die sich jedoch auch in Bedenken gegenüber dem sowjetischen System geäußert hätten. Man habe auf den hohen Anteil an SPD- Mitgliedern gesetzt, der immerhin bei 50 Prozent gelegen habe sowie auf den Teil kommunistischer Funktionäre, die einen eigenen, demokratischen Weg zum Sozialismus befürwortet hätten.

Mit einem interessanten Podiumsgespräch fand die wissenschaftliche Tagung am späten Abend einen würdigen Abschluss. Gesprächsleiterin Simone Barck konnte zum Thema „Wer verriet den Sozialismus?“ **Gerhard Zwerenz** begrüßen, der in seinem Leben schon oft des Verrats bezichtigt wurde und nun den Tagungsteilnehmern sozusagen als „Verräter in persona“ für Fragen zur Verfügung stand. Der 1925 geborene Schriftsteller Gerhard Zwerenz, Wehrmachtsangehöriger und Deserteur, sowjetischer Kriegsgefangener, Angehöriger der Deutschen Volkspolizei und Mitglied der SED bis 1957, Flüchtling aus der DDR und Bundestagsabgeordneter auf der offenen Liste der PDS von 1994-1998 zählt heute mit 104 veröffentlichten Büchern zu einen der bekanntesten Gegenwartsautoren. Der einstige Schüler von Ernst Bloch wird wegen kritischer Äußerungen zur SED-Politik aus der Partei ausgeschlossen und entzieht sich seiner drohenden Verhaftung durch Flucht in die BRD. Er wird von da an in der DDR als „Renegat“ verurteilt. Von Simone Barck befragt, stellte sich der Autor einer Fülle von Fragen so u. a.: Was ist Verrat und wann beginnt der Verrat? Seine pragmatische wie auch verblüffende Antwort: „Der Verrat hat begonnen, als die Marxschen Aussagen dogmatisiert wurden. Alles was nach Marx kommt ist Verrat!“ Mit der Entstehung der Parteien sei die Abweichung programmiert gewesen. Weitere Fragestellungen gab es zu möglichen Alternativen des realen Sozialismus, die für Zwerenz Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Deutschland und Leo Trotzki in der Sowjetunion gewesen wären. Eine Rolle in der Diskussion spielte das Jahr 1956, das ein Umbruch in den geistigen Köpfen signalisiert hätte, deren Ideen sich aber nicht durchsetzen konnten. Zwerenz führte das auf ein „fehlendes humanes Bewegungsgesetz im Innern des Sozialismus“ zurück. Auch heute stände noch die Frage nach einer „anderen Welt als die, die das Kapital produziere“. Zur Sprache kam abschließend noch die von Ingrid und Gerhard Zwerenz verfassten „12 Thesen gegen die absichtsvoll betriebene Verbürgerlichung des sozialistischen Philosophen Ernst Bloch“, insbesondere die These 5, die folgenden Wortlaut hat: „Die 11. Feuerbachthese von Marx lautet: ‘Die Philosophen haben die Welt nur verschieden inter-

pretiert, es kommt aber an darauf an, sie zu verändern'. Bloch legte nahe, die These subjektiv bezogen zu komplettieren: 'Die Philosophen haben die Welt nur verschiedenen interpretiert, es kommt darauf an, sich zu verändern'".

In: Jahrbuch für Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2004/I, Januar 2004, S. 172 ff.

## **Aufschlussreiche Exkursion durch die 110-jährige Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg**

von Ingrid Oehme

### **Das Heimatmuseum öffnete nach Sanierungsarbeiten mit einer interessanten Sonderausstellung**

Nach der Wiedereröffnung des Strausberger Heimatmuseums in der August-Bebel-Straße erwartet die Besucher eine aufschlussreiche Sonderausstellung, gestaltet vom Strausberger Geschichtsverein. In mühevoller Kleinarbeit und mit detektivischem Spürsinn gelang es der „Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V.“, eine 4000seitige Dokumentation zum 110-jährigen Jubiläum des hiesigen SPD-Ortsvereins zu erstellen, die Teil der Exposition ist. Den Besuchern wird außerdem der jüngst fertiggestellte Band zur Geschichte der Kirche in den Jahren 1932/33 präsentiert sowie eine Publikation des Theologen Dr. Martin Bock mit dem Titel „SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg“, herausgegeben vom Geschichtsverein. „Die Ausbeute im Brandenburger Landeshauptarchiv und im Stadtarchiv war eher dürftig“, sagt der Vereinsvorsitzende Horst Klein zu den Recherchen. Fündig seien die Hobbyforscher eher bei Privatpersonen geworden durch das Aufarbeiten von Biographien sowie historischer Jahrgänge des Lokalblattes „Strausberger Nachrichten“. Als besonders aussagekräftig erwies sich die Akte des Sozialdemokraten und Schriftführers Arthur Wellnitz mit Originalschriftstücken von Friedrich Ebert. Vor seiner Verhaftung durch den KGB gelang es Wellnitz, der im Februar 1948 in Sachsenhausen verstarb, die Aufzeichnungen bei Freunden in Sicherheit zu bringen. 1990 übergab die Strausberger Familie Matthes die Wellnitz-Akte der Stadtverwaltung, wo sie zunächst unbeachtet archiviert wurde. Erst mit dem Umzug der Verwaltung in den Neubau Hegermühlenstraße entdeckte Bürgermeister Jürgen Schmitz (SPD) den historischen Schatz und übergab ihn dem Geschichtsverein. „Wir haben uns entschlossen, neben dem Quellenmaterial auch unsere Forschungsergebnisse öffentlich zu machen, was durchaus nicht üblich ist“, erklärt Horst Klein. Führungen durch die Sonderausstellung, die bis März 1998 im Heimatmuseum Strausberg verbleibt, können unter (03341) 23655 oder 22291 angemeldet werden.

In: BAB LokalAnzeiger . Ausgabe 41/1997, S. 2. und in Berliner Morgenpost, 5. Oktober 1997

## Erfolgreiche Ausstellung 110 Jahre SPD in Strausberg

Mit der am 1. Oktober 1997 im Heimatmuseum eröffneten und bis 31. März zu sehenden Sonderausstellung „1887 - 1997 SPD-Ortsverein Strausberg - eine demokratische Traditionslinie der Arbeiterbewegung“ fand eine dreijährige wissenschaftliche Forschungsarbeit vorerst ihren Abschluss. Das Strausberger Museum ist für uns ein historischer Ort. Hier sprach am 7. Mai 1898 August Bebel zu ca. 400 Strausberger über die mit den damals anstehenden Reichstagswahlen verbundenen Ziele der Sozialdemokratie. Danach gaben 58 Prozent der Strausberger Wähler dem sozialdemokratischen Kandidaten Bernhard Bruns ihre Stimme. 110 Jahre Parteigeschichte zu erforschen ist für Unbeteiligte ein kaum vorstellbarer Aufwand, zumal in den Jahren 1933 und 1946 die Akten des Ortsvereins vernichtet wurden.

Drei Zeitzeugen, vor allem die Enkeltochter eines Mitgründers des Ortsvereins, Brigitte Matte (73), halfen dem Autor Dr. Horst Klein mit Informationen und Recherchen das in Archiven kaum nennenswert auffindbare Quellenmaterial aus dem Privatbesitz der Bürger zu ergänzen und akribisch für die historische Beweisführung aufzuarbeiten. Ein Vorhaben, das ohne Zeitzeugen und ohne Mitwirkung vieler Bürger nicht zu verwirklichen war.

80 Schautafeln mit soliden und farbigen Reproduktionen in Bild und Text vermitteln einen lebensnahen Einblick in die traditionsreiche Geschichte des Ortsvereins. Im Mittelpunkt steht das Leben und Wirken der durchschnittlich 300 Strausberger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die maßgeblich die kommunalpolitische und kulturelle Entwicklung der Stadt geprägt haben. Die Besucher/innen können den parteigeschichtlichen Weg von Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht und August Bebel zu der im November 1887 erfolgten Gründung des sozialdemokratischen Wahlvereins, der unter den Bedingungen des Bismarckschen Sozialistengesetzes der Ortsvereinsgründung gleich kam, verfolgen und die Entfaltung des sozialdemokratischen Lebens in Strausberg sehr anschaulich nachvollziehen. Es werden u.a. Fotografien und ausführliche Biographien der namhaften Mitglieder und deren Rolle in den Kämpfen ihrer Zeit, in den Jahren der Weimarer Republik, gegen Faschismus und Krieg dargestellt. Neun von ihnen gingen den qualvollen Weg in Konzentrationslager. Der langjährige sozialdemokratische Stadtrat Georg Kurtze wurde im April 1945 ermordet, nachdem er die weiße Fahne auf dem Rathaus gehisst hatte.



Mehre Tafeln mit Dokumenten der Jahre 1945/46 erhellen die Dramatik der Zwangsvereinigung und die stalinistisch programmierte Verteufelung der Sozialdemokratie. Dazu gehört der Leidensweg des gestandenen Sozialdemokraten Arthur Wellnitz, der im Februar 1948 im NKWD-Lager 7 Sachsenhausen mit dem Tod endete. Wenngleich dieser im September 1996 rehabilitiert wurde, so sind die einzusehenden Dokumente und auch eine von ihm als Schriftführer des Ortsvereins 1945/46 angelegte und durch Freunde überlieferte 66 Seiten umfassende Akte, Schriftstücke, die den interessierten Betrachter nachdenklich stimmen und zum Fragen anregen. In zwei großen Vitrinen sind ältere sozialdemokratische Literatur aus Strausberger Fa-



milien, ein Bierkrug mit Namen und Bildern von Liebknecht und Bebel, SPD-Parteiabzeichen sowie weitere historische Gegenstände zu sehen.

Zwei Ausstellungstücke erzählen in besonderer Weise Geschichte. Die im Mai 1926 geweihte und 1933 von Georg Kurtze vor dem Zugriff der Nazis bewahrte Fahne des Reichsbanner Schwarz Rot Gold der Ortsgruppe Strausberg und das von Brigitte Matte kunstvoll bestickte und gestiftete rote „Ehrenband der Strausberger Sozialdemokratie“, auf dem auch die Namen der verdienten Mitglieder des Ortsvereins zu lesen sind, und das den Eingang zur Ausstellung schmückt. Außergewöhnlich ist, dass die mit einem beträchtlichen Aufwand zusammengetragenen Forschungsdokumente, die in acht roten Ordnern als Archiv im Umfang von ca. 4000 Blatt ausgestellt sind, vom Besucher eingesehen werden können. Das sonst von Wissenschaftlern wohl behütete Quellenmaterial mit vielen Originalen wird so erstmals offengelegt und für die weitere Forschung zugänglich gemacht. Laminierte Zeitungskopien der ersten Nummer des „Vorwärts“ 1876 bis zu dem im Januar 1990 vom Vorstand der SPD für die Bürger der DDR herausgegebenen „ExtraBlatt“ sind ebenso zum Anfassen wie die zahlreichen thematischen Bände der vom Geschichtsverein herausgegebenen Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“, in der auch eine ca. 300 Seiten umfassende Ausstellungsbegleitbroschüre angeboten wird. Auf jüngere Besucher wirkt die selbst zu bedienende Computeranimation zur Geschichte der Strausberger SPD besonders anziehend. So bieten wir eine Ausstellung an, die zur Geschichtsdiskussion einlädt und auch so von zahlreichen Gruppen und Besuchern genutzt wird. Ihre Nutzung als Brandenburgische oder gar Ostdeutsche SPD-Geschichtswerkstatt bietet sich an. Wenn die auch ästhetisch gelungene Ausstellung ihre Türen schließt, so bleibt den Strausberger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten doch das Selbstbewusstsein, dass sie ihre Geschichte aus der Vergangenheit und Fälschung zurückgeholt und so ihre Legitimation wieder bekommen haben.

In: Vorwärts, 3/1998, S. 44, Foto (H. Klar) Dr. Manfred Stolpe u. Dr. Horst Klein

**110 Jahre SPD-Ortsverein Strausberg**  
**Stolpe ruft zu mehr Dialog und Zusammenarbeit auf**  
**Politiker aller Parteien im Klub am See / Unterbezirk hat „Seele zurück“**  
von Jens Sell

Eine „faire Finanzpartnerschaft zwischen Land und Kommunen“ hat Ministerpräsident Manfred Stolpe zur Festveranstaltung der Strausberger SPD beschworen. Die finanzielle Mindestausstattung für die kommunale Selbstverwaltung soll 1998 gewährleistet sein.



Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD.) empfindet die Situation als „schmerzlich“. Ursachen für die Finanzknappheit - der öffentlichen Hand fehlten 1997 nach aktuellen Steuerschätzungen 4,7 Milliarden Mark - sieht Stolpe in der Konjunkturschwäche und Weltwirtschaftskrise. „Entwarnung kann also nicht gegeben werden“, rief er den rund 200 Gästen der Geburtstagsfeier der Strausberger SPD im Klub am See zu, unter ihnen auch Politiker

anderer Parteien, der SPD-Landesvorsitzende Steffen Reiche, SPD-Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Parteimitglieder aus anderen Orten des Unterbezirks,

Zur Ursache für die Finanzknappheit der öffentlichen Hand sagte Stolpe: „Bei Wohlstandsgewinnlern fehlt die Bereitschaft, bei den Wohlstandsverlierern gehen die Grundlagen für eine sinnvolle Besteuerung verloren. Wenn den Arbeitsämtern die Mittel gekürzt und immer mehr Arbeitslose in die Sozialhilfe gedrängt werden, werden die Kosten für die Arbeitslosigkeit nach unten durchgereicht. Die Kommunen bekommen aufgebürdet, was der Bund nicht mehr bezahlen will.“ Der Ministerpräsident forderte kluge Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeit und branchenflexible Arbeitszeitverkürzungen. Seine Genossen im Unterbezirk rief er zu Dialogfähigkeit mit anderen politischen Kräften auf: Das ist wichtiger als Taktiererei mit krummen Blick auf den Wahltermin!“ Gewählt zu werden sei Vertrauen auf Zeit und erfordere die Bereitschaft, sich zur Rechenschaft ziehen zu lassen. Doch statt voneinander zu lernen, hätten die Politiker verschiedener Ebenen Vertrauen verspielt, sei ihr Verhältnis gespannt und gebe es für viele weitergereichte Pflichtaufgaben keine finanzielle Basis. „Ich bin dafür, einen maßvollen Mittelweg zu gehen, um das nötige zu tun und zu einer fairen Finanzpartnerschaft zu kommen.“

Unterbezirksvorsitzender Gernot Schmidt würdigte besonders das Engagement von Dr. Horst Klein, Brigitte Matte und den anderen Mitgliedern der Interessengemeinschaft Geschichte der Arbeiterbewegung in Strausberg: „Sie haben den sozialdemokratischen Frauen und Männern Strausbergs etwas von ihrer Lebenswürde zurückgegeben.“ Auch die Ausstellung im Heimatmuseum zum 110. Jahrestag des SPD-Ortsvereins Strausberg habe dem Unterbezirk einen wichtigen Teil seiner jahrzehntelang verschwiegenen Geschichte, ein Stück Seele, zurückgegeben. Zuvor hatte SPD-Ortsvereinsvorsitzender Hans Syckor die Solidarität der Strausberger Genossen mit allen sozial Benachteiligten bekräftigt: „Den 110. Jahrestag feiern wir mit Blick auf Probleme, für deren Lösung wir uns in Strausberg einsetzen.“

In: Märkische Oderzeitung, Montag, 27. Oktober 1997, S. 7.

## Werkstattgespräch bestätigte, Sozialdemokraten waren prägend für die Strausberger Arbeiterbewegung

von Rolf Apel

Am vergangenen Sonnabend (18.10.1997) befasste sich die „Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V.“ in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Potsdam in einem Werkstattgespräch im Club am See mit der 110-jährigen Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung. Diesem Anliegen entspricht auch die am 1. Oktober im hiesigen Museum eröffnete Sonderausstellung, die inzwischen in Strausberg und darüber hinaus gute Resonanz gefunden hat, wie auch die von Dr. Klein verfasste



Ausstellungsbegleitbroschüre. Die Veranstalter machten auf der Grundlage der vorgelegten Forschungsergebnisse deutlich, dass es sich vorerst vor allem um die sozialdemokratische Bewegung in Strausberg handle und weitere Forschungen zur Gewerkschaftsbewegung, dem Arbeitersport und der Arbeiterkultur sowie der KPD-Ortsgruppe noch zu leisten sind. Dr. Peter Gerold, der den ersten Teil des Werkstattgesprächs moderierte, hob hervor, dass die SPD die einzige Partei in Deutschland und so auch in Strausberg sei, die keine Probleme mit dem historischen Erbe habe, da sie, im Unterschied zu allen anderen Parteien, keine Vorgängerpartei zu beerben habe. In diesem Zusammenhang orientierte er, bezogen auf die vorliegenden Thesen, auf das Hinterfragen der Ursachen für die Spaltung der Arbeiterbewegung Anfang der 20er Jahre sowie auf eine kritische Beleuchtung der bekannten Klischees im Umgang mit Geschichte und auf die Frage, inwieweit sozialdemokratische Werte vergangener Zeiten fortleben. Daran anschließend referierte der Vorsitzende der Interessengemeinschaft, Dr. Horst Klein, über Erbe und Traditionen Strausberger Sozialdemokraten, deren Anfänge bis in die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückgreifen. Es seien vor allem die Tuchmacher, Schuhmacher und Knopfmacher gewesen, die das Bild der Strausberger Arbeiterschaft prägten, die Herausbildung und relativ schnell wachsende örtliche Sozialdemokratie förderten. Von nachhaltiger Wirkung sei das Auftreten des Vorsitzenden der SPD August Bebel am 7. Mai 1898 im Haus des heutigen Museums gewesen. Die Stärke des Ortsvereins habe durchschnittlich 300 Mitglieder betragen, und diese Zahl sei auch 1946 wieder erreichen worden. Er hob hervor, dass Sozialdemokraten, ungeachtet der Spaltung der Arbeiterbewegung, auch in den Jahren der Weimarer Republik maßgeblich das kommunalpolitische Leben der Stadt beeinflussten und so versuchten die sozialen Lebensverhältnisse in der Stadt zum Wohle der Bürger zu gestalten. In Hinblick auf die Ursachen der Spaltung der Arbeiterbewegung machte er deutlich, dass der übliche Hinweis auf die unterschiedliche Haltung zu den Kriegskrediten zu kurz greife und man bereits beim Revisionismusstreit in der Sozialdemokratie und in der Spaltung der russischen Sozialdemokratie 1903 in Bolschewiki (Kommunisten) und Mensche-

wiki (Sozialdemokraten) tiefere Ursachen finden könne. Hier verwies er auch auf qualitative Wandlungsprozesse im Charakter der KPD, die sich Mitte der 20er Jahre mit deren zunehmenden Stalinisierung vollzogen, so auch auf die verhängnisvolle Sozialfaschismustheorie.

In einem anschließenden ausführlichen Beitrag würdigte Prof. Dr. Helga Grebing, Stellv. Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD, ausdrücklich die Bedeutung und den Nutzen der örtlichen Geschichtsschreibung. Für sie sei die Darstellung der Strausberger SPD-Geschichte sehr spannend gewesen, insbesondere die zahlreichen biographischen Arbeiten haben das Leben und Wirken der Menschen erschlossen und für das Geschichtsverständnis wieder zugänglich gemacht. Bemerkenswert sei die starke familiäre Struktur der Strausberger Sozialdemokraten über mehrere Generationen hinaus. Ein Beispiel sei dafür Brigitte Matte als Sozialdemokratin in dritter Generation. Wenngleich die Arbeiterbewegung im klassischen Sinne nicht mehr existent sei, so lebe sie als Erbe und Tradition sowie als Idee der sozialen Gerechtigkeit in den Köpfen der Menschen fort. Ebenso interessant war dann ihr Exkurs zur Rolle der sogenannten Volksparteien heute und künftig in Deutschland. Die Parteien werden sich nach ihrer Meinung zahlenmäßig verändern, sie werden kleiner, aber politisch hoch aktiv sein. Es werden koordinierende Netzwerke und grenzüberschreitende politische Organisationsformen entstehen. Indessen verwies sie auf noch traditionelle Strukturen der Arbeiterbewegung in Ländern wie Griechenland, Spanien und Frankreich. In der Auseinandersetzung mit totalitären Herrschaftsstrukturen des Faschismus und Stalinismus hob sie hervor, dass im Vergleich beider Systeme zu beachten sei, dass letztlich auch in der pervertiertesten Version des Stalinismus immer noch etwas von der Ursprungsidee des Kommunismus erhalten blieb.

Dr. Beate Häupel, die statt des angekündigten Prof. Faulenbach erschien, stellte die sozialdemokratische Einrichtung „Konzentration GmbH“ vor, die mit der Verwaltung des Grundstücks- und Gebäudevermögens der SPD zugleich auch wichtige Geschichtsarbeit leistet. Mit Interesse nahmen die Teilnehmer zur Kenntnis, dass auch in der Strausberger Paul-Singer-Straße eine Villa der SPD gehört. In der Diskussion würdigte der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Krüger die zur Diskussion stehenden Forschungsergebnisse als eine Arbeit, die der Region und den Strausberger Sozialdemokraten ihr Geschichtsbild wiedergegeben habe. Weitere Diskussionsredner, die sich ebenfalls positiv zur Arbeit des Geschichtsvereins äußerten, thematisierten u.a. Hintergründe der Revisionismusdebatte und der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus an seine veränderten Existenzbedingungen (Prof. Hemberger) und machten aber auch deutlich, dass es zu den brisanten Fragen nach den Ursachen der Spaltung der Arbeiterbewegung (Dr. Barthel), dem Charakter der SED-Gründung (D. Kartmann) sowie der in den Thesen dargestellten Abkehr der SED von den sozialistischen Idealen der deutschen Arbeiterbewegung (H. Wende) weiteren Diskussionsbedarf gebe. H.-J. Mader lobte den wissenschaftlichen Wert der Thesen und der Arbeit als Beitrag für die weitere Ausarbeitung der Stadtgeschichte. Im Resümee zu den genannten Fragen betonte Dr. Klein nochmals, dass es sich beim Begriff der Zwangsvereinigung um keinen politischen, sondern um einen wissenschaftlichen Begriff handle. Dieser beziehe sich nicht auf den Einheitswillen und den Vereinigungsmechanismus schlechthin, sondern verweise primär auf die Unvereinbarkeit von stalinistischem Parteikommunismus und demokratischer Arbeiterbewegung. Im zweiten Teil des Werkstattgesprächs, den Prof. H. Grebing moderierte, ging es dann um theoretische und methodische Aspekte der Projektarbeit. Dr. Klein veranschaulichte, dass Regionalforschung weitestgehend am allgemeinen Forschungsstand zur Thematik der Arbeiterbewegung bzw. Parteiengeschichte gebunden sei. In diesem Zusammenhang hob er die Verantwortung des Forschers im Umgang mit dem vorzu-

findenden Quellenmaterial hervor. Wie wichtig die Einordnung des Materials in die konkret historische Situation sei, machte er am Beispiel der auch in Strausberger Zeitungen 1933 erkennbaren nationalsozialistischen Demagogie deutlich, die von einer angeblichen Selbstauflösung des Reichsbanners und des SPD-Ortsvereins sprachen, eine Diktion, die auch kritiklos von der DDR- und in die Strausberger Geschichtsschreibung übernommen wurde. Als Resümee ist festzuhalten: Mit den vorgestellten Arbeitsergebnissen und der Sonderausstellung, die noch bis März 1998 zu sehen ist, konnte ein wertvoller Einstieg in den großen Komplex der Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung als Teil der Stadtgeschichte getan werden. Prof. Grebing brachte das Ergebnis auf dem Punkt, indem sie hervorhob, dass nunmehr ein Stück Geschichte der Strausberger Sozialdemokratie aus der Vergangenheit und Fälschung zurückgeholt und ihr so die Legitimation wiedergegeben wurde. Natürlich sei noch Großes zu leisten. Bemerkenswert ist, dass wie in früheren Veranstaltungen nur wenige SPD-Mitglieder unter den Teilnehmern zu finden waren. Materielle Unterstützung braucht der Verein derzeit vor allem bei der Verwirklichung des ABM-Projekts zur Sicherung von gefährdetem Schriftgut der Stadt (vom Zerfall bedrohte Zeitung „Strausberger Nachrichten“), um so unverzichtbare Voraussetzungen für die weitere Erforschung der Strausberger Stadtgeschichte zu sichern. Kopierpapier und Toner werden dringend benötigt. Die nächste Veranstaltung des Vereins wird sich am 22. November im Club am See mit dem Thema „SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg“ befassen.

In: BAB LokalAnzeiger, 43/97, S. 12

## **Karl Marx und die christliche Ethik oder „Christentum ist Weltrevolution?“**

von Rolf Apel u. Horst Klein

Mit diesem Thema befasste sich kürzlich ein Diskussionsabend der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung. Der Impuls für diese in Strausberg nicht alltägliche Thematik kam zunächst aus der Heimatgeschichte. Es war der Strausberger Superintendent Ungnad, der am 13. März 1930 im vollbesetzten evangelischen Gemeindesaal über „Christentum und Sozialismus“ referierte. Er befasste sich, so seinen Vortrag einleitend, sehr kritisch mit geistigen Versäumnissen, die beiderseits vorlagen, und versuchte sehr verständlich über die sozialen und kulturellen Nöte der Zeit wie auch mit warmherzigster Liebe für die Menschen einen gerechten Weg zu zeichnen. „Sozialismus und das Christentum“, so führte er aus, „erstreben ein gemeinsames Ziel; eine neue Erde. Denn letztes Ziel des Sozialismus ist doch: Der Mensch will Mensch sein können“. Ähnlich sei das Christentum „eine lebensgestaltende Kraft hier im Diesseits“. Christentum sei Weltrevolution, „die aber nicht Macht als Mittel, wohl aber die Liebe kennt! - das heißt die Umgestaltung des Menschen vom Ich zum Du hin“. Ohne diese innerliche Revolution gebe es keine Freiheit und keine Brüderlichkeit.

Das Wissen um Geschichte führte im Geschichtsverein dem an Marx orientierte Wissenschaftler ebenso angehören wie promovierte Theologen, auch zu sehr praktischen Fragestellungen. So zu der Ausgangsfrage, inwiefern Marxsche Geschichtsauffassung und christliche Ethik gleichermaßen geistige Quelle des demokratischen Sozialismus sein können. Dr. Martin Bock, der die Diskussion leitete, skizzierte die Geschichte des religiösen Sozialismus im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Er machte deutlich, dass Vertreter dieser Richtung ihre Verbundenheit mit dem Kampf des arbeitenden Volkes um die Verwirklichung des Sozialismus be-

kundeten, gleichzeitig die von bürgerlichen und christlichen Sozialreformen propagierten Rettungsversuche der kapitalistischen Gesellschaft entschieden ablehnten. Allerdings habe die religiös-sozialistische Bewegung in Deutschland nur geringe Teile der Kirche erreichen können. Im Weiteren beleuchtete er Kerngedanken der Bergpredigt, die als sittlicher Appell zur Nachfolge Jesu verstanden werde. Jesus sittliche Forderungen lassen ihn als Anwalt der Armen, Rechtlosen, Unterdrückten und der Gewaltlosen erscheinen. Sie bieten Handhaben zur Kritik an der bestehenden und zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung. Die von Dr. Bock angebotene Einführung in das Thema, gab dann wohl auch den Anknüpfungspunkt für Dankwart Brinksmeier, das „Verhältnis zwischen Christentum und Demokratischem Sozialismus“ ausführlicher zu beleuchten. „Wer sich in Deutschland dem Demokratischen Sozialismus verpflichtet fühle, müsse wissen, welche tief verwurzelten Ängste und Vorurteile mit Begriffen angesprochen werden, wie z.B. Rote, linksintellektuelle Spinner, Freiheit oder Sozialismus, keine neuen Experimente usw. Indessen gelte es die politische Diskussion von antikommunistischen Vorurteilen und Reizworten zu entlasten. Er verstehe „unter dem Prinzip Links ein Politikverständnis, welches den Willen stärkt, bestehende Strukturen zu verändern, um die Emanzipation des Menschen weiter voranzutreiben“. Es sei die „Würde des Menschen um seiner selbst willen“, welches den Demokratischen Sozialismus mit dem Christentum verbinde. Den Demokratischen Sozialismus charakterisierte Brinksmeier als eine „Protestbewegung gegen systemimmanente Ungerechtigkeiten einer kapitalistisch ausgerichteten Gesellschaft“. Im Unterschied zu kommunistischen Revolutionsmodellen habe die deutsche Sozialdemokratie stets darauf bestanden, dass die Entfaltung der Individuen nicht einer Diktatur des Proletariats untergeordnet werden darf, sondern die freie Entfaltung des Einzelnen zur Bedingung der freien Entfaltung aller bzw. der Gesellschaft definiert werde. Für die deutsche Sozialdemokratie sei immer entscheidend gewesen und ist es auch heute, ob und wie Menschen bereit seien, an einer vernünftigen modernen, gerechten und humanistischen Gestaltung der Gesellschaft teilzunehmen. Dabei sei es gleichgültig, ob sie ihren Denkansatz zum Handeln von der Bergpredigt, von Marx, Bernstein oder Hegel nehmen.

Daran anknüpfend thematisierte Prof. Fritz Vilmar in seiner bekannten „provokativen“ und positiv zur Diskussion anregenden Art das Prinzip der Brüderlichkeit, dem er in der Religion mehr Radikalität zuspreche als im Marxismus. Brüderlichkeit nämlich - welche ja Gleichheit einschlieÙe - sei „der Inbegriff dessen, was die Bergpredigt Jesu meint: Ein radikales und umfassendes Prinzip der Sozialisierung aller gesellschaftlichen Ordnungen und unseres Verhaltens in ihnen. Das Prinzip Brüderlichkeit als Ideal einer sozialen Ordnung“ wolle nämlich „die entfremdete, die unmenschliche Mauer abbauen, die in unserer bisherigen Existenz besteht zwischen der solidarischen, der freundlichen, oft sogar liebevollen Natur unserer persönlichen, familiären und nachbarschaftlichen Beziehungen einerseits - und der lieblosen, tendenziell aggressiven Natur unserer Beziehungen zu den Menschen außerhalb unseres persönlichen Lebenskreises andererseits“. Die radikale Gesellschaftskritik Jesu, die konzentriert in der Bergpredigt (Matthäus, Kap. 5-7) als Sammlung seiner wichtigsten sozialemischen Lehren nachlesbar sei, bestehe genau in der Forderung, das Prinzip der Brüderlichkeit über unsere persönlichen, geschwisterlichen Beziehungen hinaus allen Menschen gegenüber zu verwirklichen. Dies sei nach Vilmar ein wichtiger Unterschied zu dem Sozialverhalten in allen Herrschaftsgesellschaften. Im Weiteren nannte er vier Grundgesetze, die Jesus von Nazareth auf alle zwischenmenschlichen Beziehungen ausgedehnt wissen wollte: 1. Gemeinnützigkeit des Eigentums, 2. Gegenseitige Hilfe, aktive Solidarität des Stärkeren für den Schwächeren. 3. die Befreiung der menschlichen Beziehungen von Herrschaft und Knechtschaft und 4. Gewalt-



freiheit. Abwesenheit von physischem oder psychischem Zwang in den menschlichen Beziehungen.

Mit diesen Gedanken war dann wohl auch eine Brücke zur Marxschen Vision einer besseren Welt gebaut. In der folgenden Diskussion drängte sich der Gedanke auf, dass es erst mit der Institutionalisierung der Religion durch die Kirche und der Marxschen Ideen durch die kommunistische Bewegung zum Bruch zwischen humanistischer Vision und gesellschaftlicher Praxis gekommen sei. Wie auch immer: Die strittige Debatte zu einem schwierigen und doch interessanten Thema ließ das Bemühen der Teilnehmer erkennen, aus unterschiedlichen Quellen humanistischen Denkens Antworten für Zukunftsvisionen zu finden. In diesem Zusammenhang wurde auch kritisch der zunehmende Werteverfall in der gegenwärtigen Gesellschaftskultur hervorgehoben. Keinen Zweifel gab es bei den Diskussionsteilnehmern, dass humanistische Ideale und Werte nur in einer Gesellschaft wirklich werden können, die mit dem bedrückenden Zustand der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bricht und so auch die soziale Ungleichheit aufhebt.

In: BAB LokalAnzeiger . Ausgabe 7/97, S. 3.

## **Diskussionsveranstaltung beleuchtete kritisch das Verhältnis von SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg**

von Rolf Apel

Es gibt wenige Veranstaltungen in unserer Stadt, die in so besonderer Weise die Aufmerksamkeit und das Interesse der Bürger finden, wie die vom Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V. angebotenen Diskussionsforen zu delikaten Themen der Geschichte.



Sozialgeschichte wird auf der Grundlage *neuester Forschungsergebnisse* kritisch und sachlich besprochen, und stets geht es dabei auch um erlebte und selbst gestaltete Geschichte, um eigene Lebensgeschichte, so auch am vergangenen Samstag im Klub am See. Die 11. Veranstaltung befasste sich mit der brisanten Frage „SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg - Versuche einer Annäherung an das Thema“. Der Theologe und Sozialwissen-

schaftler Dr. Martin Bock, der mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr nach Strausberg gekommen ist, hat auf Anregung des Geschichtsvereins, dem er selbst angehört, in mehrjähriger Arbeit das Thema untersucht. Er hat die Akten der SED-Kreisleitung im Landeshauptarchiv eingesehen, sich die Stasi-Unterlagen bei der Gauck-Behörde vorlegen lassen und Gespräche mit Betroffenen und Experten geführt. Sachlich und faktenreich stellte er die Ergebnisse seiner Untersuchung dar, ohne aufdringliche moralische Bewertungen, obgleich menschliche Schicksale, weltanschauliche Intoleranz und politische Repressionen an zahlreichen Beispielen konkret nachvollzogen wurden. Mit Dokumenten belegte er, dass die im damaligen Staats- und Parteiapparat Tätigen keinesfalls willenlose Marionetten waren, sondern

auch einen Handlungsspielraum für eigene Entscheidungen besaßen. In vergleichbarer Situation seien unterschiedliche Verhaltensweisen möglich gewesen. Während beispielsweise bei der in den 50er Jahren angeordneten Bekämpfung der „Jungen Gemeinde“ an der Neuenhagener Oberschule in Kauf genommen wurde, dass Schülern in ihrer beruflichen Entwicklung erheblicher Schaden entstand, ließ es die FDJ in Strausberg bei einer verbalradikalen Erklärung bewenden und am Institut Münchenberg wurde nicht einmal die vorbereitete Protestresolution mit Mehrheit verabschiedet. Das belege, dass auch das DDR-System die Möglichkeit bot, sich in Zwangslagen einigermaßen „anständig“ aus der Affäre zu ziehen. Mit der Situation der „Jungen Gemeinde“ im Kirchenkreis befasste sich auch Pfarrer Peter-Uwe Eckert (Gielsdorf), der in jenen Jahren als Jugendpfarrer wirkte und die Furcht der DDR-Oberen vor dem Einfluss der Kirchen auf die Jugend noch heute genau beschreiben kann. So schilderte er eindrucksvoll, wie er mit interessanten Themen und jugendgemäßen Formen die Jungen und Mädchen anzusprechen verstand. Indessen stellte er wie auch weitere Diskussionsredner klar, dass die SED-These, wonach die „Junge Gemeinde“ eine proimperialistische Jugendorganisation mit Agententätigkeit gewesen sein soll, der Phantasie der DDR-Führung entsprang und ein politisches Vehikel war, um gegen Andersdenkende vorgehen zu können. Er verwies auch auf Versuche, in der DDR eine den gesellschaftlichen Verhältnissen gleichgeschaltete Kirche zu schaffen.

Dankwart Brinksmeier bot als Moderator den diskussionsfreudigen Teilnehmern, unter ihnen mehrere Theologen, Mitglieder von Parteien, Vereinen und Pädagogen optimalen Spielraum, ihr Wissen und ihre Erfahrungen in die von Dr. Bock vorgestellten Erkenntnisse einzubringen. Pfarrer Sand verwies auf die Gefahr, Religionen mit Ideologien gleichzusetzen. Auch sei der Begriff „Junge Gemeinde“ nicht ganz unproblematisch, denn tatsächlich habe es sich nicht um eine eigene Organisation gehandelt, sondern stets um die evangelische oder katholische Jugend der konkreten Kirchengemeinde. Pfarrer Dr. Hilbert (Buckow) schilderte seinen Weg aus einem SED geprägten Elternhaus in die Kirche. Während seiner Oberschulzeit habe er ein konstruktives Verhältnis zu Glauben und Kirche gewonnen und auch die Vorzüge bzw. gebotenen Freiräume der Kirche in einem System ohne Solidarnosc begriffen. Das Verhältnis von Kirche und Sozialismus sei in all den Jahren der DDR auch von der politischen Großwetterlage beeinflusst worden. Heinfried Henniger bezeichnete den Untergang der SED-Herrschaft als einen selbstzerrstörenderischen Prozess, zu dem auch die Intoleranz im Umgang mit an Konfessionen gebundenen Bürgern gehörte. Überlegungen, die Dr. Rolf Barthel einbrachte, wonach Ursachen für Repressionen gegen die Kirchen in der Situation des „Kalten Krieges“ zu finden seien, stießen auf Widerspruch. Ein derartiger Denkansatz wurde eher als „Entschuldigungsgrund“, jedoch nicht als Ursache aufgenommen. Indessen machte ein Teilnehmer deutlich, dass es zwischen Demokratien und Diktaturen keine Bindeglieder gebe. Pfarrer Joachim Goertz (Berlin), er erschien statt des erkrankten Eugen Meckel, schilderte, wie er erst durch erlebte Repressionen den Weg von der FDJ zur Kirche fand und letztlich Theologie studierte. Ein Schlüsselerlebnis war für ihn u.a. die seinem Vater, der vor 1945 im KZ-Buchenwald die ihm von den Nazis zugefügten Qualen erdulden musste, von den DDR-Organen verweigerte Anerkennung als NS-Verfolgter. Signalwirkungen seien auch von der Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz und von der Ausbürgerung Wolf Biermanns ausgegangen. So machten die vorgestellte und den 35 Teilnehmern überreichte Studie sowie die bemerkenswert kurzweilige und inhaltsreiche Diskussion deutlich, dass Kirchen in der DDR eine eigenständige Rolle beim Einklagen bürgerlicher Rechte auf Demokratie, politische und geistige Freiheit spielten und sie sehr viel mehr waren als nur „Nischen“ für politisch Andersdenkende.



Die Veranstaltung war dann auch für den Geschichtsverein ein willkommener Anlass, durch Dankward Brinksmeier der evangelischen Kirchengemeinde Strausberg mehrere Chrestomathien zur Geschichte der Kirchen und Religionen in Strausberg zu übergeben. Die in der vom Geschichtsverein herausgegebene Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“ erschienene Textauswahl aus der Zeitung „Strausberger Nachrichten“ bietet für die inzwischen ausgewerteten Jahrgänge 1930 - 1935 erstmals einen Einblick in die Geschichte der hiesigen Kirchen und somit auch in ein wichtiges Kapitel der Stadtgeschichte.

In: BAB LokalAnzeiger, 48/97, S. 10, Foto (r.a) v. l. n. r. Dr. Martin Bock, Dankward Brinksmeier, Peter-Uwe Eckert

## **Eine kritische Bilanz der Einheit**

von Rolf Apel

„Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewusstsein der Ostdeutschen“, so lautete das gewiss auch provokativ anmutende Thema des kürzlich im Restaurant „Zur Fähre“ stattgefundenen Diskussionsabends, zu dem der Strausberger Geschichtsverein und das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung wiederum gemeinsam eingeladen hatten. Von der stets gut besuchten Veranstaltungsreihe sahen sich erwartungsgemäß vor allem ältere Bürger angesprochen. Geht es doch in dem vom Buchautor Dr. Hans Misselwitz und Moderator Dr. Rolf Apel vorgestelltem gleichnamigem Buch primär um eine kritische Bilanz der deutschen Vereinigung. Misselwitz selbst Repräsentant der DDR-Bürgerrechtsbewegung und heute an der Seite des SPD-Vizevorsitzenden Wolfgang Thierse tätig, setzt sich kritisch mit der Art und Weise der DDR-Abwicklung und Anschlusspolitik auseinander. Apel hinterfragte sehr nachdrücklich, ob es zum rasanten Verlauf des Einigungsprozesses und des Anschlusses nach Artikel 23 des Grundgesetzes Alternativen gegeben habe? Im geschichtlichen Handeln der Menschen bzw. Parteien und demokratischen Bewegungen gebe es stets Alternativen, so Misselwitz, allerdings seien die Handlungsspielräume durch viele objektive Begebenheiten auch sehr eingeschränkt gewesen. Er verwies vor allem auf den enormen politischen Druck einer Bevölkerungsmehrheit zur schnellen Vereinigung. Zum anderen seien sich die Parteien der schwierigen außenpolitischen Situation bewusst gewesen. Alles hing von der Haltung der Sowjetunion bzw. Gorbatschows ab. Außerdem habe der schnelle Anschluss der westlichen Interessenlage entsprochen. Ohne das bekannte Ergebnis der 2 plus 4- Verhandlungen wäre die Folgeentwicklung wahrscheinlich noch sehr viel komplizierter und für die Bevölkerung noch belastender geworden. Der Einigungsvertrag musste folglich sehr schnell verabschiedet werden, obgleich man sich damals wie heute auch über Unzulänglichkeiten und Negativfolgen bewusst gewesen sei. Das eigentliche Problem sieht Misselwitz darin, dass dem Einigungsvertrag das ostdeutsche Subjekt mit dem Anschluss verloren gegangen sei. Im Weiteren lenkten Moderation und Teilnehmer die Aufmerksamkeit auf die Eigentumsregelung bzw. auf das von der Volkskammer am 17.6.1990 beschlossene Treuhandgesetz. Die Bilanz der Folgeentwicklung wurde kritisch benannt: 85 Prozent des ostdeutschen Industrievermögens sei „Dank“ der Treuhand in westdeutsche Hände gekommen. Ebenso könne man die 2,5 Millionen Rückübertragungsforderungen als zweite Enteignung der Ostdeutschen nach 1945 bezeichnen. Unstrittig blieb für alle Beteiligten die auch von Soziologen unterlegte Tatsache, dass 85 Prozent der Ost- und Westdeutschen die staatliche Einheit bejahen, wenngleich sich 78 Prozent der Ostdeutschen noch immer als Bürger zweiter Klasse sehen. So machte auch die Diskussion deutlich, wie sehr Stasi-

themen, Lohn- und Rentenungleichheit, Missachtung von Lebensleistungen sowie eine oftmals die menschliche Würde missachtende Art und Weise der „Vergangenheitsbewältigung“ die Entwicklung des Selbstbewusstseins der Ostdeutschen beeinträchtigt. Die kritische und doch sehr sachliche Diskussion erhellte zugleich die Größe der noch zu lösenden Aufgaben, bevor das Ziel der inneren Einheit erreichbar ist. Das von Wolfgang Thierse kürzlich eingebrachte Thesenpapier zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland mahnt die Verantwortungsträger zum entschlossenen Handeln, um den noch immer ausstehenden wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung der neuen Bundesländer auf den Weg zu bringen.

Unveröffentlichter Bericht

### **Streitbare Thesen im Klub am See** **Ebert-Stiftung lädt zu kritischer Marxismus-Diskussion in Strausberg ein** von Jens Sell

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung lädt am 27. Oktober (18 Uhr) zu einer kritischen Marxismus-Diskussion in den Klub am See ein. Thema: „Am Ende der Wege zum Sozialismus oder das Aus der Utopie?“

Mit einer streitbaren und mehreren diskussionsträchtigen Thesen geht Dr. Horst Klein (SPD) in die Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Marxismus als kritische Denkmethode, „die sich mit neuen Problemen wie der Globalisierung und der Unterwerfung von Sozialstaaten unter staatenlose Finanzmärkte auseinandersetzen muss“, soll nach Ansicht des Vorsitzenden der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, Horst Klein, „nötiger denn je“ sein.

Der streitbare Philosophiehistoriker hat im Vorfeld der Diskussion sechs Thesen zum Thema formuliert. Er offenbart sich darin als „Linkssozialist“ innerhalb der SPD. Tiefgreifende Innovationen und existenzielle Bedrohungen der Menschheit würden im ausgehenden Jahrhundert die Frage nach „Visionen für eine humanistische Gestaltung der menschlichen Gesellschaft“ aufwerfen, schreibt Klein. Er nennt den Gegensatz zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Bewegung antagonistisch. Die Linkssozialisten seien „konsequente Demokraten“: „Sie engagierten sich in der und nicht gegen die Sozialdemokratie für eine Politik, die sich an den realen Bedingungen und sozialistischen Grundsätzen orientiert und die Arbeiterbewegung zusammenführt.“ Klein betrachtet die PDS jedoch als eine Partei, die auf dem Weg sei, radikal mit dem stalinistisch geprägten Parteikommunismus zu brechen, als „Reformpartei“.

Folgerichtig zählen der PDS-Chefideologe und Europaabgeordnete Andre Brie zu den Diskussionsrednern des Abends im Klub am See. Ebenfalls dabei sein wird Professor Dr. Detlev Albers von der Uni Bremen, gleichzeitig SPD-Landesvorsitzender in der Hansestadt. Dritter Referent ist Dr. Ulrich Schöler, Sekretär der SPD-Grundwertekommission und Leiter des Präsidialbüros des Deutschen Bundestages. Die Veranstaltung wird von Dr. Peter Gerold von der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, moderiert.

In: Märkische Oderzeitung, Freitag, 29. Oktober 1999, S. 5.

# Am Ende der Wege zum Sozialismus oder das Aus der Utopie?

(Thesen)

von Horst Klein

## Über den Sinn sozialer Utopien

**(1) Das ausgehende Jahrhundert ist geprägt von tiefgreifenden Innovationen, aber auch existentiellen Bedrohungen für die Menschheit.** Es wirft mit Notwendigkeit die Frage nach dem Sinn sozialer Utopien, nach Visionen für eine humanistische Gestaltung der menschlichen Gesellschaft auf. Die das gesamte Leben revolutionierende Entwicklung der Produktivkräfte, von Wissenschaft und Technik, und andererseits zwei Weltkriege, die Entwicklung und der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln sowie weitreichende Zerstörungen der natürlichen Ressourcen menschlichen Daseins, sind schwerwiegende Hypotheken des zurückliegenden Jahrhunderts, die den Übergang ins nächste Jahrtausend nachhaltig beeinflussen. Namhafte Wissenschaftler (Club of Rome) haben seit Ende der sechziger Jahre zahlreiche Arbeiten über die prekäre Lage der Menschheit veröffentlicht. Sie engagieren sich für eine „Weltlösungsstrategie“, die zum Überleben der Menschheit beitragen könnte. Ebenso radikal veränderte sich die politische Struktur der bisherigen Weltordnung. Mit dem Scheitern des „Jahrhundertexperiments Sowjetunion“ bzw. Zusammenbruch des sogenannten sozialistischen Weltsystems ist eine neue Weltordnung entstanden, die der politischen Utopie, insbesondere der sozialistischen, wenig Hoffnung zu geben scheint. Jürgen Habermas konstatierte bereits vor Jahren, dass sich mit der Krise des Wohlfahrtsstaates die utopische Energie erschöpft habe. Andere meinen, die Utopie sei nur Ausdruck des Unbehagens an der Industriegesellschaft oder gar ein Thema bestenfalls für Clubgespräche oder Debatten in Traditionsvereinen, um sich so dem Aufwachen zu entziehen. Recht haben wohl jene Stimmen, die davor warnen, das Scheitern der diktatorisch-autoritären Linie des utopischen Denkens als Ende der Utopie zu begreifen, zumal der „Realsozialismus“ nicht das utopische Denken als Ganzes diskreditiert habe und der Problemdruck, der seit Morus im utopischen Denken hervorgebracht wurde, weiter besteht (R. Saage). Als sicher erscheint die Einsicht, dass sich mit den geschichtlichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts auch das utopische Denken vor dem Zwang befindet, ein neues Profil zu gewinnen. Das trifft ebenso für die auf die Bedingungen des 21. Jahrhunderts bezogene Definition des „demokratischen Sozialismus“ bzw. für die Idee eines „dritten Weges“ zu.

## „Dritter Weg“ und Linksozialismus

**(2) Die Idee des „dritten Weges“ ist untrennbar mit der Herausbildung des Linksozialismus verbunden.** Im Unterschied zu kommunistischen und rechtsreformistischen Ideen blieben das linksozialistische Theorieverständnis und die so begründeten Visionen dem vom jungen Marx formulierten Imperativ treu, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Die Entstehungsgeschichte des Linksozialismus liegt in der Zeit der Revisionismusdebatte um die Jahrhundertwende und seine Profilierung als Strategie des „dritten Weges“ während des Ersten Weltkrieges und nach der russischen Revolution 1917. Sein Kern war das Festhalten an sozialistischen Grundsätzen, die Antikriegsposition, die solidarische Verbundenheit mit der russischen Revolution und deren solidarisch-kritische Bewertung als spezifisch russische Erscheinung sowie der klare Standpunkt, wonach Sozialismus nicht als Diktatur elitärer Mächte, sondern nur als soziale bzw. vollendete Demokratie denkbar und evolutionär gestaltbar ist. Linksozialisten waren stets konsequente Demokraten. Sie

engagierten sich in der und nicht gegen die Sozialdemokratie für eine Politik, die sich an den realen Bedingungen und sozialistischen Grundsätzen orientiert und die Arbeiterbewegung zusammenführt. Sie profilierten sich in konstruktiver Distanz sowohl zur kommunistischen Theorie und Praxis als auch zu der zuweilen leichtfertig sozialistische Grundsätze und Visionen aufgebenden rechtsreformistischen Politikkultur; Linkssozialismus orientierte auf eine Überwindung des antagonistischen Gegensatzes zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Bewegung. In kritischer Verarbeitung von Erfahrungen der bolschewistischen Theorie und Praxis sowie des Reformismus kamen namhafte linkssozialistische Theoretiker/Politiker (Otto Bauer, Max Adler) in den zwanziger und dreißiger Jahren zur Vision eines „dritten Weges“ bzw. eines „Integralen Sozialismus“. Dabei sollte es um eine an Marx und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung orientierte Alternative zwischen Bolschewismus und Reformismus, um einen beiderseitigen Lernprozess gehen. Im Vordergrund standen die von feindlichen Gegensätzen freie und solidarische Bündnisfähigkeit der unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung, die an sozialistischen Grundsätzen und Werten festhaltende Vision eines demokratischen Weges zum Sozialismus und der revolutionäre Kampf gegen Krieg und Faschismus.

Eine zweite Phase der Beschäftigung mit der Problemstellung eines „dritten Weges zum Sozialismus“ begann Mitte der sechziger Jahre und äußerte sich in der Suche nach alternativen Gesellschafts- und Lebenskonzepten, in einer rezeptiven Wiederbesinnung auf Marxsche Ideen, so vor allem auf traditionelle linkssozialistische Schriften und die aus diesen zu gewinnenden kapitalismuskritischen Gedanken (D. Albers). Interesse erlangten die jetzt zugänglichen Schriften des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci. Seine Ideen reichten über die Leninschen Theorien hinaus und boten Anknüpfungspunkte zu linkssozialistischen Auffassungen in der Sozialdemokratie. Noch gewichtiger wurden sie in zahlreichen europäischen kommunistischen Parteien, die um eine alternative Strategie nicht nur gegenüber den sozialdemokratischen, sondern auch dem sowjetischen Gesellschaftsmodell rangen und sich als Eurokommunisten verstanden. In der zweiten Phase konnte trotz vielfältiger Diskussionen bis in die achtziger Jahre hinein keine befriedigende Theorie eines „dritten Weges“ entwickelt werden. Auch das Verhältnis zu den Vertretern des „ersten“ und „zweiten Weges“, d. h. zu traditionell reformistischen wie kommunistischen Auffassungen verpflichteten Teilen der Arbeiterbewegung, konnte nicht überzeugend geklärt werden. Teileinsichten der sozialdemokratischen Linken gingen in das Berliner Grundsatzprogramm der SPD ein, so die Nennung der Marxschen Geschichts- und Gesellschaftslehre und der Erfahrungen der Arbeiterbewegung als geistige Wurzeln der Sozialdemokratie, das Konzept der Wirtschaftsdemokratie sowie die historische Grunderfahrung, „dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig“.

Mit dem Scheitern des kommunistischen Gesellschaftsmodells begann eine *dritte Phase* der Modernisierung linkssozialistischer Visionen eines „dritten Weges“. Obgleich es zunächst zu Irritationen in der westlichen Linken kam und auch die linkssozialistische Debatte über alternative Politikkonzepte bzw. „dritte Wege“ in der SPD verstummte, blieben Linke wie in der Vergangenheit als konsequentere Streiter für eine sozial gerechte Welt aktiv. In der Gegenwart drängen sie auf die konsequente Bewahrung sozialdemokratischer Identität im Sinne des geltenden Grundsatzprogramms. Mit der Antikriegsposition und dem kürzlich von linken SPD-Bundestagsabgeordneten veröffentlichten Positionspapier „Soziale Gerechtigkeit bleibt unsere Aufgabe. Kurs halten statt Neoliberalismus“ haben Linke an Orientierungskraft gewonnen.

## **PDS eine linkssozialistische Reformpartei?**

**(3) Die PDS ist auf dem Weg, radikal mit dem stalinistisch geprägten Parteikommunismus zu brechen; sie gewinnt zunehmend ein eigenständiges Profil als linkssozialistische Reformpartei.** Inzwischen leistet sie einen für das Selbstverständnis der Partei wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der kommunistischen Parteigeschichte (Bewertung der russischen Revolution von 1917 und Aufhellung des reaktionären Charakters des stalinistischen Parteikommunismus). Im zurückliegenden Jahrzehnt nahm die zuweilen noch populistisch erscheinende Hinwendung zum linkssozialistischen Erbgut der Sozialdemokratie zu. Nachteilig bzw. hemmend auf ihre linkssozialistische Profilierung wirken derzeit vor allem einerseits die noch immer pragmatisch bedingte geistige und politische Anlehnung an kommunistische Parteien und Plattformen und andererseits das noch unverarbeitete, teilweise unzeitgemäße Zurückgreifen auf „linkssozialistische, ökosozialistische Theorieversatzstücke der bundesrepublikanischen Theoriedebatte der achtziger Jahre“, deren „Tauglichkeit im Angesicht der veränderten Problemkonstellationen zumindest in Zweifel zu ziehen sind“ (Schöler). Wenngleich der Parteikommunismus seinen Schrecken verloren hat und als „Gespenst in Europa verschwand“, vollzieht sich der aus dem Wissen um Geschichte abzuleitende selbstkritische Lernprozess in den KP/Plattformen sehr viel schwieriger und ist für linkssozialistische Positionen noch immer wenig förderlich. Das von Gregor Gysi vorgestellte Thesenpapier „Gerechtigkeit ist modern – Eine notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair“ kann ein wichtiger Schritt auf dem Weg der PDS zu einer modernen sozialistischen Linken sein. Wenn er programmatisch unterlegt wird und die Mitgliederbasis erreicht, kann sich das linkssozialistische Profil der Partei glaubwürdiger entwickeln und den Einfluss der europäischen Linken fördern.

## **Sozialistische Visionen im 21. Jahrhundert**

**(4) Auch im kommenden Jahrhundert wird die sozialistische Vision zahlreiche Aufgaben zu bewältigen haben, zumal die sozialen Fragen in neuer Dimension mit Überlebensfragen der menschlichen Gattung verknüpft sind.** Das Wissen, wonach jede wirkliche Gesellschaftsentwicklung nach vorn offen ist, gehört im Unterschied zu dogmatischen Irrlehren zum Wesen politischer Utopien. „Die alte Linke hat mit einem mehr oder weniger geschlossenen theoretischen Denkgebäude eines ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ ihr *Projekt* und mit einer im sozialen Prozess sich homogenisierenden, zu ihrer selbst und den eigenen Interessen findenden Arbeiterklasse ihr *Subjekt* verloren.“ (Schöler) Sozialismus ist künftig nicht mehr die den Kapitalismus ablösende Gesellschaftsformation, sondern ausschließlich als humanistisches Wertesystem denkbar, dessen gestaltende Kraft sich in einer Vielfalt sozialer Projekte zur humanistischen Gesellschaftsentwicklung verwirklichen könnte. Das Resultat einer solchen Entwicklung, die sich inzwischen nur im globalen bzw. zumindest im europäischen Rahmen zu vollziehen vermag, wäre eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung auf der Grundlage von Demokratie und Menschenrechten.

In den industriell weit entwickelten Ländern kann nur noch sehr bedingt von einer Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung gesprochen werden; sie sind Subjekte der Geschichte. Das zu Marx' Zeiten durchaus revolutionäre Subjekt „Arbeiterklasse“ differenzierte sich mit der rasanten Entwicklung der Produktivkräfte und den sich flexibel anpassenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen zunehmend. Dem entsprechen die bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts in der soziologischen Literatur auffindbaren Begriffe „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“, die von der objektiv gegebenen

Vielfalt und Differenziertheit sozialer Subjekte sowie von dem immer häufiger vorkommenden Wechsel sozialer Rollen der im Arbeitsleben stehenden Menschen (Gysi) abstrahieren. In diesem Zusammenhang ist ebenso zu beachten, daß die von Marx abgeleitete Theorie des antagonistischen Klassengegensatzes von „Bourgeoisie“ und „Proletariat“ vor allem in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts durch eine zunehmend existentielle Bedeutung erlangende allgemeinmenschliche Problemsicht überdeckt wurde. Damit traten der vor allem in der sozialistischen Linken bislang tief verankerte Gedanke des „Klassenkampfes“ und die Option einer „revolutionären Arbeiterpartei“ in die geschichtliche Betrachtung zurück. Indessen schließt die Globalisierung die Gefahr der zunehmend weniger zu beschränkenden Allmacht des Kapitals und der überstaatlichen Finanzmärkte und folglich auch eine mögliche Verschärfung der sozialen Frage ein. Die sozialistische Linke dürfte daher an einer spürbar wirksameren und gestaltenden Rolle des demokratischen Staates interessiert sein. In diesem Zusammenhang verdient das Konzept der Wirtschaftsdemokratie eine Schlüsselfunktion, denn es belegt historisch in besonderer Weise den keineswegs bruchlosen Übergang der Linken vom illusionären Revolutionsglauben zu einer realistischen Reformstrategie. Zu den drei unverzichtbaren Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie gehören: „Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Mitbestimmung der Arbeitenden und Humanisierung der Arbeit, die demokratische Rahmenplanung und Investitionslenkung – verbunden mit einer grundlegenden ökologischen Neuorientierung der Wirtschaftspolitik“ (F. Vilmar).

### **Krieg und Frieden in einer neuen Weltordnung**

**(5) Eine neue Weltordnung, die auf Frieden setzt und jegliche Art von Kriegen als Mittel der Politik und Völkermord ächtet, ist Ziel sozialistischer Utopien.** Die keinesfalls auf Pazifismus zu verkürzende Antikriegsposition der sozialistischen Linken ist ein unverzichtbares Element ihrer Identität. „Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein; dies gilt erst recht im Zeitalter atomarer, chemischer und biologischer Massenvernichtungsmittel ... Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit.“ (SPD-Grundsatzprogramm). Aus dieser Sicht verurteilten die sozialistischen Linken den Völkermord auf dem Balkan und den unter dem Vorwand einer humanitären Hilfe geführten Krieg. Verlauf und Ausgang des Krieges gegen Jugoslawien wie auch alle anderen nach dem Zweiten Weltkrieg geführten Kriege bestärkten die Linken in ihrer Überzeugung, dass mittels militärischer Gewalt politische Ziele nicht mehr durchsetzbar sind. Im Gegenteil: Kriege haben stets die politischen und ethnischen Interessenkonflikte und den Völkermord eskaliert. Friedenspolitik ist die einzige Alternative. Sie „muss Machtkonflikte entschärfen, Interessenausgleich suchen, gemeinsame Interessen aufgreifen, dem Vormachtstreben der Weltmächte durch regionale Zusammenschlüsse entgegenwirken und Gegensätze zwischen Systemen, Ideologien und Religionen im friedlichen Wettbewerb und in einer Kultur des politischen Streits austragen“ (SPD-Grundsatzprogramm).

### **Marxismus als kritische Denkmethode**

**(6) Der Marxismus als kritische Denkmethode, der sich mit neuen Problemen wie der Globalisierung und der Unterwerfung von Sozialstaaten unter staatenlose Finanzmärkte auseinandersetzen muss, ist nötiger denn je.** Zu offensichtlich verweisen vor allem die ökonomischen und sozialen Verwerfungen am Ausgang dieses Jahrhunderts noch immer auf die Grundansätze der Marxschen Denktradition

(Glotz). Der Begriff „Globalisierung“ macht auf eine Problemlage aufmerksam, die über das bisher bekannte Ausmaß der Internationalisierung hinausgeht. Sie umfasst mindestens fünf qualitativ neue Gesichtspunkte: Erstens die Globalisierung der ökologischen Gefährdung, zweitens die Informations- und Kommunikationstechnologien, drittens die durch keine Grenzen bzw. Standorte eingeschränkte Entfaltung und Herrschaft des Kapitals und der Handelsbeziehungen, viertens die gigantische Entwicklung auf dem Weltfinanzmarkt, die Abkopplung des Finanzsektors vom produzierenden Sektor („Casino-Kapitalismus“) sowie das Unterlaufen nationalstaatlicher Zins- und Geldpolitik und fünftens die mit den genannten Prozessen einhergehende kulturelle Nivellierung und Überformung (Schöler).

Linke Sozialdemokraten wenden sich kritisch gegen neoliberalistische Ansichten, wonach Globalisierung selbst nicht gestaltbar sei, und sie die Anpassung der gesamten Gesellschaft an die Interessen der Wirtschaft verlange bzw. die Politik sich auf die Gestaltung dieser Anpassung zu beschränken habe (Positionspapier linker SPD-Bundestagsabgeordneter). Unstrittig ist, dass sich die SPD in ihrer Geschichte stets darum bemühte, den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen auch programmatisch und praktisch gewachsen zu sein. Dagegen hat die mit dem Blair/Schröder - Papier ausgelöste Diskussion über den künftigen Weg der Sozialdemokratie in Europa in der Parteilinken Besorgnis über den möglichen Verlust der sozialdemokratischen Identität ausgelöst, eine Gefahr, die auch mit „rhetorischen Verbeugungen vor klassischen sozialdemokratischen Grundüberzeugungen“ nicht zu kaschieren ist. Es ist bedenklich, dass die Politik der „Neuen Mitte“ den Begriff des „dritten Weges“ kontraproduktiv vereinnahmt.

Fern aller Schattierungen eines ideologischen Egoismus steht die Aufgabe, den Utopiediskurs wie das Nachdenken über eine Erneuerung der Vision des demokratischen Sozialismus mit den übergreifenden Menschheitsinteressen zu verbinden.

In: BAB LokalAnzeiger 41/1999, S. 4. (leicht gekürzte Fassung)

## **Trotz alledem, mit Utopien ins nächste Jahrhundert**

von Rolf Apel

So lässt sich das Ergebnis einer Diskussionsveranstaltung erklären, zu der schon traditionell das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V. am 27. Oktober 1999 in den Strausberger „Klub am See“ eingeladen hatte. Es war wohl dem vielversprechenden Thema und den angekündigten Referenten geschuldet, dass ca. 100 interessierte Bürger der Einladung folgten. Mit Professor Dr. Detlev Albers, Universität Bremen und SPD-Landesvorsitzender, Dr. Uli Schöler, Leiter des Präsidialbüros des Deutschen Bundestages und Sekretär der SPD-Grundwertekommission, Dr. Andre Brie, PDS-Abgeordneter im Europaparlament und Wahlkampfmanager, waren prädestinierte Wissenschaftler angekündigt. Zum Bedauern aller blieb Andre Brie infolge einer Autopanne im wahrsten Sinne des Wortes auf der Strecke. Ein Nachteil der Veranstaltung, den auch die Teilnehmer spürten, letztlich fehlte den sozialdemokratischen Theoretikern der Diskutant bzw. streitbare Genosse der PDS. Die Lücke auf dem Podium besetzte der Vorsitzende des Geschichtsvereins Dr. Horst Klein.

Moderator Dr. Peter Gerold orientierte sinnvoll auf Kernfragen, denen sich die Diskutanten zu stellen hatten. Bedeutet das Scheitern des sogenannten Realsozialismus das Aus der Utopie? Wird der soziale Problemdruck im kommenden Jahrhundert dem utopischen Denken neue Impulse für reale Zukunftsprojekte geben? Wie steht es künftig um Sinn und Inhalt sozialistischer Utopien? Zu diesen und weitergehenden Fragen lagen den Teilnehmern die von Albers und Klein verfassten Thesenpapiere vor, die den Rahmen der daran anknüpfenden Diskussion konstruktiv skizzierten.

Nach Detlev Albers müsse man zunächst das Scheitern aller von Marx und Engels abgeleiteten einfachen Vorstellungen von der Verwirklichung einer klassenlosen Gesellschaft in einem Land begreifen, egal ob wir ihn in der Reihenfolge des 1., 2. oder 3. Weges in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen sehen. Im Klartext heiÙe dies: Der 1. Weg der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik erwies sich so als nicht begehbar, trotz Teilerfolge, wie etwa das demokratisch-parlamentarische System, die Ansätze einer Wirtschaftsdemokratie und des Einbringens von sozialdemokratischen Grundwerten der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität. Indessen sei der 2. Weg, der russische Weg der Revolution 1917, der Weg von Lenin, Stalin bis zu Gorbatschow grundsätzlich gescheitert. Gegenstand dieser Diskussion sei der 3. Weg, den wir in den 60er Jahren als Jungsozialisten vertraten, der aber auch nicht standgehalten habe. Auch die Bemühungen der Gewerkschaften, ein wirtschaftsdemokratisches System in der Bundesrepublik zu installieren, zeigten nicht die erhofften Erfolge. Mit diesem Hintergrund stelle sich die Frage nach dem Sinn sozialistischer Visionen? Eine Antwort habe zu berücksichtigen, dass 1. die sozialen Widersprüche zwischen Arm und Reich deutlich wachsen, und zwar nicht nur bei uns, sondern in der Europäischen Union und in der Welt. Folglich sei die Notwendigkeit, für gerechte gesellschaftliche Verhältnisse einzutreten, aktueller als je zuvor. 2. Habe sich inzwischen erwiesen, dass wir die Wirtschaftsdemokratie, d.h. in ihren Elementen der Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Mitbestimmung der Arbeitenden und Humanisierung der Arbeit, die demokratische Rahmenplanung und Investitionslenkung etc., in einem Land nicht mehr durchsetzen können. „Man brauche ein Gegengewicht an Demokratie, Öffentlichkeit und Regelungskompetenz auf europäischer Ebene, das sich gegen die neue Dimension ökonomischer Macht durchzusetzen vermag“. und in diesem Prozess komme den Gewerkschaften eine zunehmende Rolle zu. Albers entwickelte Zusammenhänge, die deutlich machten, dass das Wissen um die Globa-



lisierung und Wirtschaftsdemokratie wichtige Aspekte einer sozialen Utopie seien. Dabei seien zumindest zwei Elemente zu beachten: Das Erste beziehe sich auf den Fakt, dass Wirtschaftsdemokratie keinesfalls auf Mitbestimmung zu verkürzen sei. Die betriebliche Mitbestimmung wachse immer mehr mit der Tarifpolitik zusammen. Inzwischen gebe es bereits Eurobetriebsräte per Gesetz und diese Institution sei ein kraftvolles Instrumentarium der europäischen Gewerkschaften, die mehr und mehr als Subjekte des Interessenausgleiches wirksam werden können. Das Zweite Element sei die Steuerungsfähigkeit der Politik auf nationaler, europäischer und weltwirtschaftlicher Ebene. Im vor uns liegenden Jahrhundert müsse es um eine Annäherung an gerechte soziale Verhältnisse gehen. In diesen und weiteren Aufgaben habe die europäische Sozialdemokratie die Aktualität der Vision des demokratischen Sozialismus zu sehen.

Daran anknüpfend warnte auch Klein davor, das Scheitern der diktatorisch-autoritären Linie des utopischen Denkens, d.h. der des Parteikommunismus, als Ende der Utopie zu begreifen, zumal der sogenannte Realsozialismus nicht das utopische Denken als Ganzes diskreditiert habe und der soziale Problemdruck im utopischen Denken weiter bestehe. Als sicher erscheine die Einsicht, dass sich mit den geschichtlichen Erfahrungen des zu Ende gehenden Jahrhunderts auch das utopische Denken vor dem Zwang befindet, ein neues Profil zu gewinnen. Das treffe auch auf sozialistische Visionen zu. Aus dieser Sicht hob er drei Kerngedanken hervor: 1. müsse sich schon immer jede Gesellschaft, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, an Utopien messen lassen; 2. seien Utopien nicht auf sozialistische Visionen oder auf das ohnehin gescheiterte Formationsdenken zu verkürzen. Es gelte vielmehr die Ganzheit der humanistischen Visionen zu beachten; 3. verlange der derzeit besonders prekäre Weltzustand eine kritische Bestandsaufnahme im linkssozialistischen Denken und möglichst machbare Visionen für die Lösung der sozialen Widersprüche, national, regional in der Europäischen Union und global, d.h. in der Weltgemeinschaft. Die Kernfrage aller Fragen sei die des Friedens. Ohne Weltfrieden sei alles nichts. Militärische Gewalt dürfe nicht mehr als Alternative zur Verfolgung politischer Interessen zugelassen werden. Ohne einen allgemeinen Friedenszustand seien die von Albers genannten sozialen Probleme nicht lösbar.

Als besonders problematisch erschien die Frage nach dem aus dem 1. und 2. Weg zu bewahrenden Erbe. Albers, der sich nur zum Erbe des sozialdemokratischen bzw. des von Friedrich Ebert beschrittenen Weges äußern wollte, verwies vor allem auf die Vorzüge der parlamentarischen Demokratie und auf konzeptionelle Schritte der Wirtschaftsdemokratie. Im Hinblick auf den kommunistischen bzw. „realsozialistischen“ Weg, deren Bewertung noch längere Zeit sehr schwierig bleiben wird, weil ein noch souveränerer Abstand zu gewinnen sei, nannte Klein vor allem die aufrichtig gelebten humanistischen Ideale der einfachen Menschen, die, würden sie heute in die Gesellschaft eingebracht werden können, die Politikverdrossenheit zurückdrängen könnten.

Mit besonderem Interesse verfolgten die Teilnehmer die Ausführungen zur Frage nach dem Inhalt einer modernen Sozialdemokratie bzw. eines modernen Sozialismus. Zu diesem Problemkreis gab Uli Schöler zu bedenken, dass linke Sozialdemokraten in der Vergangenheit stets mit der aus dem wissenschaftlichen Sozialismus gewonnenen Auffassung lebten, wonach sich aus den Widersprüchen der alten Gesellschaft Sozialismus entwickeln könne. Inzwischen stelle sich die Frage der sozialistischen Identität neu. Mit geschichtlichen Erfahrungen fragen wir heute nach dem, was aus der von Marx und Engels überlieferten Gesellschaftsanalyse zu gebrauchen sei und was nicht. Hier verwies er sehr nachdrücklich auf die Negativseite der Ideologieanteile, auf ein Marxverständnis nach Art eines fertigen Systems von Antworten,

wogegen der Marxismus als „kritische Denkmethode, der sich mit neuen Problemen wie der Globalisierung“ auseinandersetzen soll, heute und künftiger nötiger denn je sei. In diesem Zusammenhang erinnerte Albers daran, dass die sozialdemokratischen Linken gerade dort, wo sie zuweilen eine Stärke des Sozialismus vermuteten, in der Sozialisierung, negativ Erfahrungen machen mussten, und das nicht nur im Hinblick auf den „Realsozialismus“, sondern auch in den westlichen Staaten. Das erkläre, warum die Linken heute nicht mehr die Sozialisierung der Schlüsselindustrie oder gar die Resozialisierung der Bundesbahn fordern, sondern bestenfalls über Mischformen des Eigentums nachdenken können. Indessen sollte der Staat bei der „Steuerung der Wirtschaft“ eine größere Rolle spielen, beispielsweise in bezug auf die Finanzmärkte.

Die skizzierten Probleme gaben den Teilnehmern offenbar starke Impulse, mit eigenen Überlegungen die Diskutanten kritisch zu hinterfragen. Dabei spielten Fragen nach dem Sinn des Utopiebegriffs, dem realistischen Wert sozialer Gerechtigkeit und vor allem nach dem Umgang mit dem künftigen Stellenwert der Wirtschaftsdemokratie einen breiten Raum ein. Dr. Ulla Plener (Berlin) gab zu bedenken, dass die meisten Gewerkschaftler derzeit kaum etwas mit dem Begriff der „Wirtschaftsdemokratie“ anfangen können, deshalb sei eine bessere Aufklärung zu diesem Problemkreis wünschenswert. Anknüpfend an Albers machte sie deutlich, dass es nach dem 2. Weltkrieg nicht um die Sozialisierung ging. Vielmehr habe die Aufgabe der Demokratisierung der Verfügungsgewalt über Eigentum gestanden. Auch derzeit biete das Grundgesetz dem Staat und dem Parlament ausreichende Möglichkeiten, die Wirtschaftsdemokratie per Gesetz auf dem Weg zu bringen. Prof. Wittich setzte sich kritisch mit der Wahlempfehlung der SPD auseinander, die im Herbst 98 darauf drängte, die PDS solle ein einziges Mal auf die Kandidatur für den Bundestag verzichten, um den Regierungswechsel zu ermöglichen. Hätte sie sich, so Wittich, darauf eingelassen, dann hätte es im deutschen Bundestag nicht eine einzige Fraktion gegen den NATO-Krieg auf dem Balkan gegeben. Im Weiteren machte er auf den unterschiedlichen Sinn des Utopiebegriffs bei Engels Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus aus der Utopie zur Wissenschaft“ und dem in der Diskussion skizzierten Anliegen der Zielbestimmung für eine stärkere Humanisierung der Gesellschaft im nächsten Jahrhundert. Sehr interessiert hinterfragten Teilnehmer Schölers Ausführungen zur Globalisierung.

Als positiv empfanden gewiss viele TeilnehmerInnen das Bemühen des Moderators, der freien Diskussion, einen möglichst günstigen Zeitfond zu sichern. Die zahlreichen Beiträge offenbarten dann auch ein in die Tiefe gehendes Interesse an einer sehr detaillierten Problemsicht. Dies dürfte die Veranstalter darin bestärken, sowohl in der Wahl der Thematik als auch der Wissenschaftler gut beraten gewesen zu sein. So konnte an diesem Abend wieder einmal ein theoretisch sehr anspruchsvolles Thema ausführlich besprochen werden. Natürlich gab es wohl einige Illusionisten unter den Anwesenden, die sich im traditionalistischen schwarz – weiß Schema „eindeutigere“ oder gar verbindlichere Antworten wünschten. Indessen konnten unsachliche und zuweilen auch als aggressiv zu empfindende Belehrungen und „selbstbewusste“. Zwischenrufe die insgesamt interessante, sachliche und nach vorn weisende Veranstaltung nicht beeinträchtigen.

In: DISPUT, 12/1999, S. 37 f. u. BAB LokalAnzeiger, 44/1999, S. 5.

## Sozialdemokratische Tradition und Zukunftsgestaltung in Strausberg (Bericht über eine Diskussionsveranstaltung)

von Rolf Apel

Zum Jahresbeginn 2002 hat die seit 1994 bestehende und überparteilich wirkende „Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V.“ eine weitere Forschungsarbeit zum Thema „Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887-1997“ vorlegen können. Damit erhielt die bereits im Jahr 1997 aus Anlass des 110-jährigen Partejubiläums der Strausberger Sozialdemokraten herausgegebene Begleitbroschüre zur gleichnamigen Sonderausstellung im städtischen Heimatmuseum eine wertvolle Fortsetzung und Ergänzung. Sie ist ein



wertvoller Beitrag, sozialdemokratische Traditionen und Erfahrungen sowie Wertevorstellungen sichtbar zu machen. Natürlich ist damit zugleich die Frage verknüpft, wie soll die heutige Sozialdemokratie damit umgehen? Lässt das Verhafteten in Traditionen eine optimale Zukunftsgestaltung zu? Ist sozialdemokratisches Traditions- und Werteverständnis in der heutigen und künftigen Kommunal- und Landespolitik anwendbar?

Ein Vortrags- und Diskussionsabend zum Thema „Sozialdemokratische Traditionen und Zukunftsgestaltung in Strausberg“ hat den Versuch unternommen, Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden. Er wurde als gemeinsame Veranstaltung der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg, am 4. April 2002 in Strausberg durchgeführt.

Als Diskutanten standen den 40 anwesenden Gästen aus der Region Strausberg und Berlin Frau Prof. Dr. habil. Beatrix Bouvier, Historikerin aus Bonn und Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, Gunter Fritsch, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag Brandenburg, sowie der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung, Dr. sc. Horst Klein, Rede und Antwort. Dr. Peter Gerold, der als Moderator wirkte, hob einleitend hervor, dass das Ziel des Abends die Diskussion geschichtswissenschaftlicher Aspekte sei, die von Anfang an das Hauptfeld der Forschungs- und Veranstaltungstätigkeit der Interessengemeinschaft gewesen ist. Er erinnerte daran, dass neben der vorliegenden Arbeit zur Sozialdemokratie auch ein umfassendes Bild der Kommunistischen Partei in Strausberg gezeichnet werden konnte. Darüber hinaus entstanden interessante Beiträge zur Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt, zur Rolle der Kirche und zum 17. Juni 1953.

Als ein Diskussionsschwerpunkt der Veranstaltung wurde zunächst die Frage nach dem Umgang mit der Geschichte und den Traditionen aufgeworfen. Was bleibt heute noch von Traditionen in der SPD und was sollte davon erhalten bleiben? Wovon soll-

te sich die SPD auch trennen?

Frau Prof. Bouvier relativierte gleich zu Beginn ihre Ausführungen dadurch, dass sie sich nicht berufen fühle, für die SPD insgesamt zu sprechen. Sie habe allerdings den Eindruck, dass ein Zurückschauen auf Traditionen in der SPD im Moment wenig gefragt sei. In der SPD sei oft die Rede davon, dass man den Weg in die Moderne beschreite, wobei die Referentin dessen genaue Beschreibung schuldig blieb. Nur hin und wieder sei die Rede von Traditionen, aber die würden eher nur als Ballast empfunden, von dem man sich trennen sollte. Als Historikerin müsse sie dagegen sprechen. Es sei ohne Zweifel erforderlich, Ballast abzuwerfen, das habe die SPD in ihrer langen Geschichte auch immer wieder getan. Für eine Partei, die auf 150 traditionsreiche Jahre zurückblicken kann, sei es durchaus angebracht, zurückzuschauen und zu fragen, „Ist das wirklich alles nur Ballast?“ Auch eine Partei brauche so etwas wie



ein kollektives Gedächtnis, die Erinnerung daran, wo sie hergekommen ist, was sie geprägt und verwandelt hat. Natürlich gäbe es dabei Traditionsbestände, die nicht mehr für alles gebraucht werden. So würde in mancher Beziehung das Verhalten der SPD unter dem Sozialistengesetz nicht mehr als Tradition benötigt, um heute in der Demokratie bestehen zu können; aber das Wissen darum könne auch

heute noch helfen, Identitätsdebatten zu bestehen. Zum Kernbestand der Traditionen in der SPD zählte Prof. Bouvier die Grundwerte, für die es heute kaum noch formulierte Inhalte gäbe. Solche Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität würden relativ wenig ausgefüllt. Es habe in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie durchaus Zeitstränge gegeben, wo diese Grundwerte mit Inhalten versehen waren. Es würde sich lohnen, darauf zurückzuschauen und auch heute mit Leben zu erfüllen. Genau so verlange die heutige Zeit mit ihren neuen Herausforderungen, sich mit dem Begriff Demokratie auseinander zusetzen. Hierbei könne die Tradition einer demokratischen Partei durchaus zeigen, dass es unter schwierigen Bedingungen in der Konsequenz immer wieder gelungen ist, sie neu zu definieren. Als Fazit formulierte Beatrix Bouvier: „Wenn man über Grundwerte streitet und versucht, sie immer wieder in der Gegenwart mit neuen Inhalten zu füllen, hat man eine Chance, die eigene Identität zu definieren. Ohne Identität lässt sich keine Zukunft gestalten.“

Für viele Zuhörer überraschend waren ihre Ausführungen zum Begriff „demokratischer Sozialismus“. Sie erkannte dieses Modell durchaus als Traditionsbestand an, wobei sie sich auf ein Zitat von Willy Brandt: „Demokratischer Sozialismus ist Freiheit, Humanismus, Rechtsstaat und soziale Gerechtigkeit“ berief, gab aber gleichzeitig zu verstehen, sich von diesem Begriff trennen zu wollen. Er sei bekanntlich als Gegenmodell zur kommunistischen Version des Sozialismus im 20. Jahrhundert entwickelt worden mit dem Inhalt, wie ihn Willy Brandt definiert habe.

Da in diesem Sinne Sozialismus konsequente Demokratie bedeute, sei der Begriff „demokratischer Sozialismus“ überflüssig. Darauf angesprochen, dass die PDS aber diesen Begriff noch heute beansprucht, führte sie aus, wenn die PDS diesen Begriff

für sich in Anspruch nehmen, dann müsste es ihre Sache sein zu definieren, was sie unter demokratischem Sozialismus versteht.

Wie zu erwarten, fand diese Aussage besondere Aufmerksamkeit.

Dr. Klein machte zunächst ergänzende Bemerkungen zum Beitrag von Prof. Bouvier zum Begriff des „demokratischen Sozialismus“. Für ihn seien Inhalt und Begriff stets Sachverhalte, die zusammengehören. Der Inhalt müsse auf den Begriff gebracht werden. Nach seiner Meinung habe man in der Sozialdemokratie seit den 20er Jahren auch den Begriff der sozialen Demokratie geprägt. Dieser Begriff werde als Synonym des demokratischen Sozialismus oder für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen benutzt und sei stark an das soeben besprochene Wertesystem gebunden, aber gleichzeitig würde der Begriff der sozialen Demokratie, wie im Berliner Programm der SPD nachzulesen sei, inhaltlich als eine klassenlose Gesellschaft verstanden. Es käme jetzt darauf an, im Unterschied zur politischen Demokratie, die derzeit als rechtsstaatliche Demokratie bestünde, den nächsten Schritt zur Vervollkommenheit der Demokratie zu gehen. Nachdenken über den demokratischen Sozialismus bedeute, immer die gesellschaftliche Perspektive, die Zukunft der Menschheit überhaupt im Auge zu haben. In dem Maße, wie die PDS es ernst meine mit einer demokratisch-sozialistischen Gestaltung, mit einem Wertesystem der Entwicklung und Vervollkommenheit der Demokratie, der Mitbestimmung der Bürger und der Mitgestaltung der Gesellschaft werde sie den Weg der Demokratie gehen und irgendwo gäbe es ein Zusammentreffen. Das sei jedoch ein Entwicklungsprozess, der Zeit erfordere. Dr. Klein skizzierte sodann das soziale Milieu des Strausberger SPD-Ortsvereins von dessen Gründung bis in die Gegenwart. Schärfer als Prof. Bouvier betonte er den Unterschied zwischen Traditionspflege und Traditionalismus. Die Beschäftigung mit der Parteigeschichte könne auch für Sozialdemokraten nicht nur eine Nische der politischen Legitimation sein, sondern sollte Erfahrungen und Impulse für die Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung erschließen. Im Unterschied zu anderen Parteien habe die SPD von vornherein nicht auf die Konservierung ihres Milieus, sondern auf die Milieu- und Eigenveränderung gesetzt. Aus dieser Sicht sei es nicht gerechtfertigt, von einem Verlust des Milieus zu sprechen. Das soziale Milieu, als das lebensweltliche Geflecht der Strausberger Sozialdemokratie, sei historisch in vier Entwicklungsabschnitte einzuordnen. Die Partei sei mit ihrer Gründung 1887 sozial in der Arbeiterschaft und deren Organisationen involviert gewesen. Kultur, Sport, Gewerkschaften und Arbeiterbildung hätten bereits unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes (1878-1890) eine illegale Vernetzung erfahren. Mit der von Handwerksmeistern bzw. Vertretern der Mittelschicht erfolgten Gründung des Ortsvereins habe die Politisierung der Arbeitervereine eine überzeugende Zielrichtung bekommen. Neben dem Kampf um die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft habe vor allem der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht im Vordergrund gestanden. Aus den sozialen Verhältnissen der Arbeiterschaft ergab sich auch zwangsläufig ein hoher Stellenwert der Arbeiterbildungsarbeit. Diese sei nicht allein auf politische, sondern grundsätzlich auf Allgemeinbildung orientiert gewesen. Nach der Novemberrevolution 1918 bzw. in den Jahren der Weimarer Republik habe sich das soziale Milieu der Sozialdemokratie erheblich zu deren Gunsten verändert. Dazu gehörten vor allem das allgemeine, freie und direkte Wahlrecht für Frauen und Männer sowie die Vereinsfreiheit und die erkämpften demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. In der politischen Bildungsarbeit des Ortsvereins hätten zu der Zeit Fragen nach den Weltkriegsursachen und Kriegsfolgen, der Demokratie und der Spaltung der Arbeiterbewegung und deren Überwindung besondere Aufmerksamkeit gefunden. Die Vernetzung der sozialdemokratisch beeinflussten Vereine, wie die Arbeiterwohlfahrt,

das Gewerkschafts- und Arbeiter-Sport-Kartell sowie die Sozialistische Kulturgemeinschaft, hätten eine relativ umfangreiche politische Bildung und Organisiertheit der Arbeiterschaft ermöglicht, wobei die familiären und solidarischen Beziehungen an Festigkeit gewonnen haben. Dies habe sich auch in der Zeit der NS-Herrschaft im menschlichen Miteinander bewährt. Nach 1945 habe das soziale Milieu der hiesigen Sozialdemokratie aufleben und sich verjüngen können. Die Zwangsvereinigung habe zwar der SPD ihre organisatorische Eigenständigkeit nehmen können, indessen sei das sozialdemokratische Demokratie- und Werteverständnis sowie Menschenbild noch bis in die 50er Jahre spürbar geblieben und auch bis zum Zusammenbruch der SED immer wieder aufgelebt. Ein Beweis dafür sei der permanente Kampf der SED gegen Revisionismus und Sozialdemokratismus gewesen. Die Präsenz des sozialdemokratischen Gedankengutes in der SED sei eine Konsequenz der Zwangsvereinigung, mit der der antagonistische Gegensatz von stalinistischem Parteikommunismus und demokratischer Arbeiterbewegung fortwirkte. Als hilfreich bezeichnete er den in den 80er Jahren zwischen SPD und SED geführten politischen Dialog und das 1987 gemeinsam verfasste Papier über die Kultur des Umgangs miteinander. Während der demokratischen Revolution 1989/90 sei dieser Zusammenhang allerdings zum Nachteil der SPD unbeachtet geblieben. Dessen ungeachtet habe der Wiederaufbau des hiesigen Ortsvereins ganz objektiv sehr schwierige Prozesse durchlaufen müssen. Die wenigen Mitglieder hatten kaum einen geschichtlich vorbereiteten Zugang zur Partei finden können. Die sozialdemokratischen Wurzeln waren über Jahrzehnte tief gekappt. Eine wichtige Orientierungshilfe sei das Berliner Programm der SPD gewesen, aber von einem sozialdemokratischen Milieu habe man damals nicht mehr sprechen können. Die Mitglieder waren sich zunächst einmal fremd, mentale Probleme haben das solidarische Zusammenwachsen des Ortsvereins und dessen öffentliche Wirkung sowie den Lernprozess beträchtlich erschwert. Aus der Geschichte heraus sollten das sozialdemokratische Werte- und Demokratieverständnis sowie die von Vertrauen und Ehrlichkeit geprägte lebendige politische Arbeit mit den Wählern Bestand haben. Der Ortsverein sollte sich stärker als politische Partei profilieren und vor allem ein solidarisches bzw. positives Erscheinungsbild in die Öffentlichkeit tragen.

Damit war der Landespolitiker der SPD, *Gunter Fritsch*, angesprochen. Er fand zunächst lobende Worte dafür, dass sich in einer Stadt wie Strausberg eine solche Gesprächsrunde zusammengefunden habe, wo man sachlich diskutieren und manchmal auch böse Wahrheiten aussprechen könne. Das sei eine politische Kultur, die man für die Zukunft sehr pflegen sollte. Auf die Frage eingehend, was uns Traditionen und Vergangenheit der „alten Dame SPD“ heute noch zu sagen haben, wandte er sich gegen Auffassungen, eine so alte Partei müsse zwangsläufig unter Verschleißerscheinungen leiden. Er gab aber gleichzeitig zu verstehen, dass das heurige Selbstverständnis der Sozialdemokratie ihm Probleme bereite, weil das Milieu nicht mehr stimme. Auch er vermied ausführliche Darlegungen zur SPD als "Partei der Neuen Mitte" und zeigte sich pragmatisch: „Wenn ich die Bedürfnisse aller Bürger nehme, oben die der Millionäre und unten die der Aussteiger und bedürfnislosen Eremiten abschneide und mich auf die Mitte orientiere und dabei noch der Aufforderung folge, die Willy Brandt einst den Brandenburgischen Sozialdemokraten ans Herz legte, die soziale Demokratie in dem Namen der Partei ernst zu nehmen, habe ich doch inhaltliche Vorgaben für sozialdemokratische Politik.“

Fritsch begrüßte ausdrücklich die große Meinungsvielfalt in der SPD, die bewusst auf eine Parteischule verzichte. Die SPD sei keine Einheitspartei, sie pflege den Meinungsaustausch und das Streitgespräch. Allerdings sollte in der Kommunalpolitik eine wichtige Lehre aus der SPD-Geschichte besonders berücksichtigt werden: Die



Partei ist dann stark, wenn sie gemeinsam ein Ziel vor Augen hat, gemeinsam argumentiert. Die letzten Ergebnisse der Kommunalwahlen hätten gezeigt, dass dort, wo innerparteiliche Flügelkämpfe ausgetragen werden, Stimmen verloren gehen. Geschlossenheit sei sicher eine der Lehren aus der Vergangenheit, die auch in Zukunft benötigt werde. Genau so verhalte es sich mit den Grundwerten Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie. Das seien durchaus Maßstäbe für die praktische Politik von Mandatsträgern der SPD.

Am Ende der Veranstaltung konnte ohne Zweifel als positiv die sachliche und konstruktive Diskussion hervorgehoben werden. Dennoch blieb ein gewisser Widerspruch zwischen den von den Referenten dargelegten Traditionslinien und Grundwerten der SPD und ihre praktische Umsetzung in der Politik unverkennbar. Durchweg wurde zwar anerkannt, dass das Wissen um die Vergangenheit mit ihren positiven, aber auch negativen Strängen, die Klarheit über Fakten der Geschichte durchaus helfen können, sich zu einer Identität zu bekennen und Unterschiede zwischen den Parteien sichtbar zu machen. In der Politik sind sie jedoch kaum erkennbar. So musste auch Prof. Bouvier letztendlich Tendenzen konstatieren, die das Erbe und die Identität im politischen Kampf unausgesprochen lassen. Nach ihrer Meinung lasse das vordergründige Aufgreifen von Wählerbedürfnissen Traditionslinien besonders für junge Wähler im Moment als völlig irrelevant erscheinen. Und dennoch, so ihr Ausblick, werde auch für die jüngere Generation der Zeitpunkt kommen, wo der Einzelne zurückschaut und fragt: „Wo stehe ich eigentlich, was habe ich zu verantworten und was holt mich irgendwann ein? Will ich dieses Erbe antreten oder nicht?“

In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, I/ 2003, S.189 ff.

Foto (ra) v.l.n.r. Dr. H. Klein, Dr. P. Gerold, G. Fritsch und Prof. B. Bouvier

Siehe: *Horst Klein: Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887 – 1997. Eine chronistische und biografische Skizze. Strausberger Studien zur Geschichte ; 28, Strausberg, 2002.*

## **Differenziertes Bild von Grotewohl**

### **Diskussionsreihe „Straßennamen erzählen Geschichte“ eröffnet**

von Jens Sell / Rolf Apel

Die Stadt Strausberg hat sich bisher mit der Umbenennung von Straßen weitestgehend zurückgehalten. Das hält jedoch die Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung nicht davon ab, gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Veranstaltungsreihe unter dem Leitgedanken „Straßennamen erzählen Geschichte“ aufzulegen. Startschuss war am Mittwochabend im Restaurant „Zur Fähre“, als die Professoren Wolfgang Triebel und Beatrix Bouvier mit ihrer unterschiedlichen Herkunft (Berlin-Ost/Bonn) die Persönlichkeit Otto Grotewohls hinterfragten. Biograph Triebel arbeitete besonders die antimilitaristische, nahezu pazifistische Grundhaltung Grotewohls heraus, die ihren Ursprung in seinen Erlebnissen als Armierungssoldaten des ersten Weltkriegs hatte. Er sei ein Mann des Ausgleichs, der nie die Einheit Deutschlands aus dem Auge verloren habe, und charakterlich besonders durch seine Zuverlässigkeit gekennzeichnet war. Einig waren sich Bouvier und Triebel in der Einschätzung, dass Grotewohl in seinem politischen Agieren im Freistaat Braunschweig und später im Reichstag während der Weimarer Republik Mehrheitsverhältnisse zu nutzen verstand. So avancierte er in Braunschweig 28jährig für die USPD zum Volksbildungsminister und saß andererseits für die SPD auf einer hinteren Reichstagsbank.

Er besaß Vertrauen vieler Sozialdemokraten. Gegen Ende des zweiten Weltkrieges in der Illegalität fand sich Grotewohl nach den Worten von Bouvier mehr zufällig 1945 in der alten Reichshauptstadt wieder. Hier wurde er Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD. Bouvier: „Seine Fähigkeiten machten ihn zur Führungsfigur der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone.“ Er habe das Vertrauen vieler Sozialdemokraten besessen. Im Gegensatz zu Kurt Schumacher, der das Werben der Kommunisten für eine Einheitspartei als taktisches Manöver ablehnte, sei Grotewohl vom ehrlichen Bemühen um eine einheitliche Arbeiterpartei überzeugt gewesen.

Doch mit seiner Gefolgschaft in der zur „Partei neuen Typs“ im Leninschen Sinne gewordenen SED hat er nach Bouvier die sozialdemokratischen Traditionen verlassen. Das sei sicherlich auch der Grund, dass Grotewohl in der offiziellen Ahnengalerie der SPD keinen Platz gefunden habe. Zum dargestellten, differenzierten Bild des ersten DDR-Ministerpräsidenten wurden auch solche wichtigen Facetten angefügt, wie seine internationalen Verständigungs- und Friedensbemühungen, seine Kultur und künstlerischen Ambitionen. Die Ausführungen der beiden Geschichtswissenschaftler stießen im Auditorium auf sehr unterschiedliche Reaktionen. Sehr emotional reagierten einige Zuhörer auf kritische Einschätzungen, die nicht in ihr bisheriges Grotewohl-Bild passten. Für IG-Vorsitzenden Dr. Horst Klein waren es zu viele unsachliche Zwischenrufe, „die eine aggressive Selbstabschottung einzelner Teilnehmer“ zum Ausdruck brachten: „Ich fühlte mich streckenweise an die ideologische KPD-Kultur der 20er Jahre erinnert.“ Am Ende des informativen und faktenreichen Abends stand eine etwaige Umbenennung des Strausberger Otto-Grotewohl-Rings nicht zur Diskussion.

In: Märkische Oderzeitung, Dienstag, 27. Februar 2001, S. 14



## Otto Grotewohl – seine Wandlung zum Stalinisten 1884 – 1964

von Horst Klein

Otto Grotewohl wurde am 11. März 1884 in Braunschweig in einer Arbeiterfamilie geboren. Die Familie lebte in sehr ärmlichen Verhältnissen. Von 1900 bis 1908 besuchte er die Braunschweiger Volksschule. Sein Lehrer öffnete ihm den Zugang zur Literatur und Malerei, eine Eigenschaft, die seine weitere Persönlichkeitsentwicklung prägte.

Bis 1912 absolvierte er in Braunschweig eine Lehre als Buchdrucker. In dieser Zeit engagierte er sich in der örtlichen Arbeiterjugend, insbesondere im „Bildungsverein junger Arbeiter“. Die Braunschweiger Arbeiterjugend wählte ihn 1912 zu ihrem Vorsitzenden. Im März 1914 wurde er Mitglied der SPD und des Buchdruckerverbandes. Mit großem Interesse widmete er sich auch in den späteren Jahren der politischen Bildungsarbeit unter der Jugend.

Grotewohl verstand sich in seiner humanistischen Überzeugung als Pazifist. 1914 wurde er als Wehrpflichtiger zum Militär eingezogen, nach wenigen Wochen aus gesundheitlichen Gründen wieder entlassen, 1915 erneut eingezogen und an der Westfront zweimal verwundet. 1918 war er kurzzeitig Mitglied eines Soldatenrates. Beruflich versuchte sich Grotewohl als Kassenbeamter der AOK und entdeckte so die Sozialpolitik als ein Spezialgebiet seines Wirkens in der Arbeiterbewegung.

Im Mai 1920 wurde er auf der Liste der USPD zum Mitglied des Landtages des Freistaates Braunschweig und dort zum Sprecher seiner Partei in den Finanzausschuss gewählt. In seinen Reden bekannte er sich zur marxistischen Geschichtsauffassung. 1920 gehörte er zu jenen Delegierten des USPD-Parteitag in Halle, die die 21 Aufnahmebedingungen für die Kommunistische Internationale (KI) ablehnten.

Im Landtag profilierte sich Grotewohl, der ein brillanter Redner war, als Sprecher für das Schul- und Bildungswesen und im November 1921 wurde er vom Landtag des Freistaates Braunschweig zum Minister für Volksbildung gewählt. In dieser Eigenschaft trat er für die Trennung von Kirche und Staat ein, so veranlasste er die Streichung des Religionsunterrichtes aus dem Lehrplan der Schule. Im Februar 1923 wurde er Minister für Inneres und Justiz des Freistaates Braunschweig und wenig später Vorsitzender des Bezirksverbandes der SPD. Diese Parteifunktion bekleidete er bis 1933. Besondere Aufmerksamkeit fand sein 1925 veröffentlichtes Buch „Die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig“.

Von 1925 bis 1931 nahm er regelmäßig an den Kongressen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale teil. 1925 wurde er als SPD-Nachfolgekandidat Mitglied des Reichstages, in den er auch 1930 erneut gewählt wurde. 1928 ergriff er Partei gegen den Bau des Panzerkreuzer A. Von 1928 bis 1933 war er Präsident der Landesversicherungsanstalt.

Von 1933 bis 1938 wohnte er mit seiner Familie, zu der zwei Söhne zählten, in Hamburg. Um seinen Lebensunterhalt zu verdienen zog er 1938 nach Berlin, wo er in der Firma „Heibako“ arbeiten konnte, die sein sozialdemokratischer Freund Erich W.



Otto Grotewohl, 11. März 1884 bis 21. September 1964

Gniffke leitete. 1938 wurde er und sein Freund erstmals von der Gestapo verhaftet und in den Jahren 1939 und 1940 war er weiteren Verhaftungen ausgesetzt und des Verdachts einer verschwörerischen Tätigkeit gegen das deutsche Reich beschuldigt. Im Frühjahr 1945 ging Grotewohl in Berlin in die Illegalität.

Im Mai 1945 gehörte er in Berlin zu jenen Sozialdemokraten, die sich u. a. um Erich W. Gniffke, Gustav Dahrendorf, Max Fechner und Helmut Lehmann für den Wiederaufbau der SPD engagierten und zu diesem Zweck den provisorischen Zentralkomitee der SPD gründeten. Im Juni 1945 ist er der Verfasser des Entwurfs eines Aufrufes des Zentralkomitees der SPD. Am 17. Juni 1945 erläuterte er den Aufruf mit einer öffentlichen Rede vor Funktionären und wird von der Versammlung neben Fechner und Gniffke zu einem der drei Vorsitzenden gewählt. In den darauffolgenden Monaten kommt es zu mehreren Begegnungen mit Dr. Kurt Schumacher, der in Hannover den Wiederaufbau der SPD leitet, und der sich vehement gegen eine Zusammenarbeit und Vereinigung mit der von Moskau abhängigen KPD ausspricht.

Grotewohl positionierte sich im September und November 1945 noch mit sozialdemokratischen Forderungen: Von der KPD forderte er eine Überprüfung ihrer Haltung zur Demokratie und zum Parlamentarismus. Eine Vereinigung von KPD und SPD auf Zonenbasis lehnte er zunächst ab, stattdessen forderte er Parteitage auf Reichsebene und den Sozialismus als unmittelbare Aufgabe.

In der Zeit von November 1945 bis Februar 1946 gerieten Grotewohl und seine Genossen zunehmend unter den Einfluss der SMAD, insbesondere von General Shukow und Oberst Tjulpanow, sowie unter Einfluss des KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck, mit dem er sich schnell freundschaftlich verbunden fühlte. In gleichem Maße vollzog sich der Bruch zu Dr. Schumacher und zur SPD in den westlichen Besatzungszonen.

Ohne den für eine Vereinigung beider Arbeiterparteien notwendigen politischen Klärungsprozess und ohne demokratische Voraussetzungen, jedoch unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD-Führung, fand der so genannte Vereinigungsparteitag von KPD und SPD am 21./22. April 1946 in Berlin statt. Den Lehren der Geschichte und dem Willen zur Einheit der Arbeiterbewegung stand entgegen der antagonistische Widerspruch von stalinistisch geprägtem Parteikommunismus und demokratischer sozialistischer Arbeiterbewegung. Ein Gegensatz, der für den historischen Anspruch auf „Einheit der Arbeiterbewegung“ tödlich wirkte und von Anfang an die „Sozialistische Einheitspartei“ zu einer historischen Fehlkonstruktion werden ließ.

Die Verfolgung und Unterdrückung der Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone – vor und nach der Zwangsvereinigung – blieben Grotewohl nicht verborgen, zuweilen wandte er sich auch in Briefen an Shukow und Pieck gegen diese Ausschreitungen, wobei er diesbezügliche Fakten nicht nur zunehmend aus seinem Bewusstsein verdrängte, sondern ab 1948 sogar zur Strafverfolgung seiner früheren Genossen aufforderte. Während sein Freund Gniffke in den Westen flüchtete gab er sich dafür her, im November 1948 die Entwicklung der SED zu einer „Partei neuen Typus“, d. h. zu einer kommunistischen Partei zu fordern. Der Kampf gegen die SPD bzw. die demokratischen Traditionen der Arbeiterbewegung, die Verfolgung und Unterdrückung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurde nunmehr zu einer grundsätzlichen Plattform seines politischen Wirkens.

Auf der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 hielt Grotewohl das Referat zur Begründung der Umwandlung der SED zu einer Leninschen „Partei neuen Typus“.

In den Jahren 1946 bis 1949 befasste sich Grotewohl erneut mit Verfassungsfragen sowie mit Fragen des Erhalts der Einheit Deutschlands. Diesbezügliche Ideen und Vorschläge befanden sich im Konsens mit den imperialen Interessen der sowjetischen Partei- und Staatsführung.

Am 7. Oktober 1949 wurde Grotewohl von der sich konstituierenden provisorischen Volkskammer der DDR zum ersten Ministerpräsidenten gewählt. 1950 wählte ihn der II. Parteitag der SED neben Pieck zu einem der Vorsitzenden des Zentralkomitees und in der Folgezeit zum Mitglied des Politbüros. In seinen Funktionen war er mitverantwortlich für die gesellschaftliche Fehlentwicklung der DDR und für die Ereignisse um den 17. Juni 1953 und deren Folgen. Er wurde zum Repräsentanten der stalinistischen Diktatur in der DDR.

Im Oktober 1960 erkrankte Grotewohl. Ohne wieder nennenswert auf die politische Bühne zurückzukehren, verstarb er am 21. September 1964 in Berlin.

In: Neue Strausberger Zeitung, 1. 6. 2001, S. 4.

*Siehe: Beatrix Bouvier: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945 – 1953, Bonn 1996.*

*Wolfgang Triebel: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl? Aufsätze und Interview mit Zeitzeugen, Berlin 2000.*

## **Ausstellung und Seminar zu Friedrich Ebert**

von Rolf Apel

„Straßennamen erzählen Geschichte“! So lautet eine von der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Strausberg initiierte Veranstaltungsreihe in unserer Stadt. Der Gedanke dazu wurde geboren, als im vergangenen Jahr Stimmen nach Veränderung gegenwärtiger Straßennamen laut wurden. Nach Auffassung des Geschichtsvereins sollten jedoch nicht Straßenumbenennungen die politische Streitkultur in der Stadt bestimmen, sondern die sachliche Auseinandersetzungen mit jenen Persönlichkeiten der Geschichte, nach denen die Straßen in der jeweiligen Zeit benannt worden sind. Nach den daraufhin bereits durchgeführten Diskussionsveranstaltungen zu Ernst Thälmann (im Zusammenhang mit der im vergangenen Frühjahr vorgestellten Chronik der Strausberger KPD) in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und zu Otto Grotewohl im Zusammenwirken mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Brandenburg galt die Aufmerksamkeit nun der Persönlichkeit Friedrich Eberts, nach dem im Jahr 1931 eine Straße in Strausberg benannt wurde und nach Unterbrechung während der faschistischen Diktatur im Frühjahr 1950 wieder rückbenannt ist. Am 9. Oktober 01 eröffnete dazu eine Ausstellung der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Heidelberg im Kunstparkhaus der EWE in der Hegermühlenstraße ihre Pforten. Sie dokumentiert den Werdegang des in Heidelberg in einer Schneiderfamilie geborenen Friedrich Ebert von seiner Kindheit, über die Berufsausbildung zum sozialdemokratischen Arbeiterfunktionär und Reichspräsidenten der Weimarer Republik. Die Ausstellung kann noch bis zum 26. Oktober 2001 besucht werden. Am folgenden Sonnabend erfolgte als gemeinsame Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg, und des Strausberger Geschichtsvereins ein Tagesseminar zum Thema: „Friedrich Ebert: Ein Sozialdemokrat wird erster Reichspräsident der Weimarer Republik“. Angeregt durch kurze Impulsreferate des Gastreferenten Wolfram Tschiche und des Moderators Dr. Horst Klein stand hier vor allem die widersprüchliche Bewertung des Menschen und sozialdemokratischen Politikers im Mittelpunkt. Schließlich galt Friedrich Ebert in der Geschichtsschreibung der KPD und später in der DDR als rechter Sozialdemokrat und Arbeiterverräter, der mit sei-

ner Ablehnung der Räteherrschaft und der Sozialisierung, mit seinem Eintreten für die parlamentarische Republik und für einen Ausgleich mit dem Bürgertum die Klasseninteressen der Arbeiter verlassen habe. Auch in der Bundesrepublik Deutschland war und ist Ebert, insbesondere seine Rolle in der Revolutionszeit, ebenfalls nicht unumstritten. Hierbei werden ihm, vor allem mit Blick auf die spätere Herrschaft des Nationalsozialismus Versäumnisse und verpasste Gelegenheiten zur Festigung und Vertiefung der Demokratie angelastet. Die etwa 20 Seminarteilnehmer gingen auch der Frage nach, welche Handlungsalternativen die damaligen Protagonisten, in erster Linie Friedrich Ebert und die Mehrheitssozialdemokraten, überhaupt besaßen. War Ebert ein Politiker des Augenmaßes und der Mitte? Das Seminar und die Ausstellung waren eine gute Gelegenheit, Geschichte erlebbar zu machen und im Umgang mit Biographien politische Kultur zu pflegen und auf festen Boden zu bringen.

In: Neue Strausberger Zeitung, 2.11.01, S. 5.

## **Friedrich Ebert – vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten**

von Horst Klein

Nachdem Friedrich Ebert am 11. Februar 1919 von der in Weimar tagenden Nationalversammlung zum Reichspräsidenten der Deutschen Republik gewählt worden war, erklärte er in der Sprache des Arbeiterführers, ohne Pathos und mit der Zielklarheit des Programms seiner beabsichtigten



Amtsführung: „Mit allen meinen Kräften werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteilich zu führen, niemand zuliebe und niemand zuleide. Ich gelobe, dass ich die Verfassung der Deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde. Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. Ich bekenne aber auch, dass ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und dass ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin.“

Friedrich Ebert, der erste deutsche Präsident aus der Arbeiterschaft, ist im Geschichtsbild vieler Menschen noch immer eine umstrittene Persönlichkeit. Dies trifft in besonderem Maße auch für Bürger der früheren DDR zu, die aus dem damals herrschenden Bildungssystem das Klischee des „Arbeiterverschleiers“, des für die Spaltung der Arbeiterbewegung verantwortlichen „Opportunisten“ vermittelt bekamen. Indessen ist die Beschäftigung mit der wirklichen Biografie Eberts immer direkt mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, mit der nationalen bzw. sozialen Frage, mit dem Blick auf die demokratischen Traditionen in Deutschland und so vor allem mit der Weimarer Republik verknüpft. Zu Recht wird in der wissenschaftlichen Geschichtsliteratur darauf aufmerksam gemacht, dass Eberts Aufstieg vom Sattlergesellen zum Reichspräsidenten nur im Kontext mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und deren Integration in den Staat verständlich ist.

**Friedrich Ebert**, der am 4. Februar 1871 als siebtes von neun Kindern des Schneidermeisters Karl Ebert und dessen Ehefrau Katharina in Heidelberg geboren

wurde, wuchs unter bescheidenen sozialen Verhältnissen auf. 48 Quadratmeter Wohnung für 8 Personen dienten zugleich als Werkstatt für mehrere Gesellen. An eine höhere Schulbildung war nicht zu denken. Friedrich Ebert erlernte nach der achtjährigen Schulzeit das Sattlerhandwerk und begab sich auf die Wanderschaft, die ihn 1891 nach Bremen führte. Bereits während des Sozialistengesetzes trat er in den Sattlerverband ein und wurde so mit dem solidarischen Wirken der gewerkschaftlichen Organisation vertraut. Als Gewerkschaftler kam er auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes auf die „Schwarze Liste“ der Arbeitgeber. In Bremen versuchte er zunächst mit selbständiger Tätigkeit als Sattler seinen Lebensunterhalt zu verdienen. 1891 wurde er unbezahlter Vorsitzender der Bremer Zweigstelle des Sattlerverbandes und Vorsitzender des Ortskartells der freien Gewerkschaften. Zu dieser Zeit war er bereits ein sehr gefragter Parteiredner. Im März 1893 bekam er eine Anstellung als Redakteur der sozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung“, von der er jedoch kaum leben konnte. Ein Jahr später entschied er sich für die Übernahme einer Gaststätte, die zugleich Parteilokal wurde.

Sein Einkommen reichte nun auch für die Gründung einer Familie. Er heiratete die Fabrikarbeiterin Louise Rump. In der Ehe wurden vier Söhne und eine Tochter geboren. Die Söhne Heinrich und Georg fanden im Weltkrieg den Tod. Die Tochter Amalie verstarb 31jährig. Während Sohn Friedrich später Oberbürgermeister von Ostberlin wurde, gehörte Karl als SPD-Abgeordneter dem Landtag von Baden-Württemberg an. Der „Parteiwirt“ Ebert sah sich unmittelbar mit den sozialen Fragen der Arbeiterschaft konfrontiert. Er machte sich mit dem Arbeits- und Mietrecht sowie mit der Sozialversicherung vertraut und wirkte als eine Art „Rechtsanwalt der armen Leute“. Ab 1900 konnte er diese Neigung als hauptamtlicher Leiter des Bremer Arbeitersekretariats voll entfalten. Das soziale Engagement prägte weitreichend Eberts Auffassungen vom Sozialismus, den er weniger als Theoriegebäude, sondern primär als konkrete politische Arbeit, als Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten begriff. Ideologische Fragen betrachtete er als zweitrangig. Als Arbeitersekretär konnte er sich umfangreiche und bald sehr geachtete Erfahrungen in Verwaltungs- und Organisationsfragen aneignen. 1894/95 war Ebert Vorsitzender der Bremer SPD und 1896 Delegierter auf dem Parteitag in Gotha. Im Jahre 1900 wurde er Mitglied der Bremer Bürgerschaft. In innerparteilichen Auseinandersetzungen verfestigte sich seine pragmatische Politikauffassung. Wichtig schien ihm die „Politik der kleinen Schritte“. Den Staat verstand er als „Gemeinschaft aller Staatsbürger“. Als Fraktionsvorsitzender und Landtagsabgeordneter der SPD gewann er in kurzer Zeit weit über Bremen hinaus an Ansehen und Einfluss. Auf dem Jenaer Parteitag der SPD 1905 wurde er als Sekretär in den Parteivorstand gewählt. Zunächst war er als der erfahrene Praktiker vorwiegend mit administrativen Aufgaben der Parteiführung betraut. Nach dem Tod von August Bebel 1913 wurde Friedrich Ebert zum Parteivorsitzenden gewählt. Von 1905 bis 1913/14 entwickelte sich die SPD von 380 000 auf mehr als eine Million Mitglieder mit fast 5000 Ortsvereinen, zweifellos auch ein Verdienst Eberts.

Die Stellung zum Krieg, zur Vaterlandsverteidigung und den Kriegskrediten, waren Streitfragen, in die sich Ebert nicht wortführend einmischte. Die Entscheidung im August 1914 für die Kriegskredite, an der Ebert nicht teilnehmen konnte, war im politischen Denken der Bebel'schen Partei angelegt, und auch Ebert stand zu dieser Haltung. Aus der Bejahung der Vaterlandsverteidigung erhoffte auch er sich einen sozialen Ausgleich bzw. die Integration der Arbeiterbewegung in das Staatswesen und die Durchsetzung längst fälliger Reformen. Mit wachsender Erkenntnis, dass es sich nicht um einen Verteidigungskrieg handelt und Deutschland selbst die Last der Kriegsschuld zu tragen habe, erstarkte in der SPD die Antikriegslinker um Karl Liebknecht, Hugo Haase, Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Der innerparteiliche Wider-

stand gegen den Krieg führte 1916 zur Spaltung der Fraktion und 1917 zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). In der Auseinandersetzung mit der „Kriegspartei“ aus Oberster Heeresleitung, Monarchisten und Konservativen einerseits und innerparteilicher Opposition andererseits wurde Ebert zum führenden Politiker des sich aus einer parlamentarischen Mehrheit gebildeten „Interfraktionellen Ausschusses“, auf dessen Initiative der Reichstag im Juli 1917 eine Friedensresolution verabschiedete. Diese zielte auf einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen. Die Revolution zwang die letzte kaiserliche Regierung mit Prinz Max von Baden am 9. November 1918, Ebert das Amt des Reichskanzlers zu übertragen. Einen Tag später bildete sich der Rat der Volksbeauftragten als Revolutionsregierung, der Ebert gemeinsam mit Haase vorstand. Als sich die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 für den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie bzw. Wahl einer Nationalversammlung entschied, waren auch für Ebert die Weichen künftiger Politik gestellt. In Sorge um die Sicherung eines friedlichen Verlaufs der Revolution und des Übergangs zur demokratischen Republik verzichtete Ebert auf einen Elitenwechsel. Um nicht den offenen Konflikt mit den Militärs heraufzubeschwören, sah er sich genötigt, Zugeständnisse an die militärische Führung zu machen, die sich letztlich als Illusion und schädlich erwiesen. Die von den Linken inszenierten Aufstände zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ und deren Niederwerfung, die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht, die Ebert und seinem Parteifreund Gustav Noske politisch angelastet wurden, beschleunigten die Differenzierungsprozesse in der Arbeiterschaft.

Am 11. Februar wählte die in Weimar zusammengetretene Nationalversammlung Friedrich Ebert zum ersten Volkspräsidenten in der deutschen Geschichte, der am 11. August 1919 die vom Parlament beschlossene „Weimarer Verfassung“ unterzeichnete. Die feindselige Haltung der Obersten Heeresleitung sowie einflussreicher konservativer und nationalistischer Kreise gegen die junge Demokratie einerseits und die sich seit 1918/1919 verstärkt entwickelnde putschistische Strategie linker Kräfte bzw. der KPD zur Errichtung einer deutschen Sowjetrepublik andererseits trugen wechselseitig dazu bei, die parlamentarische Demokratie und die Republik zu gefährden und Ebert zu diskreditieren. Allen Anfeindungen widerstehend, setzte Ebert auf einen Kompromiss von bürgerlicher und sozialdemokratischer Partei, um so einen Ausgleich zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum im Interesse einer funktionierenden Demokratie und der Nation zu erreichen.

Ebert hatte in seiner sechsjährigen Amtszeit unzählige Verleumdungen hinzunehmen. In der Partei betrieb eine linke Opposition ein Ausschlussverfahren, der Sattlerverband schloss ihn auf Betreiben linksradikaler Kräfte nach 35 Jahren Mitgliedschaft aus. Zu den böartigsten Beschuldigungen gehörte die 1924 erfolgte Verurteilung wegen Landesverrats. Ein Magdeburger Gericht begründete dies mit dem Vorwurf, Ebert habe durch seinen Eintritt in die Streikleitung von 200 000 Munitionsarbeitern im Januar 1918 Landesverrat begangen. Mit diesem Verdikt des „Landesverrätters“ war nicht nur die persönliche Ehre des Patrioten, sondern auch die der Republik und des Reichspräsidenten getroffen. Unter dem psychischen Druck dieser Verleumdungen nahm er die medizinische Behandlung einer Blinddarmentzündung nicht ernst, an deren Folgen er am 28. Februar 1925 verstarb.

Mit seinem Tod war Deutschland, wie einer seiner Biografen schreibt, „kein Staat, der seinen Vorstellungen von einem demokratischen und sozialen Gemeinwesen entsprach; auch ihm war der Radikalisierungsprozess, der nicht nur zu einem Anschwellen der rechts- und linksradikalen Parteien, sondern zu dem viel gefährlicheren inneren Radikalisierungsprozess in den bürgerlichen Parteien und zum Abrücken

von der Politik des Kompromisses geführt hatte, nicht verborgen geblieben...“ Es ist jenen Demokraten zuzustimmen, die in der Erinnerung an Friedrich Ebert hervorheben: „Durch die Übernahme der politischen Verantwortung nach dem verlorenen Weltkrieg trugen Ebert und die politischen Kräfte an seiner Seite dazu bei, das Überleben des Volkes und die Einheit des Reichs zu sichern ... Ebert hat durch seine selbstlose Pflichterfüllung und strenge Überparteilichkeit in der Amtsführung Maßstäbe für die politische Kultur in Deutschland bis heute gesetzt ... Ebert wurde trotz einfacher Herkunft und parteipolitischer Bindung Repräsentant des demokratischen Deutschland.“

In: Neue Strausberger Zeitung, 8.3.2002, S. 8.

*Literatur:*

*Peter-Christian Witt: Friedrich Ebert – Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichpräsident. Bonn 1992.*

*Friedrich Ebert und die Einheit der Nation. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 1988.*

*Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert – Sein Leben, sein Werk, seine Zeit. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte.- Mit einem Vorwort von Johannes Rau. Heidelberg 1999.* Diesem Buch wurde das Foto entnommen.

## **Peter Göring – ein Schicksal im „Kalten Krieg“ mahnt zur humanistischen Besinnung**

von Horst Klein

Der Name des einstigen Grenzsoldaten der DDR im Strausberger Straßenbild war in der Vergangenheit wiederholt ein politisch-ideologisches Reizthema im kritischen Nachdenken über gesamtdeutsche Geschichte. Dabei dominierte die These, Göring sei ein Mauerschütze und passe deshalb nicht in das kulturelle Straßenbild unserer Stadt. Das unüberhörbare und doch wenig sachkundige Denken erregte nahezu bundesweite Aufmerksamkeit. „Strausberger pflegen die Tradition eines Mauerschützen“, so lautete der Hauptnenner in den Medien. Dagegen geht es in Strausberg gar nicht um die Traditionspflege für einen so genannten Mauerschützen - worin sollte diese auch bestehen - sondern um einen von parteipolitischen Interessen geprägten destruktiven Umgang mit DDR-Geschichte. Schließlich nahm auch der hiesige Kulturausschuss zur Kenntnis, dass es sich beim Für und Wider des Straßennamens „Peter Göring“ nicht um Traditionspflege, sondern nur um geschichtliches Erbe und um Erinnerung handeln kann. Geschichte vor dem Vergessen zu bewahren, sie unseren Jugendlichen und Kindeskindern zu erzählen, so lautet ein Arbeitsmotto des Strausberger Geschichtsvereins. Aber welche Geschichte erzählt der Straßename „Peter Göring“, ist die uns aus unterschiedlicher Sicht vermittelte Identität des Betroffenen überhaupt zutreffend? Schon im Mai 1997 berichtete die Journalistin Sabine Deckwerth in der „Berliner Zeitung“, dass nach vorliegenden Erkenntnissen der „Zentralen Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität“ (ZERV) der damals 22-jährige **Peter Göring selbst nicht geschossen** habe. Er starb durch ein Westberliner Geschoss, das von der Mauer abprallte. Danach wurde er mit einer neuen bzw. amtlich verordneten politischen Identität zum Symbol der DDR-Propaganda, übrigens kein Einzelfall in der Geschichte. Wir gingen in die Spur des **Nicht-Mauerschützen**, sahen uns dazu auch im Berliner Mauer-Archiv um und gewannen dort ein nachvollziehbares Lebensbild.



**Peter Göring** wurde am 28. Dezember 1940 in Dresden als zweites Kind einer Arbeiterfamilie geboren. Die für den Ausgang des Krieges völlig sinnlose und dem Kriegsrecht widersprechende Bombardierung seiner Geburtsstadt am 13. Februar 1945 überlebte er, aber gewiss nicht schadlos. Sein Vater war im Krieg gefallen. Für den kaum Fünfjährigen dürften die mit dem Bombenhagel verbundenen sozialen und psychischen Folgen prägend für die Kindheits- und Jugendjahre gewesen sein. Nach dem Besuch der Grundschule interessierte er sich zunächst für eine Tätigkeit bei der Reichsbahn, arbeitete als Gussputzer im Maschinenbau und folgte schließlich im Jahre 1959 dem Aufruf „Industriearbeiter aufs Land“. Sein Weg führte in das Mecklenburgische Saatzuchtgut Stretense. Aber auch hier hielt es ihn nicht lange, denn er befand sich noch immer auf der Suche nach einer seinen Anlagen entsprechenden beruflichen Entwicklung. In dieser Lebensphase des noch unsicheren Suchens wurde er mit den viel



versprechenden und sehr nachdrücklich auftretenden Werbern für die Volkspolizei konfrontiert. Im April 1960 entschied er sich schließlich für den Dienst in der Bereitschaftspolizei. Die damals als vordringlich geltende Grenzpolizei und NVA entsprach wohl nicht seinen Interessen. Vermutlich spielte er mit dem damals oftmals offerierten Gedanken, über die Schiene der Bereitschaftspolizei den Weg zu einer Dienststelle der örtlichen Polizei oder gar zur Kriminalpolizei gehen zu können. Verkehrspolizist oder Kriminalist, ein Traumberuf für Jungen in seinem Alter, der nur über die Bereitschaftspolizei zu erreichen war. Doch Peter Görings Lebensweg wurde durch die deutschen Zustände und die politische Weltlage gebrochen. Mit der militärischen Grenzschießung am 13. August 1961 und der Bildung des Kommandos der Grenztruppen am 15. September 1961 wurden diesem die Deutsche Grenzpolizei und auch Truppenteile der Bereitschaftspolizei zugeordnet. So wurde Peter Göring ganz gegen seinen ursprünglichen Willen Grenzsoldat. Dass sein älterer Bruder bereits im Jahre 1957 in die Bundesrepublik geflüchtet war, hatten die zuständigen Personalorgane übersehen. Unbeachtet blieb zunächst auch die Distanz der Mutter zum politischen System der DDR. Sie war psychisch gestört, litt zeitweilig unter Verfolgungswahn und war der neuapostolischen Glaubensrichtung verbunden. Mutter und Bruder passten folglich nicht in die Kaderauswahlkriterien für einen klassenbewussten bzw. zuverlässigen Grenzsoldaten. Dass die dann erbaute Mauer, die als „antifaschistischer Schutzwall“ verstanden werden sollte, wohl die von Feindbildern geprägte politische Situation bzw. den „Kalten Krieg“ reflektierte und den Lebensinteressen der Menschen beiderseits der Grenze widersprach, durfte auch Peter Göring nicht verborgen geblieben sein. Als es am 23. Mai 1962 zu einer der spektakulärsten Schießereien in der Mauer-Geschichte kam, befand er sich auf Posten im Grenzabschnitt Spandauer Schifffahrtskanal nahe der Sandkrugbrücke. Gegen 17.30 Uhr bemerkte die Sicherungsgruppe, der Peter Göring angehörte, im Wasser einen flüchtigen Schwimmer und eröffnete das Feuer. Obgleich sie wohl kaum das Alter des Flüchtenden und schwer Verletzten, des damals erst 14-jährigen Wilfried Tews, erkannt haben durften, widersprach die Feueröffnung auf einen hilflos Schwimmenden sowie auch aufgrund des möglichen Geschosseinschlags auf westlicher Seite und grundsätzlich den geltenden Schusswaffengebrauchsbestimmungen. Peter Göring schoss selbst nicht, aber soll sich um ein besseres Schussfeld am Kanal bemüht haben, wobei er tödlich getroffen wurde. Unbeantwortet blieben bisher die Fragen, warum er von seiner Waf-



fe nicht Gebrauch machte und ob er möglicherweise dem Flüchtling folgen wollte? Das ist zwar eine hypothetische Sicht, aber sie lag durchaus im Möglichen des realen Geschehens an der Grenze. Mit dem Vorfall begann dann die politische Legendenbildung. Peter Göring bekam eine neue Identität und wurde zum Symbol einerseits der „Frontstadtverbrechen des Imperialismus“ und andererseits für ein neues, traditionsstiftendes sozialistisches Menschenbild in der DDR. Zuerst einmal war eine Heldenuhr von Nöten. Mutter Dora, die in dritter Ehe Busch hieß, hatte ihren Namen aus erster Ehe wieder anzunehmen. Befehlsgemäß medizinisch versorgt und vom Glauben befreit, wurde sie auf Weisung der SED-Bezirksleitung Dresden von der Parteiorganisation des VEB Deutsche Werkstätten Dresden-Hellerau als Kandidat und später als Mitglied in die SED aufgenommen. Es gelang der für die Traditionsstiftung zuständigen Berliner Stadtkommandantur, der Mutter Görings das vorgegebene Epos zu suggerieren. Parallel dazu wurde die Biografie des Sohnes dem Epos angepasst. Der stets klassenbewusste Grenzgefreite wurde postum Unteroffizier, einer der aktivsten FDJler und natürlich soll er sich kurz vor der Aufnahme als Kandidat in die SED befunden haben. Auszeichnungen, die sonst üblicherweise nur höheren Dienstgraden vorbehalten waren, schmückten seine Leistungsskala. Mit einem Staatsbegräbnis wurde er auf dem Zentralfriedhof Glashütte/Sachsen beigesetzt. Die SED-Organisation der 1. Grenzbrigade beschloss schon im Juni 1962 ein „Peter-Göring-Aufgebot“ durchzuführen. Mit diesem war die Grenze nach Westberlin noch besser militärisch zu sichern, die Bestenbewegung in den militärischen Kollektiven zielbewusster zu führen und die aktivsten FDJler für die Partei zu gewinnen. In den Grenzregimentern wurden „Ehrenzimmer“ mit Fotos und Dokumenten über Leben und Tod Peter Görings eingerichtet, und bald trugen mehr als 34 Brigaden, Kinderheime, Schulen und Jugendklubs den Namen Peter Göring, und so kam auch Strausberg am 12. Dezember 1963 auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu einem gleich lautenden Straßennamen.

Mit der politischen Wende 1989/90 wandelte sich die Tradition zum historischen Erbe, das auszuschlagen objektiv nicht möglich ist. Indessen erinnert die Peter-Göring-Straße an das Schicksal eines der vielen jungen Menschen, die in der furchtbaren Zeit des „Kalten Krieges“ an der Berliner Mauer ihr Leben verloren. Es ist eine Geschichte, die wir auch den nachfolgenden Generationen als Mahnung zur humanistischen Besinnung erzählen sollten.

In: Neue Strausberger Zeitung, 31.5.02, S.4.

*Literatur: Hagen Koch, Berliner Mauer-Archiv, Akte Peter Göring, <http://www.berliner-mauer.de>*

*Thomas Flemming/Hagen Koch: Die Berliner Mauer. Geschichte eines politischen Bauwerks, be.bra verlag berlin, 2001, Foto aus d. Berliner Mauer-Archiv*

## Karl Liebknecht – ein Strausberger Straßename erinnert an den Kampf gegen Militarismus und Krieg

von Horst Klein

Karl Liebknecht gehört wie u. a. Rosa Luxemburg seit eh und je zu jenen Persönlichkeiten der sozialistischen Arbeiterbewegung, die im Widerstreit ideologischer Ambitionen einer unterschiedlichen biografischen Sicht ausgesetzt sind. Sein Name in der Reihe zahlreicher Strausberger Straßennamen politischen Ursprungs erinnert zunächst einmal schlicht an seine rechtsanwaltliche Fürsprache für die Interessen der hiesigen Arbeiterschaft. Anlass gab der Männer-Turnverein „Vorwärts“, der sich 1879 gegründet hatte und nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 nunmehr offiziell beachtlichen Zuspruch in der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft fand. 1904 widersetzten sich die Arbeitersportler entschieden den antisozialdemokratischen Vorgaben des bürgerlichen Dachverbandes der Deutschen Turnerschaft und schlossen sich dem 1893 gegründeten Arbeiter-Turnerbund an. Einige Mitglieder, die diesen Wechsel nicht mittragen wollten, eigneten sich die wenigen Sportgeräte des Vereins an, so dass die Arbeiterturner vom „Vorwärts“ den Rechtsweg beschreiten mussten. Für diesen gewannen sie den sozialdemokratischen Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht, der dann den Streit zugunsten der Arbeiterturner ausfechten konnte. So hatten die Strausberger Sozialdemokraten, die ohnehin gegenüber linkssozialistischen und antimilitaristischen Ideen sehr aufgeschlossen waren, eine direkte Beziehung zu ihrem linken „Rebellen“. Als fast ein halbes Jahrhundert später der nach der Befreiung Strausbergs vom Faschismus gebildete „Antifa-Ausschuss“, in dem Sozialdemokraten und Kommunisten zunächst gemeinsam für einen demokratischen Aufbruch wirkten, am 18. Oktober 1945 Straßenumbenennungen beschloss, besannen sich diese auch auf Karl Liebknecht. Seitdem erinnert, wenngleich eine sehr kleine Straße (einst „Schützenstraße“ von der Ecke Große Straße zur Fähre) an eine herausragende Persönlichkeit deutscher Zeitgeschichte.



**Karl Liebknecht**, der am 13.8.1871 in Leipzig als Sohn des SPD-Mitgründers Wilhelm Liebknecht geboren wurde, konnte sich später mit seinem Vornamen sehr persönlich an seinen Paten Karl Marx erinnern. 1890 legte L. sein Abitur ab, um sich dann bis 1893 dem Studium der Rechtswissenschaften und Nationalökonomie zu widmen. Er leistete seine Militärdienstpflicht und arbeitete von 1894 bis 1898 als Gerichtsreferendar. 1897 promovierte L. in Würzburg zum Dr. jur. Seit 1899 Rechtsanwalt in Berlin, erwarb er sich schnell den Namen „Anwalt aller Armen und Unterdrückten“ zu sein. Ein Jahr später schloss er sich der SPD an, für die er bereits 1901 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde.

Seit 1904 nahm L. häufig an Parteitagungen teil, auf denen er wie in der Öffentlichkeitsarbeit stets sehr entschieden für eine revolutionäre Politik seiner Partei eintrat. Sein besonderes Interesse galt der Gewinnung der Jugend für den antimilitaristischen Kampf. Für die Arbeiterjugend schrieb er 1907 die viel beachtete Arbeit „Militarismus und Antimilitarismus – unter besonderer Berücksichtigung der internationalen

Jugendbewegung“. Diese Schrift wurde Gegenstand einer Anklage Liebknechts wegen Hochverrats. Hugo Haase war einer seiner Verteidiger. Als Zeuge trat im Prozess August Bebel auf, der sich von der Schrift distanzierte und klarstellte, dass die deutsche Sozialdemokratie keine spezielle antimilitaristische Propaganda betreibe und so auch künftig nicht vorsätzlich Gründe für eine erneute Verfolgung seiner Partei ähnlich dem Sozialistengesetz geben werde. Indessen wurde Liebknecht „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ zu anderthalbjähriger Festungshaft und Begleichung sämtlicher Kosten verurteilt. Die „Strausberger Nachrichten“ berichteten darüber am 12. und 22. Oktober 1907 ausführlich. Die antimilitaristische Gesinnung Strausberger Sozialdemokraten führte diese Mitte 1915 noch einmal zu einem direkten Kontakt mit Liebknecht. Dieser hatte im Juni ein Protestschreiben gegen die Burgfriedenpolitik der Gewerkschaften verfasst und zur Unterzeichnung an die SPD-Ortsvereine weitergereicht. Zu den Unterzeichnern in Strausberg zählten u. a. der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells Peter sowie die namhaften Sozialdemokraten Leuenberg und Thalacker.

Ls. mutiges Auftreten als Reichstagsabgeordneter gegen die von einer sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit bewilligten Kriegskredite im Dezember 1914 hatte auch die Sympathie der Strausberger Arbeiterschaft gefunden und ihre Antikriegshaltung gefestigt. Ls. geschichtliche Rolle ist allerdings nicht auf den oftmals in den Vordergrund gestellten Antimilitarismus zu verkürzen. Als einer der neben Rosa Luxemburg namhaftesten Wortführer links in der Zweiten Internationale bemühte er sich auch um ein tiefgehendes Verständnis der Marxschen Theorie, wobei er deren bleibenden Sinn vor allem in der materialistischen Geschichtsauffassung sah, die er wiederum als eine „reine Untersuchungsmethode“ verstand. Seine während der häufigen Haftzeiten verfassten philosophischen Studien, diese umfassen weit über 3000 Blatt, begriff er als Selbstverständigung für eine noch einzubringende philosophische Ergänzung der Marxschen Theorie. Diese philosophisch nicht ausgereifte und selbst auch nicht publizierte Sicht entsprach nicht seiner Gesamtleistung als Revolutionär. Treffend schrieb Clara Zetkin 1931 in ihrem Vorwort zu einer Karl-Liebknecht-Biografie: „Jawohl, er war kein Meister streng marxistischen Denkens, es klafften Widersprüche in seinem Erkennen wie in seinem Handeln. Jedoch sie lösen sich in dem beherrschenden, ernstesten, leidenschaftlichen Drängen, jederzeit mit schrankenloser Hingabe der Revolution zu dienen.“ Unter Ls. Einfluss entwickelte sich links in der SPD während des Krieges die Gruppe „Internationale“ (Spartakusgruppe). Im November 1916 wurde er zu 4 Jahren Haft und Aberkennung der bürgerlichen Rechte für die Dauer von sechs Jahren verurteilt. Unter dem Druck der nahenden Revolution konnte er im Oktober 1918 das Zuchthaus verlassen und sich wieder direkt dem politischen Kampf widmen.

In Verkennung der realen politischen Situation proklamierte er am 9. November die sozialistische Republik Deutschland. Eine ihm angebotene Teilnahme an der von Friedrich Ebert und Hugo Haase gebildeten Regierung lehnte er mit dem Vorwurf des Verrats am Sozialismus ab. Andererseits weigerte sich die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 Liebknecht und Luxemburg als Gäste einzuladen. Am 30. Dezember fand in Berlin eine Reichskonferenz des Spartakusbundes statt, auf der Liebknecht der im April 1917 gegründeten USPD das Recht absprach, sich weiterhin als Partei des sozialistischen Klassenkampfes zu bezeichnen. L engagierte sich für die Gründung einer neuen Partei, die zunächst den Namen „Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)“ bekam. Im Unterschied zu Luxemburg und Liebknecht sprach sich eine Mehrheit der Parteigründer gegen die Teilnahme an demokratischen Wahlen zu einer Nationalversammlung und für das Vorantreiben der revolutionären Kämpfe aus. Als sich im Januar 1919 Teile der Ber-

liner Arbeiterschaft gegen den Willen von Liebknecht und Luxemburg spontan und führerlos erhoben, vermochte es auch die gerade erst proklamierte KPD noch nicht, führend einzugreifen. Die konterrevolutionäre Provokation hatte letztlich am 15. Januar 1919 die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs durch Freikorpsbanden zur Folge. Ihr Tod und revolutionäres Erbe wurde später vom stalinistisch geprägten Parteikommunismus völlig zu Unrecht für die eigene Legitimation beansprucht und missbraucht. Indessen sahen sich Liebknecht und Luxemburg als Repräsentanten linkssozialistischer Positionen, die sie über Jahrzehnte in den Kämpfen ihrer Zeit in der SPD entwickelten und lebten und die, wie Klaus Kinner treffend nachwies, eher einen revolutionären, doch demokratisch legitimierten Geschichtsverlauf hätten Orientierung geben können. Liebknecht und Luxemburg sind Quelle linkssozialistischer demokratischer Optionen, jenseits von jeglicher Diktatur, militärischer Gewaltandrohung und Krieg.

*Literatur: Karl Liebknecht: Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. Fragment. Hrsg. von Thomas Schulze. Bern 1995; Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd.1. Die Weimarer Zeit, Karl Dietz Verlag Berlin 1999.*

*LUXEMBURG oder STALIN. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, hrsg. v. Elke Reuter/Wladislaw Hedeler/Horst Helas/Klaus Kinner, Karl Dietz Verlag Berlin 2003*

*Horst Klein: Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887 – 1997. Eine chronistische und biografische Skizze, hrsg. von der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V. (Strausberger Studien zur Geschichte 28), CD-ROM, Strausberg 2003.*

## **Rosa Luxemburg – linkssozialistisches Erbe**

**1871 - 1919**

von Horst Klein

Rosa Luxemburg besetzt seit Oktober 1945 in Strausberg einen Straßennamen. Zuvor erinnerte die Moltke-Straße an den preußischen Generalfeldmarschall, der sich u. a. im Aggressionskrieg gegen Frankreich 1870/71 „Verdienste“ erworben haben soll. Im Wandel der Zeiten erinnert nunmehr diese Straße an eine konsequente linkssozialistische Publizistin der SPD, die ebenso wie Karl Liebknecht auf Grund ihres konsequenten Eintretens für die soziale Revolution, gegen Militarismus und Krieg sowie letztlich wegen ihrer Mitwirkung bei der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands eine unterschiedliche Bewertung in der Geschichte der Arbeiterbewegung erfahren hat. Auch in Strausberg sahen vermutlich die Repräsentanten der KPD in ihr vordergründig die Mitgründerin der KPD, die mit der Sozialdemokratie gebrochen habe und die am 15. Januar 1919 von reaktionären Freikorpsoldaten ermordet wurde. Heute wird sie auch als geistige Wegbereiterin eines „deutschen“ Kommunismus, jenseits vom Bolschewismus gesehen. Unstrittig ist, dass sie seit Ende des 19. Jahrhunderts bis zu ihrer Ermordung eine international namhafte und anerkannte Wortführerin des marxistischen Linkssozialismus in der internationalen Sozialdemokratie war. Ähnlich wie Otto Bauer in Österreich u. a. Führer in der Arbeiterbewegung, mit denen sie auch gern den wissenschaftlichen und politischen Meinungsstreit über Fragen des Verständnisses der Marxschen Theorie und Metho-



Rosa Luxemburg, 1871–1919

de sowie über die Begründung moderner sozialistischer Strategie und Taktik führte, war sie vom notwendig kommenden Sozialismus, den sie nur in Einheit von Sozialismus und Demokratie denken konnte, überzeugt. Durch den Parteikommunismus stalinistischer Prägung wurde sie vor allem wegen ihrer kritischen Haltung zur bolschewistischen Revolutionspraxis, die vom blutigen Terror, von der Unterdrückung Andersdenkender und vom Verzicht auf Demokratie gezeichnet war, zunächst des Opportunismus bzw. des so genannten Luxemburgismus bezichtigt. Hinter dem Begriff des „Luxemburgismus“ verbarg sich die militante Feindschaft gegenüber der Sozialdemokratie. Nach Stalins Tod und dem vermeintlichen Bruch mit dem Stalinismus wurden Luxemburg und ihr Kampfgefährte Liebknecht zunehmend stärker für die Legitimierung kommunistischer Ideologie und Politik bzw. für die „revolutionäre“ Traditionspflege missbraucht. Im Missbrauch ihres revolutionären Erbes lag auch der eigentliche Sinn der von der SED-Führung jährlich im Januar verordneten Demonstration zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde.

**Rosa Luxemburg**, die am 5. März 1871 in Zamocz (Russisch-Polen) als Tochter eines wohlhabenden Kaufmanns geboren wurde, schloss sich bereits als Gymnasiastin in Warschau 1887 der Arbeiterbewegung an. Wenig später emigrierte sie nach Zürich, wo sie von 1890 – 1897 an der philosophischen und juristischen Fakultät studierte. Während dieser Zeit gründete sie mit weiteren später namhaften Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung (Jogisches und Marchlewski) die Sozialdemokratie des Königreiches Polen. Nach ihrer Promotion erwarb sie 1898 die deutsche Staatsbürgerschaft und schloss sich der SPD an. Neben ihrer sehr umfangreichen publizistischen Tätigkeit an der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, der „Leipziger Volkszeitung“ und in der sozialistischen Zeitschrift „Die Neue Zeit“ leistete sie eine ebenso umfangreiche politische Agitationsarbeit vornehmlich in Polen und Deutschland. Sie war Dozentin an der SPD-Parteischule, sie nahm an den Parteitag der SPD teil und beteiligte sich kämpferisch an dem von Eduard Bernstein ausgelösten Streit um die Weiterentwicklung und partielle Korrektur der Marxschen Theorie, d. h. am so genannten Revisionismus-Streit. Auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Paris 1900 referierte sie über den Völkerfrieden und den Militarismus. Im theoretischen Organ der Sozialdemokratie, „Die Neue Zeit“, setzte sie sich bereits 1904 mit der von Lenin entwickelten Parteauffassung kritisch auseinander. In den darauffolgenden Jahren wurde sie auf Grund ihrer politischen Arbeit mehrere Male verhaftet. Sie verfasste zahlreiche sozialwissenschaftliche Werke, die in der Sozialistischen Internationale große Aufmerksamkeit fanden und die wissenschaftliche Diskussion u. a. zur Imperialismus- und Akkumulationstheorie sowie zur Rolle des Massenstreiks nachhaltig befruchteten. In der SPD forderte sie Massenaktionen gegen den Militarismus und Imperialismus. Ab 1915 gab sie gemeinsam mit Franz Mehring und Julian Marchlewski die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ heraus.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges engagierte sie sich gemeinsam mit Liebknecht in der SPD für die Gründung der linkssozialistischen Gruppe „Internationale“. 1915 bis 1918 war sie mit kurzzeitiger Unterbrechung inhaftiert. Im Gefängnis verfasste sie die Schrift „Die Krise der deutschen Sozialdemokratie“, die unter dem Pseudonym „Junius“ erschien, und in der sie sich mit den Ursachen und dem Charakter des Weltkrieges befasste. Sie gehörte zur Führung der 1916 gebildeten „Spartakusgruppe“ (ab November 1918 „Spartakusbund“), einer linkssozialistischen Oppositionsgruppe in der SPD gegen den Krieg, aus der dann am 31. Dezember 1918 die KPD hervorging.

Im Gefängnis verfolgte sie sehr aufmerksam den Verlauf der russischen Revolution 1917. Dort verfasste sie die von den Kommunisten denunzierte Schrift „Zur russische Revolution“. Darin begrüßte sie zwar die Revolution, allerdings setzte sie sich

zugleich sehr kritisch mit dem bolschewistischen Revolutions- und Sozialismusverständnis auseinander, wobei sie vor allem die Demokratiefeindlichkeit bzw. die vom Bolschewismus praktizierte Entgegensetzung von Sozialismus und Demokratie, so vor allem die gewaltsame Auflösung der ersten frei gewählten Konstituante scharf brandmarkte. In diesem Zusammenhang schrieb sie den später von der politischen Opposition (Bürgerbewegung) in der DDR zu Recht aufgegriffenen Satz: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit‘ zum Privilegium wird.“ (In: Rosa Luxemburg. Band. 4, August 1914 bis Januar 1919. Gesammelte Werke, Berlin 1974, S.359)

Als sie sich im Dezember 1918 unter dem Zwang der politischen Zustände für die Gründung der KPD entschied, befand sie sich in einer schwierigen Situation, die auch ihren Wünschen und Hoffnungen widersprach. Sie war keineswegs eine Wortführerin des bewaffneten Kampfes oder gar des Bürgerkrieges um der politischen Macht willen. Im Gegenteil: Sie war orientiert „auf die Mitnahme größerer Teile der organisierten Arbeiterschaft in eine neue Partei, die sie auch lieber ‚Sozialistische Partei‘ genannt hätte.“ Ihre Intentionen lagen eher in der Schaffung eines demokratisch-sozialistischen Gegengewichts zu der von Lenin beabsichtigten Gründung einer Kommunistischen Internationale (siehe Kinner). Wie Liebknecht sprach sie sich auch für die Teilnahme an den inzwischen proklamierten Wahlen zu einer demokratischen Nationalversammlung aus, allerdings stießen beide auf die Ungeduld und Überschätzung der revolutionären Möglichkeiten in den eigenen Reihen. Die von der Konterrevolution provozierten bewaffneten Januarkämpfe 1919, die in der Geschichtsliteratur oftmals der noch gar nicht wirklich konstituierten KPD bzw. Liebknecht und Luxemburg angelastet werden, um deren Ermordung rechtfertigen zu können, widersprachen den Absichten beider Revolutionäre, die die Spontaneität der Ereignisse und das brutale Wüten der Konterrevolution mit dem Leben zu bezahlen hatten. Es bleibt festzuhalten: Rosa Luxemburg befand sich zu keinem Zeitpunkt im Fahrwasser des späteren Parteikommunismus. Ihr Werk gehört zum reichhaltigen geistigen Erbe linkssozialistischer Ideen, wie sie in der Sozialdemokratie und in linken sozialistischen Parteien beheimatet sind.

*Literatur: Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1. Die Weimarer Zeit, Berlin, 1999.*

*Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, hrsg. von Elke Reuter/Wladislaw Hedeler/Horst Helas/Klaus Kinner, Berlin, 2003*

*Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimension ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel, Berlin, 2002*



## **Josef Zettler - ein Strausberger Straßename erinnert an einen aufrichtigen Kämpfer gegen den Faschismus (1904 – 1974)**

von Horst Klein

Im November 1978 beschlossen die Strausberger Stadtverordneten im gerade erst fertiggestellten Wohngebiet, das parallel der S-Bahngleise des Stadtgebietes „Strausberg-Stadt“ entstanden war, eine der Straßen mit dem Namen des Antifaschisten Josef Zettler zu versehen. Der „Josef-Zettler-Ring“ erinnert seitdem an einen Zeitgenossen, der sein ganzes Leben dem entschlossenen Kampf gegen Faschismus und Krieg und für eine bessere Welt, für eine Gesellschaft, in der die Würde des Menschen zum Maß der Politik wird, eingesetzt hat. Sein 100. Geburtstag am 21. September und sein 30. Todestag am 14. September geben Anlass, sich seiner zu erinnern. Der in Wolferding (Niederbayern) geborene Sohn einer Landarbeiterin sah sich bereits in Kindheitsjahren in der Pflicht, als Hirtenjunge und Ziegeleiarbeiter zum Broterwerb der Familie beizutragen. Indessen blieben Hunger und Entbehrungen und die durch den Weltkrieg verschärfte soziale Not bestimmend für die früh beginnende Politisierung seines Denkens. Als Dreherlehrling bekam er im Frühjahr 1918 hautnahe Bindungen zur Arbeiterschaft und zu der auch in Bayern nahenden Revolution. Er erlebte nicht nur die Errichtung der Bayrischen Räterepublik im April 1919, sondern auch das reaktionäre Treiben der so genannten Thule-Gesellschaft, einer Keimzelle der dann folgenden Hitler-Partei, und die blutigen Revolutionskämpfe. Der inzwischen zum Schlepper im Bergbau Avancierte befand sich im November 1923, als Hitler und Ludendorff gegen die noch ungefestigte Demokratie putschten, unter den demonstrierenden Bergarbeitern des oberbayrischen Reviers, die ihrerseits zur Niederschlagung des Nazi-Putsches beigetragen haben. Er bemühte sich selbst fortan um seine militärpolitische und militärische Ausbildung, die er im Roten Frontkämpferbund und 1930/31 an einer Militärschule der Komintern in Moskau erwerben konnte. Seine Kenntnisse und Fähigkeiten kamen dann in wechselnden Funktionen in der KPD dem aktiven Kampf gegen den Faschismus zugute. Von 1933 – 1936 war er als Emigrant in Holland und Belgien politisch tätig. 1936/37 kämpfte er in den Interbrigaden gegen die Francofaschisten für die Verteidigung der spanischen Republik. In Dienststellungen als Zug- und Kompanieführer und als Politikommissar im „Edgar-Andre'- Bataillon“ eingesetzt, bewies er Mut, Disziplin, Einsatzbereitschaft und hohes fachliches Können. Nach Moskau zurückbeordert, bekam er dort nach eigenen, aber nicht schlüssigen Angaben von 1938 – 1943 eine weitere Spezialausbildung. In dieser Zeit erlebte er vor Ort auch die menschlichen Schicksale und Belastungen stalinistischer Verfolgung aufrichtiger Weggefährten. 1941 musste seine Familie wie 100 000 weitere deutsche Bürger Moskau verlassen und den Weg in die Verbannung antreten. In Tomsk (Westsibirien) starb sein jüngster Sohn. In der Verbannung wurde 1942 sein Sohn Heiner geboren. Dessen ungeachtet sah auch er in dieser schwierigen Zeit keine politische Alternative, sondern primär die Herausforderungen des entschiedenen Kampfes gegen den faschistischen Aggressor. 1943 führte ihn sein Auftrag über die USA und London nach Österreich, wo er für die stra-



tegische und operative Aufklärung der Roten Armee arbeitete. Im April 1944 verraten und von der Gestapo verhaftet, brachte ihn diese im Februar 1945 als Todeskandidaten in das KZ Theresienstadt, wo er in letzter Minute von der Roten Armee befreit und zur medizinischen Versorgung in die Sowjetunion gebracht werden konnte. Es entsprach der damaligen Lebenssituation, dass er seine Familie erst 1947 wieder sehen und mit ihr in die sowjetische Besatzungszone bzw. nach Berlin ausreisen konnte. Von 1947 – 1960 war er in verschiedenen Dienststellungen in der Volkspolizei (HVA/KVP) und NVA, zuletzt im Dienstgrad Oberst tätig. Kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres ist er in Strausberg verstorben. Der Kampf gegen den Faschismus war für sein gesamtes Leben prägend. Sein Name einer Strausberger Straße ermutigt heute erneut zum entschlossenen Kampf gegen Rechtsextremismus und für die konsequente Gestaltung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

In: PDS-Kreiszeitung „IMPULSE“, Oktober 2004

Rolf Apel/Horst Klein: Kleine Geschichte des Geschichtsvereins. A.a.O., S. 126 ff.

*Literatur: Michael Uhl: Mythos Spanien. Das Erbe der internationalen Brigaden in der DDR. Bonn 2004.*

*Gustav Czinda: Die XI. Brigade, Berlin (O) 1956.*

*Handschriftlicher Personalbogen und Lebenslauf von Josef Zettler (Kopie und Foto in Privatbesitz von Heiner Zettler)*

## **Straßennamen erzählen Geschichte**

von Rolf Apel

Am 11. Mai 2002 waren es genau 50 Jahre, dass in Deutschland der erste Demonstrationstote nach dem Zweiten Weltkrieg zu beklagen war. Es war der junge Arbeiter Philipp Müller, der in Essen bei einer Friedenskarawane erschossen wurde. An dieses Ereignis und sein Opfer erinnert im Strausberger Norden seit 1958 eine Straße, die Philipp-Müller-Straße. Die Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V. hat sich ausführlich mit dem Schicksal von Philipp Müller beschäftigt, mit Zeitzeugen gesprochen und in Dokumenten nachgelesen. Sie möchte im Folgenden ihre Forschungsergebnisse in notwendiger Kürze darlegen.

### **Philipp Müller – sein Leben und Tod im „Kalten Krieg“**

Nur wenige Bürger, wohl vor allem die Generation der heute 70-jährigen, werden sich an Philipp Müller erinnern, soweit sie in den 50er Jahren aufmerksam die Nachkriegsentwicklung verfolgten. Das von der hiesigen CDU-Fraktion angeregte laute Nachdenken über eine mögliche Umbenennung Strausberger Straßennamen brachte nicht nur Protest in der Bürgerschaft, sondern zuweilen längst vergessene historische Hintergründe und Zusammenhänge jener Zeit zurück ins politische Denken. Als im August 1958 die Strausberger Stadtverordnetenversammlung „einstimmig“ die bisherige schlicht als A bezeichnete Wegstrecke im nördlichen Teil unserer Stadt in „Philipp-Müller-Straße“ umbenannte, war bereits ein Stück Zeitgeschichte zum Namen eines Einzelnen geronnen. Er war der erste Demonstrationstote in der deutschen Nachkriegsgeschichte. In der DDR galt er als Symbol des Widerstandes gegen die Aufrüstungspläne Konrad Adenauers, damals Bundeskanzler und CDU-Vorsitzender. Die Absicht des ersten Kanzlers, kurz nach dem Ende des mörderischen Weltkrieges eine deutsche Armee für ein westliches Militärbündnis zu schaffen, hatte weithin Unbehagen und Protest hervorgerufen. Der Sozialdemokrat und damalige Vizepräsident des ersten Deutschen Bundestages, Carlo Schmid, brachte den Zeitgeist mit den



Worten „Der Antimilitarismus ist die eigentliche Weltanschauung der Jugend nach dem II. Weltkrieg“ auf den Punkt. Am 11. Mai 1952, es war der Muttertag, sollte in Essen eine Friedenskarawane der Jugend stattfinden. 30 000 Jugendliche, darunter Pfadfinder, christliche, pazifistische, sozialdemokratische, gewerkschaftliche und kommunistische (FDJ) Jungen und Mädchen waren aus der gesamten Bundesrepublik angesagt, um den Friedenswillen und den Protest gegen eine Remilitarisierung kundzutun. Aufgerufen hatte das „Westdeutsche Treffen der Jungen Generation“ unter Leitung des Darmstädter Pastors Herbert Mochalski. Mitträger dieser Demonstration waren u.a. Werner Plaschke, Bundesfeldmeister des deutschen Pfadfinderbundes 1911, Gustav Wenig, Sekretär der IG Post Nürnberg, Pfarrer Mayer aus Düsseldorf. Wenige Stunden vor Beginn, als bereits eine beachtliche Anzahl der Teilnehmer in Essen eingetroffen war, verbot der damalige CDU- Ministerpräsident und Innenminister, Karl Arnold, die Demonstration. 2000 Polizisten wurden gegen die Jugendlichen aufgeboten. Nach provozierten Ausschreitungen, Zeitzeugen sprechen von damals schon üblichen V-Leuten des Verfassungsschutzes, gab der Essener Polizeikommissar Wilhelm Knobloch den Schießbefehl auf die inzwischen flüchtenden Jugendlichen. Ein Befehl, dem die Polizeieinsatzkräfte bedenkenlos ausführten. Während der Sozialdemokrat Bernhard Schwarze aus Münster und der Gewerkschaftler Albert Bretthauer aus Kassel von Schüssen schwer verletzt wurden, wurde der FDJler Philipp Müller aus München von hinten tödlich getroffen. Dann begannen die Legendenbildung der Verantwortlichen einerseits und andererseits die politische Instrumentalisierung des Ermordeten in der DDR. Es war schließlich schon Hochzeit des „kalten Krieges“. Rechtliche Konsequenzen hatte das mörderische Geschehen zumindest nicht für die politisch Verantwortlichen und ebenso nicht für die Mordschützen. Wie hätte das auch sein können? Justiz und Polizei rekrutierten sich damals vorwiegend aus dem Nachlass des Hitler-Regimes und waren ebenso vom Hass gegen Andersdenkende beseelt. Beispielsweise war der damalige Essener Polizeichef Knocher während der Nazizeit Abwehrbeauftragter der Gestapo. Indessen verurteilte das Landgericht Dortmund am 20. Oktober 1952 elf Teilnehmer der verbotenen Essener Kundgebung wegen „Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch“ zu insgesamt 76 Monaten Gefängnis. Es waren in jener Zeit 11 von mehr als 10 000 politischen Häftlingen. Der gleiche Bundesgerichtshof äußerte nach der politischen Wende 1989/90 sein Erstaunen darüber, dass in der Periode des kalten Krieges auf beiden Seiten „eine politische Justiz, mit einer aus heutiger Sicht nicht immer nachvollziehbaren Intensität betrieben worden“ sei. (Urteil vom 16.11.1994, StR 747/94)



Philipp Müller, an dessen Schicksal heute noch in Halle und Strausberg eine Straße und demnächst auch in München erinnert, wurde am 5. April 1931 in München / Neuaußing in einer katholischen Familie geboren. Mit Kriegsende 1945 hatte der 14-jährige die Schrecken des Weltkrieges psychisch und weltanschaulich zu verarbeiten. Nach dem Besuch der Volksschule und einer Lehre als Maschinenschlosser war er bei der Eisenbahn beschäftigt. Der von Faschismus und Krieg gezeichnete katholische Arbeiterjunge organisierte und betätigte sich gewerkschaftlich. 1948 schloss er sich der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an. 1950 und 1951 nahm er an Jugendtreff-

fen in Berlin teil. Hier lernte er in Ostberlin seine spätere Ehefrau Ortrud kennen, die ihn zum Eintritt in die KPD bewegt haben soll. Während der Weltfestspiele der Jugend im August 1951 heirateten sie in Weißensee. Am 20. Dezember wurde Sohn Joachim geboren. Die legale Übersiedlung in die BRD war vorgesehen. Als Philipp Müller an den Folgen der schweren Schussverletzung starb, war der Sohn gerade 5 Monate alt. Der Tod des Vaters ließ eine Zusammenführung der jungen Familie in München nicht mehr zu. Witwe und Kind blieben in der DDR. Mit einer sozialen Hilfeleistung oder gar Abfindung für den Verlust des Mannes bzw. Vaters war ohnehin nicht zu rechnen. Der Sohn ist seit vielen Jahren Strausberger Bürger.

Während die politisch Verantwortlichen das brutale Vorgehen am „Essener Blutsonntag“ mit Legenden der Rechtfertigung kaschierten, nutzte die politische Führung der DDR den Mord noch längere Zeit für die ideologische Auseinandersetzung mit der Adenauer-Regierung. Die Gräben des „kalten Krieges“ waren tief und beide Seiten waren bemüht, mit ideologisierten Zerrbildern das heute für Unbeteiligte nur schwer nachzuvollziehende brutale Geschehen zu erklären. In Essen veranstaltete kürzlich eine Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges ein „Philipp-Müller-Friedenstreffen“, mit dem sie an den 50. Jahrestag der Friedenskarawane und auf das notwendige Lernen aus der Geschichte aufmerksam machte. Auf diesem informierte der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Münchner Stadtrat, Siegfried Benker, die Teilnehmer darüber, dass künftig im derzeit zweiten Bauabschnitt auf dem Gelände der ehemaligen Waldmann-Stetten-Kaserne eine Straße nach Philipp Müller benannt wird. Nicht das Vergessen, sondern die Aufhellung der Geschichte ist angesagt, gerade dann, wenn Politiker Krieg fordern und der Leichengeruch aus dem Keller dringt.

Schauen wir möglichst politisch unbefangen in die gesamtdeutsche Geschichte, und unsere jüngeren Bürger sollten dies mutig und mit Interesse tun, so gewinnen wir die Überzeugung, wie nützlich es ist, dass in unserer Stadt eine Straße an die furchtbaren Ereignisse von damals erinnert. Das vom Geschichtsverein geortete Forschungsmaterial wurde dem Heimatmuseum für wissenschaftliche Zwecke übergeben

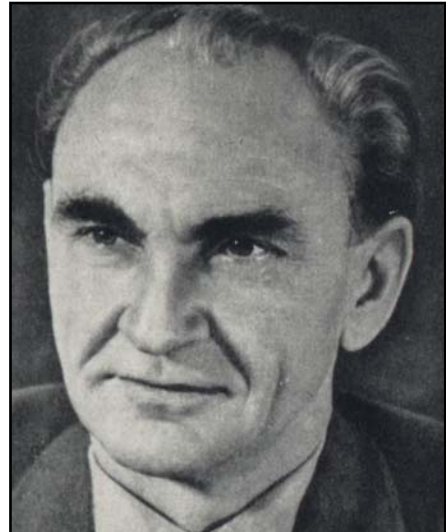
*Quellen: Aus dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf/Ministerialarchiv NW 34/9 und Dokumentenarchiv der „Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges“ Essen, 2002 (in Dokumentation der Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e. V. im Museum Strausberg)*

*Horst Klein: Philipp Müller – Erinnerung an den ersten Demonstrationstoten der BRD im kalten Krieg. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2003/3, S. 99 ff.*

## Heinrich Rau – ein Leben gegen den Faschismus und im Widerspruch zu den sozialistischen Idealen

von Horst Klein

Als die Strausberger Stadtverordneten auf Vorschlag der NVA 1973 im zu dieser Zeit fertiggestellten Neubaukomplex an der Garzauer Chaussee einer Straße den Namen Heinrich Rau gaben, sollte so der Traditionspflege in der NVA entsprochen werden. Mit dem im Weiteren anliegenden Hans-Beimler- und Josef-Zettler-Ring und der Arthur-Becker-Straße war die Geschichte des spanischen Bürgerkrieges 1936 bis 1939 für die hiesige politische Erinnerungsarbeit in Straßennamen geronnen. Die Erinnerung an den Kampf des spanischen Volkes und der internationalen Brigaden gegen den Francofaschismus und dessen Verbündeten, den deutschen Faschismus, war nicht nur in der NVA, sondern generell einer der Schwerpunkte des Traditionsverständnisses in der DDR. Diese war aber zugleich auch ein ideologisches Vehikel der Legitimation parteikommunistischer Diktatur stalinistischer Prägung. So geschichtlich progressiv der DDR-Antifaschismus einerseits war, kann und sollte dies nicht dessen Missbrauch für das Kaschieren einer sozialismusfeindlichen Politik ausblenden. Dieser Widerspruch prägte auch die Biografie des Kommunisten Heinrich Rau. Ein geschichtlich zweifelsfrei progressiver Kampf gegen Faschismus und Krieg war zugleich in einer grausamen, heute als stalinistisch bezeichneter Gesellschaftskonzeption eingebunden.



**Heinrich Rau** wurde am 2. April 1899 in Stuttgart als Sohn eines Bauern geboren. In seiner Geburtsstadt erlebte der inzwischen zum Stanzer ausgebildete Metallarbeiter 1918 die deutsche Novemberrevolution. Zu dieser Zeit hatte er schon erste politische Erfahrungen erworben. Bereits als 17-Jähriger schloss er sich der Arbeiterjugend und der Gewerkschaft an. Seine politisch linksorientierten Interessen führten ihn 1916 in die von Karl Liebknecht geführte Spartakusgruppe und 1917 in die USPD, von der er sich dann 1919 der KPD anschloss. Von 1920 bis 1933 bekleidete er hauptamtlich leitende Funktionen im Apparat des Zentralkomitees der KPD, wobei er als Abteilungsleiter und Sekretär vor allem mit dem Leben und den Interessen der Landbevölkerung befasst war. In der Thälmannschen Führungsriege verinnerlichte er die stalinistische Ideologie, die für seine weitere Lebensführung prägend war. Nach der Machtergreifung der Nazis wurde er zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Anschließend emigrierte er in die Tschechoslowakei und von dort in die Sowjetunion. Im März 1937 traf er in Spanien ein, um in den Internationalen Brigaden gegen den Faschismus und für die Verteidigung der spanischen Republik zu kämpfen. Nach dem Besuch einer Offiziersschule übernahm er in der XI. Brigade die Funktion des Politikommissars, von Oktober bis Dezember des gleichen Jahres war er Stabschef und von Januar bis März 1938 im Range eines Majors Kommandeur der XI. Brigade. Heinrich Rau wurde am 10. März 1938 beschuldigt, sich während einer sehr kritischen Gefechtssituation mit seinem Dienstwagen von der Truppe abgesetzt zu haben und deshalb sofort von Andre' Marty, dem Oberkommandierenden der Internationalen Brigaden in Spanien, vom Kommando der XI. Brigade entbunden. Rau rechtfertigte später sein Verhalten mit dem Hinweis auf eine erlittene Verwundung. In die-

ser Auseinandersetzung gab er auch selbstkritisch zu, man habe ihm angelastet, dass sich in der XI. Brigade ein von der spanischen Truppe abgehobenes deutsches Offizierskorps mit einem Hang zum preußischen Drill herausgebildet habe. Im April 1938 wurde Rau aus Spanien ausgewiesen. Nach seiner kurzen spanischen Odyssee wurde Rau zunächst 1938 in Frankreich Leiter des „Hilfskomitees für deutsche und österreichische Spanienkämpfer“. In dieser Funktion setzte er sich für die in Frankreich internierten Kameraden ein, bis er schließlich 1939 selbst interniert wurde. Im Internierungslager war er Sekretär der internationalen Parteileitung eines Lagerabschnitts. 1942 wurde er der Gestapo übergeben und ins Konzentrationslager Mauthausen überführt, wo er 1945 führend am bewaffneten Aufstand zur Befreiung der Lagerhäftlinge mitwirkte. Nach der Befreiung vom Faschismus gehörte Rau erneut dem Führungskreis der KPD an, in dem er sich sehr vehement für die Zwangsvereinigung von SPD und KPD und anschließend für die Stalinisierung der SED als sogenannte Partei neuen Typus einsetzte. 1948 wurde er Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission und bis 1952 war er zugleich Vorsitzender der Staatlichen Plankommission sowie von 1950 bis 1961 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und seit 1955 Minister für Außen- und Innerdeutschen Handel. Von 1950 bis zu seinem Tod am 23. März 1961 gehörte er dem Politbüro der SED an. In Heinrich Raus Biografie ist der für viele seiner kommunistischen Zeitgenossen typische Widerspruch nachzuvollziehen: Einerseits lebte er aufrichtig den Kampf gegen den Faschismus und für eine bessere, von Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen zu befreienden Welt und andererseits belastet ihn die leitende Teilhabe an einem System der politischen Unterdrückung, Verfolgung und Ausgrenzung Andersdenkender, selbst aufrichtiger Sozialisten. Rau ist für die gravierende politische und wirtschaftliche Fehlentwicklung der DDR mit verantwortlich. Sein Name erinnert heute an geschichtliche Erfahrungen und Lehren, die den Bürgern und vor allen der Jugend und künftigen Generationen zu vermitteln sind.

*Literatur: Michael Uhl: Mythos Spanien. Das Erbe der internationalen Brigaden in der DDR. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH Bonn 2004, S. 138 ff. und 209 ff.*

*Gustav Czinda: Die XI. Brigade, Berlin (O) 1956.*

*SAPMO-BArch RY 1/1/3/292/BL 71-74; RY 1/12/3/88; DY 30/IV/2/11/ 366 ; NY 4062/38*

## Hans Beimler - im spanischen Bürgerkrieg gefallen

1895 – 1936

von Horst Klein

Im nord-östlichen Stadtteil Strausbergs, der leicht unter dem Begriff Garzauer Chaussee zu orten ist, befindet sich der Hans-Beimler-Ring. Die so benannte Straße hat selbst keine Vorgeschichte. Sie entstand auf zuvor als Ackerland genutztem Boden im Rahmen eines Neubauwohnungsprojekts, das 1972/73 fertiggestellt war. Die Namensgebung durch die Stadtverordnetenversammlung entsprach einem Vorschlag der zuständigen NVA-Behörde. Mit Hans Beimler wie mit den naheliegenden Straßen, die sich auf Arthur Becker, Heinrich Rau und Josef Zettler beziehen, soll an den spanischen Bürgerkrieg 1936 – 1939, an die Kämpfe zur Verteidigung der vom Franco-Faschismus bedrohten spanischen Republik erinnert werden. In der NVA-Traditionspflege nahmen Biografien von Kommunisten einen bevorzugten Platz ein, sollten sie doch in herausgehobener Weise den Antifaschismus begründen.

Im spanischen Bürgerkrieg, der zugleich auch gegen den deutschen und italienischen Faschismus gerichtet war, kämpften ca. 2800 Deutsche, von denen ca. 800 gefallen sind. Die Zahl entspricht dem von Michael Uhl eingebrachten Forschungsstand.



**Hans Beimler** wurde am 2. Juli 1895 geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er das Schlosserhandwerk. In den politischen Kämpfen seiner Zeit, die vor allem durch die furchtbaren sozialen und menschlichen Folgen des Ersten Weltkriegs geprägt waren, fand er den Weg in die organisierte Arbeiterbewegung. Zunächst schloss er sich 1918 der innerhalb der SPD (1916) und USPD (1917) von Luxemburg und Liebknecht geführten „Spartakusgruppe“ und 1919 der KPD in Bayern an. Er nahm als Matrose an den Revolutionskämpfen teil, wurde Mitglied der bayrischen Räteregierung und 1920 Abgeordneter des bayrischen Landtages. Von 1932 bis 1933 war er für seine Partei Abgeordneter des Reichstages. Im April 1933 verhaftet, brachten ihn die Nazis nach kurzer Gestapohaft in das erste NS-Konzentrationslager nach Dachau, wo ihm nach schwerer Folter und direkter Todesandrohung in der Nacht vom 8. zum 9. Mai eine damals sensationelle Flucht in die Tschechoslowakei und weiter nach Frankreich und in die Sowjetunion gelang. Mit seiner Flucht und seinem sofort niedergeschriebenen dokumentarischen Erlebnisbericht „Im Mörderlager Dachau. Vier Wochen in den Händen der braunen Banditen“ informierte er die Weltöffentlichkeit über die schrecklichen Vorgänge in den faschistischen Konzentrationslagern. Das Mörderlager Dachau galt damals als Muster und Schulungslager. Von dort aus verbreitete sich das Netz von Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern in den folgenden Jahren über ganz Deutschland und das von den Nazis okkupierte Europa. Sein Bericht erregte weltweit große Aufmerksamkeit. Im August 1936 begab er sich nach Spanien, um dort als Bevollmächtigter des Zentralkomitees der KPD zu arbeiten. So half er bei der Organisation der Centuria „Thälmann“. In der DDR-Geschichtsschreibung wurden Beimler unter widersprüchlichen Angaben militärische

Führungspositionen (Politkommissar, Divisionskommandeur) zugewiesen, die er, wie auch Gustav Szinda in seinem Bericht „Die 11. Brigade“ zu erkennen gibt, tatsächlich nie besessen hatte. Beimler trug auch keine militärischen Rangabzeichen. Dies spricht dafür, dass Beimler allein mit der politischen Leitung der deutschen Emigranten betraut war. Einen Tag vor seinem Tod soll er noch an einer zentralen Beratung hoher Politkommissare der Madrid-Front teilgenommen haben. Am 1. Dezember 1936 kam er unter nie völlig geklärten Umständen während eines Geländegangs vor Madrid ums Leben. Auch in jüngster Zeit gibt es in der entsprechenden Geschichtsliteratur unterschiedliche Versionen. Einerseits soll er von der Kugel eines marokkanischen Scharfschützen tödlich getroffen sein. Im Gegensatz dazu kursieren auch Gerüchte, wonach er einem perfiden Attentat zum Opfer gefallen sei, dessen Täter aus den eigenen Reihen stammen soll. Mit der Mordthese befasst sich auch die erst 2004 in Bonn erschienene Arbeit von Michael Uhl, der auf die nicht bewiesene und eher unwahrscheinliche Version aufmerksam macht.

*Literatur: Hans Beimler: Im Mörderlager Dachau. Vier Wochen in den Händen der braunen Banditen, Berlin (O) 1976; Gustav Szinda: Die 11. Brigade, Berlin (O) 1956; Patrik v. zur Mühlen: Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Bonn 1983; Michael Uhl: Mythos Spanien. Das Erbe der internationalen Brigaden in der DDR, Bonn 2004, S. 420 ff.*

*Foto aus: Hans Beimler: Im Mörderlager Dachau.*



## Arthur Becker – im Kampf gegen den Faschismus 1905 – 1938 von Horst Klein

Nach Hans Beimler galt Arthur Becker als der populärste Spanienkämpfer in der DDR, allerdings wurde sein politisches Wirken erst in der DDR bekannt und für die Traditionspflege aufbereitet. Arthur Becker, der 1931 Vorsitzender der Kommunistischen Jugend Deutschlands (KJVD) wurde, nahm vermutlich an dem am 6. September des gleichen Jahres in Strausberg stattgefundenen Reichsjugendtag des KJVD teil. Die Veranstaltungen fanden auf dem Lindenplatz und auf dem Marienberg statt. An das Treffen erinnert noch heute eine Arthur-Becker-Stele am Lustgarten.

**Arthur Becker** wurde am 12. Mai 1905 in Remscheid in einer Arbeiterfamilie geboren. Er erlernte den Schlosserberuf und entschied sich wenig später für die politische Arbeit in der KPD. Nach einem entsprechenden Schulbesuch in Moskau war er bereits 1928 Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes, dessen Führung er 1930 übernahm. Im gleichen Jahr wurde er KPD-Abgeordneter des Reichstages. Im September 1933 nahm er an einem kommunistischen



Weltkongress der Jugend gegen Krieg und Faschismus in Paris teil. Zu dieser Zeit lebte er als Emigrant in Moskau. Auf dem Kongress konstituierte sich ein Weltjugendkomitee, dem Becker als Sekretär angehörte. Unter seiner Mitarbeit wurde im April 1937 ein Aufruf der kommunistischen und sozialistischen Jugendorganisationen Deutschlands und Italiens verfasst, in dem die faschistische Intervention im Spanischen Bürgerkrieg verurteilt wurde. Im Juni 1937 entsandte ihn die Komintern als Vertreter der Kommunistischen Jugendinternationale nach Spanien. Gleichzeitig arbeitete er beim Politkommissariat der Interbrigaden in Madrid und wurde auch der Jugendvertreter der XI. Brigade. Im März 1938 wurde er Soldat und Jugendsekretär der XI. Brigade, d. h. des obersten Parteikomitees der Brigade, die wenige Tage später erneut an die Front verlegt wurde. Ihr Einsatzbefehl lautete, so ergaben die Recherchen von Michael Uhl, „im Frontabschnitt nordöstlich von Gandesa (Tarragona) den Rückzug von Teilen des Volksheeres zu decken. Die Truppen des Gegners befanden sich zu dieser Zeit gerade auf dem Durchbruch zum Mittelmeer. Anfang April wurde das ‚Thälmann‘- Bataillon der XI. Brigade eingekreist und aufgerieben. In der Nacht vom 1. zum 2. April 1938 geriet Arthur Becker während des Versuches versprengter Teile des ‚Thälmann‘- Bataillons, die Straße von Gandesa nach Villalba zu überqueren, schwerverwundet in Franco-Gefangenschaft.“ Zu diesem Zeitpunkt soll seine Spur verloren gegangen sein. Nach Michael Uhl könne von der Annahme ausgegangen werden, dass Becker an den Folgen der schweren Verwundung verstorben oder von den Faschisten erschossen worden ist. Es gibt auch die Vermutung, dass er von der Gestapo unter schrecklichsten Torturen verhört und ermordet worden sei. Obgleich das Geschehen nicht eindeutig zu belegen war, wurde vom DDR-Historiker Karl-Heinz Janke der 16. Mai 1938 als Todestag in die Geschichtsschreibung eingeführt. Indessen verweist Michael Uhl in seiner Arbeit ausführlich auf die unsichere Quellenlage. In der Traditionspflege der DDR nahm Becker einen der zentralen Plätze ein. Er war Namensgeber für zahlreiche Einrichtungen. Ein Höhepunkt

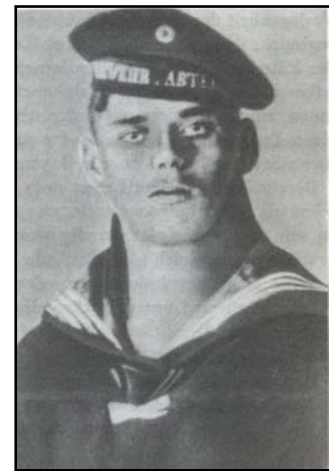
der Ehrungen war die Stiftung der Arthur-Becker-Medaille als höchste Auszeichnung der FDJ im Mai 1959.

*Literatur: Karl-Heinz Jahnke: Aus dem Leben und Kampf Arthur Beckers, Berlin (O) 1970; Michael Uhl: Mythos Spanien. Das Erbe der internationalen Brigaden in der DDR, Bonn 2004, S. 441 ff. Strausberger Zeitung, Freitag, 4. September 1931, S. 4. Foto von Arthur Becker: Bundesarchiv (SAPMO/BArch, Bild Y 10-199/78N)*

## Rudolf Egelhofer- ein Strausberger Straßename

Ein Name, welcher im Verständnis der von Revolution, Weltkriegen und Herrschaft zweier äußerst gegensätzlicher Diktaturen geprägten Geschichte des 20. Jahrhunderts sehr unterschiedliche Erinnerungen weckt. So gab der 50. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution 1918 den Strausberger Stadtoberen Anlass, sich bei der Wahl von Namen für Straßen im gerade erst neu errichteten Vorstadt-Wohngebiet auf Revolutionskämpfer zu besinnen, um sich so selbst in einer politisch schwierigen Zeit (Prager Frühling) geschichtlich zu legitimieren. Am 31. Oktober 1968 entschieden sich die Stadtverordneten dafür, besagte Straßen mit dem Namen von Heinrich Dorrenbach, dem einstigen Führer der Volksmarinedivision in Berlin, den revolutionären Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch, sowie eine Straße mit dem Namen „Rudolf Egelhofer“ zu benennen. Sie glaubten sich so im Erbe und in der Tradition des revolutionären Aufbruchs in eine neue Zeit sehen zu können, die jenseits von Ausbeutung und Krieg in eine sozialistische Gesellschaft führen würde.

Ganz anders aus der Sicht jener, die sich in der politischen Tradition der Gegenrevolution 1919/20 sehen und deshalb die Revolutionäre von einst (Sozialdemokraten, USPD und Mitglieder der gerade erst gegründeten KPD sowie parteilose Revolutionskämpfer) noch heute gern als Novemberverbrecher denunzieren und deshalb die oben genannten Namen als politischen Makel im Strausberger Straßenbild empfinden.



Die Erinnerung an Rudolf Egelhofer macht auf ein äußerst brisantes Thema der Geschichte aufmerksam, so auf sehr spezifische Wege der Revolution im einstigen Königreich Bayern, d. h. einerseits auf die zwei Bayerischen Räterepubliken 1919 und andererseits auf die Vision von einer parlamentarisch-demokratischen Republik, sowohl der Reichsregierung als auch einer übergroßen Mehrheit des Volkes sowie zum anderen auf das total revolutionsfeindliche Wirken der mit der Revolution gestürzten Machtstrukturen, darunter auch auf das Treiben der so genannten Thule-Gesellschaft, einer frühen Keimzelle, die München zur „Hauptstadt der Bewegung“ Adolf Hitlers werden ließ. Dass sich die heutige CSU ausdrücklich auf die Tradition ihrer Vorgängerin – die Bayerische Volkspartei - beruft, die Anfang der 20er Jahre Bayern im Konsens mit der Thule-Gesellschaft zur „Ordnungszelle“ für Deutschland und zur Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung gemacht hatte und letztlich den Hitlerputsch vorbereiten half, bedarf kaum eines besonderen Kommentars. Allerdings ist es doch merkwürdig, dass die Rolle Bayerns und Münchens als Schauplatz revolutionärer Strömungen sowie der Novemberrevolution und Rätebewegung am Ende des Ersten Weltkrieges heute aus dem geschichtlichen Gedächtnis nahezu gelöscht sind. Wenn heute Wortführer aus der rechten politischen Szene eine Til-



gung des Straßennamens Rudolf Egelhofer fordern, dann ist dies nicht mehr und nicht weniger als eine über Jahrzehnte hinweg wirkende Reaktion auf die revolutionären Ereignisse der Jahre 1918/19 in Deutschland, jenseits von Demokratie und gesellschaftlichem Fortschritt. Der „braune Strang“ wird gern auf konservative Masche in die Geschichte eingeflochten. Indessen liegt die hier vorzustellende Biografie des kaum 23 Jahre alt gewordenen Rudolf Egelhofer in den Vorgängen zwischen Revolution und Gegenrevolution eingebunden. Sie ist zweifellos eine Schöpfung der Revolution und aus dieser Geschichte heraus nachzuzeichnen. Nun ist hier nicht der Platz für eine historische Analyse der Revolutionsgeschichte, für Ziele, Motive, Fehler und Fehleinschätzungen der Beteiligten bzw. Strömungen, jedoch für Fakten, die zum Verständnis der wirklichen Geschichte und für die Aufhellung von Geschichtslegenden beitragen können. Früher als in Berlin das Kaiserreich zerbrach das Königreich Bayern bereits am 7. November 1918. Noch in der Nacht zum folgenden Tag proklamierte der USPD-Politiker Kurt Eisner (14.5.1867-21.2.1919) in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Arbeiter, Soldaten und Bauern den Volksstaat, die „Bayerische Republik“, und wurde deren erster Ministerpräsident. Sein Programm baute auf die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken. Für die Bürger sollte strengste öffentliche Ordnung und Sicherheit der Person und des Eigentums verbürgt sein. Im offenen Gegensatz zur sozialdemokratisch geführten Reichsregierung forderte Eisner die soziale Republik, indem er die Räteidee in den Mittelpunkt der Beteiligung des Volkes rückte. Demonstrativ nahm er an der Gründungsversammlung der Münchener Spartakus-Gruppe teil. Im Dezember wurden von sozialdemokratischen Ministern Aufrufe zur Bildung einer Bürgerwehr in München verbreitet. Inzwischen organisierten die gegenrevolutionären Kräfte ihren Widerstand mit Hilfe eines publizistischen Krieges gegen die Revolution, namentlich gegen Ministerpräsident Kurt Eisner, den sie als jüdischen Fremdling beschimpften. Zu diesem Zeitpunkt bestimmte ungezügelter Fremdenhass mit Antisemitismus und Antibolschewismus den Geist der bürgerlichen Presse. Bei den ersten Landtagswahlen am 12. Januar 1919 bekam die Bayerische Volkspartei 66, die SPD 61 und die USPD 3 Sitze. Eisner, welcher sich vor seinem beabsichtigten Rücktritt noch einmal grundsätzlich zur Räte-demokratie und zum Sozialismus bekannte, wurde am 21. Februar 1919 ermordet. Die Reaktion erhoffte sich, so die Revolution ersticken zu können, indessen forderte eine zum Kampf entschlossene Massenbewegung die Bewaffnung der Arbeiterschaft und die Festnahme von Führern der Konterrevolution als Geiseln, um der Ermordung von Arbeiterführern Einhalt zu gebieten. In der SPD und USPD gab es im Unterschied zur Räte-Forderung der KPD ein Für und Wider für parlamentarische Demokratie oder Räterepublik. Der Streit endete letztlich mit der „Flucht“ der SPD-Führer nach Nürnberg und mit der Einberufung des Landtages für den 8. April nach Bamberg, wo sich auch die Regierung niederließ. Eine Konsequenz dieser Entwicklung war die spontane Ausrufung der Ersten Bayerischen Räterepublik. Das war eine weitgehend spontane Entscheidung antiautoritärer Sozialisten, die nicht ahnten, welche Rolle ihnen im Ergebnis der geschickt eingefädelt Intrigen zufiel und die nicht die Unterwanderung der Bewegung durch Agenten der Reichswehr und der Thule-Gesellschaft bemerkten. Dieser Schritt wurde provoziert, um München zu isolieren und die Uneinigkeit der Räteanhänger sichtbar zu machen. Am Palmsonntag, dem 13. April 1919, begann die Republikanische Schutztruppe einen Putsch gegen die Erste Räterepublik (7.4.-12.4.1919), der in wenigen Stunden von einer improvisierten roten Streitmacht unter Führung des Matrosen Egelhofer niedergeschlagen werden konnte. Als Antwort auf diesen beschlossen die Arbeiter- und Soldatenräte am 14. April ein Aktionsprogramm. Der Kommunistenführer Eugen Levine' proklamierte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vollzugsrates die Zweite Räte-

republik (14.4.-1.5.1919). Dem Aktionsausschuss gehörten neben Kommunisten mehrheitlich Vertreter der SPD und USPD an. Der Aktionsausschuss war die Versammlung der in Permanenz tagenden Betriebs- und Kasernenräte. Zu den naheliegenden Aufgaben gehörte u. a. die Schaffung einer Roten Garde und einer Roten Armee, deren Kommandeur und zugleich Stadtkommandant von München Rudolf Egelhofer wurde. Kein General, sondern ein einfacher Arbeiter und Matrose trat in den Vordergrund des Kampfes, wohl wissend, wie Levine' voraussah, dass eine auf Bayern beschränkte Räterepublik scheitern müsse. Thomas Mann hatte in seinem Tagebuch auf die Aggressivität des damaligen Bürgertums gegen die Revolution aufmerksam gemacht. Die Reichsregierung, namentlich Reichswehrminister Gustav Noske, gab den Befehl, die Räte-Regierung in München zu stürzen. Mit dem Einmarsch von 60 000 Mann der unter Führung des General von Oven stehenden Regierungstruppen und des Freikorps Lützow in München wurden Anfang Mai 1919 Tausende verhaftet, durch Standgerichte verurteilt und ermordet. Die Besetzung Münchens erfolgte wie die einer feindlichen Zitadelle. Jeder Verdächtige, Denunzierte wurde festgenommen und unter Umständen auch gleich erschossen. Wie Sebastian Haffner hervorhebt, lag eine Besonderheit der Münchener Maitage von 1919 darin, „dass ihnen etwas vom Charakter einer fremden Invasion und Besetzung anhaftete. Die preußischen Freikorps fühlten und benahmen sich wie Sieger in einem eroberten Land.“ Der militärischen Besetzung folgte die ideologische, die „Ordnungszelle Bayern“ als die werdende Hochburg des deutschen Faschismus. Zum Vorwand der Abrechnung wurde der am 30. April 1919 im Münchner Luitpoldgymnasium von Soldaten der Bayerischen Roten Armee verübte Geiselmord, von dem acht Mitglieder der Thule-Gesellschaft und zwei Offiziere betroffen waren. Es war der einzige Akt wirklichen Terrors, der dann in furchtbarer Weise gerächt werden sollte. Mit diesem Vorfall verknüpfte sich dann eine Legende, wonach Rudolf Egelhofer den Befehl zur Ermordung der Geiseln gegeben habe. Wie der Historiker Friedrich Hitzler anhand von Dokumenten des Münchner Staatsarchivs nachwies, hatten Mitglieder der Thule-Gesellschaft KPD-Mitgliedskarten und auch den Faksimilestempel mit der Unterschrift des Stadtkommandanten Rudolf Egelhofer gestohlen und zur Fälschung von Dokumenten missbraucht. Aus seiner Sicht könne auch davon ausgegangen werden, dass der angeblich von Egelhofer unterzeichnete Erschießungsbefehl auf einer Fälschung beruhte. Dieser Vorgang sei schon im Interesse der Legendenbildung später niemals genau untersucht worden. Fakt sei jedoch, dass sich Mitglieder der Thule-Gesellschaft bereits seit 1918 in die Revolutionsräte und dann in die KPD einschlichen, um KPD-Mitgliedskarten und Dokumente zu stehlen und so von innen her der revolutionären Bewegung zu schaden. Die vermutliche Fälschung des Befehls Egelhofers sei dann das wichtigste Mittel gewesen, der Bevölkerung die Niederschlagung der Räterepublik und die Errichtung der Militärdiktatur plausibel zu machen. Die Legende vom Geiselmord nutzten Politiker und Historiker des NS-Regimes, um München den Namen „Hauptstadt der Bewegung“ geben zu können und mit Demagogie den Mord und Terror als Heldentaten der Befreiung darzustellen. Dagegen galt Egelhofer als Bestie in Menschengestalt. Die Legende lebte auf, und noch heute gibt es Versuche, mit dem Geiseldrama die Erinnerungen an die Bayerische Räterepublik und an das junge Leben des Rudolf Egelhofer zu trüben.

**Was lässt sich zu Egelhofers Kurzbiografie sagen?** Der am 13. April 1896 in Schwabing Geborene, war der Sohn einfacher Bürger. Vater Friedrich verdiente als Dekorationsmaler das Brot der Familie und Mutter Maria sorgte als Hausfrau für das familiäre Leben. Aus einem Bericht des königlichen Bezirkskommissars von Schwabing vom 20. September 1913 können wir Einzelheiten entnehmen: „Die Mutter des

Rudolf Egelhofer erklärt, dass von Seiten der Eltern z. Zt. irgendwelche Ausgaben nicht bestritten werden können. Der Mann war in diesem Jahre durch schlechten Geschäftsgang, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit und Krankheit, öfter wochenlang verdienstlos, so dass die Betten versetzt werden mussten. Ein Sohn befindet sich beim Militär, die beiden weiteren Kinder stehen im Unterhalt der Eltern.“ Zu dieser Zeit wollte sich der Schiffsjunge Egelhofer von der „Victoria Louisa“ dem Militärdienst entziehen. Aus der deshalb für die polizeiliche Fahndung erstellten Personenbeschreibung ist zu entnehmen, dass Egelhofer 1,71 m groß, dunkelblonde Haare und braune Augen gehabt habe. Auf der Flucht erkrankte er ernsthaft und musste sich ins Gemeindespital Ritten, Bezirk Bozen, bringen lassen. Von dort konnte er dann der nächstliegenden Militärbehörde, dem königlichen Bezirkskommando Rosenheim zur Disziplinierung überstellt werden. Erst drei Jahre später wurde Egelhofer wegen einer „Achtungsverletzung“ eines Feldwebels erneut aktenkundig. Zu einem Jahr Festungshaft verurteilt, versuchte er bei der Überführung ins damals sehr berühmte Gefängnis Osnitz aus dem fahrenden Zug zu flüchten, wobei er sich verletzte und wieder eingefangen werden konnte. Seine Strafe verbüßte er dann im Kölner Gefängnis. Während des Kieler Matrosenaufstandes im August 1917 soll er auf dem Kreuzer „Rostock“ gedient haben. Im Oktober 1917 hatte ihn die Polizei an der deutsch-dänischen Grenze aufgegriffen. Die Novemberrevolution 1918 brachte ihm die Freiheit und die Chance, in seine Heimatstadt München zurückzukehren. Gesundheitlich soll er auffällig geschwächt haben. Nach Aussagen seines behandelnden Arztes Dr. Rudolf Schollenbruch soll er beiderseits von Lungentuberkulose befallen gewesen sein. Während der Revolutionszeit wohnte er bei der Ärztin Dr. Hildegard Menzi, welche auch in der Roten Armee tätig war und die sich um Egelhofers medizinische Betreuung sorgte. In deren Wohnung konnte sich Egelhofer nach der Niederschlagung der Räterepublik kurzzeitig verstecken, bis er am 1. Mai 1919 gemeinsam mit Dr. Menzi verhaftet und dann ins Kriegsministerium zum Verhör gebracht wurde, wo er geschlagen und misshandelt wurde und sich schließlich in einem Keller des großen Kolonnadenhofes wiederfand, wo auch Dr. Menzi lag. Sie berichtete, dass Egelhofer von den Misshandlungen sehr geschwächt war und seinem sicheren Tod gefasst und mutig entgegensah. Er sei vom Wachhabenden mit Füßen in den Körper (Brust und Unterleib) gestoßen und auch angespieen, mit den niederträchtigsten Äußerungen angeekelt worden. Er lag gefesselt, wehrlos in der linken, während sie in der rechten Ecke gelegen habe. Am 3. Mai, morgens um 4 Uhr, habe man Egelhofer aus dem Keller geholt, angeblich um ihn zu verhören. Kaum fünf Minuten später sei ein Schuss zu hören gewesen. Zeitungsberichten zufolge soll er von Marineangehörigen der Regierungstruppen erschossen worden sein. Später nahm sich der Maler Heinrich Ehmsen des Geschehens an und fertigte ein Ölgemälde „Die Erschießung des Matrosen Egelhofer“. Das Tryptichon befindet sich in der Eremitage in St. Petersburg.“

Zu seinem bescheidenen Nachlass gehört ein kleines Notizbuch mit Eintragungen aus den Revolutionstagen. Kein Tagebuch, sondern Telefonnummern, Dienststellen, Namen und Anschriften von Personen, mit denen er unmittelbar zusammenarbeitete. Ein beachtlicher Teil der Eintragungen sind Gedichte, die Egelhofer während des Krieges selbst verfasst hatte und die einen kleinen Einblick in dessen Gefühle und Gedanken vermitteln. Seine letzten Bemerkungen lassen den Schluss zu, dass er selbst das Scheitern der Revolution und die Niederlage der Roten Armee nicht im „Verrat“ und „Versagen“, sondern in der allgemeinen Schwäche der revolutionären Bewegung sah.

## **Die verlogene Wahrheit** (Aus dem Notizbuch Rudolf Egelhofers)

„Die Lüge ist etwas Verabscheuenswertes, aber auch die Wahrheit kann man nicht zu jeder Zeit sagen. Wie recht hat jener Philosoph, der ausrief:

‚Wenn alle die Wahrheit sagen wollten, welch ein Jammertal würde dann die Welt sein!‘ Es gibt eine Art Wahrheit, mit welcher die Menschen ihre Lügenhaftigkeit und ihre Schlechtigkeit zu decken suchen, das sind die Leute, die sich in gewissen Augenblicken entschuldigen: ‚Ich konnte nicht anders, ich musste die Wahrheit sagen.‘ Diese Art Wahrheit ist eine gar schöne Entschuldigung für die Angeber, Klatschmäuler und Denunzianten.“

**Es drängt sich die Frage auf, wie die Revolutionskämpfe 1918/19 geschichtlich zu bewerten sind.** Sie können nicht für die Legitimation einer historisch gescheiterten Diktatur beansprucht werden, zumal sich diese von den humanistischen Idealen der Arbeiterbewegung entfernte und auch deshalb keine Zukunft haben konnte. Die Revolutionskämpfe waren das Resultat der auf den brüchig gewordenen Fundamenten des Kaiserreichs ausgebrochenen sozialen Widersprüche. Die bruderkriegsähnlichen Kämpfe in der Arbeiterbewegung einerseits und die Kämpfe der in sich differenzierten Arbeiterbewegung gegen die konterrevolutionären monarchistischen und militaristischen Kräfte sowie gegen die aufkommenden Keimzellen des deutschen Faschismus andererseits hatten ihre Ursachen nicht in der russischen Revolution, sondern in den deutschen Zuständen. Es war, wie auch die Münchener Ereignisse bestätigen, keine kommunistische / bolschewistische, sondern eine sozialdemokratische Revolution, die einen folgenschweren Widerspruch zwischen konservativer Führung einerseits und spontaner Massenbewegung andererseits einschloss. Aber es war eine Revolution, die in ihrer Totalität den Weg zur Weimarer Republik, zur parlamentarischen Demokratie und schließlich zum demokratischen Rechtsstaat ebnete. Namen wie Rudolf Egelhofer repräsentieren in besonderer Weise den Patriotismus der spontan handelnden Arbeiterschaft für Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt und Demokratie.

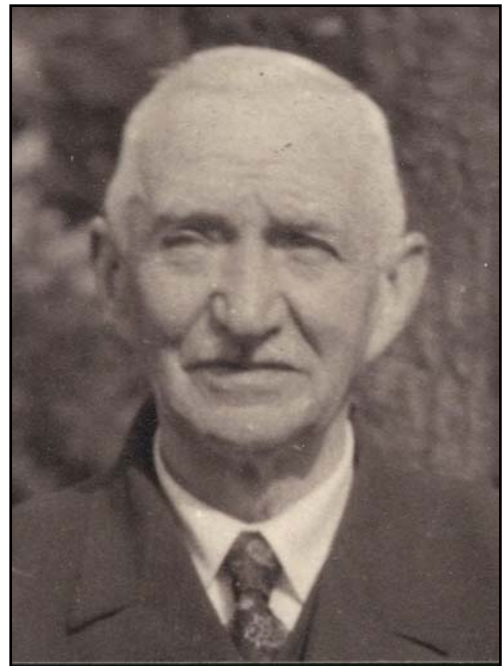
*Literatur: Friedrich Hitzer: Der Mord im Hofbräuhaus. Unbekanntes und Vergessenes aus der Bayerischen Räterepublik. Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main, 198, Foto, ebenda, S.337. Sebastian Haffner: Der Verrat 1918/1919 – als Deutschland wurde, wie es ist. Verlag 1900 Berlin, 1994, S.163 ff. Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus) Bd. 1. Die Weimarer Zeit. – Berlin, 1999.*

## Ernst August Julius Menger - ein Straßename in Vorstadt

von Horst Klein

**Ernst Menger** wurde 1867 in Strausberg geboren. In seiner beruflichen Entwicklung war er als Kaufmann tätig. In Strausberg-Vorstadt besaß er in der damaligen Kaiserstraße 3 (heute Ernst-Thälmann-Straße) ein Grundstück mit Wohnhaus, in dem sich auch sein Lebensmittelgeschäft befand, das er bis 1931 betrieb und dann an seinen Sohn weitergab.

Er beteiligte sich über dreißig Jahre aktiv am kommunalpolitischen Leben seiner Heimatstadt Strausberg, in der er zwanzig Jahre als Stadtverordneter und zwölf Jahre als unbesoldeter Stadtrat wirkte. Im November 1907 wurde er erstmalig und als erster Vorstadt-Bürger in die Stadtverordnetenversammlung (SVV) gewählt. Er arbeitete in mehreren städtischen Verwaltungsausschüssen, darunter im Finanzausschuss, und fungierte ab 1909 auch als Bezirksvorsteher im V. Bezirk (Vorstadt). Auch nach der Novemberrevolution 1918 wurde er auf der Wahlliste des Kapitän a. D. Karl Lehnert erneut in die SVV gewählt. Von 1920 bis 1921 konnte er vermutlich aus gesundheitlichen Gründen nicht an der aktiven Arbeit der SVV teilnehmen. Erst im Februar 1921 ist seine Mitarbeit in Protokollen wieder nachvollziehbar. Im Mai 1921 und Januar 1925 bis 1933 wurde er erneut zum Stadtbezirksvorsteher gewählt. Im Oktober 1925 engagierte er sich für eine bessere Ausrüstung, Motorisierung und Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr, Abteilung „Vorstadt“. Von 1928 bis April 1939 war er unbesoldeter



Stadtrat. In dieser Eigenschaft nahm er prägend Einfluss auf die Vorstadtgestaltung. Sehr nachhaltig setzte er sich für den Ausbau der Wege und Straßen ein. Im November 1929 wurde er als Mitglied der Wirtschaftspartei erneut in seinen kommunalpolitischen Funktionen als Baudezernent und Bezirksvorsteher bestätigt. Im Mai 1930 unterstützte er das von der SPD-Fraktion initiierte und gemeinsam mit der Kreissiedlungsgesellschaft begonnene Wohnungsbauprojekt in der heutigen Friedrich-Ebert-Straße, mit dem ca. 140 Wohnungen für Strausberger Bürger errichtet werden konnten. Zu dieser Zeit setzte er sich auch vehement für die Verbreiterung und ästhetische Gestaltung der Gustav-Kurtze-Promenade und Lindenpromenade ein. Sein Auftreten in den Stadtverordnetenversammlungen, soweit es aus der vorliegenden Presse-Berichtserstattung nachvollziehbar ist, lässt kaum auf eine ideologische bzw. parteipolitische Bindung schließen. In aufkommenden streitbaren Debatten entschied er sich unparteiisch für wirtschaftliche und soziale Kriterien. Im Juni 1930 verzichtete er auf sein Stadtverordnetenmandat, indessen behielt er sein Amt als Stadtrat weiter inne. Im Dezember 1932 feierte er sein 25-jähriges Ehrenjubiläum als Stadtverordneter. In einer aus diesem Anlass in der Strausberger Zeitung veröffentlichten Laudatio wurde sein uneigennütziges Engagement gewürdigt. Darin heißt es u. a. „Persönlich in allem bescheiden, gilt seine ganze Kraft in stiller Arbeit dem Wohle der Bürgerschaft.“ Vermutlich bekam zu dieser Zeit und aus diesem Anlass eine kleine Vorstadtstraße seinen Namen.

Bei den Kommunalwahlen am 12. März 1933 kandidierte er auf Liste 20 „Block der Mitte“ für die Stadtverordnetenversammlung und wurde gewählt, allerdings informierte die „Strausberger Nachrichten“ amtlich darüber, dass Ernst Menger sen. die Annahme des Mandats abgelehnt habe. Andererseits behielt er seine Funktion als Stadtrat. Gegenüber der dann herrschenden nationalsozialistischen Diktatur verhielt er sich loyal. Am 5. April 1939 wurde er aus gesundheitlichen Gründen und wegen seines Alters aus dem Ehrenamt als Stadtrat verabschiedet. Als nach der Befreiung vom Faschismus Strausberger Antifaschisten über die Umbenennung von Straßennamen entschieden, sahen sie keinen Grund, Ernst Mengers politische Loyalität gegenüber dem NS-System von 1933 bis 1945 kritisch zu bewerten. Im 80. Lebensjahr ist er am 14. April 1947 in Strausberg verstorben. Die nach ihm benannte Straße erinnert auch heute an einen achtbaren, bescheidenen und stets selbstlos tätigen Kommunalpolitiker.

*Foto aus dem Besitz der Enkeltochter Frau Ursula Schulze, geb. Menger*

### **Carl Friedrich Lehnert – Kapitän zur See und Stadtverordnetenvorsteher 1853 – 1939**

von Horst Klein

Mit der Benennung einer Strausberger Straße nach dem Namen eines langjährigen Stadtverordneten, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als „Kapitän Lehnert“ engagiert wie nur wenige das kommunalpolitische Leben prägten, ehrten die Stadtverordneten vermutlich anlässlich seines 85. Geburtstages einen Mann, der im rastlosen gemeinnützigen Wirken zum Wohle der Bürgerschaft seinen Lebenssinn sah. Seit dem Jahre 1900 Bürger dieser Stadt, nahm sich der einstige Seefahrer und nunmehr Pensionär nur wenig Zeit für die zuvor herbeigesehnte Ruhe. Muße oder gar Untätigkeit lag wohl nicht im Charakter dieses Mannes, der über Jahrzehnte die stürmische See gewöhnt war und Verantwortung wahrzunehmen verstand. Bereits im November 1905 stellte er sich für die Stadtverordnetenversammlung zur Wahl und gewann mit 23 Stimmen das beste Ergebnis in der nach dem Dreiklassenwahlrecht strukturierten I. Abteilung. Fortan war er für fast 30 Jahre einer der aktivsten Kommunalpolitiker seiner eigentlich als Ruhesitz gewählten Heimatstadt.



**Carl Friedrich Lehnert**, der am 23. März 1853 auf Usedom geboren wurde, entschied sich frühzeitig für einen seemännischen Lebensweg, den er zunächst in der Königlichen Marine als Matrose begann. Von März bis Juni 1875 bekam er an Bord S. M. Artillerieschiff „Renowi“ eine militärische Ausbildung, die er mit dem Prädikat „gut“ als Obermatrose abschloss. Die Königliche Regierung beurkundete dem inzwischen zum Steuermann Avancierten 1879 die Befähigung zum „Schiffer auf großer Fahrt“, nachdem dieser die vorschriftsmäßige Steuermanns-Fahrzeit zur See zurückgelegt und die nachfolgende Prüfung mit Auszeichnung bestanden hatte. Seine eigentliche Seemannskarriere sollte sich für ihn in der „christlichen Seefahrt“ verwirklichen können. Eine vom Schiffseigner Emil Brown als Anerkennung überreichte Silberplakette schmückt die Gravur „Capitain Carl Lehnert, SS ‚Commerzienrath Boeckel‘, 50. Reise [von Stettin] nach Sankt Petersburg, September 1900, Emil Brown“.

Ein Ölgemälde seines Schiffes befindet sich im Besitz der Enkel. Der exzellente Seefahrer bewahrte sich in seiner vielseitig ausgelegten Natur auch den Sinn für die Familie. Im Jahre 1882 schloss er die Ehe mit der 1854 in Ganserin geborenen Laura Florianda Herwig, die sie von 1883 bis 1898 um zwei Söhne und drei Töchter bereicherten. Mit dem fünften Kind in der Familie und dem Ausblick auf die bevorstehende Pensionierung im Jahre 1900 kaufte er 1898 in der Strausberger Bismarckstraße, heute Kopernikusstraße ein bebautes Grundstück. Bis zum Einzug, der 1902 vollzogen war, wohnte die Familie in Swinemünde.

Die in Strausberg ersehnte Ruhe und familiäre Geborgenheit litt durch einen sehr schmerzhaften Schicksalsschlag. 1902 erkrankte der 1884 geborene Sohn Walter im Straussee. Die Familie und der auf stürmischer See gestählte Carl Lehnert benötigten wohl eine geraume Zeit, bevor die erlittene Wunde allmählich verheilte und heimatische Gefühle aufkommen konnten. Indessen fand er relativ schnell den menschlichen und vertrauensvollen Zugang zur Bürgerschaft. Er blieb auch in Strausberg der mit allen Etiketten geachtete Kapitän. Schaut man heute in die Strausberger Zeitungen jener Zeit, in denen sein kommunalpolitisches Wirken leicht nachzuvollziehen ist, so ist sein Name ausschließlich mit der Berufsbezeichnung „Kapitän Lehnert“ zu lesen.

1905 erstmals in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, bekam er bereits im März 1909 die Funktion des Stadtverordnetenvorstehers übertragen. Das war ein damals wie heute hohes Ehrenamt, das er sich bis 1933 nur im Wechsel mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Gustav Weiß teilte. Zu seinen vertrauensvollen Wegbegleitern im städtischen Parlament gehörte in all den Jahren der Kaufmann Ernst Menger sen., nach dem später ebenso in Würdigung seiner kommunalpolitischen Leistungen eine Straße benannt wurde. Politisch sahen sich beide in der Wirtschafspartei vereint, für die sie turnusgemäß kandidierten.

Neben der Tätigkeit als Stadtverordnetenvorsteher oder in der Zeit zwischen den Weltkriegen auch als Stadtverordneter war Carl Lehnert zugleich in zuweilen sechs bis sieben Ausschüssen präsent. So beispielsweise 1909 im Bau-, Wegebau- und Verschönerungsausschuss, im Hinterlegungs-, im Wasserwerk- und im Beleuchtungsausschuss sowie im Ausschuss des Alumnats der höheren Knabenschule. Bei Wahlen konnte er in Abhängigkeit vom Parteienverhältnis in den Jahren 1919 – 1933 mit einer sicheren Stimmenmehrheit rechnen. Bereits 1911 bekam er bei der Wiederwahl zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung 18 von möglichen 20 Stimmen, und im Januar 1913 wurde er einstimmig in seiner Funktion bestätigt. Im gleichen Jahr setzte er sich auch als Mitglied des Krankenhausausschusses vehement für den Umbau bzw. für die Modernisierung des Strausberger Krankenhauses ein. Dabei ging es vor allem um die Einrichtung von Einzelzimmern für Infektionskranke und um die Erneuerung des gesamten Sanitärbereiches. Im Weiteren setzte er sich damals, als es in der Stadtverordnetenversammlung um den Schulneubau und um den Bau einer Schulturnhalle für das Realprogymnasium (heute Fontane Gymnasium) ging, für die Ausführung des Vorhabens ein. Nach der Novemberrevolution führte er bei den Kommunalwahlen im Februar 1919 mit seinem Namen einen Wählervorschlag an, die „Liste Carl Lehnert“. In diesem Jahr wurde er nicht nur erneut in die Stadtverordnetenversammlung, sondern auch in den Kreistag Oberbarnim gewählt. Die Funktion des Vorsitzenden nahm bis Mai 1924 Gustav Weiß ein, die dann erneut bis 1929 Carl Lehnert besetzen konnte. In dieser Zeit wirkte er in zahlreichen Ausschüssen, von denen hier nur einige zu nennen sind, die auf seine herausragende Fach- und Sozialkompetenz schließen lassen: Der Ständige Ausschuss, Finanz-, Forst-, Bau- und Gesundheitsausschuss, Ausschuss gegen die Verunstaltung des Stadtbildes, Aufsichtsrat der Eisenbahn und weitere. Im November 1930



bedankte er sich für die ihm überbrachten Glückwünsche zum 25-jährigen Stadtverordneten-Jubiläum. 1933 verzichtete er auf eine erneute Kandidatur, wohl wissend, dass die Demokratie vorerst keine Chance haben wird.

Im September 1932 feierte Carl Lehnert mit seiner Frau Laura die Goldene Hochzeit, ein Jubiläum, das auch in der Strausberger Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit fand. Nur noch wenige gemeinsame Jahre waren dem engagierten Paar beschieden. Am 20. Januar 1939 verstarb Kapitän Lehnert. In einem in den „Strausberger Nachrichten“ veröffentlichten Nachruf wurde hervorgehoben, dass der Verstorbene sich „in allen Kreisen großer Beliebtheit erfreute ... Sein aufrechter Charakter, sein Fleiß, gepaart mit gleichbleibender Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft, erwarben ihm zahllose Freunde und Anhänger.“ Auf dem Strausberger Stadtfriedhof erinnert eine Erbegräbnisstelle der Familie an den aus der Geschichte herausragenden Kommunalpolitiker Strausbergs.

*Foto: Carl Lehnert am Tage seiner Goldenen Hochzeit am 27.9.1932, aus dem Besitz der Enkeltochter Ingeburg Lehnert, die uns auch sehr hilfsbereit die biografischen Daten und Dokumente anvertraute.*

## **Bruno H. Bürgel – Astronom und Volksschriftsteller**

**1875 - 1948**

von Horst Klein

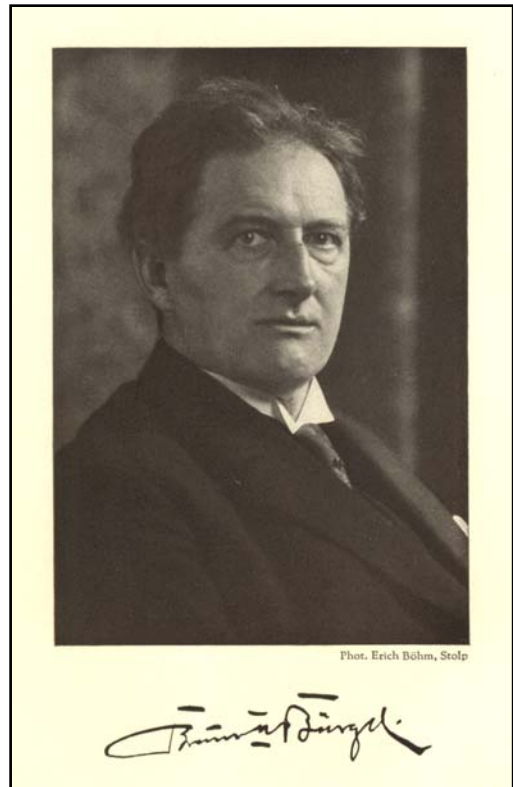
Er war auch in Strausberg kein Unbekannter. Die Strausberger Bürgerschaft, die sich überwiegend kulturell sehr interessiert erwies und im Vereinsleben vielseitige geistig-kulturelle Betätigungsfelder fand und zu nutzen verstand, erlebten ihn, der bereits über 350 Städte bereiste, im Herbst 1946 als spannenden Erzähler. Seine Art des Erzählens gab Mut und inspirierte zu hoffnungsvollen Gedanken. Bürgels Spruchbeutel war voller Geist und Humor, und genau das wünschten sich auch seine Strausberger Zuhörer, denen die bedrückenden Erinnerungen an die NS- und Kriegszeit noch allzunah waren.

„Ich wollte, dass alle Mächtigen gütig und alle Gütigen mächtig wären.“ „Wir dürfen nicht vergessen, dass die Zukunft der Welt vom Können und Wissen abhängt. Dummheit ist eine Weltgefahr.“ „Am weitesten ist der Weg zu sich selbst.“ Erinnern wir uns an einen weiteren Gedanken, den er gern mit den Erfahrungen seiner Zeit seinen Zuhörern mit auf den Weg gab: „Es ist eines braven Mannes niemals unwürdig, die Hand zur Versöhnung zu bieten. Nicht das Rechthaben ist das Höchste und nicht das stolze Bewusstsein eigener Machtlosigkeit, sondern die Menschenfreundlichkeit, die begütigt und Brücken schlägt.“

Im Vorwort zu seinem 1920 erschienenen Buch „Aus fernen Welten“ schrieb er den für sein Lebenswerk typischen Gedanken: „Es gibt kaum ein erfreulicheres Bild in unserer Zeit als zu beobachten, wie gerade der einfache Mann aus dem Volke, gerade die sozial ungünstig Stehenden, einen fast unbezähmbaren Bildungsdrang betätigen, der gewisse Kreise mit tiefer Beschämung erfüllen würde, wenn sie sich einmal die Mühe nähmen, die Verhältnisse zu studieren (...) ich habe oft Gelegenheit gehabt, zu sehen, mit welcher glühenden Liebe und Begeisterung der einfache Arbeiter, die erwerbende Frau, in freien Stunden bestrebt sind, sich fortzubilden.“ Damals erschienen auch in der „Strausberger Zeitung“ immerhin noch Vorträge zur Erkenntnistheorie des Königsberger Philosophen Immanuel Kant. Welche vom Alltagsdenken unserer Zeit geprägte Regionalzeitung würde heute noch eine so geistvolle Unterhaltung seinen Lesern anbieten? Die Erinnerung an Bruno Bürgel bringt uns auch



sein humanistisches Anliegen und sein Gesellschaftsverständnis nahe, das er mit dem unter Humanisten seiner Zeit sehr verinnerlichten Satz formulierte, wonach die Volksbildung „einer der wichtigsten Faktoren zur Lösung der sozialen Frage“ ist. In seinen Erinnerungen schilderte er die gesellschaftlichen Zustände, als er sich um das Jahr 1900 für die Schriftstellerei entschied. „Drei Dinge waren es vor allem, die mir auffielen, die mir immer wieder Anlaß zum Nachdenken gaben: Die Menschen waren in den Erkenntnissen viel weiter voran als in der Auswirkung dieser Erkenntnisse in der Praxis des täglichen Lebens! Nicht der Klügste regierte, sondern der Reichste! Zwischen Wissen und Herzensbildung bestand selten ein Zusammenhang. Gelehrte Leute waren oft unvornehme Leute! Man kann von ungebildeten Gebildeten sprechen! Die Welt wurde nicht nach den großzügigen Forschungen und Gedanken der Wissenschaft regiert, sie wurde geleitet nach primitiven, veralteten Gesetzen. Große Heere standen bereit, wie im Zeitalter der Barbaren, übereinander herzufallen, der Arme war verachtet, der Werk tätige, der doch erst die Dinge schafft, die das Leben in modernen Formen ermöglichen, galt als gering, der nichtstuende Parasit hingegen für vornehm. Eine Umwertung aller Werte nach der unrichtigen Seite hatte sich eingebürgert ...“



**Bruno H. (Hans) Bürgel**, als Astronom und Schriftsteller weltweit bekannt, wurde am 14.11.1875 in Berlin geboren. Er begann seinen beruflichen Weg zunächst als Hilfsarbeiter und entwickelte sich als Autodidakt neben seiner Arbeit an der Berliner Urania-Sternwarte vom Arbeiter zum Astronomen. So lautet auch der Titel seiner Selbstbiografie, die er 1919 veröffentlichte. Darin schilderte er eindrucksvoll seinen steinigen Weg vom Proleten zum Schriftsteller. Wilhelm Liebknecht, dem Bürgel als Sozialdemokrat und Mann des Volkes auch menschlich nahe stand, schrieb ihm zu einer seiner Abhandlungen: „Junger Mann, die Gedanken sind gut, und alles ist klar und verständlich, aber mit der Orthographie hapert es noch da und dort. Na, das wird schon besser werden. Hier sind zwanzig Mark.“ Im Alter von achtundzwanzig Jahren war es ihm vergönnt, wenigstens fünf Semester die Berliner Alexander-von-Humboldt-Universität zu besuchen und seine naturwissenschaftliche und philosophische Bildung akademisch zu fundamentieren. 1915 zog er, wie er später rückblickend hervorhob, voller Begeisterung in den Krieg und avancierte zum Offizier. Die Zustände nach Ausbruch der Novemberrevolution 1918 verfestigten seine Überzeugung von einer auch in der sozialistischen Arbeiterbewegung geduldig anzustrebenden weltanschaulichen Toleranz. Er selbst war jedoch, wie er sich erinnerte, von einem starken Kulturpessimismus ergriffen. Kriegsniederlage und Revolution empfand er als grauenhafte Katastrophen. „Wo waren denn all die Hüter der Kultur, wo war die Kirche, wo blieb die Kraft der Arbeiterinternationale?“ Als grausam empfand er die russische Revolution und die mit der deutschen Revolution ausgebrochenen bürgerkriegsähnlichen Kämpfe in Deutschland. „Ich persönlich litt in jenen Tagen sehr unter der Uneinigkeit in der Arbeiterschaft“, so schrieb Bürgel in seinen Erinnerungen.

„Führer wie Massen haben vielfach versagt, und manches ging verloren. In gewisser Hinsicht ist der Karren der Revolution wirklich ‚im Sumpf steckengeblieben‘. Verärgert durch tausend Fehler und Vorkommnisse kehrte ich selber der Partei (SPD), der ich zugehört hatte, endlich den Rücken, ohne mich einer anderen anzuschließen.“

In seinen Schriften und Vorträgen setzte er sich für die Volksbildung und nach 1945 vor allem für die kulturelle Massenarbeit und –bildung ein. Seine Schriften, die in vielen Sprachen und hohen Auflagen erschienen, waren in einer auffallend verständlichen Diktion und galten so als Volksschriften. Darin behandelte er besonders kosmische, naturwissenschaftliche, ethische und kulturphilosophische Themen. Zu seinen Titeln zählen u. a. „Aus fernen Welten“ (1910), „Die seltsamen Geschichten des Doktor Ulebuhle“ (1920), „Weltall und Weltgefühl“ (1925), „Sterne über den Gassen“ (1936), „Die Fackelträger“ (1947)

Am 18. April 1948 ist er, geprägt von seinem Glauben an der *Erziehung und Veredelung des Menschen*, in Potsdam-Babelsberg verstorben, wo er auch auf dem dortigen Friedhof Goethestraße beerdigt ist. In Strausberg erinnert eine Straße im so genannten Dichterviertel an ihn, an seinen weisen und gütigen Humor.

**Literatur:**

*Bruno Bürgel: Aus fernen Welten, Berlin, 1920 und Vom Arbeiter zum Astronomen. Lebenserinnerungen von Bruno H. Bürgel, Berlin 1919. Foto ebenda; Arnold Zenkert: Nächtlicher Plausch mit einem Einbrecher. In: Brandenburger Blätter, Freitag, 2. Oktober 1992, S. 15.*

## **Otto Langenbach – erster Bürgermeister nach 1945**

**1901 - 1977**

von Horst Klein

Die Biografie des einstigen Bürgermeisters Otto Langenbach ist nur sehr lückenhaft überliefert. Woher kam er im Oktober 1944 und warum zog es ihn ausgerechnet nach Strausberg, um hier unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus als Mitglied der KPD der sowjetischen Kriegskommandantur für den Einsatz als Bürgermeister zur Verfügung zu stehen? Auch sind die Gründe seines bereits 1949 vollzogenen Amtswechsels nach Velten bei Berlin schwer zu ermitteln. Indessen erinnerten sich die Strausberger Stadtverordneten im Herbst 1978 seines kommunalpolitischen Wirkens in der schweren Nachkriegszeit und benannten in einem parallel zur S-Bahn „Strausberg Stadt“ neu entstandenen Wohngebiet eine Straße nach ihm. Er war in der Strausberger Nachkriegsgeschichte zweifellos eine herausragende Persönlichkeit. Schonungslos setzte er seine von Krieg, Zuchthaushaft und Hunger gezeichnete Arbeitskraft für die Beseitigung des von den Nazis hinterlassenen materiellen und geistigen Trümmerfeldes ein. Der Neuanfang war schwer, und Langenbach fand den menschlichen Kontakt und das Vertrauen der damals Aufbauwilligen. Politisch verstand er es besser als andere seiner Parteigenossen mit Toleranz und Energie die für ihn ungewohnte Verantwortung wahrzunehmen. Dabei konnte er vertrauensvoll auf die in der kommunalpolitischen Arbeit erfahrenen Kommunalpolitiker der SPD bauen, insbesondere auf seinen sozialdemokratischen Stellvertreter Max Weiß und auf den Kämmerer Dr. Otto Könnecke, ebenfalls ein Sozialdemokrat. Betrachten wir heute Langenbachs Lebensweg, so ist dieser vor allem in den zeitgeschichtlichen Zusammenhängen nachzuvollziehen.

**Otto Langenbach** wurde am 24. April 1901 in Hamburg in einer Arbeiterfamilie geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er in seiner Heimatstadt den Handwerksberuf „Anilindrucker“. Gewerkschaftlich organisiert, fand er auch frühzeitig Anschluss an die Kommunistische Partei Deutschlands, deren Mitglied er 1921 wurde. Die Hamburger Arbeiterschaft wies damals starke Neigungen zu linksradikalen Ideen und Kampfformen auf. Beachtlich Teile des linkssozialistischen Flügels der SPD bzw. USPD schlossen sich der KPD an und drängten auf revolutionäre soziale Veränderungen in der noch jungen Weimarer Republik. Dabei empfanden sie wenig Sinn für Parlamentarismus und Demokratie. Der Zeitgeist prägte auch den damals gerade 22-jährigen Langenbach. Als sich seine Hamburger KPD-Bezirksleitung, deren Sekretär nicht Thälmann, sondern Hugo Urbahns war, 1923 auf den deutschen Oktoberaufstand vorbereitete, war auch Langenbach vom „revolutionären“ Geist ergriffen und mitten unter den Kämpfern eines aussichtslosen und isoliert gebliebenen bewaffneten Aufstandes. Dieser war zwar von der Moskauer Führung als Initialzündung revolutionärer Kämpfe für die Errichtung eines Sowjetdeutschlands gedacht, musste jedoch in Übereinstimmung mit den Moskauer Emissären von der KPD-Zentrale auf Grund des Ausgangs der am Vorabend in Chemnitz tagenden Konferenz von Vertretern der Betriebsräte und der Gewerkschaften und deren Positionierung gegen einen Generalstreik abgesetzt werden. Ungeachtet dessen brach der so genannte Hamburger Aufstand am 22. Oktober aus, der mit einer Niederlage endete. Der Aufstand „war nicht die Ehrenrettung des revolutionären deutschen Proletariats, wie es die Oktober- und Thälmann-Legende seitdem glauben machen wollten, sondern ein marginales Ereignis, das zeigte, wie isoliert kommunistische Aufstandspläne unter den gegebenen politischen Umständen bleiben mussten (...) Die Legendenbildung über den deutschen Oktober und den Hamburger Aufstand wurde zu einem konstitutiven Moment des deutschen Parteikommunismus, der zunehmend von den Stalinschen Dogmen dominiert werden sollte.“ (Kinner, S. 62) Auch Otto Langenbach, der in Folge dieser Ereignisse zu einem Jahr Festungshaft verurteilt wurde, lebte mit den in der kommunistischen Geschichtsschreibung und Ideologie üblichen Legenden, die letztlich sein „revolutionäres“ Selbstbewusstsein prägten.



Nach seiner Haftverbüßung bekam er eine Anstellung als Bote bei der sowjetischen Handelsvertretung in Hamburg. Neben dieser Tätigkeit organisierte er in seiner Stadt die „Rote Hilfe“, eine kommunistische Massenorganisation zur Unterstützung politischer Gefangener und deren Familienangehörige durch Rechtsbeistand, Geld- und Sachspenden. In dieser Organisation sah er dann auch sein Hauptbetätigungsfeld. Das hatte einen häufigen Wohnortwechsel zur Folge. Ab 1933 arbeitete er als Instrukteur illegal für die „Rote Hilfe“. 1934 wurde er verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus sowie fünf Jahren Ehrverlust und ständiger Polizeiaufsicht verurteilt. 1938 wurde er aus dem Zuchthaus Brandenburg entlassen, jedoch ein Jahr später erneut kurzzeitig verhaftet.

1927 schloss er die Ehe mit Charlotte Rotheiler, die 1940 verstarb. 1941 heiratete er Martha Altenkrüger, die ihn auch nach Strausberg begleitete. Vermutlich war sein Zuzug in Strausberg im Herbst 1944 durch die Bombardierung seines bisherigen Wohnortes bedingt gewesen. Er soll damals Jenseits des Sees eine Unterkunft gefunden haben. Hier erlebte er auch die Befreiung vom Faschismus. Nur wenige Tage

später wurde er am 26. April 1945 von der Kommandantur der „Roten Armee“ als Bürgermeister der Stadt Strausberg eingesetzt. In dieser Funktion blieb er bis Mai 1949. Als ein inzwischen erfahrener Kommunalpolitiker wurde er anschließend vermutlich im Sinne der Personalhilfe als Bürgermeister in Velten bei Berlin eingesetzt. Kaum 51-jährig musste er 1952 vermutlich aus gesundheitlichen Gründen aus dem Berufsleben ausscheiden.

Am 21. März 1977 ist er verstorben und dann auf dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt worden.

*Literatur:*

*Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1. Die Weimarer Zeit, Berlin, 1999*

*Josef Schwarz: Zwei Dokumente zu den Ereignissen in Sachsen und Thüringen. In. Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2003/III, S. 122 ff.*

*Günter Wernicke: Die Radikallinke der KPD und die russische Opposition. Von der Fischer/Maslo-Gruppe zum Lenin-Bund. In. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 3/2000, S. 75 ff.*

*Foto: Heimatmuseum*

# Gutachten

## **zum Antrag der CDU-Fraktion auf Umbenennung des Straßennamens Peter Göring (Stadtverordnetenversammlung, 23.1. 2003)**

von Horst Klein

Sehr verehrte Frau Vorsitzende, sehr verehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die gebotene Chance, hier als Historiker auch die vom Geschichtsverein mit getragene Auffassung zum Antrag der CDU-Fraktion in Kurzfassung vorzustellen, den vollen Wortlaut gebe ich ins Protokoll (ungekürzter Text).

Es geht hier nicht schlechthin um einen Straßennamen oder einen Toten, sondern um die Frage, wie wir es inzwischen gelernt haben mit der schwierigen Geschichte dieser Zeit umzugehen und daraus zu lernen. Geschichte wird heute oftmals durch die für uns noch schwieriger erscheinenden Lebensfragen verdrängt. Es ist ein Novum für unsere Stadtgeschichte und für die Geschichte des städtischen Parlaments, wenn Fragen nach der Geschichte so große Aufmerksamkeit finden, zumal wir und die Bürger immer *mehr Fragen als sichere Antworten* finden werden. Die Geschichtswissenschaft ist der eigentliche Souverän, sich der wirklichen Geschichte Schritt für Schritt zu nähern, ohne jemals den Gipfel der absoluten historischen Wahrheit erstürmen zu können oder gar zu wollen. Wohlbemerkt, die Geschichtswissenschaft, nicht die Gerichtsbarkeit. Sie hat bekanntlich eine andere rechtsstaatliche Funktion und kommt auch zu anderen Schlüssen und Urteilen. Es wäre das Ende der Geschichtswissenschaft, wenn sie sich an Gerichtsurteilen und nicht an den historischen Quellen, Ursachen und Zusammenhängen orientieren würde.

Aus dieser Sicht möchte ich folgende Anmerkungen zu dem ihnen vorliegenden Antrag der hiesigen CDU-Fraktion einbringen:

1. Ich habe mir persönlich vor dem Schreiben der ihnen vorliegenden Kurzbiografie des Peter Göring mit der damaligen politischen und militärischen Lage, mit der Lebenssituation der Menschen vertraut gemacht, und dazu gehörte auch ein intensives Studium der Akten im Mauer-Archiv. Aus Strausberg war ich dort bisher der einzige Besucher, und auch Staatsanwälte von Mauerschützen-Prozessen sollen sich dort noch nicht umgesehen haben. Dort fand ich nicht nur den Original-Schriftverkehr der damaligen Stadtkommandantur unter Leitung des Generalmajor Poppe, sondern auch ein Dankschreiben von Innenminister Jörg Schönbohm, mit dem die gewissenhafte und staatlich leider nicht geförderte Arbeit mit dem historischen Material sehr gewürdigt wird. Das Archiv, das sich in einer Privatwohnung befindet, wird von Forschern aus aller Welt genutzt. Ich kann mich dem Dankschreiben von Herrn Schönbohm nur anschließen und ihnen, meine Damen und Herren, versichern, dass sich auch aus dem derzeitigen Stand der Forschung keine neuen Erkenntnisse zu den in der „Neuen Strausberger Zeitung“ am 31. Mai 2002, S.4 vorgestellten Forschungsergebnissen einbringen lassen. Ich betone hier auch nochmals die in der Geschichtswissenschaft übliche Unterscheidung zwischen Erbe und Tradition. Im Weiteren verweise ich hier außerdem auf einen am 25. Januar 2000, S. 12 in der MOZ veröffentlichten Leserbrief von NVA Oberst a. D, Ulrich Zinn, der mit entsprechenden Insiderwissen ebenso wie die Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) darauf aufmerksam machte, dass Peter Göring selbst nicht geschossen hat. Er wurde auch nicht, wie oftmals dargestellt, gezielt von Westberliner

Seite erschossen, sondern nach Aktenlage von einem Querschläger tödlich verletzt. Dass 40 Jahre später in Mauerschützen-Prozessen Angeklagte einzig und allein den Toten belasten, dürfte rein menschlich gesehen verständlich sein. Aber dies ist der sachliche Fakt, viel mehr Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, dass zwei sehr verschiedene Biografien des Peter Göring im Gespräch sind: Die Heldenbiografie aus der Feder der SED-Herrschenden, die offenbar auch für Staatsanwälte und Gerichte und auch für die hiesige CDU noch immer aus politisch-pragmatischen Gründen sehr viel nützlicher erscheint und die im Mauer-Archiv nachzuvollziehende wahre Biografie des Getöteten, die ich erarbeitet und veröffentlicht habe. Indessen hat für mich der kritische Umgang mit der SED-Geschichte und Geschichtsschreibung auch die Konsequenz, mich gemäß der wirklichen Quellenlage zu orientieren und mich so möglichst sicher der wirklichen Geschichte zu nähern. Vom sehr kritischen und produktiven Beitrag des Geschichtsvereins zur Aufarbeitung der Geschichte der SED-Herrschaft und so für die anstehende Erarbeitung eines souveränen gesamtdeutschen Geschichtsbildes konnten sich die interessierten Bürger unserer Stadt und des Landes gewiss ein eigenständiges Bild machen, und dies hat uns beachtliche Resonanz eingebracht. An unseren Veranstaltungen nahmen Bürger sehr unterschiedlicher Klientel teil, nur Mitglieder der hiesigen CDU konnte ich trotz des von ihr sichtbar gemachten Interesses an Zeitgeschichte nicht erkennen. Wir hatten uns auch eine Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien, also auch mit der hiesigen CDU erhofft, aber ein diesbezüglicher Brief an Herrn Fröhlich vom 22.3.2000 blieb unbeantwortet. Wir bedauern dies, zumal die frühere Ost-CDU als SED-Blockpartei in politischer Mitverantwortung für die 40-jährige DDR-Geschichte steht, und unsere Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur immer zugleich objektiv auch eine kritische Sicht auf die früheren Blockparteien einschließt.

2. Das Schicksal Peter Görings und die Thematik der Mauerschützen-Prozesse werden nicht zu Unrecht in den historischen Zusammenhang des Kalten Krieges gebracht. 1962 hatte dieser mit der Kuba-Krise seinen Außenpolitischen Höhepunkt erreicht. Das ZDF sendete dazu 40 Jahre danach im Oktober vergangenen Jahres eine sehr beachtenswerte Dokumentation. Zu den innenpolitischen Wirkungen gehörte in den 50er und 60er Jahren auch die politische Gerichtsbarkeit in beiden deutschen Staaten, die noch heute gewisse Nachwirkungen erkennen lässt. Geschichte und Gegenwart liegen oft sehr eng beieinander. Wir denken an Bautzen und Waldheim und wir wissen auch um die mehr als 150 000 politisch Verfolgten in der früheren Bundesrepublik. Über die politische Justiz in beiden deutschen Staaten berichtet der langjährige nordrhein-westfälische Bundesrats-, Justiz- und Finanzminister und einstige Mitarbeiter des Bundespräsidenten Gustav Heinemann in seinem Buch „Anwalt im Kalten Krieg. Deutsche Geschichte in politischen Prozessen 1951 – 1968“, das kürzlich im Bonner Dietz-Verlag erschienen ist. Der hier zur Diskussion gestellte Antrag und das so thematisierte Problem hat natürlich auch einen Bezugspunkt, der beim Nachdenken über Straßennamen wie Peter Göring und Philipp Müller und bei allen gegenwärtigen Versuchen, deutsche Geschichte juristisch aufzuarbeiten, uns noch immer sehr konkret begleitet. Wir sollten deshalb die Erinnerungen an den Kalten Krieg nicht zur politischen Phrase verkommen lassen, sondern aus ihnen für die Gegenwart und Zukunftsgestaltung lernen.

3. Wir stehen zu der von uns eingeforderten und angebotenen humanistischen Kultur im Umgang mit Geschichte. Wir sind auch im Vorfeld des 50. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni gut beraten und eigentlich auch herausgefordert, den Blick mehr als bisher auf die gesamtdeutsche Geschichte zu lenken. Die

deutsche Einheit sollte auch im Umgang mit Geschichte vollzogen werden. Dazu gehört auch, allen Opfern vergangener heißer und kalter Kriege Respekt zu zollen. Namen wie Peter Göring und Philipp Müller stehen stellvertretend *nicht* für eine Traditionspflege des Mordens, sondern für die Mahnung zum Frieden im Inneren und im Äußeren. So gesehen vermitteln sie im Unterschied zu einigen anderen den Bürgern sogar eine positive Botschaft. Selbst in München wird es dank einer Initiative sozialdemokratischer und grüner Stadtverordneter demnächst in einem entstehenden Wohngebiet eine Philipp-Müller-Straße geben. Es ist folglich gut so, dass wir diese Straßennamen in unserem Stadtbild sehen können und sie uns hoffentlich über den heutigen Tag hinaus zum produktiven Nachdenken anregen. Ich möchte aber nochmals eindeutig sagen, dass Straßennamen generell nicht die Funktion haben können, zeitlos positive Botschaften zu vermitteln. In vielen Fällen erinnern sie ganz einfach aus heutiger Sicht an schreckliche Vorgänge, die vor dem Vergessen zu bewahren sind. Vielleicht werden dafür eines Tages in ganz Deutschland andere Formen der geschichtlichen Erinnerungsarbeit gefunden. Ein Lichtblick ist schon, dass Potsdam und Berlin über die Ehrenbürgerschaft des früheren Reichspräsidenten Hindenburg nachdenken. Natürlich stehen für sie, sehr verehrte Stadtverordnete, vor allem kommunalpolitische Aufgaben zur Entscheidung. Mit einer Debatte über Straßennamen begeben sie sich schon mutig in die größeren zeitaufwändigen Zusammenhänge von Politik und Geschichtsforschung. Indessen ergibt sich aus aktuell-politischer Sicht in der Tat die Frage, ob es in unseren Tagen nichts Wichtigeres gibt als die hier angeregte Namensänderung. Letztlich stehen wir heute erneut vor einem großen Krieg, dessen Folgen für Europa und die Welt noch nicht zu übersehen sind.

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

## Einblicke in die Genesis und Grausamkeit des Stalinismus

von Horst Klein

„Wer meint, alles sei gesagt und die linken Utopien könnten bruchlos weitergesponnen werden, irrt. Die Kenntnisse über den Stalinismus oder gar Ansätze seiner historischen Erklärung stehen in einem umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutung in der neueren Geschichte“, so einer der Kerngedanken in den Vorbemerkungen des hier zu besprechenden Buches über den „Stalinistischen Terror 1934 – 41“.

Herausgeber Wladislaw Hedeler, einer der international namhaften Kommunismusforscher, stellt in der im BasisDruck Verlag erschienenen Arbeit die informativsten Beiträge der zum Thema im November 2001 in Berlin stattgefundenen internationalen Konferenz vor. Drei Themenkreise dominierten die wissenschaftliche Debatte, die sich einem ungewöhnlich breiten Spektrum von Themen zuwandte. Sie betrafen 1. Umfang und System des stalinistischen Terrors, 2. Funktionsmechanismen und Strukturen des Terrors sowie die Dynamik der Täter - Opfer Beziehungen und 3. die ins Detail gehende Aufhellung von Schicksalen Betroffener und Betroffenengruppen. Der Terror wird als ein nicht nur gegen die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) und gegen die Kommunistische Internationale (KI), sondern auch gegen die Völker der Sowjetunion geführter Krieg charakterisiert. Noch immer anzutreffende Deutungsmuster, wonach der stalinistische Terror aufgrund der Klassenkämpfe jener Zeit zu rechtfertigen sei, werden ad absurdum geführt. Die Autoren nähern sich der Genesis des Unmenschlichen in den zu untersuchenden Herrschaftsmechanismen. Sie schildern ein erschreckendes Szenarium, in dessen Mittelpunkt das „Volkskommissariat des Innern“ (NKWD) und das Politbüro bzw. der Diktator stehen. Dabei untersuchen sie Beziehungsebenen in der gesamten Hierarchie von oben bis unten und den Wechsel vom Täter zum Opfer.

Unstrittig sei, dass die Massenrepressionen von zentraler Stelle aus konzipiert, dirigiert und dosiert wurden, wobei höchstens ein Zehntel der 1937-38 hingerichteten Opfer aus der sowjetischen Elite kamen, während die große Mehrheit der Erschossenen und in die Zwangsarbeitslager Deportierten Arbeiter und Bauern gewesen seien. Deshalb wird in den Kapiteln diese große Mehrheit der Opfer in den Mittelpunkt der Forschung gestellt. Ausführlich wird die Verfolgungspraxis gegenüber „westlichen“ Volksminoritäten untersucht. Der erste aller „operativen Befehle“ des NKWD im Juli 1937 sei gegen die deutschstämmigen Bürger erlassen und die Feindbilder permanent erweitert oder präzisiert worden. Für die Verhaftungen, Verurteilung und Ermordung der Beschuldigten habe es vom Politbüro bewilligte Planvorgaben gegeben, die um jeden Preis zu erfüllen waren.

Zu den Aufsätzen, die besonders informativ das grausame Wesen des Stalinismus aufhellen, zählt u. a. der von Gerd Kaiser zum Thema „Katyn, die polnischen Opfer 1939 und 1940“ verfasste. Dieser belegt akribisch die über Jahrzehnte und selbst noch von Gorbatschow bestrittenen Verbrechen am polnischen Volk. In Katyn ermordet wurden 1940 die 25 000 gefangenen polnischen Berufs- und Reserveoffiziere, die gemäß Beschluss Nr. P13/144 des Politbüros des ZK der KPdSU vom 5. März 1940 zu erschießen waren. Es wird betont, dass es sich hier um ein Staatsverbrechen im Auftrag des Politbüros der KPdSU handelt. Im Weiteren sei der Befehl ergangen, auch die Frauen, Kinder und die im Familienverband lebende Angehörige der Offiziere zu deportieren. 120 000 Familienmitglieder seien davon betroffen gewesen, die, und mit ihnen zahlreiche weitere Bevölkerungsgruppen die in die Nordbezirke der Kasachischen SSR deportiert wurden. Ebenso betroffen seien bis 1940 auch „alle politischen Kräfte Polens von der Linken bis zu den Konservativen unterschied-



lichster Schattierungen gewesen, soweit sie sich im sowjetischen Einflussbereich befanden“. Es wird hier ein Kapitel sowjetischer Kriegsverbrechen vorgestellt, das zugleich das menschenfeindliche Wesen des allgemein als stalinistisch beschriebenen Gesellschaftssystems offen legt.

W. Hedeler untersucht am Beispiel des Karagandinskij Sonderlagers (KARLag) die schweren Haft- und Arbeitsbedingungen der zu Zwangsarbeit verurteilten Menschen sowie das mentale und ideologische Profil der Verwaltung bzw. Lagerkommandanten eines „Besserungsarbeitslagers“. „Frauen im Gulag. Geschlechtsspezifische Diskriminierungen“, so nennt M. Stark seinen Aufsatz, in dem er den Leidensweg von 91 noch lebenden Frauen untersucht und an deren Lagererfahrungen die besonderen, eigens gegen Frauen erdachten Grausamkeiten, die Verhöhnung der weiblichen Natur aufzeichnet. R. Müller befasst sich mit der NKWD-Folter. Er enthüllt, wie mit der Deduzieren und erfolterten „Geständnissen“ fiktive Feindbilder und Verschwörungstheorien des Stalinismus begründet wurden. Es wird verdeutlicht, dass diese stets ein Feinbild implizierten. Ähnlich wie in Religionen Gott nicht ohne den Teufel denkbar ist, so wurde das kommunistische Selbstbewusstsein aus Feindbildern abgeleitet.

Namen Betroffener wie Herbert Wehner, Hugo und Werner Eberlein wecken die Aufmerksamkeit des Lesers ebenso wie Hinweise auf das bewusste Involviertsein von G. Dimitroff, W. Pieck und W. Ulbricht im NKWD-Verfolgungssystem. Wie Peter Erler in seinem Aufsatz „Terror gegen deutsche Polit- und Wirtschaftsemigranten“ belegt, waren bis 1938 bereits über 70 Prozent der KPD-Mitglieder in der Sowjetunion im Gewahrsam des NKWD, wobei viele von ihnen, darunter auch 4 KPD-Politbüromitglieder, mit fiktiven Beschuldigungen erschossen wurden. Viele Politemigranten wurden infolge des Hitler-Stalin-Paktes an die deutsche Gestapo übergeben.

Der hier skizzierte Leidensweg unzähliger aufrichtiger Menschen, die der Vision einer möglichen sozialistischen Gesellschaft treu ergeben waren, durch die Hölle des stalinistischen Parteikommunismus, dürfte beim einst in diesem politischen System eingebundenen Leser herausfordernd wirken, selbst gelebte Geschichte kritisch zu überdenken.

Im Kapitel „Deutungsmuster des Stalinschen Terrors“ gibt Jens-Fietje Dwars zu bedenken, dass für die Linken Trotz, Trauer und Selbstkasteiung der falsche Weg ist. Sie sollten jedoch noch einmal durch alle Irrwege hindurchgehen, den Verrat ergründen, den wirklichen und den vermeintlichen, um sich frei zu machen für eine andere Haltung im Hier und Jetzt? Wir sollten „die historisch Handelnden auf ihr Selbstverständnis befragen, bevor wir sie an unseren Einsichten messen und verurteilen.“

Die hier vorgestellte Arbeit ist eine ausgezeichnete Ergänzung des zuvor von Hedeler und Rosenblum veröffentlichten Buches „1940 – Stalins glückliches Jahr“. Beide Bücher fundamentieren das Wissen um humanistische Gründe für den radikalen Bruch mit dem stalinistischen Parteikommunismus und sie befruchten die Fähigkeit, sozialistische Visionen in die Zukunft zu tragen.

**Rezension:** *Stalinistischer Terror 1934-41. Eine Forschungsbilanz. Herausgegeben von Wladislaw Hedeler. BasisDruck, Berlin 2002, 371 S.*

In: DISPUT, 2/2003, S. 44

## **Eine Herausforderung, mit den ideologischen Facetten des Parteikommunismus zu brechen!**

von Horst Klein

Inzwischen gibt es wohl weltweit ein kaum noch zu überschauendes kritisches Literaturangebot zur historischen Rolle des Generalissimus J. W. Stalin. Indessen hat die hier zu besprechende Arbeit nicht nur den Vorzug der aktuellen wissenschaftlichen Forschung. Sie liest sich kurzweilig wie ein mit Horror gespickter Politkrimi. Die Autoren, die sich bereits als exzellente Kenner russischer Kommunismusgeschichte sowie der Geschichte der Kommunistischen Internationale und der entsprechenden Moskauer Archive ausgewiesen haben, belegen akribisch und sehr sachlich die Abartigkeit, Brutalität bzw. Verbrechernatur des „Großen Führers der kommunistischen Bewegung“ und des von ihm so geprägten politischen Systems. Zwischen Stalin und jenen Zeitgenossen, die sich in der humanistischen kommunistischen Vision einer klassenlosen Gesellschaft eingebunden zu sein glaubten, lagen Welten. Aber nicht nur dies: Selbst die Vasallen Stalins wurden früher oder später Opfer dieses sich selbst zerfressenden politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Systems mit trügerischen Etiketten, wie u. a. „Sowjetunion“, „Diktatur des Proletariats“, „sozialistische Demokratie“, „Volksstaat“ und „Realsozialismus“. Die Sophistik bekam ihren Nährstoff aus dem noch immer schwer zu charakterisierenden, heute überwiegend als Stalinismus bezeichneten politischen System.

Die vorliegende Arbeit nähert sich dem Wesen dieser Gesellschaft durch ein gründliches Sezieren des Diktators. Es geht den Autoren „um den sinnlichen Nukleus von Macht. Sie greifen das von E. Canetti in „Macht und Überleben“ skizzierte groteske Bild auf, wonach die eigentliche Absicht des wahren Machthabers, so unglaublich es auch erscheinen mag, darin bestehe: „er will der Einzige sein. Er will alle überleben, damit keiner ihn überlebt. Um jeden Preis will er dem Tod entgehen, und so soll niemand, überhaupt niemand da sein, der ihm den Tod bringen könnte. Solange Menschen da sind, wer immer sie seien, wird er sich nicht sicher fühlen.“ Dies sei die komprimierte psychische Disposition Stalins. Allerdings, so bedauern die Autoren, seien historische „Zeugnisse über Stalin, gerade auch zu jenem Jahr, etwa autobiographische Auskünfte, Briefwechsel, Memoiren von engeren Mitarbeitern u. ä., die sehr über seine Erfahrungen des Glücks in dieser Zeit Nachricht geben könnten“, nach dem heutigen Wissensstand kaum erhalten geblieben. Es gebe derzeit auch noch keine dokumentarische Basis für eine Stalin-Biografie.

Und dennoch werden sie fündig, spüren sie Zeitzeugenberichte und Archivadokumente auf, reproduzieren sie aus Berichten so oder so Beteiligter ein die humanistische Seele erschütterndes Bild jener Zeit. Beispielsweise wird aus Bucharins Erinnerungen eine Episode aus dem Jahre 1923 erzählt, als Stalin einmal seinen Kampfgefährten Dzierzynski und Kamenew Einblick in seine Seele gewährte. Damals habe er gesagt: „Sich seine Opfer wählen, den Plan bis ins Kleinste vorzubereiten, unerbittlich seinen Rachedurst zu stillen und dann zu Bett zu gehen – etwas Süßeres gibt es auf der ganzen Welt nicht.“ Die Autoren wollen, wie sie bescheiden selbst formulieren, „in einer historischen Miniatur zum Sowjetjahr 1940 einige neue, alltagskundliche Akzente zum besseren Verstehen einer bestimmten, nämlich radikalen bzw. fundamentalistischen politischen Mentalität – die längst nicht vergangen ist – herausstellen, nicht einer womöglich pathologischen Individualität nachspüren“. Sie stellen sich die Frage, „ob und wann Stalin im politischen Handeln, das bei ihm alltäglich Entscheidungen immer auch über Leben oder Tod bedeutete, doch Glückserfahrungen haben könnte. Und was dessen ‚Glück‘ für die anderen bedeutete!“ Um die Antwort zu bekommen, wird der Glücksbegriff philosophisch hinterfragt

zu bekommen, wird der Glücksbegriff philosophisch hinterfragt und gefolgert, dass es sich bei diesem zunächst immer um einen vollkommenen Zustand gehandelt habe, sowohl in Hinblick auf Ereignisse als auch Erlebnisse. Aber nicht nur dies, denn man habe „Glück“ von altersher an der Größe der verfügbaren Güter gemessen, welche diese auch immer gewesen sein könnten. Im Jahre 1940 habe kein „anderer zeitgenössischer Machthaber ...derart absolute Macht“ besessen wie Stalin. „Keiner gebot so unbeschränkt – und ohne Skrupel – über Güter und Seelen wie er.“ Darin habe sich „sein Herrschaftsanspruch prinzipiell von beispielsweise der Machtergreifung Hitlers und seiner Idee eines nationalsozialistischen Deutschen Reichs“ unterschieden. Die Autoren begründen dies logisch und leicht nachvollziehbar so: „Hitlers Zerstörung der Weimarer parlamentarischen Demokratie und seine Formierung einer fremdenfeindlichen, antikommunistischen und rassistischen (vor allem eben antisemitischer) ‚Volksgemeinschaft‘ war ja gerade nicht verbunden mit der Zerstörung der Basisstrukturen der Eigentums-, Finanz- und Wirtschaftsformen der industriellen und agrarischen Produktion in Deutschland, und natürlich blieben auch die Jurisprudenz, die Diplomatie, das Militär sowie der Wissenschafts- und Universitätsbetrieb, Glauben, Erziehung etc., als dann euphemisch ‚deutsch‘ genanntes Kulturgut in ihren überkommenen Grundstrukturen erhalten. Auch gab es eine anerkannte Kultur des Privaten. Hitlers ‚Wyschinski‘ etwa, der furchtbare Jurist Roland Freisler, hätte niemals, zudem noch in Friedenszeiten, die grundloyale Partei-, Militär- und Diplomatelitte des ‚Dritten Reiches‘ mittels erforderten ‚Geständnissen‘ angeklagt und wie tollwütige Hunde erschießen lassen können.“ Im Unterschied zu Hitler habe Stalin nicht nur den Umfang der diese Gesellschaft geistig konstituierenden symbolischen Güter bestimmt, sondern sei er selbst das symbolische summum bonum (höchste Gut) der Neuen Welt gewesen. Der bolschewistische Anspruch, Subjekt eines radikalen Umsturzes aller gesellschaftlichen Verhältnisse sein zu wollen, habe die Idee und Praxis der Avantgarde-Partei als einer Partei ‚neuen Typus‘ zur Voraussetzung gehabt. Die Autoren analysieren die so legitimierte Verfügbarkeitsmacht Stalins, die zu keinem Zeitpunkt größer gewesen sei als 1940, indem sie die mörderische Rolle des absoluten Diktators in den 12 Monaten des Jahres aufhellen und dabei faktenreich die Verknüpfung mit den vorangegangenen Ereignissen und den selbstzerstörerischen Konsequenzen schildern. Aus den übergreifenden Fakten und Ereignissen, die in ihrer Brutalität und Menschenverachtung – im Namen der „Revolution“ – durch andere Formen des Antikommunismus wohl kaum zu übertreffen waren, treten die nachfolgend skizzierten besonders hervor:

Der am 23. August 1939 von der Sowjetunion und Hitlerdeutschland unterzeichnete Nichtangriffspakt - mit den bis 1988 geheim gehaltenen Zusatzprotokollen - habe Stalin den Pakt als „eine neue Ära in den deutsch-russischen Beziehungen“ und als „eine durch Blut besiegelte Freundschaft“ bezeichnet. Von nun an galten nicht Nazi-Deutschland, sondern das „plutokratische“ England und das „kosmopolitische“ Frankreich als Kriegsbrandstifter. Zu den Konsequenzen der Komintern habe gehört, dass Walter Ulbricht die Feststellung Stalins von der tiefen Freundschaft mit Hitlerdeutschland aufgegriffen und auch erneut eine aggressive Polemik gegen die Sozialdemokratie als „Sozialfaschisten“ gefordert habe. Es wird auf die geopolitische Dynamik des Paktes verwiesen, die die größte geographische Ausdehnung der Sowjetunion in ihrer Geschichte zur Folge gehabt habe. In diesem Zusammenhang widmen sich die Autoren dem Kapitel „Katyn“. Obgleich die Sowjetunion mit Polen seit 1932 einen Nichtangriffspakt hatte, war sie ohne Kriegserklärung in Polen einmarschiert. Unter den polnischen Gefangenen habe das NKWD systematisch die Offiziers- und Beamtenelite – 21 857 Personen – aussortiert und diese ohne Anhörung oder Anklage zum Tod durch Erschießen verurteilt. Der Befehl zu diesem Verbrechen sei von

Stalin, Woroschilow, Molotow, Mikojan, Kalinin und Kaganowitz unterzeichnet worden. Im April und Mai 1940 habe man den Befehl im Wald von Katyn ausgeführt.

Ausführlich werden das NKWD- und GULag-System sowie Beispiele davon betroffener Menschenschicksale geschildert, mit all der Brutalität, Tragik, dem Wahnsinn und Schmutz. Die Hauptkartothek des Gulag habe im März 1940 8 Millionen Karteikarten, darunter 4000 mit Angaben über inhaftierte Ausländer enthalten. Zu dieser Zeit habe das GULag-Imperium 53 Lager, 525 Besserungsarbeitskolonien (davon 170 Industriebetriebe) und 50 Kolonien für Minderjährige umfasst. Das Ausmaß von GULag und Zwangsarbeit wird mit Zahlen belegt, jedoch überschreitet es die menschliche Vorstellungskraft. Es wird die Irrationalität, das Mörderische in diesem von Stalin und seinen Epigonen entwickelten System der Menschenvernichtung geschildert, und dieses traf letztlich selbst Mordkomplizen wie den einstigen Volkskommissar für Inneres Jeshow, der im Februar 1940 erschossen wurde. Für die Angehörigen der liquidierten Volksfeinde habe es spezielle Lager gegeben. Es sei unmöglich gewesen, der Sippenhaftung zu entgehen. „Verhaftet wurde bis ins vierte Glied“. Selbst nahe Verwandten des Diktators sollen kaum eine Chance des Überlebens gehabt haben. Unfassbar sei das Ausmaß der „Säuberung“ in der Roten Armee gewesen. So habe Woroschilow - als einer der Hauptakteure genannter Verbrechen - bereits 1938 über die Erschießung von 600 Befehlshabern der Roten Armee berichtet. 91 Prozent des Offizierskorps seien von „Säuberungen“ betroffen gewesen. Ein besonderer Glücksfall Stalins sei im August 1940 die Ermordung Trotzki in Mexiko gewesen, des Organisators des Oktoberumsturzes von 1917 und Gründer der Roten Armee. Nunmehr habe Stalin in dem von ihm vorgegebenen bzw. verfälschten Geschichtsbild den tatsächlich von Trotzki besetzten Platz selbst einnehmen können. Im Zusammenhang mit der Aufhellung von Terror bzw. „Säuberung“ skizzieren die Autoren auch den Leidensweg der politischen Emigranten in der Sowjetunion, die ebenso wie ihre sowjetischen Brüder der Verhaftung, Verurteilung und im weiteren auch der Auslieferung an die Gestapo ausgesetzt waren. Zu den namhaften Opfern jener Zeit habe auch der ungarische Philosoph Georg Lukacs gehört. Er sei 1941 wegen angeblicher Spionage verhaftet worden, konnte jedoch der „Normalität“ des Terrors entgehen. Während Tausende Politemigranten an die Gestapo übergeben wurden, habe man auch von Zeit zu Zeit prominente Funktionäre der internationalen Arbeiterbewegung den „Kasematten der Bourgeoisie“ entreißen können, so beispielsweise Matyas Rakosi und Zoltan Vas nach 15-jähriger Haft in Horthys Gefängnissen. Dagegen habe Stalin auf die Befreiung Ernst Thälmanns verzichtet. Ebenso merkwürdig das Schicksal des Werner Hirsch, enger Mitarbeiter von Thälmann, mit ihm zusammen verhaftet und ein Jahr später aus der KZ-Haft entlassen, 1936 Emigrant in Moskau, 1937 verhaftet und zu zehn Jahren Haft verurteilt, starb in Erwartung seiner Auslieferung an die Gestapo im Butyrka-Gefängnis „an Herzversagen“. Im Kapitel „Ausblick 1941“ schildern die Autoren das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Deutschland. Gemäß Stalin-Befehl Nr. 270 vom 16. August 1941 galten Kriegsgefangene als „Vaterlandsverräter“. Allein bis Ende 1941 seien 3,8 Millionen Rotarmisten in deutsche Gefangenschaft geraten. Im Weiteren habe es 4,8 Millionen zivile sowjetische Zwangsarbeiter gegeben, die später nach ihrer „Befreiung“ 1945 den Leidensweg in das GULag-System anzutreten hatten. Die Autoren erinnern an Immanuel Kants Erkenntnis, wonach „der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt“ und bringen dies mit einem Stalin-Zitat aus Dimitroff Tagebuch auf den Punkt. Aus Anlass des 20. Jahrestages der Oktoberrevolution habe Stalin in einem Trinkspruch so formuliert: „Wir werden sie alle vernichten, mögen sie alte Bolschewiken sein oder nicht, wir werden sie mit Kind und Kegel vernichten. Jeder, der durch seine Taten oder Gedanken – ja, auch durch sei-

ne Gedanken – die Einheit des sozialistischen Staates gefährdet, wird vernichtet. Auf die Vernichtung aller Feinde, ihrer selbst und ihrer Sippschaft, bis zum völligen Ende!“

Das hier besprochene Buch ist mehr als eine weitere lesenswerte Publikation zur Offenlegung des verbrecherischen und somit sozialismusfeindlichen „Stalinismus“; es kann dem noch nostalgisch lebenden Gefährten der „realsozialistischen“ Gesellschaft ermutigen, mit dem stalinistischen Parteikommunismus und mit all seinen noch immer hörbaren ideologischen Facetten zu brechen.

**Rezension:** *Wladislaw Hedeler / Nadja Rosenblum: 1940 – STALINS GLÜCKLICHES JAHR mit 41 Abbildungen, BASISDRUCK Verlag Berlin, 2001, 240 S. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2002/I, S. 224 ff.*

## **Irrwege auf der Suche nach einer revolutionären Politik**

von Horst Klein

*Über die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes zwischen stalinistischem Parteikommunismus und demokratischer Arbeiterbewegung.*

Die Publikationen neuerer Forschungsergebnisse namhafter Kommunismusforscher aus dem Umfeld der PDS leisten einen wichtigen Beitrag für das Verständnis der Geschichte der Arbeiterbewegung. Bereits der Titel der hier zu besprechenden Arbeit „Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg“ verspricht zu Recht wissenschaftlichen Neuwert zur „Geschichte des Kommunismus“. Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert, konnten die Herausgeber bislang nicht oder nur schwer zugängliches Archivmaterial, welches die Irrwege und vor allem die Stalinisierung der KPD dokumentiert, für Geschichtsinteressierte und für die weitere Forschung offen legen. Auf ca. 300 Seiten kommentieren die sie Dokumente und ergänzen diese mit einer umfassenden Quellenpräsentation auf einer beigefügten CD-ROM. Die Herausgeber sehen ihr Buch in der marxistischen Forschungstradition verwurzelt und bekennen sich zur wissenschaftlichen Nähe von Hermann Weber (SPD), der als Kommunismusforscher bereits wichtige Pionierarbeit leistete. Die kommentierende Druckfassung, so die Autoren, bietet einen Lesetext an, „der die Mühe des Studiums der oft umfangreichen und zum Teil redundanten Originalquellen erspart, aber die Überprüfung der zwangsläufig subjektiven Auswahl und Kommentierung“ anhand einer CD-ROM-Edition erleichtert.

Ebenso hilfreich sind das Glossar, mit dem wichtige Ereignisse und Themen in Erinnerung gebracht werden, sowie das kommentierte Personenregister. Die kommentierten Dokumente über Alternativen in der Arbeiterbewegung erhellen nicht nur die ganze menschliche Tragik des sowjetischen Gesellschaftsmodells, sondern auch die tieferen Zusammenhänge des sich im Schaltjahr 1928 zuspitzenden Antagonismus zwischen dem Parteikommunismus stalinistischer Prägung und der demokratischen Arbeiterbewegung. Zehn Jahre nach dem Oktoberumsturz der Russischen Revolution, so die Autoren, habe die KPD vor einer Entscheidungssituation gestanden, die eine Wahl zwischen „zwei alternativen Entwicklungswegen dringlich einforderte: dem Weg genuiner proletarischer Emanzipation eines demokratischen Sozialismus in der Folge Rosa Luxemburgs oder dem Weg der Verabsolutierung der durch Stalin auf den Umsturz verkürzten Russischen Revolution“. Luxemburg stehe als theoretische Begründerin eines eigenständigen deutschen Kommunismus in der Geschichte. Die hier angebotene hypothetische Sicht auf das links in der Sozialdemokratie verwurzelte theoretische Denken Luxemburgs verdient zweifellos tiefer ausge-

lotet zu werden, so auch der definitive Unterschied von „deutschem“ (wahrscheinlich *radikaldemokratischem*) Kommunismus und Linkssozialismus. Zu den noch genauer zu fixierenden Kriterien ergeben sich letztlich viele Fragen, die mit der wirklichen Geschichte des Kommunismus nach Marx zusammenhängen. Es ist auch zu bedenken, dass Luxemburgs Gesellschaftsideen gerade auf Grund der von ihr sehr früh wahrgenommenen Fehlentwicklungen der russischen Revolution, insbesondere des Gegensatzes von Diktatur und Demokratie und ihrer kritischen Solidarität mit dem Bolschewismus sowie ihres frühen Todes, auf linkssozialistischem Mutterboden blieben und eher ins internationale geistige Umfeld des so genannten „dritten Weges“ (Austromarxismus) passen.

Im Weiteren belegen die Dokumente aus dem Zeitraum von 1923 bis 1929 eindrucksvoll die misslichen inneren und äußeren Wirkungsbedingungen der KPD, die als „Suche nach einer revolutionären Politik in nichtrevolutionärer Zeit“ charakterisiert werden. War der Kurs von ultralinken Politik, insbesondere der Illusion, in Deutschland einen dem russischen ähnlichen Oktoberaufstand 1923 inszenieren zu können, gescheitert, so blieb, wie die Autoren akribisch belegen, die Auseinandersetzung mit dem Revolutionarismus eines der ungelösten Probleme. „Die Kritik am Kurs der Fischer-Maslow-Führung“ sei „inkonsequent geblieben, ehemalige Parteigänger dieser Gruppierung wie Ernst Thälmann und Heinz Neumann bekleideten entscheidende Führungspositionen“. Die ideologischen Irrungen werden u. a. mit Dokumenten des Essener Parteitages der KPD im März 1927 belegt. Zu dieser Zeit habe die Haltung zur Niederlage im Herbst 1923, d. h. zum Ausbleiben des „Roten Oktobers“ in Deutschland, noch immer die verschiedenen Gruppierungen in der Partei polarisiert. Aus der Sicht der Herausgeber sei es jedoch primär um das Selbst- und um das Parteiverständnis der KPD gegangen. Mit der Suche nach den Ursachen des Scheiterns der KPD-Politik sei die These vom so genannten Luxemburgismus geboren worden, mit der Rosa Luxemburg fehlerhafte theoretische Auffassungen unterstellt wurden, die für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse schädlich gewesen seien. Die von den Autoren vorgelegte Arbeit belegt die Distanz Rosa Luxemburgs zum Bolschewismus. Der so genannte Luxemburgismus wird treffend als Inkarnation der Feindschaft zur Sozialdemokratie charakterisiert. Die vorgestellten Zeitdokumente der KPD lenken im Weiteren prononciert die Aufmerksamkeit auf die parteischädlichen ultralinken Auffassungen Ernst Thälmanns. Dessen Negativrolle in der KPD-Führung, insbesondere dessen Unterwerfung unter Stalin, die in Bezug auf Luxemburg kaum denkbar ist, wird auch am Beispiel der in der Geschichtsschreibung oft besprochenen Affäre um Jon Wittorf verdeutlicht. Thälmann habe seit Mai 1928 der Parteiführung einen schwerwiegenden Korruptionsfall des Hamburger KPD-Bezirksekretärs verschwiegen und so mit seinem Fehlverhalten das Vertrauen der Parteiführung verloren. Seine Funktionsenthebung sei nur durch Intervention Stalins verhindert worden. Mit diesen Vorgängen habe man eine weitere Differenzierung und Polarisierung innerhalb der Partei nach dem Schema „Linke, Versöhnler und Rechte“ betrieben. Damit sei die Ausschaltung aller Kräfte, die sich der Thälmann-Führung entgegenstellten, einhergegangen. In diesem Zusammenhang habe die Partei das von Rosa Luxemburg angedachte politische Profil immer mehr verloren. Nicht nur dies: „Alle Theoretiker und Funktionäre der KPD, die sich für die Pflege, die Aufarbeitung und schöpferische Nutzung des Erbes der deutschen Linken und insbesondere Rosa Luxemburgs eingesetzt hatten, wurden verfemt. Zu den in Konfrontation zur damaligen KPD-Führung Stehenden gehörte auch Clara Zetkin, die sich jedoch nicht durchsetzen konnte. Indessen habe die Thälmann-Linie zur Gleichschaltung der KPD mit der KPdSU (B) geführt. Der 29. Februar 1928 sei ein schwarzer Tag in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung gewesen. An diesem Tag schlossen

die Delegationen von KPdSU (B) und KPD „am Rande des IX. Plenums der Exekutive der Komintern ein Geheimabkommen, das einen neuen ‚Links‘ - Kurs einleitete und die Auffassung, wonach die Sozialdemokratie der Hauptfeind sei, bekräftigte. Die neue abrupte Wendung erwies sich als irreversible Entscheidung für die Unterordnung der Komintern unter die Außenpolitik Sowjetrusslands, für die Stalinisierung der KPD (...) Die KPD der Jahre 1927 bis 1929 – zehn Jahre nach dem Oktoberumsturz der Russischen Revolution – stand vor der genannten Entscheidungssituation.“

Die Dokumente vermitteln einen tiefen Einblick in die militante Argumentationsweise Thälmanns und der KPD-Führung generell gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen die Linkssozialisten in der SPD, die als die gefährlichsten Feinde denunziert wurden. Ebenso kritisch werden die kommunistische Imperialismustheorie sowie die daraus abgeleiteten politischen Schlussfolgerungen aufgehehlt. Die vorliegende Arbeit ist zweifellos eine sehr produktive Bereicherung des von den Herausgebern zum Forschungskomplex „stalinistischer Parteikommunismus“ eingebrachten Geschichtsbildes und darüber hinaus für die weitere Forschung.

**Rezension:** *Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus: LUXEMBURG oder STALIN. Die KPD am Scheideweg*, herausgegeben von Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner, Dietz Berlin 2003, 296 Seiten und CD-ROM. In: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2004/III, S. 172; *DISPUT*, 6/2003, S. 44.

## **Lüge des Kommunismus und Choreografie des Schreckens**

von Horst Klein

„Zur Genealogie des Schreckens Moskau 1936 – 1938“, so betitelt Steffen Dietzsch sein Essay für die hier zu besprechende Arbeit. Er widmet sich den ursächlich für das Scheitern des sowjetischen Gesellschaftsmodells wirkenden „Konstruktionsfehlern des Kommunismus“. Brutale Gewalt und feindselige Bekämpfung der „bürgerlichen Demokratie“, die Verteufelung der Konstituante im Januar 1918 im Namen der „revolutionären“ Diktatur wurden zum Diktum einer illusionär als sozialistisch begriffenen Revolution. Dietzsch beleuchtet definitiv „den ‚Kulturbruch‘, wie ihn die sozialistische Bewegung im 20. Jahrhundert – zwischen der Begründung des Bolschewismus 1903 und dem Ende des europäischen Staatssozialismus 1989/90 – vollzogen“ habe. Der Massenterror in den 30er Jahren markiere einen Bruch in der *Kultur sozialer Revolutionen*. Die Schrecken, die die Sowjetunion überzogen, verweigern sich damals wie heute immer noch jedem Begreifen. Nach Dietzsch gehöre zum Terror noch die universelle Lüge über das „immer schöner werdende Leben im Sozialismus“. Sie wurde zur „Verkehrsform aller gesellschaftlichen Diskurse in den Diktaturen des Proletariats“. Mit seinen einführenden Gedanken leuchtet Dietzsch philosophisch tief sinnig hinter die pseudorevolutionäre Erscheinungswelt, die er als „Lüge des Kommunismus“ bezeichnet.

So ebnet er den Zugang zur eigenständigen Auseinandersetzung mit dem, was Wladislaw Hedeler in seinem Buch zu Hintergründen und barbarischen Konsequenzen der Moskauer Schauprozesse sehr akribisch mit Quellen, Fakten und Daten aufzuhellen vermag. Hedeler, der sich mit seinen Vorortforschungen zum Kommunismus im 20. Jahrhundert wie kaum ein anderer deutscher Wissenschaftler als exzellenter Kenner des Sachgebietes, insbesondere des sowjetischen Parteikommunismus, ausgewiesen hat, analysiert in seiner neueren Arbeit alle einsehbaren zentralen und regionalen Primärquellen und komprimiert diese zu einer Chronik bzw. nachzuvollziehenden Choreografie des Schreckens. Die Analyse der Vorgeschichte, Durchführung und Nachwirkung der Moskauer Prozesse bleibe aktuell, wobei es nicht um

die Frage gehe, ob der Parteikommunismus die Spielregeln des liberalen Denkens eingehalten habe (was er nicht tat), sondern ob die Gewalt, die er ausübte, revolutionär und fähig war, zwischen den Menschen menschliche Beziehungen herzustellen. Die mörderische Bilanz des in der Chronik dokumentierten Ablaufs und der Folgen der Schauprozesse belegt das Gegenteil. Trotz vielzitiertter Öffnung der Archive, so der Autor, werde der Zugang zu wichtigen Archivbeständen noch immer versperrt, so auch gerade zu den Behördenarchiven, in denen das die Schauprozesse betreffende Material aufbewahrt wird. Das lässt auch vermuten, dass das ganze Ausmaß des Terrors erst mit weiterer Forschung zu erschließen ist. Indessen bieten die in der Chronik akribisch dokumentierten Opferzahlen Einblicke in das grausame Szenarium der von Stalin persönlich gesteuerten Verbrechen, so auch in die erdachten, „in den Gefängnissen und Folterkammern der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD der UdSSR einstudierten und mit Hilfe der Staatsanwaltschaft der UdSSR umgesetzten Drehbücher der ‚großen Verschwörungen‘“. Verhaftungs- und Liquidierungsquoten habe Stalin willkürlich befohlen. Er sei auch bei der Folterung der Marschälle und einst hohen Funktionsträgern persönlich zugegen gewesen. „Zwischen einem Drittel und der Hälfte der ranghohen Funktionäre überlebte die Jahre des Großen Terrors nicht. Nach Hedeler sei ihr Anteil unter den in den drei Schauprozessen Verurteilten außerordentlich hoch anzusetzen. Fast zwei Drittel der Angeklagten habe vor ihrer Verhaftung als Volkskommissare, Direktoren oder Militärs gewirkt. Selbst die Führungsköpfe und Mitarbeiter der Sicherheitsdienste blieben von den Repressalien nicht verschont. Hedeler, der sich bereits in den 80er Jahren in Moskau mit dem Leben und Lebenswerk Nikolaj Bucharins beschäftigt hatte, verfolgt dessen Schicksal in der Chronik sehr detailliert. Denn der Fall Bucharin werfe, so der Autor, ein helles Licht auf die Theorie und Praxis der Gewalt im Kommunismus, weil Bucharin sie auf sich selbst anwendete und seine eigene Verurteilung mit einem erfolgten „Geständnis“ motivierte. In der Chronik wird auf die außergewöhnlich produktive wissenschaftliche und schriftstellerische Arbeit Bucharins aufmerksam gemacht, welche dieser seiner sozialistischen Überzeugung folgend selbst noch im Kerker zu leisten vermochte. In seinen Vorbemerkungen verweist Hedeler kritisch auf die lange Zeit nicht zu übersehenden Vorurteile und Klischees sowjetischer Historiker gegenüber Bucharin und auf die erst im Februar 1988 erfolgte juristische Rehabilitierung, während man zu dieser Zeit bereits in Westeuropa mit wissenschaftlichen Veranstaltungen und Publikationen an dessen 50. Todestag erinnerte. In diesem Zusammenhang ist auch nicht zu verschweigen, dass Bucharin wie viele andere an Marx orientierte und wohl gerade deswegen verfemte Theoretiker in der DDR bis zum Sturz von Honecker und Hager auf dem Index stand.

Trotz aller Fortschritte im Umgang mit diesem Thema, so wird in den Vorbemerkungen des Autors hervorgehoben, sind weitere Untersuchungen zu den drei Moskauer Prozessen und vor allem zu den 54 Angeklagten, ihre Biografien, den Verlauf der Untersuchungshaft sowie für die Rekonstruktion der tatsächlichen Prozessführung erforderlich. Unbekannt sei auch noch die genaue Zahl der nach dem Muster der Moskauer Prozesse in der Provinz durchgeführten Folgeprozesse. Die in der Chronik aufgelisteten Beispiele seien nur die Spitze des Eisberges. Das treffe auch für die noch gründlicher vorzunehmende Rekonstruktion der Verfolgung der Familienangehörigen der Angeklagten zu. „Auf die Verfolgung der Eliten, die Säuberung der Apparate der Partei- und Staatsführung in den Metropolen folgten die so genannten nationalen Operationen des NKWD, die sich gegen Volksgruppen und Völkerschaften in der UdSSR richteten.“ Von großem Ausmaß seien die willkürlichen Verhaftungen und Erschießungen von Bürgern gewesen. Genannt werden beispielsweise die 1937/38 bei Leningrad vom NKWD erschossenen ca. 40 000 Menschen. In



der gleichen Zeit sind in Butovo bei Moskau 19 903 Männer und 858 Frauen, darunter 213 Reichsdeutsche und 649 Sowjetbürger deutscher Nationalität erschossen worden. Die Zahlen der aufgeführten Opfer gehen in die Millionen. Das Unmenschliche der Diktatur war grenzenlos. Mehrere Register und ein umfangreicher Anmerkungsapparat, darunter ein kommentiertes Personenverzeichnis, erleichtern den Zugang zur Chronik. So ist diese Arbeit eine außergewöhnliche Bereicherung der inzwischen zum stalinistischen Parteikommunismus und seiner Verbrechen vorliegenden Forschungsergebnisse.

**Rezension:** *Wladislaw Hedeler: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Mit einem Essay von Steffen Dietzsch. Akademie Verlag, Berlin 2003, 695 S. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2004/II, S. 198 ff.*

## **Ein Epilog über die Geschichtlichkeit von Begriffen Antikommunismus einst und heute**

von Horst Klein

Im Abschnitt IV. des Chemnitzer Programms der PDS ist zu lesen: **„Aus historischer Erfahrung wenden wir uns entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus und Antikommunismus.“** Sie ist, so scheint es wohl, eine „revolutionäre“ Formulierung, die auf den ersten Blick gewiss auch ideologischen Zuspruch findet, und gerade deshalb ist sie nicht unproblematisch. Mit dem Wissen um Geschichte drängen sich zu dieser These schon einige Fragen auf, die auf die Geschichtlichkeit und den ideologischen Charakter der Begriffe „Antikommunismus“, „Antisozialdemokratismus“ und „Sozialdemokratismus“ aufmerksam machen.

Beginnen wir zunächst mit der Zeile *„entschieden gegen jegliche Form von Antikommunismus“*. Erinnern wir uns: Im philosophischen Wörterbuch einer DDR-Ausgabe wird Antikommunismus als „Wesenzug der imperialistischen Ideologie und Politik, der alle ihre Formen durchdringt“ charakterisiert. Dazu zählten nach weitergehender Erklärung alle Angriffe auf den Marxismus-Leninismus, auf die Ideologie und Politik der kommunistischen Parteien, revisionistische und sozialdemokratische Theorien vom freiheitlichen, demokratischen und menschlichen Sozialismus, vom „Dritten Weg“, wobei dem Pluralismus als Theorie eine besonders gefährliche Funktion beigemessen wurde. Kurt Schumacher gilt noch immer als militanter Antikommunist, hatte er doch in seinen Reden und Schriften die Abhängigkeit der KPD von der KPdSU (B) und von der Sowjetunion aufgeheilt und sich gegen ihre undemokratischen Strukturen, den so genannten demokratischen Zentralismus und nicht zuletzt gegen die Vereinigung von SPD und KPD gewandt. Als eher linker Sozialdemokrat hatte er deutlich zwischen dem Sowjetstaat stalinistischer Prägung bzw. Diktatur und der von Marx begründeten sozialistischen Vision, zu der er sich aufrichtig und mit ganzer Leidenschaft bekannte, unterschieden. Dies kann in den inzwischen von Willy Albrecht (Dietz Bonn) bearbeiteten und herausgegebenen Bänden „Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien“ nachgelesen werden. Der Antagonismus von stalinistischem Parteikommunismus und demokratischer Arbeiterbewegung war für Schumacher unstrittig und die Geschichte gab ihm Recht. Es ist auch nicht zu verschweigen, dass in den Ländern des sowjetischen Imperiums herausragende marxistische Schriften, wie u. a. die von M. Adler, R. Hilferding, O. Bauer, E. Bernstein, K. Kautsky etc. auf dem Index standen. Dazu zählte auch bis 1958 das noch immer lehrreiche Buch von John Reed „Zehn Tage die die Welt erschütterten“ mit einem Vorwort von Lenin und

Krupskaja. Wer und was gehörten damals nicht zum Antikommunismus oder Revisionismus? Aus dem einst als reaktionär angesehenen und pauschalierten Antikommunismus (Revisionismus und Pluralismus etc.) wurden nützliche geschichtliche Erfahrungen und erneut auch so wahrgenommenes sozialistisches Kulturgut. Auf dieses Erbe wird auch im Programm der PDS rezeptiv Bezug genommen. So mit der Einsicht, dass Sozialismus ohne Demokratie und Freiheit nicht denkbar ist und weltanschaulicher Pluralismus zum politischen Selbstverständnis der Partei gehört. In der Partei des demokratischen Sozialismus haben (progressive) Grundlinien des so genannten Antikommunismus von einst ebenso Eingang gefunden wie in der Sozialdemokratie. Mehr noch: Die PDS-Kommunismusforschung, hier ist u. a. auf die Arbeiten von Klaus Kinner, Elke Reuter und Wladislaw Hedeler aufmerksam zu machen, hat sehr akribisch die Grausamkeit des stalinistisch geprägten Parteikommunismus aufgeheilt, ohne die humanistischen Visionen seiner Mitglieder zu diskreditieren. Ob Totalkritik oder nicht, die Unmenschlichkeit und Sozialismusfeindlichkeit des zur Kritik stehenden Parteikommunismus ist wohl kaum zu relativieren. Im Gegenteil: Ist nicht der Parteikommunismus - gemessen an der humanistischen Urdee - selbst eine furchtbare Form des Antikommunismus? Wer konnte der humanistischen Vision einer besseren Welt mehr Schaden zufügen? Im Programm wird nun zu Recht auf den geistigen und politischen Wandlungsprozess in der PDS von einer kommunistischen zu einer demokratisch-sozialistischen Partei verwiesen. Aber was ist nun heute Antikommunismus, gegen den sich die Partei (in „jeglicher Form“) entschieden wendet? Vielleicht wäre hier an neofaschistische bzw. rechtsradikale und ähnliche Ideologien, an jegliche Formen des Kampfes gegen den gesellschaftlichen Fortschritt, d. h. gegen die im Programm skizzierten Bemühungen um eine friedliche und gerechte Gesellschaft, in der die Würde des Menschen unantastbar ist, zu denken. Betroffen von reaktionären Ideologien sind demokratische Parteien wie die PDS und SPD in ähnlicher Weise. Wir erinnern uns an ideologische Kampagnen der CDU/CSU gegen „rote Socken“, „Freiheit statt Sozialismus“, an Versuche, der SPD PDS-feindliche Erklärungen aufzudrängen, an das schwarze Gefasel von der „SED-Nachfolgepartei“ usw. Andererseits stellt sich auch die Frage nach dem Umgang mit den noch immer im demokratiefeindlichen Dogmatismus eingebundenen kommunistischen Parteien. War nicht Linkssozialismus, dessen geschichtliche Wurzel in der Sozialdemokratie zu finden ist, in Bezug auf den Bolschewismus stets antikommunistisch? Gerade deshalb galten wohl die Linkssozialisten als die schlimmsten aller „Sozialverräter“. Wie ist aber heute und künftig Linkssozialismus ohne Antikommunismus denkbar? Wäre hier nicht insgesamt ein neues Verständnis von Antikommunismus angeraten und eine verständlichere Aussage im Programm zu empfehlen gewesen?

Ebenso problematisch ist der im Programm geforderte Kampf „*gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus*“. Zunächst einmal wäre zumindest gedanklich zu klären, was man in der SED unter dem Begriff „Sozialdemokratismus“ verstand, der als politischer Kampfbegriff stalinistischer Lesart gegen die SPD zur Anwendung kam und dann in den 70er Jahren leise zurückgezogen und durch einen ebenfalls negativ erklärten Begriff des Reformismus ersetzt wurde. Übrigens findet man den Terminus „Sozialdemokratismus“ wohl in keinem Nachschlagewerk der DDR und BRD, und die SPD hat diesen auch stets zurückgewiesen. Sie wandte sich entschieden *gegen* diesen Begriff, weil er mit seiner feindlichen Grundlegung definitiv so die Verfälschung ihrer Theorie und Politik beinhaltete. Nicht zu verdrängen ist, das mit dem Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ verknüpfte Leid und der Tod unzähliger Menschen. Mehr noch: Mit dem Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ kaschierte der Parteikommunismus seine eigene reaktionäre Rolle in der sozialistischen Arbeiterbewe-

gung, wider die Ideale seiner überwiegend aufrichtigen Anhänger. Mit diesem geschichtlichen Wissen wäre ja die Zurückweisung des „Antisozialdemokratismus“ die Bewahrung der Verfälschung, aber so kann es wohl nicht gemeint sein. Es geht hier nicht um Sophistik, sondern um das Wissen, dass diese Art von Begrifflichkeit für die wissenschaftliche bzw. programmatische Arbeit absolut ungeeignet ist. Im Programm wäre an dieser Stelle eine positive Aussage angebracht gewesen. Das hier skizzierte Problem ist doch für die Glaubwürdigkeit eines linkssozialistischen Anspruchs und für die Zukunftsgestaltung sowie für einen kulturvollen Umgang mit der ältesten sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Partei wichtig. Die Zeit wird über die derzeitige Distanz der SPD zu ihrem sozialistischen Berliner Programm und ebenso über ihre öffentlich wahrzunehmende politische Konzeptionslosigkeit hinwegziehen, und zu bedenken ist auch, dass in vielen SPD-Ortsvereinen der *alten* Bundesländer ohnehin noch immer die alten Arbeiterlieder gesungen werden.

November 2003

### Anlage 3

#### Schriftenreihe „Strausberger Studien zur Geschichte“

---

1. Chrestomathie zum Wirken der SPD im Kreis Oberbarnim 1900 bis 1932 aus dem Oberbarnimer Kreisblatt. - Bad Freienwalde – Strausberg 1996
2. Chrestomathie zur Geschichte des Faschismus in Strausberg aus Strausberger Zeitung 1929 - 1933. - Horst Klein, Strausberg 1996
3. Chrestomathie zur Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg aus Strausberger Wochenblatt / Strausberger Zeitung 1898 - 1933 : in 2 Bänden. - Horst Klein, Strausberg 1996
4. Chrestomathie zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung aus Strausberger Wochenblatt / Strausberger Zeitung 1898 - 1933 : in 6 Bänden. - Horst Klein, Strausberg 1996
5. Martin Bock: SED-Herrschaft und Kirche in Strausberg. Dokumente des antireligiösen Alltagsgeschäfts einer SED-Kreisleitung. – Strausberg, 1997, 2. erw. Aufl. 2000
6. Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg 1887 – 1990. Chronik - Texte - Illustrationen. – Horst Klein, Strausberg 1997  
2. erw. u. verb. Aufl., Mai 1997
7. Horst Klein: Beiträge zur sozialistischen Theoriegeschichte im 20. Jahrhundert. Sozialisten im Streit um die Wissenschaft.- Strausberg 1999  
2. erw. Aufl., Okt. 1999
8. Chrestomathie zum kommunalpolitischen Leben in Strausberg. aus Strausberger Nachrichten. - Strausberg
  - I. 1930 - 1931 - 1997
  - II. 1932 - 1935 - 1997
  - III. 1936 - 1937 - 1998
  - IV. 1937 - 1938 - 1998
  - V. 1939 - 1998
  - VI. 1940 - 1941 - 1998
  - VII. 1905 - 1906 - 1998
  - VIII. 1906 - 1907 - 1998
  - VIII. 1908 - 1998
  - IX. 1909 - 1998
  - X. 1909 – 1910 - 1998
  - XI. 1910 – 1911 - 1999
  - XII. 1911 - 1999
  - XIII. 1912 - 1913/1 - 2000
  - XIV. 1912 - 1913/2 - 2000
  - XV. 1912 - 1913/3 - 2000
  - XVI. 1914 - 2000
  - XVII. 1916 – 1919 - 2000

XVIII	1921 - 1922/1 -	2000
XVIII	1921 - 1922/2 -	2000
XIX	1923 -	2000
XX	1927/1 -	2000
XX	1927/2 -	2000
XXI	1928/1 -	2000
XXI	1928/2 -	2000
XXII	1929/1 -	2000
XXII	1929/2 -	2000

9. Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg 1887 – 1990.  
Chronik - Texte - Illustrationen : Ausstellungsbegleitbroschüre. –  
Horst Klein: Strausberg 1997

10. Chrestomathie zur Geschichte der Kirchen und Religionen in Strausberg  
aus Strausberger Nachrichten. - Strausberg

I.	1930 -	1997
II.	1931 -	1997
III.	1932 -	1997
IV.	1933 -	1997
V.	1934 - 1935 -	1997
VI.	1936 - 1937 -	1998
VII.	1938 - 1941 -	1998
VIII	1905 - 1907 -	1998
IX	1908 - 1910 -	1998
X	1911 - 1914 -	2000
XI	1916 - 1922.-	2000
XII	1923 - 1927 -	2000
XIII	1928 - 1929 -	2000

11. Chrestomathie zur Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung  
aus Strausberger Nachrichten. - Strausberg

I.	1930/1 -	1997
I.	1930/2 -	1997
II.	1931/1 -	1997
II.	1931/2 -	1997
III.	1932 -	1997
IV.	1933/1 -	1997
IV.	1933/2 -	1997
V.	1905 – 1906 -	1998
VI.	1907 – 1908 -	1998
VII.	1909 – 1910 -	1998
VIII.	1910 – 1911 -	1999
IX	1912 -	2000
X	1913 – 1914 -	2000
XI	1916 – 1918 -	2000
XII	1919 -	2000
XIII	1921 -	2000
XIV	1922/1 -	2000
XIV	1922/2 -	2000
XV	1923 -	2000

XVI	1927/1 -	2000
XVI	1927/2 -	2000
XVII	1928/1 -	2000
XVII	1928/2 -	2000
XVIII	1929/1 -	2000
XVIII	1929/2 -	2000

12. Chrestomathie zur Geschichte der Strausberger Sparkasse  
aus Strausberger Nachrichten. - Strausberg

I.	1930 - 1933 -	1997
II.	1934 – 1937 -	1998
III.	1938 – 1941 -	1998
IV	1905 – 1910 -	1998
V	1911- 1914 -	2000
VI	1916 – 1919 -	2000
VII	1921 – 1922 -	2000
VIII	1923 - 1927 -	2000
IX	1928 – 1929 -	2000

13. Walter Paduch: Aufsätze zur Geschichte der Nationalen Volksarmee – Nachrichten- und Flugsicherungstruppen 1956 - 1990. – Strausberg, 1998

14. Chrestomathie zur Geschichte des Faschismus in Strausberg  
aus Strausberger Nachrichten. - Strausberg

I	1930 – 1931 -	1997
II	1932 -	1997
III.	1933/1 -	1997
III.	1933/2 -	1997
IV	1934/1 -	1997
IV	1934/2 -	1997
IV	1934/3 -	1997
IV	1934/4 -	1997
V	1935/1 -	1997
V	1935/2 -	1997
VI	1936/1 -	1997
VI.	1936/2 -	1997
VII	1937/1 -	1998
VII	1937/2 -	1998
VIII	1938/1 -	1998
VIII.	1938/2 -	1998
IX.	1939/1 -	1998
IX.	1939/2 -	1998
X.	1940/1 -	1998
X	1940/2 -	1998
XI.	1941 -	1998
XII	1922 - 1929 -	2000

15. Chrestomathie zur Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt  
aus Strausberger Nachrichten. - Strausberg

I	1930 - 1933.-	1998
---	---------------	------

II	1933 - 1934.-	1998
III	1934 - 1935.-	1998
IV	1936/1 -	1998
IV	1936/2 -	1998
V	1937/1 -	1998
V	1937/2 -	1998
VI	1938/1 -	1998
VI	1938/2 -	1998
VII	1939/1 -	1998
VII	1939/2 -	1998
VII	1939/3 -	1998
VII	1939/4 -	1998
VIII	1940/1 -	1998
VIII.	1940/2 -	1998
VIII.	1940/3 -	1998
VIII.	1940/4 -	1998
VIII.	1940/5 -	1998
IX.	1941/1 -	1998
IX.	1941/2 -	1998
X.	1905 - 1906 -	1998
XI	1907 - 1908 -	1998
XII	1909 - 1910 -	1998
XIII	1911 -	1999
XIV	1912 -	2000
XV	1913 -	2000
XVI	1914 -	2000
XVII	1916 -	2000
XVIII	1918 - 1919 -	2000
XIX	1921 - 1927 -	2000
XX	1928 - 1929 -	2000

16. Reiner Schwarze: Strausbergs heißer Juni. Versuch einer Begebenheitsanalyse von den Tagen um den 17. Juni 1953 in Strausberg und Umgebung. - Strausberg 1998
17. Wirtschaftsdemokratie – eine Alternative zum herrschenden Marktradikalismus? Beiträge zu einem Ehrenkolloquium für Prof. em. Dr. habil. Horst Hemberger am 5. Dezember 1998.- Strausberg 1999
18. Hans-Jürgen Lellmann: Chronik und Dokumente zur Geschichte Strausbergs als Garnisonsstadt 1933 bis 1945.- Strausberg 1999
19. Rolf Apel: Journalistische Skizzen über das kultur- und kommunalpolitische Leben in Strausberg im ersten Jahrzehnt der deutschen Einheit. – CD-ROM (in Vorbereitung)
20. Kurt Schornsheim: DIE FÜSILIERE DER SECHZIGER IN STRAUSBERG 1860 – 1868.Ein Beitrag zur heimatlichen Garnionsgeschichte. - Strausberg, 1999, 2. unveränd. Aufl., Strausberg 2000

21. Horst Klein (Hrsg.): Zur Kriegsfrage in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Der Krieg auf dem Balkan 1999 und die alternative Sicht. - Strausberg 2000
22. Hans-Jürgen Lellmann: Zur Geschichte Strausbergs als Garnisonstadt 1933 bis 1945 / unter Berücksichtigung der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie und der militärisch orientierten Vereine, Verbände und Organisationen / Texte – Chronik – Dokumente. Strausberg 2000
23. Detlef Lucker: Strausberg 1945 bis 1990. Skizze und Dokumente zur Geschichte einer Garnisonstadt. Strausberg 2000
24. Reiner Schwarze: Strausbergs heißer Juni. Versuch einer Begebenheitsanalyse von den Tagen um den 17. Juni 1953 in Strausberg und Umgebung. - 2. erw. u. verb. Aufl. Strausberg 2001
25. Chrestomathie zur Geschichte der Elektroenergieversorgung in Strausberg 1898 – 1941 / aus „Strausberger Nachrichten“ u. „Strausberger Zeitung“, Strausberg 2001
26. Horst Klein: Beiträge zur sozialistischen Theoriegeschichte im 20. Jahrhundert. Sozialisten im Streit um die Wissenschaft.- 3. erw. u. verb. Aufl., Strausberg 2001
27. Walter Paduch: Aufsätze zur Geschichte der Nationalen Volksarmee – Nachrichten- und Flugsicherungstruppen 1956 – 1990.- 2. verb. Aufl., Strausberg 2001
28. Horst Klein: Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887 bis 1997. Eine chronistische und biografische Skizze. Strausberg, 2002.- Aktualisierte Fassung, 2. CD ROM, Strausberg 2003
29. Horst Klein: Zur Geschichte der KPD-Ortsgruppe Strausberg 1920 – 1946. Dokumente einer Sonderausstellung im Museum Strausberg vom 15.2. 8.3.2001. 1. CD-ROM, Strausberg 2003
30. Horst Klein: Die SPD ist wieder da! Dokumentation zur Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1990 – 2004. Strausberg 2004, 1. CD-ROM
31. Horst Klein: Sonderausstellung. SPD-Ortsverein Strausberg 1887 – 1997 - eine demokratische Traditionslinie in der Arbeiterbewegung. Dokumentation einer Sonderausstellung im Museum Strausberg vom 1.10.1997 – 31.3.1998. 1. CD-ROM, Strausberg 2003
32. Horst Klein: Geschichte des SPD-Ortsvereins Strausberg 1887 – 2007. CD-ROM ( in Vorbereitung)
33. Rolf Apel/Horst Klein (HG): Kleine Geschichte des Geschichtsvereins. Arbeitsberichte des Vorstandes, Beiträge und Dokumente zur Erinnerung 1994 – 2004.



## Strausberg 2004

34. Rolf Apel/Horst Klein (HG): Kleine Geschichte des Geschichtsvereins. Arbeitsberichte des Vorstandes, Beiträge und Dokumente zur Erinnerung 1994 – 2004, erw. und verb. Ausgabe, 1. CD-ROM, Strausberg 2004
35. Horst Klein: Zur Geschichte der KPD-Ortsgruppe Strausberg 1920 – 1946. Dokumente einer Sonderausstellung im Museum Strausberg vom 15.2. – 8.3.2001, erw. u. verb. Fassung, 2. CD-ROM, Strausberg 2004
36. Rolf Apel/Horst Klein (HG): Strausberger Straßennamen erzählen Geschichte (in Vorbereitung)

**Nachfolgend aufgeführte thematische Studien sind auch als CD-Rom  
Windows 2000 XP und pdf.) im Angebot:  
5/17/20/21/22/23/24/26/27/28/29/30/31/34/35**

## Aus der 1. Satzung vom 9.12.1994

### § 1

#### Name - Wesen - Sitz

- (1) Die Vereinigung trägt den Namen „Interessengemeinschaft Geschichte des Ortsvereins der SPD Strausberg e.V.“ Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist in das Vereinsregister mit Sitz in Strausberg eingetragen.
- (3) Der Sitz seiner Geschäftsstelle ist das Bürgerbüro Hegermühlenstraße 12
- (4) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### § 2

#### Aufgaben und Grundsätze der Tätigkeit

- (1) Zweck des Vereins ist,

sich der allgemein erkannten sozialwissenschaftlichen Aufgabe zu stellen, die Geschichte der regionalen bzw. örtlichen Arbeiterbewegung sowie der Parteien, Gewerkschaften und Vereine gründlich und frei von ideologischen Vorurteilen zu erforschen, vorzustellen und so eine geschichtsbewusste, Demokratie und Rechtsstaatsverständnis fördernde politische Willensbildung der Bürger zu begünstigen. Der Verein versteht sich als eine SPD-nahe und **parteienunabhängige** Interessengemeinschaft. Er bietet allen interessierten Bürgern eine konstruktive Mitwirkung an.

- (2) Hauptrichtungen seiner Tätigkeit sind:

1. Die Erforschung der Geschichte der Parteien, Gewerkschaften und Vereine, insbesondere der traditionsreichen und widersprüchlichen Geschichte der Strausberge Arbeiterbewegung seit ihrer Herausbildung in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart.
2. Die Diskussion von Positionspapieren sowie der Forschungsergebnisse und -konzepte zur Geschichte der Parteien und der Arbeiterbewegung.
3. Soziologische Untersuchungen zum Geschichts- und Politikverständnis der Bürger.
4. Die öffentliche Vorstellung von Forschungsergebnissen, Bildungsveranstaltungen (Seminare) zur allgemeinen und örtlichen Geschichte der Arbeiterbewegung und weitere ansprechende wissenschaftliche Formen der Öffentlichkeitsarbeit, so vor allem Diskussionen mit Jugendlichen über interessierende Themen der Geschichte.

## Aus der Satzungsänderung vom 4. Dezember 1995

### §1

#### Name - Wesen - Sitz

- (1) Die Vereinigung trägt den Namen „Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V.“ Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist in das Vereinsregister mit Sitz in Strausberg eingetragen.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### §2

#### Aufgaben und Grundsätze der Tätigkeit

- (1) Zweck des Vereins ist,

sich der allgemein erkannten sozialwissenschaftlichen Aufgabe zu stellen, die Geschichte der regionalen bzw. örtlichen Arbeiterbewegung sowie der Parteien, Gewerkschaften und Vereine gründlich und frei von ideologischen Vorurteilen zu erforschen, vorzustellen und so eine geschichtsbewusste, Demokratie und Rechtsstaatsverständnis fördernde politische Willensbildung der Bürger zu begünstigen. Der Verein versteht sich als eine SPD-nahe und **parteienunabhängige** Interessengemeinschaft. Er bietet allen interessierten Bürgern eine konstruktive Mitwirkung an.
- (2) Hauptrichtungen seiner Tätigkeit sind:
  1. Die Erforschung der Geschichte der Parteien, Gewerkschaften und Vereine, insbesondere der traditionsreichen und widersprüchlichen Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung seit ihrer Herausbildung in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart.
  2. Die Diskussion von Positionspapieren sowie der erarbeiteten Forschungsergebnisse und -konzepte zur Geschichte der Arbeiterbewegung.
  3. Soziologische Untersuchungen zum Geschichts- und Politikverständnis der Bürger.
  4. Die öffentliche Vorstellung von Forschungsergebnissen, Bildungsveranstaltungen (Seminare) zur allgemeinen und örtlichen Arbeiterbewegung und weitere ansprechende wissenschaftliche Formen der Öffentlichkeitsarbeit, so vor allem Diskussionen mit Jugendlichen über interessierende Themen der Geschichte.
- (3) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (4) Die Mittel der Interessengemeinschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Über eine eventuelle Zahlung von Aufwandsentschädigungen muss die Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschließen.

**Änderung der Satzung vom 05. Dezember 1996**

# **S A T Z U N G**

**der „Interessengemeinschaft Geschichte  
der Strausberger Arbeiterbewegung e.V.“**

---

**15. Dezember 1996**

## § 1

### Name - Wesen - Sitz

- (1) Die Vereinigung trägt den Namen „Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung e.V.“. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist in das Vereinsregister mit Sitz in Strausberg eingetragen.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## § 2

### Aufgaben und Grundsätze der Tätigkeit

- (1) Zweck des Vereins ist

sich der allgemein erkannten sozialwissenschaftlichen Aufgabe zu stellen, die Geschichte der regionalen bzw. örtlichen Arbeiterbewegung sowie der Parteien, Gewerkschaften und Vereine gründlich und frei von ideologischen Vorurteilen zu erforschen, vorzustellen und so eine geschichtsbewusste, Demokratie und Rechtsstaatsverständnis fördernde politische Willensbildung der Bürger zu begünstigen. Der Verein versteht sich als eine **parteienunabhängige** Interessengemeinschaft. Er bietet allen interessierten Bürgern eine konstruktive Mitwirkung an.

- (2) Hauptrichtungen seiner Tätigkeit sind:

1. Die Erforschung der Geschichte der Parteien, Gewerkschaften und Vereine, insbesondere der traditionsreichen und widersprüchlichen Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung seit ihrer Herausbildung in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart.
2. Die Diskussion von Positionspapieren sowie der erarbeiteten Forschungsergebnisse und -konzepte zur Geschichte der Arbeiterbewegung.
3. Soziologische Untersuchungen zum Geschichts- und Politikverständnis der Bürger.
4. Die öffentliche Vorstellung von Forschungsergebnissen, Bildungsveranstaltungen (Seminare) zur allgemeinen und örtlichen Arbeiterbewegung und weitere ansprechende wissenschaftliche Formen der Öffentlichkeitsarbeit, so vor allem Diskussionen mit Jugendlichen über interessierende Themen der Geschichte.

- (3) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(4) Die Mittel der Interessengemeinschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Über eine eventuelle Zahlung von Aufwandsentschädigungen muss die Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschließen.

(5) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

(6) Die Urheberrechte der Autoren werden gewahrt.

### **§ 3**

## **Erwerb und Beendigung der Mitgliedschaft**

(1) Mitglied der Interessengemeinschaft kann werden:

- a) natürliche Personen
- b) juristische Personen
- c) Ehrenmitglieder

(2) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet die Mitgliederversammlung. Gegen die Ablehnung des Antrags kann innerhalb eines Monats schriftlich Einspruch erhoben werden. Über den Einspruch wird spätestens in der ordentlichen Mitgliederversammlung entschieden.

(3) Die Mitgliedschaft endet

- a) durch Austritt
- b) mit dem Tod
- c) durch Ausschluss

(4) Der Austritt eines Mitgliedes bedarf der Mitteilung durch einen eingeschriebenen Brief an den Vorstand des Vereins.

(5) Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen grob verstoßen hat, durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluss kann das Mitglied innerhalb von vier Wochen durch eingeschriebenen Brief Einspruch erheben. Über den Einspruch wird spätestens in der ordentlichen Mitgliederversammlung entschieden.

(6) Mitgliedsbeiträge

- 1. Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben.

2. Die Beitragshöhe wird von der Mitgliederversammlung beschlossen. Eine Veränderung der Beitragshöhe bedarf der Zustimmung durch die Mitgliederversammlung. Die Fälligkeit des Beitrags wird durch den Vorstand festgelegt.

## **§ 4**

### **Organe des Vereins**

(1) Organe des Vereins sind

1. Mitgliederversammlung
2. Vorstand

(2) Mitgliederversammlung

1. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Ehrenmitglieder haben nur beratende Stimme.
2. Einmal im Jahr wird eine ordentliche Mitgliederversammlung vom Vorsitzenden des Vorstands unter Einhaltung einer Frist von 10 Tagen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen.
3. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für die
  - a) Entgegennahme des Jahresberichts
  - b) Wahl des Vorstands
  - c) Entlastung des Vorstands
  - d) Wahl des Rechnungsprüfers
  - e) Änderung der Satzung
  - f) Auflösung des Vereins

Von jeder Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.

(3) Vorstand

1. Der Vorstand des Vereins besteht aus 1 Vorsitzende(n), 1 StellvertreterIn und

- 1 BuchführerIn sowie zwei weiteren Mitgliedern.
2. Der Vorsitzende(n) und sein StellvertreterIn können den Verein im Sinne des § 26 BGB vertreten.
3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt; er bleibt bis zur Neuwahl im Amt.
4. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung der Mitgliederversammlung zugewiesen sind.
5. Er hat vor allem folgende Aufgaben:
  - a) den Verein nach Maßgabe der satzungsgemäß gestellten Aufgaben zu führen und entsprechende Beschlüsse zu fassen
  - b) die Mitgliederversammlung einzuberufen
  - c) die Finanzplanung zu beschließen.

### (3) KassenprüferIn

1. Die Mitgliederversammlung wählt den KassenprüferIn für die Dauer von zwei Jahren.
2. Der KassenprüferIn hat mindestens einmal jährlich sachlich und rechnerisch die Kasse, die Buchführung sowie die finanziellen und materiellen Werte des Vereins zu kontrollieren und die Mitgliederversammlung zu berichten.

## **§ 5**

### **Auflösung des Vereins**

- (1) Über die Auflösung des Vereins beschließt die Mitgliederversammlung. Der Beschluss bedarf der Mehrheit von drei Viertel der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder des Vereins anwesend sind.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke ist das Vermögen für steuerbegünstigende Zwecke zu verwenden. Beschlüsse über die künftige Verwendung dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.



## § 6

### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung der „Interessengemeinschaft Geschichte der Strausberger Arbeiterbewegung“ mit dem Tag der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

Im Vereinsregister unter VR 445  
eingetragen am 12.02.96  
Amtsgericht Strausberg  
*Schwarzinski*  
*[Signature]*

---



Foto am 4.12.04: v. l. n. r. Dr. Rolf Apel, Rosemarie Nitschke, Dr. Horst Klein, Brigitte Matte, Dr. Peter Gerold und Waltraud Hemberger

Bild unten, unser Kassenprüfer Volker Heiermann





Foto H. Klein: Else Weitzel - 6. 11.04 / 86. Geburtstag: Ehrenmitglied des Geschichtsvereins